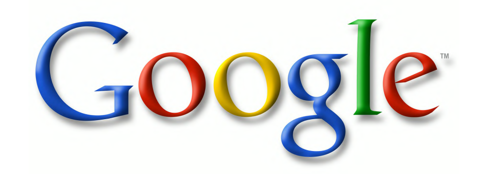
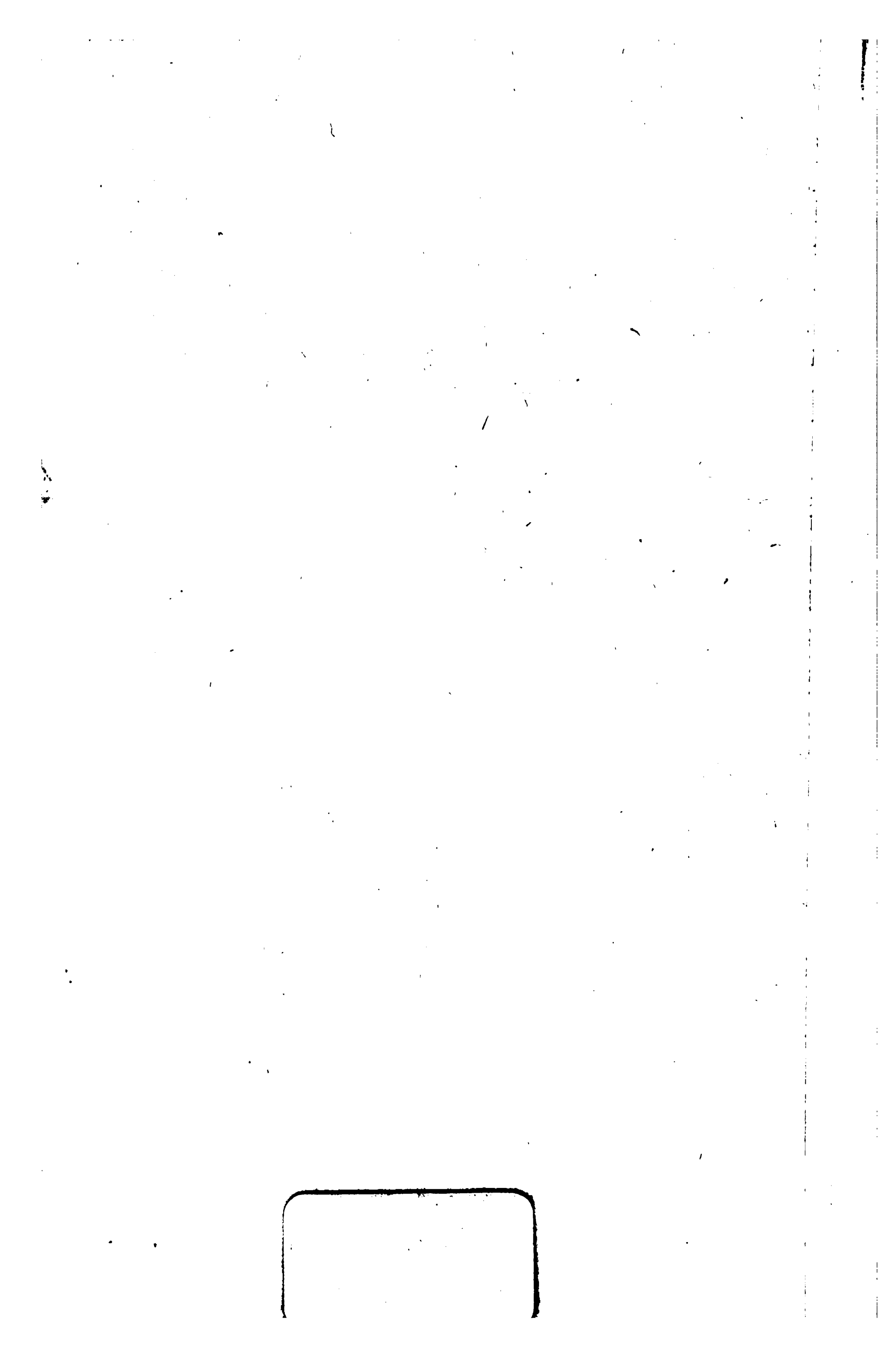
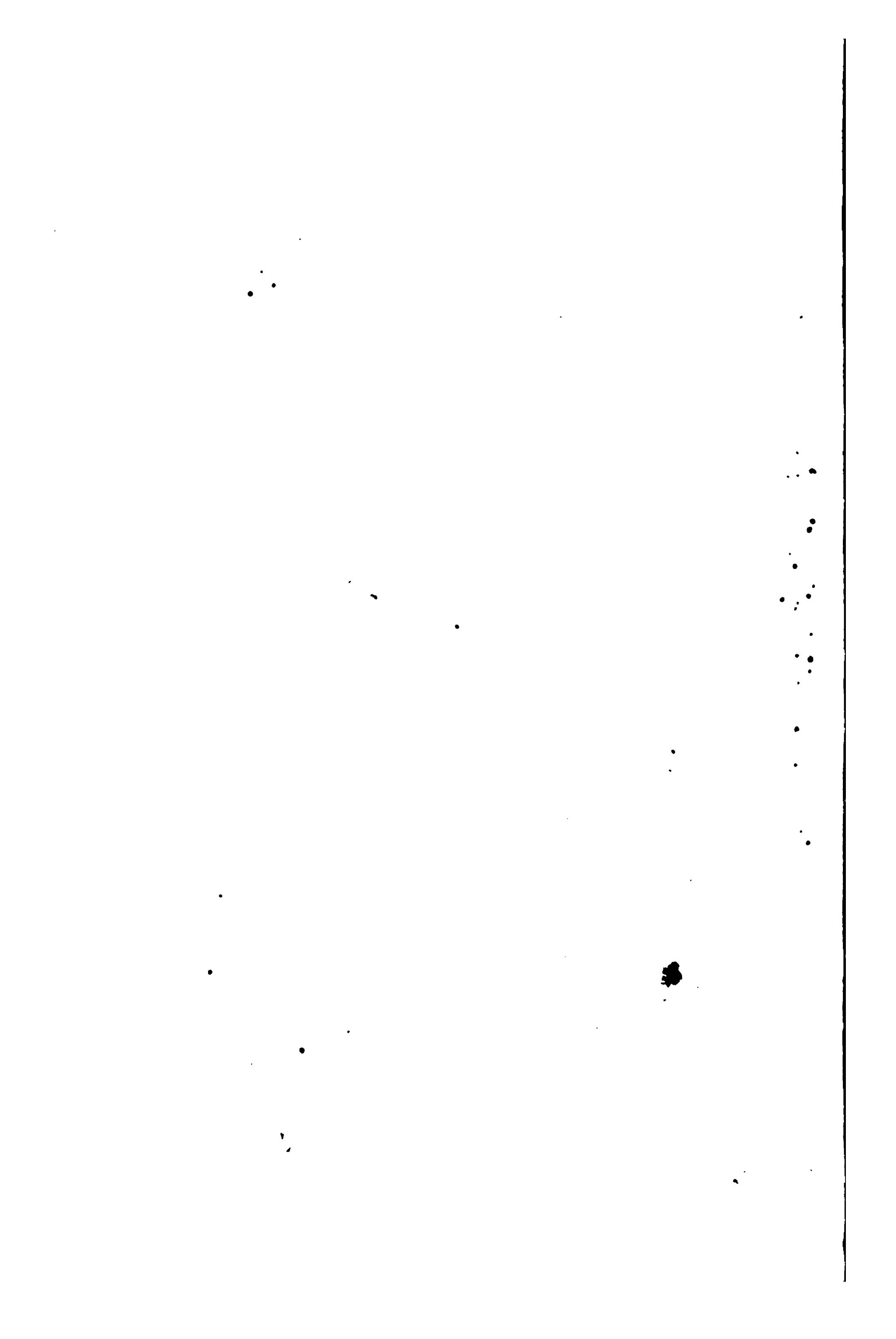




Politische Briefe Bismarcks

1849–1889



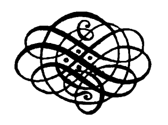


Politische Briefe Bismarcks

aus den Jahren

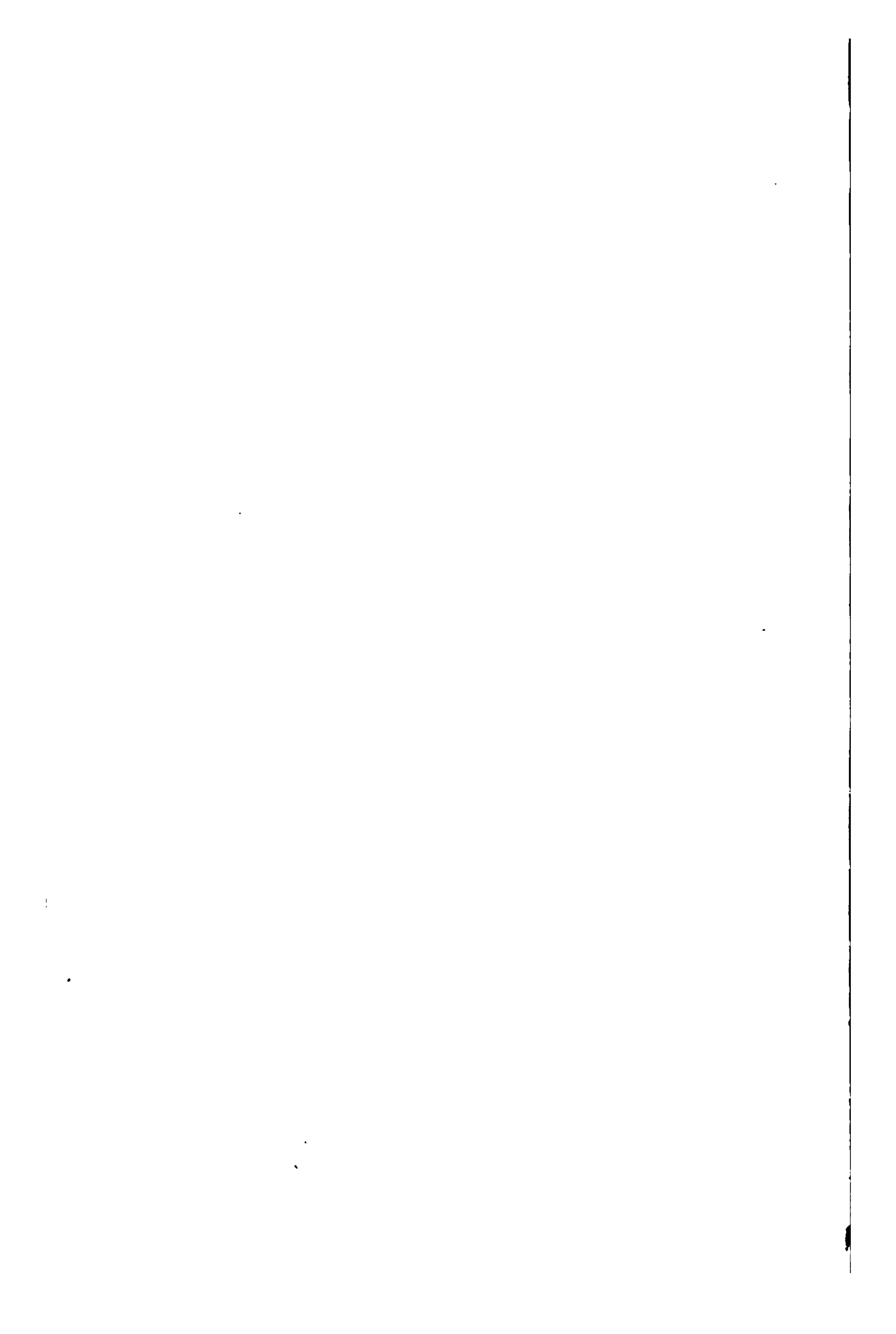
1849—1889

Zweite Auflage.



Berlin W.
Hugo Steinitz Verlag.
1889.

v Bismarck





Vorwort.

"Das Werk Bismarcks in seinen Briefen dargestellt", so könnte ich kurz das hier vorliegende Buch betiteln. Es enthält eine chronologische Sammlung von amtlichen und privaten Schreiben des Fürsten Bismarck aus den letzten 40 Jahren, die das Werk des Staatsmannes, an dem er seit dem Jahre 1849 als Abgeordneter, als Gesandter, als Minister und Kanzler gearbeitet hat, in einer Auswahl von Schriftstücken von seiner Hand darlegt und so die mannigfaltig vorhandenen Sammlungen seiner öffentlichen Reden und privaten Unterredungen in einem wesentlichen Stücke ergänzt. Aus der bekannten vierbändigen Urkundensammlung aus der Frankfurter Zeit, aus dem bei Gelegenheit des Prozesses gegen den Grafen Arnim zuerst mitgetheilten Briefwechsel zwischen diesem und dem Fürsten Bismarck, aus den verschiedenen, die „amtlichen Kundgebungen und halbamtlichen Aeußerungen" des leitenden Staatsmannes aufführenden Büchern von L. Hahn, aus einer Reihe von Memoiren u. s. w. haben zwar die Zeitungen Einzelnes seiner Zeit dem größeren Publikum zugänglich gemacht, aber doch nicht auf längere Zeit für

das Gedächtniß und in systematischer Reihenfolge für das Nachschlagen fixiren können. Auch Privat- und Familienbriefe, die oft durch eine einzelne Hindeutung auf die Zeitverhältnisse schätzenswerthe Züge zur Beleuchtung der Situation und der Politik des Statsmannes liefern und den öffentlichen Urkunden als gelegentlicher Kommentar dienen, haben durch die Zeitungen ihren Weg in die Oeffentlichkeit gefunden. Eine chronologische Zusammenstellung solcher amtlichen und nicht öffentlichen, dienstlichen und intimen Schriftstücke, die einen Ueberblick über die gesammte politische Thätigkeit und Denkweise des Fürsten Bismarck gewähren, erschien dem Herausgeber als eine verdienstliche Ausfüllung einer fühlbaren Lücke in der Bismarck-Literatur, die dem deutschen Volke eine willkommene Gabe sein dürfte. Da, wo es zum Verständnisse der Schriftstücke nöthig ist, finden sich historische Erläuterungen; sie sind bestimmt, zumal für die frühere Periode der Bismarckschen Thätigkeit, das Interesse der heutigen Generation zu beleben.

Ein zweiter demnächst erscheinender Band ist bestimmt, während der hier vorliegende das Werk Bismarcks in allgemeinen Zügen vorführt, dasselbe mehr specialisirt und wiederum in chronologisch geordneten Schriftstücken aus der Feder des Staatsmannes darzulegen.

Berlin, am Sedantage 1889.

Der Herausgeber.

Inhalts-Verzeichniß.

Seite

Nachtrag.





Herr von Bismarck-Schönhausen war weder im Frühjahr 1848 nach Frankfurt zum Parlament, noch nach Berlin in die konstituirende Nationalversammlung gewählt worden. Als letztere am 5. Dezember 1848 aufgelöst war, trat Herr von Bismarck im Wahlbezirk des West-Havellandes als Kandidat für die zweite Kammer auf. Mit geringer Majorität gewählt, trat er in dieselbe bei ihrer Eröffnung am 26. Februar 1849 ein. Bald darauf traf aus Frankfurt a. M. eine Deputation von 34 Abgeordneten, mit dem Präsidenten Simson an der Spitze, in Berlin ein, um dem Könige die Kaiserkrone anzubieten. In der zweiten Kammer stellten Rodbertus und Genossen einen dringenden Antrag auf Anerkennung der Reichsverfassung. Herr von Vincke forderte die Minister auf, den Augenblick nicht vorübergehen zu lassen, in dem die Geschicke ganz Deutschlands in Preußens Hand gelegt wären. Graf Brandenburg sprach sein: „Niemals, niemals, niemals!“ Herr von Bismarck trat auf des Ministers Seite. „Die Frankfurter Krone mag sehr glänzend sein, aber das Gold, welches ihrem Glanze Wahrheit verleiht, soll erst durch das Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden.“ „Glauben Sie nicht, meine Herren,“ fragte Bismarck, „daß die Männer des Umsturzes bald mit dem Reichswappen vor den neuen Kaiser treten und zu ihm sagen werden: Glaubst Du, daß Dir der Adler geschenkt sei? — Die Einheit, welche achtundzwanzig terrorisirte Regierungen wollen, scheint mir nicht diejenige zu sein, welche Preußen anstreben muß, Preußen ist im Stande,

dem übrigen Deutschland Gesetze zu geben, und ehe ich zugebe, daß der König von Preußen Vasall des Herrn Simson werde, will ich lieber, daß Preußen Preußen bleibe."

Die Kammer nahm die Verfassung mit 175 gegen 159 Stimmen an und wurde am 27. April aufgelöst. Am Tage darauf erfolgte die förmliche Ablehnung der Kaiserkrone Seitens Preußens. Bei den Neuwahlen zur zweiten Kammer wurde Bismarck im alten Wahlkreise wiedergewählt. Die neue Kammer sollte abermals sich mit der deutschen Frage beschäftigen. Diese war inzwischen in das Stadium der Radowitz'schen Unionsbestrebungen gerückt. Preußen machte Anstalt, dem deutschen Volke für das Scheitern der vom Frankfurter Parlament berathenen Reichsverfassung einen Ersatz zu bieten.

Es schloß mit Hannover und Sachsen den Dreikönigsbund (28. Mai 1849). Dies sollte der Anfang zu einem engeren Bundesstaat, der Union, sein. Die Seele dieser Bestrebungen und ihr Vertreter in der Kammer war der redegewandte General von Radowitz, erst als Regierungsbevollmächtigter, später kurze Zeit als Minister des Aeußern.

Die Regierung legte der Kammer das zwischen Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossene Bündniß vor. Herr von Bismarck sah in dem Unionsgedanken, durch welchen Preußen den Beschlüssen einer Reichsversammlung unterworfen, das preußische Ministerium zu einer unter dem Reichsministerium stehenden Provinzialbehörde gemacht werden sollte, eine Schwächung der preußischen Macht und konnte sich bei einer Unionsverfassung, welche aus den Beschlüssen des von der Demokratie der Kleinstaaten beherrschten Unterhauses hervorging, kein starkes Königthum denken. Daher erklärte er sich zwar bereit, für die Regierungsvorlage zu stimmen, sprach sich aber gegen alle weiteren Anträge aus, insbesondere den Antrag Camphausen's, die Unionsverfassung nach ihrer Annahme durch das Erfurter Parlament für rechtsbeständig zu erklären.

An den Stadtverordneten-Vorsteher Meus zu Rathenow.

Berlin, 30. September 1849.

Ew. Wohlgeboren

danke ich ergebenst für das gefällige Schreiben vom gestrigen Tage und beehre mich, in der Kürze Nachstehendes darauf zu erwidern. Der Camphausen'sche Antrag hat, auch wenn er von der zweiten Kammer ebenso sollte angenommen werden wie von der ersten, in seiner jetzigen Gestalt noch keinen praktischen Effekt. Um den zu erlangen, müßte er in Gestalt eines der Regierung von den Kammern vorzuschlagenden Gesetzentwurfs formulirt werden, und in dieser von beiden Kammern, also auch nochmals von der ersten, angenommen, und Sr. Majestät zur Genehmigung empfohlen werden. Man sagt hier, daß der Antrag von der Gotha-Gagern'schen Partei herrühre, und, vielleicht ohne Wissen des Herrn Camphausen selbst, darauf berechnet gewesen sei, Zwiespalt zwischen der Regierung und den Kammern zu säen. Dieser Zweck ist aber als verfehlt anzusehen. Das Ministerium ist zuerst durch die Erklärung seines Kommissars, des Grafen Bülow, in eine falsche Stellung gerathen, der, im Widerspruch mit seinen Instruktionen, die Sache für eine offene Frage Namens der Regierung erklärte. Die Minister hatten in Folge dessen die Absicht, in der Montagssitzung diese Ansicht zu desavouiren und sich gegen den Antrag auszusprechen; in Folge des unerwartet großen Enthusiasmus, den die Rede des Herrn von Radowitz in einer Richtung erzeugte, welche im Grunde nicht die der Minister ist, wurden sie besorgt, und beschlossen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, indem sie die Sache als Vertrauensvotum aufzunehmen erklärten und ihr dadurch eine veränderte Auslegung gaben.

Ich weiß indeß, daß die Annahme trotzdem den Ministern sehr unlieb war; sie hatten gehofft, die Kammern würden ihnen die Hand bieten, um ihnen auf einen mehr preußischen Standpunkt zu verhelfen; die Sache ist aber schief gegangen, hauptsächlich weil die persönlichen Ansichten der beiden Regierungskommissarien von Bülow und von Radowitz von denen des Ministeriums abweichen und sich in den betreffenden Reden auf Kosten der ministeriellen Wünsche in den Vordergrund gedrängt haben.

Ich glaube übrigens aus Gründen, die namentlich in dem Wunsche Sachsens und Hannovers liegen, von der Sache loszukommen, noch nicht mit Bestimmtheit an den Zusammentritt eines Reichstags auf Grund des Drei-Königs-Entwurfes, werde aber jedenfalls gegen den Camphausen'schen Antrag stimmen, falls er bei uns eingebracht wird, da es mir zu gefährlich erscheint, einer Reichsversammlung, deren Zusammensetzung wir noch gar nicht beurtheilen können, die möglicherweise bei der Abneigung der konservativen Landbewohner, nochmals zu wählen, eine demokratische Majorität haben kann, die alleinige Entscheidung über die künftige Gestaltung unseres Vaterlandes zu überlassen, und dann entweder unser Ministerium ohne die Unterstützung preußischer Kammern dem Andrang des vermeintlichen deutschen Volkswillens gegenüberzustellen, oder zu gewärtigen, daß dann schon ein ganz anderes Ministerium die Stelle des jetzigen eingenommen hat, welches die ihm übertragene Machtvollkommenheit im antipreußischen Sinne mißbrauchen könnte.

Der Fehler des Ministeriums in dieser Sache ist lediglich Mangel an Selbstvertrauen, bis zur Schüchternheit, seine Richtung ist unverändert.

Ich muß mich heut leider hierauf beschränken und bitte Sie nur noch unter Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung mich unseren gemeinschaftlichen Freunden zu

empfehlen. Wenn sich mehr Stoff zur Mittheilung gesammelt haben wird, so werde ich sehr gern bereit sein, Sie ferner schriftlich au fait der Sachen zu halten, auch Ihnen gelegentlich persönlich in Rathenow Auskunft zu geben.

An denselben.

Berlin, 4. Oktober 1849.

In der deutschen Sache sagen sich Sachsen und namentlich Hannover mit wachsender Entschiedenheit von dem Drei-Königsbunde los, und unsere Regierung steht noch zögernd mitten inne zwischen dem Wunsche, den einmal durch Herr von Radowitz'schen Einfluß betretenen Weg ohne offenen Widerruf zu verlassen, und dem Bedürfniß, eine neue Zentralgewalt für die Angelegenheiten von ganz Deutschland hergestellt zu sehen. Dem Steuerverweigerungsrecht ist eine Hälfte der Gefahr durch Annahme des Mäke'schen Amendements genommen, und bis jetzt ist die Regierung fest entschlossen, in die Streichung des § 108 nicht zu willigen. Unser Unglück in der Kammer ist und bleibt der Ehrgeiz der Parteiführer. Wer über ein Dutzend Stimmen disponirt, betrachtet sich als den rechtmäßigen Erben eines Portefeuilles und findet, daß sein Vorgänger, der jetzige Minister, schon viel zu lange im Amte ist. An diesen Führern hängt eine große Menge von Leuten, die glauben, bei einem Wechsel der Minister wenigstens mit einer Präsidentenstelle bedacht zu werden.

Leben Sie wohl, und empfehlen Sie mich Ihren Freunden.

Herr v. Bismarck nahm auch eine Wahl in das Volkshaus zu Erfurt an, welches in den Monaten März und April 1850 tagte. Er sprach daselbst gegen die Unionsverfassung.

An H. Wagener, Berlin.

Schönhausen, 7. Juni 1850.

Ich führe hier ein bodenlos faules Leben: rauchen, lesen, spazieren gehen und Familienvater spielen, von Politik höre ich nur aus der Kreuzzeitung, so daß ich durchaus keine Gefahr heterodoxer Ansteckung laufe; mir bekommt diese idyllische Einsamkeit sehr wohl, ich liege im Grase, lese Gedichte, höre Musik und warte, daß die Kirschen reif werden; es soll mich nicht wundern, wenn dieses Schäferleben meinen nächsten politischen Leistungen in Erfurt (??) oder Berlin eine Färbung verleiht, die an Beckerath und an laue, blüthenschwangere Sommerlüfte erinnert. Das Preßgesetz habe ich nicht gelesen, dazu wird bei der Diskussion noch Zeit sein; ich weiß daher nicht, ob ich Ihren Tadel ganz theile . . . Der Fehler liegt meines Erachtens weniger in dem zu starken Einfluß der Beamten, als in ihrer Beschaffenheit; ein Staat, der sich von einer Bureaukratie, wie die unsere, nicht durch einen heilsamen Gewittersturm losreißen kann, ist und bleibt dem Untergange geweiht; denn ihm fehlen die geeigneten Werkzeuge zu allen Funktionen, die einem Staate obliegen, nicht bloß zur Ueberwachung der Presse. Ich kann nicht leugnen, daß mir einige Chalif-Omar'sche Gelüste beiwohnen, nicht nur zur Zerstörung der Bücher außer dem christlichen „Koran", sondern auch zur Vernichtung der Mittel, neue zu erzeugen; die Buchdruckerkunst ist des Antichristen auserlesenes Rüstzeug, mehr als das Schießpulver, welches, nachdem es

ursprünglich der Haupthebel, wenigstens der sichtbarste, zum Umsturz natürlicher politischer Ordnung und zum Etablissement des souveränen rocher de bronze war, jetzt mehr den Charakter einer heilsamen Arzenei gegen die von ihm selbst hervorgerufenen Uebel annimt, wenn es auch einigermaßen in die Apotheke jenes Arztes gehört, der den Gesichtskrebs durch Amputation des Kopfes heilte. Dieses selbige Mittel auf die Presse anzuwenden, ist mehr ein Phantasiestück in Callot's Manier . . . Die Bureaukratie aber ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund, und die Gesetzexkremente, die sie von sich giebt, sind der natürlichste Dreck von der Welt. Mit dieser Bureaukratie, inklusive Richterstand, können wir eine Preßverfassung haben, wie die Engel, sie hilft uns doch nicht durch den Sumpf. Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten (Richtern) läßt sich immer noch regieren, bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.

An denselben.

Schönhausen, 21. Oktober 1850.

Schon wieder ein Brief von mir, und zwar, um meinen heute früh in größter Eile, schlaftrunken, bei wartendem Postboten geschriebenen zu widerrufen. Ich komme nicht am Freitag nach Berlin; ich bin zur Jagd, und sonderbarerweise schon tagszuvor nach Letzlingen befohlen, und da ich ohnehin noch ungewiß bin, ob ich von dem Geschworenenwesen in Magdeburg loskomme, so habe ich zugesagt, obschon mich die Sehnsucht nach Frau und Kind fast umbringt . . . Irgend etwas außerhalb meiner Jagdpassion liegt wahrscheinlich vor, denn ich gehöre nicht zu den gewöhnlichen Jagdnachbarn und bin nicht, wie diese,

für eine Jagd, sondern für die ganze Zeit und den Tag vorher befohlen. Ich habe mich seit Erfurt sogar nicht um die Politik ernsthaft bekümmert, daß ich schlecht bestehen werde, wenn man mich etwa katechisiren sollte. Ich muß mir erst noch Ansichten anschaffen, ehe ich vor hohen Herren von Fach auftreten kann: augenblicklich bin ich harmlos unwissend und nebelhaft, wie ein Krefelder Sammetweber, und kann Jeden, der mich fragt, nur auf die Leitartikel des Organs einer kleinen, aber mächtigen Partei verweisen, die ich bis dahin nochmals gründlich durchlesen will, für den Fall, daß ich den advocatus diaboli bezüglich der Kanonisirung des St. Radovitius zu spielen berufen sein sollte. Mir fehlt jetzt nur der nöthige Zorn im Leibe, der dem natürlichen und rechtmäßigen Respekt die Wage halten muß, wenn man bei solchen Gelegenheiten sprechen soll, was man in seinem Großvaterstuhl denkt. Ich werde meine Galle vorher aufzuregen suchen ... Bitte, sagen Sie dem „Zuschauer" nichts von Letzlingen, wenn er es nicht anderweit erfährt. S. M. denkt sonst, ich stehe mit diesem bösartigen Blatte in Verbindung.

Herr von Radowitz, welcher mit dem Kriege gegen Oesterreich nicht durchdringen konnte, trat am 3. November 1850 von der Regierung zurück.

An H. Wagener, Berlin.

Reinfeld, 7. November 1850.

Ich bin vorgestern Abend bei Lesung Ihres Montagsblattes vor Freude auf meinem Stuhl rund um den Tisch geritten, und manche Flasche Sekt ist diesseits des

Gollenberges auf die Gesundheit des Herrn von Radowitz getrunken; zum erstenmal fühlt man Dank gegen ihn und wünscht ihm ohne Groll glückliche Reise. Mir selbst ist das Herz recht frei geworden und ich fühle ganz mit Ihnen; lassen Sie jetzt Krieg werden, wo und mit wem man will, und alle preußischen Klingen werden hoch und freudig in der Sonne blitzen; mir ist wie ein Alp vom Herzen gefallen, wenn auch Heydt und Ladenberg, die wir glaubten mit verdaut zu haben, mir sauer wieder aufstoßen.



Herr von Bismarck trat als preußischer Gesandter in den am 20. Mai 1851 wiederhergestellten Bundestag in Frankfurt a. M. ein. Während seines siebenjährigen Aufenthalts daselbst fungirten als österreichische Bundespräsidialgesandte nach einander Graf Thun, Freiherr von Prokesch, Graf Rechberg. Herr von Bismarck trat zuerst als Rath bei der preußischen Bundestags-Gesandtschaft ein, bis er am 18. August der Nachfolger des Herrn von Rochow wurde.



An seine Gemahlin.

Frankfurt, 18. Mai 1851.

Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtigthuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher, als der Abgeordnete der II. Kammer im Gefühl seiner Würde. Wenn nicht äußere Ereignisse zutreten, und die können wir superklugen Bundestagsmenschen weder leiten noch vorherbestimmen, so weiß ich jetzt ganz genau, was wir in einem zwei oder fünf Jahren zu Stande gebracht

haben werden, und will es in 24 Stunden zu Stande bringen, wenn die anderen nur einen Tag lang wahrheitsliebend und vernünftig sein wollen. Ich habe nie daran gezweifelt, daß sie alle mit Wasser kochen; aber eine solche nüchterne, einfältige Wassersuppe, in der auch nicht ein einziges Fettauge zu spüren ist, überrascht mich. Schickt den Schulzen X. oder Herrn v. P arsky aus dem Chausseehause her, wenn sie gewaschen und gekämmt sind, so will ich in der Diplomatie Staat mit ihnen machen. In der Kunst, mit vielen Worten gar nichts zu sagen, mache ich reißende Fortschritte, schreibe Berichte von vielen Bogen, die sich nett und rund wie Leitartikel lesen, und wenn Manteuffel, nachdem er sie gelesen hat, sagen kann, was drin steht, so kann er mehr wie ich. Jeder von uns stellt sich, als glaubte er vom anderen, daß er voller Gedanken und Entwürfe stecke, wenn er's nur aussprechen wollte, und dabei wissen wir alle zusammen nicht um ein Haar besser, was aus Deutschland werden wird, als Dutken Sommer. Kein Mensch, selbst der böswilligste Zweifler von Demokrat, glaubt es, was für Charlatanerie und Wichtigthuerei in dieser Diplomatie hier steckt.

An den Minister von Manteuffel.

Frankfurt, 26. Mai 1851.

Ew. Excellenz ertheilten mir bei meiner Abreise die Erlaubniß, Ihnen gelegentlich in vertraulicher Weise über meine hiesigen Wahrnehmungen Bericht zu erstatten. Sowohl die bisherige Geschäftsstille am Bundestage, als auch die Zurückhaltung, welche ich, den Weisungen Ew. Excellenz entsprechend, einstweilen in amtlichen Beziehungen mir zur Regel gemacht habe, schränken mich dabei auf

das Gebiet der Persönlichkeiten ein, die ich bisher kennen gelernt habe.

Thun trägt in seinem Aeußeren etwas von burschikosem Wesen zur Schau, gemischt mit einem Anflug von Wiener roué. Die Sünden, die er in letzter Eigenschaft begehen mag, sucht er durch strenge Beobachtung der Vorschriften der katholischen Kirche in seinen oder doch in den Augen der Gräfin aufzuwiegen. Er spielt auf dem Klub bis 4 Uhr Morgens Hazard (macao), tanzt von 10—5 Uhr ohne Pause und mit sichtlicher Leidenschaft, genießt dabei reichlich kalten Champagner und macht den hübschen Frauen der Kaufmannschaft mit einer Ostentation den Hof, die glauben läßt, daß es ihm ebensosehr um den Eindruck auf die Zuschauer als um das eigene Vergnügen zu thun ist. Unter dieser äußerlichen Richtung birgt Graf Thun, ich will nicht sagen eine hohe politische Thatkraft und geistige Begabung, aber doch einen ungewöhnlichen Grad von Klugheit und Berechnung, die mit großer Geistesgegenwart aus der Maske harmloser Bonhomie hervortritt, sobald die Politik in's Spiel kommt. Ich halte ihn für einen Gegner, der jedem gefährlich ist, der ihm ehrlich vertraut, anstatt ihm mit gleicher Münze zu zahlen. Wie ich höre, ist Graf Thun, in Beobachtung der löblichen Disziplin, welche der österreichischen Diplomatie eigen ist, gewissenhaft bemüht, das treueste Organ der Absichten des Fürsten Schwarzenberg zu sein, und beweist in dieser Beziehung eine nachahmenswerthe Genauigkeit und Pflichttreue. Wenn ich mir bei der Neuheit meiner Erfahrungen ein Urtheil erlauben darf, so ist aber von den österreichischen Staatsmännern aus der Schwarzenberg'schen Schule niemals zu erwarten, daß sie das Recht aus dem alleinigen Grunde, weil es das Recht ist, zur Grundlage ihrer Politik nehmen oder behalten werden, ihre Auffassung scheint mehr die eines Spielers zu sein, der die

Chancen wahrnimmt, in ihrer Ausbeutung zugleich Nahrung für Eitelkeit sucht und zu letzterem Behufe die Drapirung der kecken und verachtenden Sorglosigkeit eines eleganten Kavaliers aus leichtfertiger Schule zu Hilfe nimmt. Man kann von ihnen mit jenem herabstürzenden Dachdecker sagen: „ça va bien, pourvu que cela dure.“ Die Gräfin Thun ist eine junge hübsche Frau von gutem Ruf, geb. Gräfin Lambert; sie sieht meiner Schwester ähnlich und ist streng katholisch. Beide Gatten haben eine Färbung vom Tschechenthum; sie spricht mit ihren Kindern und Mägden nur böhmisch. Der zweite bei der österreichischen Gesandtschaft ist der Baron Nell von Nellenburg, ein geschickter Publizist, wie man sagt; er ist gegen 50 Jahre alt, zu Zeiten Dichter, sentimental, weint leicht im Theater, ist äußerlich gutmüthig und zuthulich und trinkt mehr, als er vertragen kann. Er soll Unglück in der Familie gehabt haben. Der eigentliche Faiseur der K. K. Gesandtschaft scheint der Baron Brenner zu sein, ein großer hübscher Mann von etwa 40 Jahren, der früher, und bis er hier angestellt wurde, in Italien Einfluß auf die Gestaltung der österreichischen Politik geübt haben soll. Er macht den Eindruck eines geistig bedeutenden und unterrichteten Mannes, gilt für ultramontan, was ihn nicht abhält, dem schönen Geschlechte zu huldigen und in diesfälligen Bemühungen auch in die mittleren Schichten der hiesigen Gesellschaft hinabzusteigen. Gegen Herren, in specie auch gegen die unsrigen, beobachtet er eine vornehme Zurückhaltung. Der General von Schmerling ist ein eleganter General und scheint seine bevorzugte Stütze in dem Baron Rzikowsky, Major im Ingenieurcorps, zu finden, einem sehr klugen, gebildeten und liebenswürdigen Officier, zu dem ich wünschte, daß wir ein preußisches Gegenstück in der zweiten oder dritten Stelle der Militärkommission hätten. Ueber unser hiesiges Subalternpersonal sind mir

mehrfache Verdächtigungen, besonders von österreichischer Seite, zugegangen; ich habe indessen bisher noch nicht einmal Vermuthungen über den Grund oder Ungrund; besonders behauptet Graf Thun und auch Graf Goltz (preußischer Diplomat, später Botschafter in Paris), daß irgend einer unserer Beamten Verbindungen mit der „Konstitutionellen“ und der „Kölner Zeitung“ haben müsse, wie sich aus Einzelheiten in deren Inhalt mit Sicherheit abnehmen lasse. Goltz hat sich hier gesellschaftlich eine sehr gute Stellung geschaffen, namentlich ist er persönlich in dem österreichischen Zirkel gern gesehen. Ich habe mich von neuem überzeugt, daß er ein sehr fähiger Geschäftsmann ist, und es thut mir leid, daß er seine Stellung zu Ew. Excellenz durch seine persönliche Gereiztheit verdorben hat. Ich glaube, daß er, wenn er auf bestimmte Bedingungen sein Wort gäbe, es halten würde, und daß hierin die Möglichkeit liegt, seine bedeutenden Fähigkeiten nutzbar zu verwenden. Seine jähe Leidenschaftlichkeit wird er insofern zähmen, daß er es über sich vermöchte, seine Bitterkeiten in sich zu verschließen; aber soweit sein Auftreten amtlich ist, nehme ich von ihm an, daß er halten würde, was er verspricht. Abgesehen von dem Salon der Frau von Vrints, in welchem auch von den Damen hoch und hitzig gespielt wird, hat die hiesige Geselligkeit nur am vorigen Freitag ein Lebenszeichen von sich gegeben, wo bei Lord Cowley ein Zauberfest zu Ehren der Königin Viktoria stattfand. Die Herzogin-Wittwe von Nassau (geb. Prinzessin von Württemberg) war mit ihrer unverheiratheten Tochter dort; letztere tanzte mit allen vertretenen Mächten, nur mit keinem Preußen. Die hiesige Diplomatie ist eine springlustige; nicht nur Thun, sondern der mehr als fünfzigjährige Tallenay (französischer Gesandter) und der Vertreter Belgiens, Graf Briey, sowie Lord Cowley selbst tanzten und nahmen an einem zweistündigen Cotillon als

ordentliche Mitglieder Theil. Die Räume waren mit den Farben aller deutschen Staaten sehr bunt dekorirt, und dem englischen Wappen-Transparent gegenüber hing das des deutschen Bundes: Der Doppeladler ohne Krone.

An H. Wagener, Berlin.

Frankfurt, 3. Juni 1851.

Haben Sie nicht Zeit, mir einmal zu schreiben, überhaupt mit mir zu correspondiren? Man ist hier auf einem verlorenen Posten, wo man nichts als offizielle Nachrichten erhält, und die sehr unvollständig; alle Berliner Freunde waren bei meiner Abreise sehr freigebig mit Versprechungen, aber faul im Schreiben, und Sie sind vielleicht der Einzige, dem es wirklich an Zeit dazu fehlt. Man versauert hier und hat nichts zu thun, bis jetzt wenigstens nicht. Ich habe vor acht Tagen meiner Erbitterung in einigen Redensarten Luft gemacht . . . Ist der Brief nicht in Ihre Hände gelangt? Das ist es, was mich beunruhigt; aus der Korrespondenz mit meiner Frau sind mir schon drei Briefe verloren gegangen; werden sie beim Oeffnen beschädigt, so unterschlägt man sie kaltblütig . . . Ich langweile mich hier unglaublich; der einzige Mann, der mir hier gefällt, ist Schele, der hannoversche Gesandte. Die Oesterreicher sind intrigant unter der Maske burschikoser Bonhomie und suchen uns bei kleineren Formalien zu übertölpeln, worin bis jetzt unsere einzige Beschäftigung besteht. Die von den kleinen Staaten sind meist karikirte Zopfdiplomaten, die sofort die Bericht-Physiognomie aufstecken, wenn ich sie nur um Feuer zur Cigarre bitte und Blick und Wort mit Regensburger Sorgfalt wählen, wenn sie den Schlüssel zum A . . . . . fordern. Die entente cor-

diale zwischen Oesterreich und Bayern zeigt sich hier als sehr gelockert, wenn es nicht verabredete Komödie ist, was kaum glaublich erscheint. Beneidenswerth ist die Disciplin, welche in Oesterreich und seinen Vertretern alles, was vom Kaiser bezahlt wird, nach gleichem Takt sich bewegen läßt. Bei uns singt jeder seine eigene Melodie, verleumdet den Anderen und schreibt Spezialberichte nach Berlin, wir haben hier mindestens drei Zivil- und zwei Militärdiplomaten neben einander. Ueber meinen Chef mag ich mich schriftlich nicht äußern; wenn ich hier selbstständig werden sollte, so werde ich mein Feld von Unkraut säubern, oder urplötzlich wieder nach Hause gehen.

Glauben Sie an die Festigkeit unserer inneren Politik auf ihren neuen Wegen? Aus Ihren Artikeln spricht kein volles Vertrauen . . . Mir ist noch nicht zu Muthe, als ob ich hier lange bleiben würde; ich fühle mich hier ziemlich ad acta gelegt und meiner Freiheit ohne Zweck beraubt, wenn es nicht sehr bald anders wird.

Der Ihrige v. B.

P. S. Morgen ist eine Bundestagssitzung. Vermuthlich kommt die hessische Sache zum ersten Mal vor mit allgemeinen Redensarten. Die Hessen erwarten, daß ihnen der Bundestag die gebratenen Tauben mit vormärzlicher Sauce in den Mund schieben wird.



An seine Gemahlin.

Frankfurt, 3. Juli 1851.

Vorgestern habe ich mit vielem Dank Deinen Brief und die Nachricht von Euer aller Wohlsein erhalten. Vergiß aber nicht, wenn Du mir schreibst, daß die Briefe nicht bloß von mir, sondern von allerhand Postspionen ge-

lesen werden, und tobe nicht zu sehr gegen einzelne Personen darin, denn das wird alles sofort wieder an den Mann gebracht und auf meine Rechnung geschrieben; außerdem thust Du den Leuten Unrecht. Ueber meine Ernennung oder Nichternennung weiß ich gar nichts, als was man mir bei meiner Abreise sagte; alles andere sind Möglichkeiten und Vermuthungen. Das Schiefe in der Sache ist bisher nur das Stillschweigen der Regierung mir gegenüber, indem es billig wäre, mich nachgerade wissen zu lassen, und zwar amtlich, ob ich mit Frau und Kind im nächsten Monat hier oder in Pommern wohnen werde. Sei vorsichtig in Deinen Reden gegen alle dort ohne Ausnahme, nicht bloß gegen X., namentlich in Urtheilen über Personen, denn Du glaubst nicht, was man in dieser Art erlebt, wenn man erst einmal Gegenstand der Beobachtung wird; sei darauf gefaßt, daß hier oder in Sanssouci mit Sauce aufgewärmt wird, was Du etwa in den Bassalken oder in der Badehütte flüsterst. Verzeihe, daß ich so ermahnend bin, aber nach Deinem letzten Briefe muß ich etwas die diplomatische Heckenscheere zur Hand nehmen. Wenn die † † † und andere Leute in unserem Lager Mißtrauen säen können, so erreichen sie damit einen der Hauptzwecke ihrer Briefdiebstähle. Vorgestern war ich zu Mittag in Wiesbaden bei † † † und habe mir mit einem Gemisch von Wehmuth und altkluger Weisheit die Stätten früherer Thorheit angesehen. Möchte es doch Gott gefallen, mit seinem klaren und starken Weine dies Gefäß zu füllen, in dem damals der Champagner einundzwanzigjähriger Jugend nutzlos verbrauste und schale Neigen zurückließ. Wo und wie mögen † und Miß † † jetzt leben, wie viele sind begraben, mit denen ich damals liebelte, becherte und würfelte, wie hat meine Weltanschauung doch in den vierzehn Jahren seitdem so viele Wandlungen durchgemacht, von denen ich immer die gerade gegenwärtige für die

rechte Gestaltung hielt, und wie vieles ist mir jetzt klein, was damals groß erschien, und wie vieles jetzt ehrwürdig, was ich damals verspottete! Wie manches Laub mag noch an unserem inneren Menschen ausgrünen, schatten, rauschen und werthlos welken, bis wieder vierzehn Jahre vorüber sind, bis 1865, wenn wir's erleben! Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile tragen kann. Ich weiß nicht, wie ich das früher ausgehalten habe; sollte ich jetzt leben, wie damals, ohne Gott, ohne Dich, ohne Kinder, — ich wüßte doch in der That nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte, wie ein schmutziges Hemde; und doch sind die meisten meiner Bekannten so und leben. Wenn ich mich bei dem Einzelnen frage, was er für Grund bei sich haben kann, weiter zu leben, sich zu mühen und zu ärgern, zu intrigiren und zu spioniren, ich weiß es wahrlich nicht. Schließe nicht aus diesem Geschreibsel, daß ich gerade besonders schwarz gestimmt bin, im Gegentheil, es ist mir, als wenn man an einem schönen Septembertage das gelbwerdende Laub betrachtet; gesund und heiter, aber etwas Wehmuth, etwas Heimweh, Sehnsucht nach Wald, See, Wüste, Dir und Kindern, alles mit Sonnenuntergang und Beethoven vermischt. Statt dessen muß ich nun langweilige † † besuchen und endlose Ziffern über deutsche Dampfkorvetten und Kanonenjollen lesen, die in Bremerhafen faulen und Geld fressen. Ich möchte gern ein Pferd haben, aber allein mag ich nicht reiten, das ist langweilig, und die Gesellschaft, die hier mitreitet, ist auch langweilig, und nun muß ich zu Rochow und zu allerhand — in's und — off's, die mit der Großfürstin Olga hier sind.

An dieselbe.

Frankfurt, 8. Juli 1851.

Gestern und heute wollte ich gern an Dich schreiben, kam aber vor allem Geschäftswirrwarr nicht eher dazu, als jetzt spät am Abend, wo ich von einem Spaziergang zurückkomme, auf dem ich in reizender Sommernachtluft, Mondschein und Pappelblättergeschwirr den Aktenstaub des Tages abgestreift habe. Am Sonnabend bin ich mit Rochow und Lynar Nachmittags nach Rüdesheim gefahren, da nahm ich mir einen Kahn, fuhr auf den Rhein hinaus und schwamm im Mondschein, nur Nase und Augen über dem lauwarmen Wasser, bis nach dem Mäusethurm bei Bingen, wo der böse Bischof umkam. Es ist etwas seltsam Träumerisches, so in stiller, warmer Nacht im Wasser zu liegen, vom Strome langsam getrieben und den Himmel mit Mond und Sternen, und seitwärts die waldigen Berggipfel und Burgzinnen im Mondlicht zu sehen und nichts als das leise Plätschern der eigenen Bewegung zu hören; ich möchte alle Abend so schwimmen. Dann trank ich sehr netten Wein und saß lange mit Lynar rauchend auf dem Balkon, der Rhein unter uns. Mein kleines Testament und der Sternenhimmel brachten uns auf christliche Gespräche, und ich rüttelte solange an der Rousseau'schen Tugendhaftigkeit seiner Seele, ohne etwas anderes zu erreichen, als daß ich ihn zum Schweigen brachte. Er ist als Kind mißhandelt von Bonnen und Hauslehrern, ohne seine Eltern recht kennen zu lernen, und hat auf Grund ähnlicher Erziehung ähnliche Ansichten aus der Jugend mitgebracht als ich, ist aber befriedigter darin als ich jemals war. Am anderen Morgen fuhren wir mit dem Dampfschiff nach Koblenz, frühstückten dort eine Stunde und kehrten auf demselben Weg nach Frankfurt zurück, wo wir Abends eintrafen. Ich unternahm die Expedition

eigentlich in der Absicht, den alten Metternich auf Johannisburg zu besuchen, der mich hat einladen lassen, aber der Rhein gefiel mir so, daß ich lieber spazieren fuhr nach Koblenz und den Besuch verschob. Wir haben ihn damals auf der Reise unmittelbar nach den Alpen und bei schönstem Wetter gesehen; an diesem frischen Sommermorgen und nach der staubigen Langeweile von Frankfurt ist er wieder in meiner Achtung gestiegen. Ich verspreche mir rechten Genuß davon, mit Dir ein paar Tage in Rüdesheim zu sein, der Ort ist so still und ländlich, gute Leute und wohlfeil, und dann nehmen wir uns ein kleines Ruderboot und fahren gemächlich hinab, besteigen den Niederwald und diese und jene Burg und fahren mit dem Dampfschiff zurück. Man kann des Morgens früh hier abgehen, acht Stunden in Rüdesheim, Bingen, Rheinstein u. s. w. bleiben und Abends wieder hier sein. Meine Ernennung hier scheint nun doch sicher zu sein.

An Herrn von Manteuffel.

6. September 1851.

Ich habe, seit ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehen, zwar die Geschäfte übernommen, aber es hat seit meiner Einführung eine weitere Sitzung des Bundestags noch nicht stattgefunden. Die Ausschußverhandlungen sind an sich weniger bedeutsam und werden eine Geduldprobe durch das Verfahren in denselben.

. . . Graf Thun präsidirt, und da er die eingehenden Piessen nicht vorher liest, so lernt er sie erst dadurch kennen, daß er sie dem Ausschusse buchstäblich von Anfang bis zu Ende vorliest, eine Operation, welche mitunter bei einer einzigen Piesse, zum Beispiel einem 30—40 Bogen-

seiten starken Bericht über das Rechnungswesen der Flotte, voller Ziffern und Belegen, mehrere Stunden dauert, während welcher der Graf mit beneidenswerther Lunge liest, Herr von Schele einschläft, Herr von Nostiz unter dem Tisch ein Buch liest und General Xylander neben mir neue und phantastische Lafetten-Konstruktionen auf ein Löschblatt zeichnet. Dieses Vorlesen ist nur das Mittel, zu erfahren, wovon das Aktenstück handelt . . . Ich muß überhaupt die Klage meines letzten Briefes wiederholen, daß Graf Thun bemüht ist, die Präsidialbefugnisse, gestützt auf Besitz und faktisches Uebergreifen, ungebührlich zu erweitern. Remonstrationen dagegen nimmt er mit Heftigkeit auf. Er ist gescheidter und geschäftskundiger, als ich glaubte, aber in der That in seiner äußerlichen Politur unfertiger, als man seinem Herkommen nach annehmen sollte. Gegen Herrn von Schele wurde er gestern im Ausschuß so heftig, daß dieser mich beauftragte, ihn zu fordern, ich zog indessen vor, den Vermittler zu machen und die Sache beizulegen, obschon eine anderweite Entwickelung ohne Zweifel pikanter gewesen wäre. Mir hat er auf meinen ersten Besuch im Mai eine Karte geschickt, seitdem ist er niemals wieder bei mir gewesen und hat meine zahlreichen Besuche, auch die officiellen, nie erwiedert. Wenn ich in Geschäften zu ihm komme, so läßt er mich im Vorzimmer warten, um mir dann zu sagen: er habe eben einen sehr interessanten Besuch eines englischen Zeitungscorrespondenten gehabt. Selbst mit Herrn von Rochow machte er es nicht anders; Wentzel sagt mir, daß er mit Herrn von Rochow zusammen 20 Minuten dort antichambrirt habe. Er steht nie von seinem Sitze auf, um Jemand zu empfangen, bietet auch keinen Stuhl an, während er selbst sitzen bleibt und stark raucht. Ich theile Eurer Excellenz dies nur zu Ihrer Erheiterung mit: ich beobachte dieses seltene Exemplar von

Diplomat mit der Ruhe des Naturforschers und schmeichle mir, zu seiner gesellschaftlichen Glättung wenigstens in seiner Haltung mir gegenüber schon einiges beigetragen zu haben, ohne daß unser gegenseitiges Verhältniß den freundschaftlichen und vertraulichen Charakter verloren hat. Unbequemer wird der geschäftliche Verkehr aber allerdings durch die Nothwendigkeit, jenem Benehmen gegenüber die Würde der amtlichen Stellung zu wahren.



An denselben.

Frankfurt, November 1851.

Bei Gelegenheit einer Besprechung mit Graf Thun habe ich heute früh, in der Form einer rein privaten Expectoration, ihm die nach meinem Dafürhalten unausbleiblichen beklagenswerthen Folgen entwickelt, welche die aggressive Politik Oesterreichs gegen den Zollverein nach sich ziehen müsse. Er antwortete mir mit dem Tone freundschaftlicher Offenheit ungefähr Folgendes: Die unverhältnißmäßigen Opfer, welche Preußen in dem Vertrage vom 7. September gebracht habe, sei der beste Beweis, daß es sich bei demselben weniger um die commerzielle, als um die politische Bedeutung handle. Wenn ich annehme, daß er ein ebenso guter Oesterreicher sei, als ich Preuße, so werde ich natürlich finden, daß er es billige, wenn seine Regierung Alles daran setze, um zu verhindern, daß Oesterreich in noch schrofferer Weise als früher vom Zollverein, von einer neuen, das ganze übrige Deutschland umfassenden Corporation, ausgeschlossen werde. In Wien sei man weit davon entfernt, den Zollverein zerstören zu wollen, nur müsse derselbe Basen annehmen, die einen Beitritt Oesterreichs, wenn nicht sofort ermöglichten,

doch anbahnten. Den Zweck, die Zoll- und Handelsgesetzgebung auf den Bund zu übertragen, gestand er ein und fand ihn ganz natürlich für Oesterreich; auch leugnete er keineswegs, Hock mit entsprechenden Aufträgen an die westdeutschen Höfe entsendet zu haben; er bedauerte, daß Preußen in dem Bunde nur ein Polizei- und Militär-Institut wolle. Ein überwiegender Einfluß Oesterreichs in Deutschland liege in der Natur der Dinge, so lange Oesterreich sich ohne Selbstsucht Deutschland hingebe; breche es die letztere Bedingung, so werde Preußen an Oesterreichs Stelle treten; halte es jene Bedingung, so sei Preußens Aufgabe eine gleiche, mit Oesterreich gemeinsame Hingabe für die Interessen der Gesammtheit. So lange das gegenseitige Verhältniß nicht frei von particularistischer Eifersucht sei, könne das jetzige gute Einvernehmen nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand genannt werden. Er sprach wie Posa und entwickelte großdeutsche Schwärmerei; ich vervollständigte seinen Ideengang dahin, daß danach die Existenz Preußens und noch weiter der Reformation ein bedauerliches Factum sei; wir Beide könnten es aber nicht ändern und müßten nach Thatsachen, aber nicht nach Idealen rechnen, und ich bäte ihn zu überlegen, ob die Resultate, die Oesterreich auf den Hock'schen Wegen wirklich erreichen werde, die Annehmlichkeit des preußischen Bündnisses aufwiegen würden; denn ein Preußen, welches, wie er sich ausdrückte, „der Erbschaft Friedrich des Großen entsagte", um sich seiner wahren providentiellen Bestimmung als Reichs-Erzkämmerer hingeben zu können, bestehe in Europa nicht, und ehe ich zu einer derartigen Politik zu Hause riethe, würde eine Entscheidung durch den Degen vorhergehen müssen. Er verglich Preußen mit einem Manne, der einmal das Loos von 100 000 Thalern gewonnen hat und seinen Haushalt auf die jährliche Wiederkehr dieses Ereignisses einrichte. Ich erwiderte

ihm, wenn diese Ansichten in Wien so klar wären, wie bei ihm, so sähe ich allerdings voraus, daß Preußen nochmals in die bewußte Lotterie werde setzen müssen; ob es gewinnen werde, stehe bei Gott. Diese Unterhaltung wurde im Ganzen in mehr scherzhaftem Tone geführt und verlor nicht den Character objectiver freundschaftlicher Betrachtung; bei mir hat sie aber die Ueberzeugung befestigt, daß Oesterreich die Bedeutung unseres Bündnisses oder unserer Abneigung empfinden muß, ehe es den Werth davon einsehen oder nach dieser Einsicht handeln wird. Thun ist stets in seinen Meinungen das Daguerrotyp seines Chefs und ich zweifle nicht, daß letzterer seine Politik in dem Sinne gegen Thun entwickelt hat, wie dieser heute gegen mich. Ich darf Eure Excellenz wohl bitten, von dem Vorstehenden keinen Gebrauch zu machen, der Graf Thun unangenehm sein oder zu seiner Kenntniß kommen könnte, da er sonst die, ich möchte sagen, jugendliche Offenheit bereuen würde, mit der er zu sprechen pflegt, wenn ich den Ton von Cavalier gegen Cavalier anschlage, und er gerade bei gefühlvoller Laune ist, was ihn nicht hindert, bei anderen Gelegenheiten wieder bauernschlau und insidiös zu sein. Mündlich werde ich mir einen detaillirteren Bericht erlauben.

An seine Gemahlin.

Berlin, 1. Mai 1852.

Es liegt etwas recht Demoralisirendes in der Kammerluft, die besten Leute werden eitel, ohne daß sie es merken, und gewöhnen sich an die Tribüne, wie an ein Toilettenstück, mit dem sie vor dem Publikum sich produciren. Verzeih' diesen politischen Erguß.

An dieselbe.

Berlin, 3. Mai 1852.

Ich habe es hier recht herzlich satt und sehne mich nach dem Tage der Abreise. Die Kammerintriguen finde ich über die Maßen schal und unwürdig; wenn man immer darin lebt, so täuscht man sich darüber und hält sie für Wunder was. Wenn ich von Frankfurt unbefangen herkomme, so ist mir, wie einem Nüchternen, der unter Betrunkene geräth. Ich wollte, sie schickten mich nach Konstantinopel, da braucht man doch nicht alle Augenblicke herzureisen.

Fürst Felix Schwarzenberg ist todt; Graf Buol tritt an seine Stelle, und Graf Thun wird in Frankfurt durch Herrn von Prokesch abgelöst. Herr von Bismarck geht in außerordentlicher Mission nach Wien (in Zollvereins-Angelegenheiten).

An seine Gemahlin.

Wien, 16. Juni 1852.

. . . Im Geschäft herrscht große Flauheit: die Leute haben entweder nicht das Bedürfniß, sich mit uns zu arrangiren, oder setzen es bei uns in höherem Grade voraus, als es vorhanden ist. Ich fürchte, die Gelegenheit der Verständigung geht ungenützt vorüber, das wird bei uns einen bösen Rückschlag üben, denn man glaubt, einen sehr versöhnlichen Schritt durch meine Sendung gethan zu haben, und sie werden sobald nicht wieder einen herschicken, der so geneigt ist, sich zu verständigen und dabei so freie Hand hat wie ich. Verzeih', daß ich Dir Politik schreibe, aber wessen das Herz voll ist u. s. w., ich trockne ganz auf

geistig in diesem Getriebe, und ich fürchte, ich bekomme noch einmal Geschmack daran.

(Wenige Tage darauf schrieb Herr von Bismarck: „Eben erhielt ich eine telegraphische Depesche aus Berlin; sie enthielt nur vier Buchstaben: Nein.“)

An Herrn von Manteuffel.

Wien, 11. Juni 1852.

. . . . . Graf Grünne hat persönlich sehr viel Liebenswürdigkeit für mich, ist aber in politischen Gesprächen sehr zurückhaltend. Daß er in Staatsgeschäften keinen Einfluß auf den Kaiser habe, wie Manche mir in Wien sagten, halte ich für falsch. Schon die Art, wie er mit den Ministern verkehrt, läßt fast auf eine leitende Stellung schließen.

. . . . . Vorgestern Abend war ich bei dem Fürsten Metternich; seine Geistesfrische, sowie Gesicht und Gehör haben seit vorigem Sommer sehr abgenommen, wenn er nicht am Morgen anders ist, als am Abend. Was er außer Erzählungen aus der Vergangenheit spricht, hat nicht immer Zusammenhang und verständlichen Schluß. Graf Rechberg lernte ich dort kennen; ich hatte ihn anders gedacht; seine brillentragende Erscheinung hält etwa die Mitte zwischen Robert Goltz und dem Hofdrucker Decker, und er sieht mehr wie ein Kammergerichtsrath aus, als wie ein Diplomat und Graf Rechberg. Er war sehr entgegenkommend und mittheilend für mich, und gefällt mir sonst gut; aber auch er glaubt, der deutsche Bund würde durch eine offizielle Adoption der schwarzrothgoldenen Farbe Kräfte gewinnen und solche der Demokratie entziehen. Er geht nicht nach Konstantinopel, weil man sich geweigert hat, ihm das dortige korrumpirte Subaltern-Personal — Testa u. s. w. — zu opfern . . .

. . . . . Auf dem Diner bei Lord Westmoreland sah ich gestern den Grafen Buol. Er hatte offenbar noch keine genügende Antwort von Pest, obschon der Telegraph in drei Stunden communizirt, denn er war in sichtlicher Verlegenheit, was er mit mir sprechen sollte, und schwankte zwischen Ausweichen und Annähern, bis er entschieden auf mich zuging und mich fragte, ob ich schon einmal in Wien gewesen sei. Gewiß ist es Verlegenheit und Unentschlossenheit, was ihn in den Ruf abstoßender und anglomaner Steifheit gebracht hat. Eigenthümlich finde ich, daß er mit keiner Silbe davon spricht, ob und welche Schritte er gethan hat, um die Befehle des Kaisers über mich einzuholen, und daß er nach zwei Tagen meinen offiziellen Antrittsbesuch noch nicht erwidert hat. Fürst Schwarzenberg hat, wie ich höre, den Gesandten niemals Gegenbesuche gemacht. . . .

An denselben.

Wien, 19. Juni 1852.

Vom Kaiser höre ich von den jüngeren Herren, daß er Alles mit einem für seine Jahre seltenen Maßhalten treibt, bis auf seine Regentenpflichten und gelegentlich die Jagd. Er strengt seinen Körper übermäßig mit Tanzen, Reiten und Schlafentbehren an. Er steht um 4 Uhr auf, arbeitet rastlos, spricht mit jedem Beamten nur über sein Fach, schneidet in der Beziehung übergreifende Rathschläge, sowie Fragen schnell ab, läßt die eigene selbstständige Entscheidung formell und materiell überall ostensibel in den Vordergrund treten und giebt sie kurz und entschieden. Die eigene angespannte Pflichterfüllung läßt ihn die gleiche Anstrengung als etwas sich von selbst Verstehendes bei Anderen voraussetzen, und Mangel darin setzt ihn in Erstaunen. Dabei ist er niemals barsch in der Form. Ge-

rühmt wird seine große Wahrheitsliebe. Die vorstehenden Urtheile sind weiblichen Ursprungs, aber von guter Quelle.

(Nachdem Herr von Bismarck in Ofen zur kaiserlichen Tafel geladen, schreibt er:

Die Persönlichkeit des Kaisers macht mir einen sehr guten Eindruck; er faßt schnell auf, urtheilt sicher und besonnen und hat eine zutrauenerweckende Einfachheit und Offenheit in seinem Wesen.)

An denselben.

Frankfurt, 30. Mai 1853.

Ich erlaube mir, nachstehend einige vertrauliche Bemerkungen über die Persönlichkeit meiner Collegen für den Fall zu machen, daß es Eure Excellenz interessiren sollte, von denselben Kenntniß zu nehmen.

Herr von Prokesch dürfte hinreichend in Berlin bekannt sein, um weitere Andeutungen über seine Persönlichkeit unnöthig zu machen, indeß kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß die Ruhe und Leichtigkeit, mit welcher er falsche Thatsachen aufstellt, oder wahre bestreitet, meine in dieser Beziehung ziemlich hochgestellten Erwartungen noch übertrifft und ihre Ergänzung findet in einem überraschenden Grade von Kaltblütigkeit im Fallenlassen eines Gegenstandes oder Veränderung der Front, sobald das Falsum, von welchem er ausgeht, unausweichbar zur Anerkennung gebracht wird. Nöthigenfalls deckt er einen solchen Rückzug durch ein Aufbrausen sittlicher Entrüstung, oder durch einen oft sehr persönlichen Angriff, mit welchem er die Discussion auf ein neues und heterogenes Gebiet überträgt. Seine hauptsächlichen Waffen in dem kleinen Kriege, welchen ich da, wo die Interessen divergiren, mit ihm führen muß, sind: 1) passiver Widerstand, d. h. die Verschleppung der Sachen,

durch welche er mir die Rolle eines unruhigen und nach der Natur der Sachen oft kleinlichen Mahners zuschiebt, und 2) beim Angriff das fait accompli anscheinend unbedeutender Uebergriffe der Präsidialmacht, die gewöhnlich so berechnet sind, daß die Zurückweisung von meiner Seite den Charakter eines Aufsuchens von Streitpunkten oder einer silbenstechenden Kritik annehmen muß. Es ist danach kaum möglich für mich, ihm gegenüber nicht den Schein der Unverträglichkeit auf mich zu ziehen, wenn ich nicht die Interessen Preußens in einem Maße vergeben will, welches aus jeder Nachgiebigkeit Anlaß zur Steigerung entnehmen würde. Noch in den letzten Tagen war ich genöthigt, ihn wegen eigenmächtigen Aufnehmens einer Anleihe von 67 000 fl. für den Festungsbau zur Rede zu stellen, bei welcher Gelegenheit er sich auf „Hunderte" von Präcedenzfällen, von denen er mir jedoch keinen einzigen namhaft zu machen wußte, berief. Demnächst behauptete er, daß eine gewisse discretionäre Gewalt für das Präsidium zur Geschäftsführung unerläßlich sei, daß in Zeiten des Grafen Münch Niemand gewagt haben würde, über dergleichen Kleinigkeiten eine Erinnerung zu machen, und daß es zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen uns und Oesterreich nicht beitragen könne, wenn jede Handlung des Präsidenten einer übelwollenden Recension von Seiten des preußischen Gesandten ausgesetzt sei. Meine Widerlegung dieser Auffassungen veranlaßte ihn zu der Aeußerung, daß meine Führung des Präsidiums von Niemand in allen Details geprüft worden sei, um sich zu überzeugen, ob sie nicht ebenfalls zu Ausstellungen Gelegenheit gebe, und daß er einer etwaigen Beschlußnahme der Bundesversammlung mit der Gewißheit entgegensähe, daß letztere das Verfahren des Präsidiums nicht desavouiren werde. Sollte dies dennoch der Fall sein, so werde er die „Kleinigkeit der erwachsenen Zinsen" aus eigener Tasche bezahlen.

Ich erwiderte, daß mir der letztere Weg eine erfreuliche und die einzig angemessene Lösung der entstandenen Schwierigkeit zu sein scheine, und ich, wenn der Herr Präsidialgesandte es mir gestatten wolle, mich lieber an den Kosten zur Beseitigung der Sache persönlich betheiligen wolle, als dieselben zur amtlichen Verhandlung bringen, da ich kaum erwarten könne, daß meine Regierung geneigt sein würde, an Zinszahlungen für eine unmittelbar nach einer Sitzung, allein vom Präsidium, ohne Wissen der übrigen Gesandten, aufgenommene Anleihe Theil zu nehmen. Die Geringfügigkeit des betreffenden Objekts gewähre uns aber dabei eine große Erleichterung zur Beseitigung eines Präzedenzfalles, dessen Wiederholung die betreffenden Regierungen, falls es ohne Monitum passirte, leicht in ausgedehnterem Maße gewärtigen könnte. Ich behielt mir schließlich eine amtliche Erklärung für den Zeitpunkt vor, wo die Sache offiziell zu meiner Kenntniß gelangen würde, was bisher nur durch Privatmittheilungen des Geheimen Regierungsrathes Crüger geschehen sei. Ich habe mit Rücksicht auf den Besuch Seiner Majestät des Königs in Wien und auf die Möglichkeit, daß politische Folgen sich an denselben knüpfen, sowohl in diesem wie in anderen ähnlichen und gleichzeitigen Fällen es vermieden, amtlich, und mit derjenigen Entschiedenheit, zu welcher das Sachverhältniß mich berechtigen konnte, den Präsidialgesandten in seine Schranken zurückzuweisen, und bin gleichzeitig bemüht gewesen, die Diskussion in das Geleise freundschaftlicher Verständigung zurückzuführen, so oft Herr von Prokesch dasselbe verließ.

Den bayerischen Gesandten Herrn von Schrenk rechne ich zu den besten Elementen der Versammlung, sowohl seiner Befähigung als seinem Charakter nach. Er ist ein gründlicher und fleißiger Arbeiter, dabei practisch in seinen Auffassungen und Urtheilen, wenn auch seine mehr juristische

Bildung und Denkungsweise ihn mitunter rechthaberisch macht und einem leichteren Fortgang der Geschäfte hemmend entgegentritt. Im amtlichen Verkehr ist er offen und gefällig, so lange sein in der That hochgesteigertes und sehr reizbares Nationalgefühl geschont wird, eine Schwäche, welcher Rechnung zu tragen ich mir besonders angelegen sein lasse.

Unser sächsischer College, Herr von Nostiz, flößt mir weniger Vertrauen ein. Er hat im Grunde eine, wie mir scheint, althergebrachte Hinneigung zu Preußen und seinem politischen System, welche unter Anderem aus einem mehr nationalistischen als orthodoxen Protestantismus und der Furcht vor ultramontanen Bestrebungen ihre Nahrung zieht. Ich glaube aber, und es sollte mir lieb sein, wenn ich ihm Unrecht thäte, daß ihm im Ganzen persönliche Interessen höher stehen, als politische, und die Geschmeidigkeit seines Charakters gestattet ihm, die letzteren unter einem jeden für die ersteren zuträglichen Lichte aufzufassen. Seine Vermögensverhältnisse hängen, abgesehen von seinen Gehaltsbezügen, noch dadurch mit seiner hiesigen Stellung zusammen, daß er hier ein eigenes, von ihm bewohntes Haus besitzt, für welches er vor 1848 einen erheblichen Kaufpreis gezahlt und dessen seit fünf Jahren betriebene Vermiethung sich als unthunlich bewiesen hat. Sein politisches Verhalten ist daher durch den Wunsch bedingt, jedenfalls in seiner amtlichen Stellung zu verbleiben, und bei der jetzigen Richtung der sächsischen Regierung hat allerdings Oesterreich mehr Gelegenheit, ihn in seiner Stellung zu befestigen, als Preußen. Dieser Umstand hindert Herrn von Nostiz zwar nicht, jede auffällige Verletzung Preußens zu vermeiden, soweit es seine Instruktionen zulassen, aber er bildet mit seiner großen Arbeitskraft, Intelligenz und langen Erfahrungen die wirksamste Stütze aller Bestrebungen Oesterreichs in der Bundes-

versammlung. Er hat ein besonderes Geschick in Abfassung von Referaten und Anträgen über bedenkliche Streitfragen, in welchen er dem Vortrage eine anscheinend vermittelnde Färbung zu geben weiß, ohne daß den Interessen Oesterreichs, sobald der anscheinend unbestimmten Fassung die richtige Auslegung zu Hilfe kommt, irgend etwas vergeben würde. Erst wenn seine Vorträge die Grundlage späterer Verhandlungen werden, stellt es sich gewöhnlich heraus, daß der eigentliche Zweck, zu dem sie verfaßt wurden, in scheinbar absichtslosen beiläufigen Worten niedergelegt ist. Wenn in Dresden ein Revirement in preußischem Sinne einträte, würde die wichtige persönliche Unterstützung, welche Herr von Nostitz vermöge seines Verstandes und seiner Erfahrungen und des durch beide erworbenen Ansehens zu leisten vermag, mit derselben Sicherheit für Preußen in die Wagschale fallen, wie jetzt für Oesterreich, falls nicht ein zu starkes Band in dem Umstande liegt, daß einer seiner Söhne in der österreichischen Marineschule erzogen wird, ein anderer bereits Offizier in kaiserlichen Diensten ist.

Für Hannover ist Herr von Bothmer seit ein paar Tagen hierher zurückgekehrt; zu meinem Bedauern höre ich aber von ihm, daß sein längeres Verbleiben hier auf keine Weise gesichert ist. Er ist nicht nur ein gerader und Vertrauen erweckender Charakter, sondern auch der einzige unter meinen Collegen, der Unabhängigkeit genug besitzt, um mir bei nothwendig werdenden Reclamationen gegen das Präsidium einen mehr als passiven Widerstand zu leisten.

Das Gegentheil von ihm stellt sich in Herrn von Reinhard dar; wenn Herr von Bothmer in seinen Arbeiten gründlich, klar und objectiv ist, so tragen die des württembergischen Gesandten den Stempel der Oberflächlichkeit und Verworrenheit. Sein Ausscheiden aus der Bundesver-

sammlung dürfte für uns als ein großer Gewinn zu betrachten sein. Ich weiß nicht, ob sein Abgang von Berlin mit Umständen verknüpft gewesen ist, welche nachhaltige Abneigung gegen Preußen in ihm zurückgelassen haben, oder ob verworrene politische Theorien, über welche er leichter und mit mehr Vorliebe als über praktische Geschäfte sich ausspricht, ihn an die Schädlichkeit des preußischen Einflusses in Deutschland glauben lassen; jedenfalls aber übersteigt die Antipathie gegen uns das Maß, welches man bei seinem Landesherrn nach der politischen Lage Württembergs voraussetzen darf, und habe ich Grund anzunehmen, daß er seinen Einfluß auf seine Instructionen und seine Thätigkeit, soweit sie von ersteren unabhängig ist, principiell zum Nachtheil Preußens geltend macht. In der Discussion über die Rastatter Frage glaube ich sogar annehmen zu müssen, daß er auf eigene Verantwortung ein Verhalten beobachtete, von dem er nicht wünschen kann, daß es zur persönlichen Kenntniß Sr. Majestät des Königs kommt. In seinem Benehmen gegen mich persönlich liegt nichts, was auf eine derartige Gesinnung zu schließen berechtigen würde, und nur selten kommt in der Discussion ein Moment, in welchem, gemäßigt durch eine gewisse Furchtsamkeit, die verhaltene Bitterkeit gegen Preußen durchbricht. Beiläufig bemerkt ist er Derjenige, der zu den Sitzungen stets als letzter und zu spät erscheint und in denselben durch Mangel an Aufmerksamkeit und demnächstiges mißverständliches Eingreifen in die Discussion zu weiter zeitraubenden Wiederholungen Anlaß giebt.

Der badische Gesandte, Herr von Marschall, ist nicht ohne Verstand und geschäftliche Brauchbarkeit, aber sorgfältig bemüht, die Verantwortung für ein selbstständiges Urtheil von sich abzuwenden und in der unzweifelhaftesten Sache einen mittleren Standpunkt zu finden, von welchem aus es möglich wäre, beiden Theilen Recht oder doch

einem Unrecht zu geben; muß es aber sein, so neigt auch er, sei es aus verwandtschaftlichen Rücksichten, sei es wegen stärkerer Scheu seiner Regierung vor Wien als vor Berlin, mehr auf die Seite Oesterreichs, als auf die unsere. Eine Unterstützung gegen das Präsidium, wie beispielsweise bei Behandlung der Geschäftsordnung, für welche er Referent ist, habe ich schwerlich von ihm zu erwarten.

Unser Kurfürstl. College, Herr von Trott, nimmt an den Geschäften so wenig Antheil als möglich, befaßt sich namentlich nicht mit Referaten und Mitwirkung in Ausschüssen und ist vielfach abwesend unter Substitution des Vertreters von Darmstadt. Er zieht den Aufenthalt auf dem Lande und die Jagd der Betheiligung an den Versammlungen vor und macht mehr den Eindruck eines jovialen und wohlbeliebten Gutsbesitzers, als eines Gesandten. Er beschränkt sich darauf, kurz und genau nach seiner Instruction abzustimmen, und wenn letztere von dem Minister Hassenpflug ohne Ausnahme nach den Weisungen Oesterreichs eingereicht wird, so scheint es mir, daß eine persönliche Unterstützung durch Herrn von Trott Oesterreich oder den Staaten der Darmstädter Coalition ebenso wenig zu Gute kommt, als uns, eine Parteilosigkeit, welche dem hessischen Gesandten durch seine Abneigung gegen Geschäfte und, wie ich gern glaube, durch das Widerstreben seiner an sich ehrlichen Natur gegen das Intriguensystem ebenso sehr erleichtert wird, wie durch seine in früheren Zeiten unzweifelhafte Sympathie für die Interessen Preußens.

Ein feindseligeres Element finden wir in dem Großherzogl. Hessischen Gesandten Freiherrn v. Münch-Bellinghausen. Wenn derselbe schon durch seine verwandtschaftlichen Verhältnisse mit dem früheren Präsidialgesandten gleichen Namens an die Interessen Oesterreichs geknüpft ist, so wird sein Antagonismus gegen Preußen noch er-

heblich geschärft durch starken und, wie ich glaube, aufrichtigen Eifer für die katholische Kirche. Im Privatverkehr ist er ein Mann von angenehmen Formen, und kann ich über sein amtliches Verhalten insofern nicht klagen, als ich einen Hang zur Intrigue oder Unaufrichtigkeit über das Maaß der von der antipreußischen Politik seiner Regierung gebotenen Zurückhaltung hinaus nicht wahrgenommen habe. Im übrigen ist er ein natürlicher Gegner der preußischen Politik überall, wo diese mit Oesterreich und der katholischen Kirche nicht Hand in Hand geht, und kann ich den Eifer, mit welchem er seine Meinung mir gegenüber nicht selten in der Diskussion vertrat, nur für einen Beweis der Aufrichtigkeit seiner politischen Ueberzeugung halten. Eine Anomalie ist es jedenfalls, daß ein protestantischer und augenblicklich mit den katholischen Bischöfen in Konflikt stehender Souverän durch Herrn von Münch beim Bunde vertreten wird. Ebensowenig kann den rheinbündischen Tendenzen des Herrn v. Dalwigk und des Prinzen Emil von Hessen die politische Auffassung des Herrn von Münch entsprechen, welche mehr der sogenannten großdeutschen, in Preußen durch die Reichensperger und andere vertretene Richtung angehört. Herr von Münch war ein lebhafter Vertheidiger der bis zum vorigen Herbst auf dem Bundespalais stehenden schwarz-roth-goldenen Fahne und des nationalen Elements in der übrigens von ihm bekämpften Bewegung von 1848.

Herr von Bülow, der Vertreter Dänemarks, ist einer der gescheidtesten Köpfe in der Versammlung, und ich bedauere, daß die Stellung des Staates, den er vertritt, ihm nicht gestattet, erheblicheren Antheil an den laufenden Geschäften zu nehmen. Die Haltung der österreichischen Politik entspricht natürlich den Wünschen des Cabinets von Kopenhagen mehr als die unserige, indessen beobachtet Herr von Bülow in allen nicht dänischen Fragen eine

parteilose Zurückhaltung, wie denn auch die meisten der zwischen Preußen und Oesterreich obwaltenden Streitfragen von einer Natur sind und aus einer Zeit stammen, daß Dänemark die Betheiligung daran prinzipiell vermeidet und die Abstimmungen des Herrn von Bülow gewöhnlich nur eben eine stereotyp gewordene Verwahrung der Rechte seines Allergnädigsten Herrn und die Erklärung enthalten, daß er noch ohne Instruktion sei. Die Verhandlungen sowohl am Bunde, als in der Augustenburger Angelegenheit haben mir Gelegenheit gegeben, Herrn von Bülow als einen gewandten und einsichtsvollen Geschäftsmann kennen zu lernen, dem sowohl im offiziellen, wie im Privatverkehr ein angenehmes und gefälliges Benehmen eigen ist.

Zu unseren treuesten Bundesgenossen gehört Herr von Scherff, der sich für seine Person ganz den preußischen Interessen hingiebt, auch einen Sohn in unserem Militärdienst hat; er ist ein erfahrener und selbst bis zur Aengstlichkeit vorsichtiger Geschäftsmann. Die letztere Eigenschaft sowie die Natur des Einflusses, den Seine Majestät der König der Niederlande auf die Bundesinstruktionen übt, verhindern ihn oft, mir in den Sitzungen diejenige Unterstützung zu gewähren, welche ich andernfalls von ihm erfahren würde. Außerhalb der Sitzungen habe ich stets mit Vertrauen auf ihn zählen können, wenn ich seinen Rath in Anspruch genommen habe, oder wenn es sich darum handelte, mir mit seinem Einflusse auf einen anderen oder mit einzuziehenden Erkundigungen zu Hülfe zu kommen. Bei Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen steht Herr von Scherff und dessen Familie mit Recht in besonderer Gnade.

An seinem Nachbar in der Sitzung, dem Freiherrn von Fritsch, habe ich nichts zu wünschen, als daß seine Macht, die preußische Politik zu unterstützen, seinem Willen

gleichkommen möchte. Er ist seiner Politik nach ein ehemaliger Gothaer, dabei aber ein aufrichtiger, achtungswerther Mann; die Instruktionen seiner Höfe sind mit einer Hingebung, die unsere lebhafte Dankbarkeit verdient, in allen wichtigen Fragen dahin gerichtet, sich dem preußischen Votum anzuschließen, und würde diese Unterstützung noch werthvoller werden, wenn Herrn von Fritsch in höherem Grade das Bewußtsein beiwohnte, seinen Ueberzeugungen Geltung verschaffen zu können.

Nassau und Braunschweig werden durch den Freiherrn von Dungern vertreten, einen inoffensiven Charakter, der weder durch seine persönlichen Fähigkeiten, noch durch politisches Ansehen einen Einfluß in der Bundesversammlung ausübt. Wenn der Gegensatz, welcher in den meisten Fragen zwischen der Haltung Braunschweigs und Nassau besteht, sich in den meisten Fällen zu Gunsten der nassauischen, d. h. der österreichischen Ansicht löst, so sind hierauf zwar einerseits die verwandtschaftlichen Beziehungen des Herrn von Dungern und seiner Gemahlin zu Familien, die im österreichischen Interesse stehen, und die größere persönliche Scheu des Gesandten, der zwei Söhne im österreichischen Militärdienst hat, vor den Ressentiments Oesterreichs, als vor denen Preußens nicht ohne Einfluß; hauptsächlich aber liegt der Fehler in dem Umstande, daß Braunschweig durch einen Diener des Herzogs von Nassau vertreten wird, der sich hier in der unmittelbarsten Nähe seines von österreichischen Einflüssen beherrschten Hofes befindet, mit Braunschweig aber wohl nur so nothdürftig Beziehungen unterhält, daß dieselben kaum als ein Aequivalent der 5000 fl., welche Se. Hoheit der Herzog Wilhelm zu dem Gehalt desselben zugiebt, betrachtet werden können.

Der mecklenburgische Gesandte, Herr v. Oertzen, rechtfertigt in allen Beziehungen den Ruf eines ehrenwerthen Mannes, unter dem ich ihn schon vor seiner jetzigen Stel-

lung gekannt habe. In der ersten Zeit nach dem Wiederzusammentritt des Bundestages war bei ihm, wie bei einer großen Anzahl seiner Landsleute, eine Hinneigung zu Oesterreich nicht zu verkennen; es scheint mir aber unzweifelhaft, daß seine zweijährige Beobachtung der Mittel, welche die österreichische Politik durch das Organ des Präsidiums hier zur Anwendung bringt, in der ehrliebenden Natur des Herrn von Oertzen, ungeachtet auch er einen Sohn im österreichischen Heere hat, eine Reaction erzeugt hat, die mich auf ihn persönlich vollständig und auf seine politische Unterstützung insoweit zählen läßt, als es seine Instructionen, über deren Natur ich im Ganzen nicht klagen kann, nur immer gestatten. Jedenfalls kann ich bei ihm unter allen Umständen auf ein offenes und ehrliches Verfahren rechnen. Er bearbeitet als Referent vorzugsweise die Bentink'sche und andere Reclamationssachen mit vieler Gründlichkeit, wenn ich auch seine Ansichten nicht immer theilen kann. Seine Haltung bei den Discussionen ist jederzeit ruhig und vermittelnd.

Der Vertreter der 15. Curie ist Herr von Eisendecher, ein Mann, dessen freundliches Entgegenkommen, verbunden mit Witz und Lebhaftigkeit in der Unterhaltung, für ihn einnimmt. Er war früher ein avancirter Gothaer, und es scheint, daß diese Färbung übergegangen ist in eine lebhafte Sympathie für Ausbildung des Bundes als starke einheitliche Centralgewalt, indem er auf diesem Wege durch Hilfe Oesterreichs einen Ersatz zu finden meint für die fehlgeschlagenen Einheitsbestrebungen im preußischen Sinne. Dem Vernehmen nach ist die Curialverfassung von der Art, daß beide Anhalt und beide Schwarzburg, wenn sie unter sich einig sind, Oldenburg überstimmen.

Mit mehr Einfachheit und ohne Motivirung legt der Vertreter der 16. Curie, Freiherr von Holzhausen, seinen Einfluß für Oesterreich in die Wagschale, man sagt von

ihm, daß er sich seine Instructionen in den meisten Fällen, auch wenn er vollkommen Zeit hat, sie einzuholen, selbst mache und etwaigen Reclamationen seiner Committenten durch Stillschweigen oder durch eine geschickte Benutzung der großen Anzahl der Mitglieder der Curie und des Mangels an Verbindung unter denselben zu begegnen weiß. Dazu kommt, daß die meisten der kleinen Fürsten für ihre föderale Diplomatie den Aufwand nicht machen mögen, der zu einer regelmäßigen und eingerichteten Canzlei und Correspondenz erforderlich sein würde, und daß sie mit den verwendbaren Mitteln, falls ihnen Herr von Holzhausen, der nach dem Abgange des Freiherrn von Strombeck als Mindestfordernder die Stelle erhielt, den Dienst kündigt, schwerlich einen so stattlichen Vertreter, wie dieses wohlhabende, mit mehreren Großkreuzen und dem Titel eines Wirklichen Geheimen Raths geschmückte Mitglied der ältesten Frankfurter Patrizierfamilie für sich würden gewinnen können. Die nächsten Verwandten des Herrn von Holzhausen, der selbst unverheirathet und kinderlos ist, sind im Dienste Oesterreichs. Außerdem weist der ungewöhnlich stark ausgebildete Familienstolz dieses Herrn mit seinen ganzen Erinnerungen in das mit der Herrlichkeit des heiligen römischen Reichs eng verknüpfte reichsstädtische Patriziat zurück, und die ganze Stellung Preußens scheint ihm eine revolutionäre Usurpation, welche den wesentlichen Antheil an der Zerstörung der Privilegien derer von Holzhausen hat. Sein großes Vermögen läßt annehmen, daß die Bande, welche ihn an Oesterreich knüpfen, nur die ehrgeizigen Bestrebungen, wie etwa das Verlangen nach einem Kaiserlichen Orden oder nach der Erhebung der Familie in den österreichischen Grafenstand sind, nicht aber pecuniäre Interessen, wenn man nicht etwa den Besitz erheblicher Summen Metalliques als solche ansehen muß.

Was die Gesandten der freien Städte anbelangt, so

treten ihre Personen bei dem öfteren Wechsel weniger consequent hervor, besonders wenn man die Vielseitigkeit der Factoren, welche zur Ertheilung der Instructionen mitwirken, in Anschlag bringt. Gegenwärtig hier sind die Herren Kirchenpauer für Hamburg und Harnier für Frankfurt.

Von allen Bundestagsgesandten sind den diesseitigen Interessen ihrer persönlichen Ansicht nach nur die Herren von Fritsch, von Scherff und von Oertzen ergeben. Ersterer folgt dabei zugleich den Instructionen der von ihm vertretenen Regierung. Für Oesterreich dagegen sind persönlich sicher, ohne daß man von den Regierungen, welche sie vertreten, ein Gleiches behaupten kann, die Herren von Eisendecher, v. Holzhausen und v. Dungern in betreff Braunschweigs. Außer diesen schließen sich Oesterreich der Instruction ihrer Regierungen gemäß fast immer an: Herr von Nostiz, Herr von Reinhard, Herr von Münch, Herr von Trott, der jedoch gemäßigter als sein College für Darmstadt auftritt, und Herr von Dungern für Nassau. Eine theils unabhängigere, theils vermittelnde Stellung nehmen ein die Herren ven Schrenk, von Bothmer, von Bülow, von Marschall und die Vertreter der freien Städte, doch sind auch bei der Haltung dieser österreichische Influenzirungen nicht selten bemerkbar.

An Frau von Arnim.

Frankfurt, (ohne Datum).

Während ich genöthigt bin, in der Sitzung einen ganz unglaublich langweiligen Vortrag eines hochgeschätzten Collegen über die anarchischen Zustände in Ober-Lippe anzuhören, dachte ich darüber nach, wie ich diesen Moment

utilisiren könnte, und als hervorragendstes Bedürfniß meines Herzens stellte sich ein Erguß brüderlicher Gefühle heraus. Es ist eine sehr achtungswerthe, aber wenig unterhaltende Tafelrunde, die mich hier an einem grünbehangenen, etwa 20 Fuß im Durchmesser haltenden, kreisrunden Tische, im Parterre des Taxisschen Palais, mit Aussicht auf Garten umgiebt. Der durchschnittliche Schlag ist etwa der von N. N. und Z. in Berlin, die haben ganz bundestäglichen Pli.

Ich jage ziemlich fleißig, auf Jagden, wo der Einzelne 6 bis 15 Hasen und einige Fasanen schießt, seltener einen Rehbock oder Fuchs, und mitunter ein Stück Rothwild in bedeutender Entfernung sieht. Die Zeit dazu habe ich dadurch gewonnen, daß ich sehr viel fauler bin, als im vorigen Jahre, weil mein Fleiß in Berlin kein Resultat findet.

Manteuffel ist nicht mehr so liebenswürdig wie früher, er hört auf alle möglichen erlogenen Klatschereien, und läßt sich immer einreden, ich strebte nach seiner Erbschaft, während ich froh bin, wenn man mich da läßt, wo ich bin. Ich gewöhne mich daran, im Gefühle gähnender Unschuld alle Symptome von Kälte zu ertragen und die Stimmung gänzlicher Wurschtigkeit in mir vorherrschend werden zu lassen, nachdem ich den Bund allmählich mit Erfolg zum Bewußtsein des durchbohrenden Gefühls seines Nichts zu bringen, nicht unerheblich beigetragen zu haben mir schmeicheln darf. Das bekannte Lied von Heine: „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund" u. s. w., wird bald durch einstimmigen Beschluß zum Nationalliede der Deutschen erhoben werden.

Um den Orient kümmert sich hier Niemand; mögen die Russen oder die Türken in die Zeitungen setzen, was sie wollen, man glaubt hier weder an Land- noch Seegefechte, und bestreitet die Existenz von Sinope, Kalafat und Scheffetil.

Endlich hat Darmstadt zu lesen aufgehört, und ich stürze gerührt in Deine Arme und wünsche Dir ein frohes Fest. Viele Grüße an Oscar.

Dein treuer Bruder
v. B.

In dem Krimkriege von 1854—1855 hatte Herr von Bismarck die in Berlin bestehende Neigung, mit Oesterreich gemeinsame Sache gegen Rußland zu machen und es mit den Westmächten zu halten, zu bekämpfen. Am 2. Dezember 1854 schloß Oesterreich mit den Westmächten ein Bündniß, ohne seine deutschen Bundesgenossen, die ihm schon vollständig als Vasallen erschienen, auch nur zu befragen.



An Herrn von Manteuffel.

Frankfurt, 8. Dezbr. 1854.

Die unbefriedigten Gefühle, welche ich gegen Herrn von Gerlach geäußert habe, entsprangen weniger aus einem Urtheil über das, was durch Euer Excellenz innerhalb der durch die Allerhöchste Willensmeinung gezogenen Grenzen geschehen konnte, vielmehr mit dieser Begrenzung selbst konnte sich mein preußischer Ehrgeiz nicht befreunden. Ich bescheide mich aber mit einer Herzenserleichterung und nehme die Situation, wie sie ist, nicht wie ich wünschte, daß sie wäre. Dazu hilft mir in diesem Falle nicht nur die Vorstellung, die ich von dem Verhältnisse zu meinem König und Herrn habe, sondern auch die Ueberzeugung, daß der König persönlich in diesen und vielen anderen Dingen weiser ist, als ich, und außerdem die Reife des Urtheils vor mir voraus hat, welche eine langjährige und unmittelbare Betheiligung an der großen Politik Europas

verleihen muß. Ich beschwichtige mit dieser Betrachtung die Sorgen, welche mir aufsteigen und welche ich nicht tilgen kann, wenn ich auch als Diener und Unterthan den Willen Seiner Majestät nicht zu beurtheilen, sondern ohne Rückhalt auszuführen habe. Meine hauptsächliche Besorgniß ist, daß wir allmählich durch den Strom der Ereignisse zu einem Krieg gegen Rußland im österreichischen Interesse geführt werden könnten. Ich gehöre nicht zu denen, welche die russischen Interessen mit den unseren identifiziren; im Gegentheil, Rußland hat viel an uns verschuldet; auch mit der Revolution, wenigstens mit der eigenen und mit der deutschen, werden wir ohne Rußland fertig, wenn wir wollen. So ernst ein Krieg mit letzterem auch für uns sein mag, würde ich doch nicht dagegen zu rathen versuchen, wenn dabei ein würdiger Kampfpreis für uns in Aussicht stände. Mir schwebt nur der Gedanke als Schreckbild vor, daß wir die Anstrengungen und Gefahren im Dienste Oesterreichs übernehmen könnten, für dessen Sünden der König so viel Nachsicht hat, als ich mir von unserem Herrn im Himmel für die meinigen wünsche.

An denselben.

Frankfurt, 1. Januar 1855.

Ich kann nur bei meiner schon früher berichteten Ueberzeugung beharren, daß das wirksamste Mittel zur Wiedergewinnung des Friedens und zur Erhaltung unseres europäischen Einflusses in dem Drucke liegt, den wir, wenn wir wollen, auf Oesterreich üben können. Noch immer halte ich es für wahrscheinlich, daß die Kriegspartei in Wien den Ausschlag bei den letzten Entschlüssen des Kaisers Franz Joseph geben wird, wenn Oesterreich dabei Gefahr

laufen muß, sich von Preußen verlassen zu sehen, namentlich aber, wenn man in Wien veranlaßt wird, an die Möglichkeit einer feindlichen Haltung Preußens zu denken. Selbst in Paris und London glaubt man, daß die active Beihilfe Oesterreichs im entscheidenden Momente von den Entschließungen Preußens abhänge, und meiner Ansicht nach haben wir nur dann Aussicht, auf die Entschließungen der Westmächte Einfluß zu üben, wenn wir in Paris und London das Bewußtsein, daß der Schlüssel zur Mitwirkung Oesterreichs in unseren Händen liegt, und daß wir nöthigenfalls entschlossen sind, ihn furchtlos zu benutzen, deutlich zu erkennen geben. So lange dies nicht geschieht, zweifle ich nicht, daß unsere Bemühungen, welche weder von Anerbietungen, noch von Drohungen begleitet sind, bei den westlichen Cabinetten eine kühle und uns lediglich nach Wien und auf den Beitritt zum 2. December verweisende Aufnahme finden werden. Nachdem man sich Oesterreichs einmal versichert hat, wird man diesen Vortheil nicht aufgeben und sich Oesterreich durch Separatabschlüsse mit uns nicht wieder entfremden, wenn wir nicht entweder Anerbietungen machen, welche weiter gehen als die österreichischen, oder den Beweis liefern, daß Oesterreichs Entschließungen in letzter Instanz von uns, die unsrigen aber nicht von Oesterreich abhängen. Bisher hoffen die Westmächte, unsere Cooperation zu gewinnen, ohne uns einen Einfluß auf ihre eigenen Entschließungen zu gestatten. Sie rechnen übermäßig viel auf die Wirkung der öffentlichen Meinung in Preußen und auf die Herrschaft einer unbestimmten Angst vor sogenannter Isolirung und vor einem Kriege mit den drei Contrahenten vom 2. December. Ohne mit diesen Besorgnissen rechnen zu wollen, darf ich es doch für zweifellos halten, daß unsere Bestrebungen nur dann irgend welchen Einfluß auf das Verhalten jener drei Mächte üben können, wenn unsere Agenten in Wien,

Paris und London die Ueberzeugung zu erwecken wissen, daß wir von jedem Anflug derartiger Besorgnisse vollkommen frei sind, und daß der Entschluß bei uns feststeht, unsere Unabhängigkeit und unsere Stellung als Großmacht nöthigenfalls auch mit den desperatesten Mitteln und Anstrengungen gegen Jedermann zu vertheidigen. So unmotivirt und gefährlich es auch sein würde, wenn wir uns zu Rußland in nähere Beziehungen als bisher einließen, so glaube ich doch, daß es unserem Einfluße auf den Verlauf der Dinge nur förderlich sein würde, wenn man im Westen unseren Anschluß an Rußland und wenn man in Wien unsere engere und über den 2. December hinausgehende Verbindung mit dem Westen nicht gänzlich in das Reich der Unmöglichkeiten zählen dürfte. Nur so weit, als man fürchtet, nimmt man Rücksicht auf uns, und wenn man in London überzeugt ist, daß wir es keinenfalls wagen, mit Rußland zu gehen, und andererseits in Wien, daß wir es niemals übers Herz bringen würden, unsere Beziehungen zu Oesterreich einem intimen Verhältniß zum Westen mit derselben Entschlossenheit zu opfern, die man in Wien in diesem Punkte zu besitzen scheint, so wird man auch stets geneigt sein, den Willen Preußens nur in zweiter Linie zu berücksichtigen, und die in diesem Augenblicke vorauszusehende Weigerung der Westmächte, sich mit uns in einen abgesonderten Vertrag einzulassen, wird die übermüthige Sicherheit, mit welcher Oesterreich uns behandelt, nur erhöhen. Unerwähnt kann ich dabei nicht lassen, daß die Wahl des Herrn von Usedom zu der Mission nach London sowohl im österreichischen Lager, als in dem der Mittelstaaten eine erhebliche Beängstigung hervorbrachte, es möchte hierin der Anfang eines Systems liegen, nach welchem Preußen, wenn es sich einmal genöthigt fände, sich mit den Westmächten zu verbinden, auch den nach nationaler Einheit strebenden deutschen Liberalismus

wieder um sich sammeln werde. Es liegt in dieser Erscheinung wenigstens ein Fingerzeig über die Drohungen, mit welchen man in Wien und anderen deutschen Hauptstädten Furcht erwecken kann, wenn es nöthig erscheint.

An denselben.

Frankfurt, 13. April 1855.

Ich weiß nicht, ob inzwischen die Lage der Dinge in Wien durchsichtiger geworden ist; hier haben die Friedensgläubigen die Oberhand. Man nimmt an, daß die Sendung von Drouyn de L'Huys allein den Zweck habe, Gewißheit über Oesterreich zu erlangen, und daß England bei Anwesenheit des Ministers in London sich nur für den Fall der Theilnahme Oesterreichs zur Fortsetzung des Krieges bereit gezeigt habe. Beide Seemächte würden demgemäß Alles aufbieten, von Oesterreich ein bestimmtes Ja oder Nein zu erhalten. Die meisten meiner Kollegen glauben nun, daß Oesterreich auch den angesetzten Daumenschrauben gegenüber nicht sofort nein, aber keinenfalls ja sagen, und daß dann England entschieden darauf dringen werde, den fruchtlosen Anstrengungen der Seemächte ein Ende durch den Frieden zu machen. Es ist das alles Conjectur und vielleicht schon ein überwundener Standpunkt. Der Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit sind augenblicklich die französischen Festsetzungen in und bei Constantinopel. Ich habe mir schon in einem früheren Schreiben erlaubt, der Möglichkeit zu gedenken, daß Louis Napoleon nach der Krim geht, von dort, angesichts der Unmöglichkeit einer Einnahme Sebastopols, seine Truppen nach Constantinopel zurückführt, wo er die inzwischen geschickten Reserven vorfindet und dadurch factisch zum Herrn der Hauptstadt und des Bosporus wird. Wenn auch nicht sofort ein lateinisches Kaiserthum

damit auferstände, so liegen doch im Gefolge einer dergestalt gewonnenen Position viele Möglichkeiten, welche Frankreich das Mißlingen der Krim-Unternehmung können vergessen lassen und gleichzeitig einem Zuge abenteuerlicher Romantik entsprechen, welche der Kaiserin Eugenie in noch stärkerem Grade als ihrem Gemahl eigen sein dürfte. Waghalsig und barock wäre eine solche Politik, aber gerade darin finden Personen aus der Umgebung des kaiserlichen Paares einen Grund für die Glaublichkeit. Ohne Bundesgenossen wäre bei der größten Donquixoterie nicht daran zu denken und weder England noch Rußland könnten die Verbündeten einer französischen Occupation des Bosporus sein. Vielleicht aber Oesterreich, wenn es den Muth dazu hätte; vielleicht allerdings auch Rußland, wenn es darin zuerst den Bruch der westlichen Alliance und dann eine krankhaft gespreizte und deshalb schnell vorübergehende Position Frankreichs sehen würde. Ich kann es nicht übelnehmen, wenn Ew. Excellenz darüber lächeln, daß ich ernsthaft von diesen bodenlosen Phantasien spreche; aber nach Allem, was ich über Louis Napoleon's Character im Laufe der letzten Jahre durch Leute, die ihn seit einem halben Menschenalter kennen, gehört habe, ist der Reiz, gerade das zu thun, was Niemand erwartet, beinahe krankhaft in ihm und wird von der Kaiserin täglich genährt. Ein alter, ruhiger französischer Diplomat sprach vor Kurzem in demselben Sinne zu mir und sagte: cet homme va nous perdre, il finira par faire sauter la France pour un de ces caprices que l'impératrice débite à son déjeuner, il faudrait leur faire un enfant, pour les rendre raisonnables. Auffallend ist die Art, wie sogar einige österreichische Blätter das Verhalten der Franzosen in Constantinopel besprechen; sie paßt durchaus nicht in die Acten vom 2. December.

An denselben.

Frankfurt, 7. November 1855.

Gestern Abend besuchte mich der Frhr. v. d. Pfordten auf seiner Rückreise nach München. Die Unterredung mit ihm bestätigte meine Voraussetzung, daß man in Paris nichts von alledem vernachlässigt haben werde, was dem Selbstgefühl des bayrischen Ministers wohl thun konnte. Er bezeichnete mir als den hauptsächlichsten Inhalt seiner Besprechungen mit dem Kaiser der Franzosen und den dortigen politischen Persönlichkeiten die Interessen Griechenlands, für dessen Schicksale die Theilnahme des bayerischen Königshauses lebhafter als jemals angeregt sei. Im Uebrigen bemerkte er, daß seine Meinung von der Stabilität der dermaligen Zustände Frankreichs durch seinen Pariser Aufenthalt sehr erhöht worden sei. Er glaubte sogar, daß die Thronfolge für den Fall des Ablebens des jetzigen Kaisers durchaus gesichert sei, wenn auch nicht für den Prinzen Napoleon, so doch jedenfalls für ein Mitglied der Familie Bonaparte, dessen Bezeichnung entweder von dem Testament des Kaisers oder von den nach dem Tode sofort zusammentretenden Marschällen abhängen werde. Meiner Ansicht nach dürfte der letztere modus procedendi eventualiter die bedenklichsten Keime der Zwietracht zu Tage bringen. Herr von der Pfordten sprach mit großer Anerkennung von dem glänzenden Verstande, welchen der Prinz Napoleon im Gespräche mit ihm entwickelt habe, und fügte hinzu, daß dieselbe Anerkennung und Ueberzeugung von der Sicherheit der Thronfolge dieses Prinzen in den Kreisen, mit welchen er verkehrt habe, allgemein sei. Meine eigenen Eindrücke aus Paris widersprechen dem, und habe ich namentlich in den militärischen Kreisen hohen und niederen Grades viele Beweise der Abneigung gegen die Person dieses Thronfolgers erhalten, welche sich

sogar unter den Offizieren der nächsten Umgebung des Kaisers in den stärksten Ausdrücken Luft machte, namentlich bei Gelegenheit eines Diners, welches einer Jagd in Fontainebleau folgte und bei welchem der Wein die Zunge löste. Im Uebrigen war der Minister von der Pfordten durchdrungen von der aufrichtigen, friedlichen Gesinnung, welche gegenwärtig das französische Cabinet, namentlich den Kaiser selbst, beseele.

An denselben.

Frankfurt, 16. Februar 1856.

Ew. Excellenz Schreiben vom 14. habe ich mit um so lebhafterem Danke erhalten, als es mir einen Beweis giebt von dem persönlichen Wohlwollen, mit welchem Ew. Excellenz auf meine Auffassungen auch dann eingehen, wenn sie von den Ihrigen abweichen. Ich darf hoffen, daß unser Allergnädigster Herr in demselben Sinne einen excès de zèle, der lediglich die Wärme der Theilnahme an dem Ansehen meines Monarchen und meines Landes zur Grundlage hat, nachsichtiger aufnehmen werde, als den entgegengesetzten Fehler einer stumpfen Blasirtheit in dieser Beziehung. Von dem Augenblicke an, wo die Sache entschieden war, habe ich mein Bestreben darauf gerichtet, sie im Sinne der Allerhöchsten Intentionen mit demselben Eifer durchzuführen, den ich der Realisation meiner eigenen Pläne gewidmet haben würde, und es gehört zu den Zielen meines Ehrgeizes, mir das Lob persönlich zu verdienen, welches der „Preußischen Disciplin“ im Allgemeinen durch den Lauf der Geschichte erworben ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird mir die dabei etwa erforderliche Resignation durch die Thatsache erleichtert, daß den

Entschließungen Sr. Majestät und den Rathschlägen, welche Ew. Excellenz derselben unterbreiten, neben der zur Entscheidung berechtigenden Stellung, die reifere politische Erfahrung und der übersichtlichere Standpunkt zur Seite ist, welchen gegenüber ich bei der selbstverständlichen Identität des Zieles, nach dem wir streben, mein eigenes Urtheil gern gefangen nehme.

An denselben.

Frankfurt, 26. April 1856.

Ew. Excellenz kann ich zwar seit der Zeit, wo ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehen, nichts Neues von hier berichten, doch ist das Alte und Bekannte wichtig genug, um mich auf Ihre Nachsicht rechnen zu lassen, wenn ich es nochmals versuche, meine Ansichten über unsere politische Lage zusammenhängender zu formuliren, als ich bei mündlicher Besprechung dazu im Stande war. Ohne mich in gewagte Conjecturen über die muthmaßliche Dauer des neuen Friedens auszulassen, darf ich doch als ein Symptom des geringen Vertrauens zu derselben das besorgliche Unbehagen hervorheben, mit welchem die meisten europäischen Cabinete in die Zukunft blicken, auch nachdem der Friede gesichert ist. Alle die Großen wie die Kleinen suchen sich einstweilen in Erwartung der Dinge, welche kommen können, die Freundschaft Frankreichs zu erhalten, und der Kaiser Napoleon, so neu und so schmal anscheinend auch die Grundlagen seiner Dynastie in Frankreich selbst sind, hat die Wahl unter den zu seiner Disposition stehenden Bündnissen. Es scheint nicht, daß die auffälligen Bemühungen Orlow's den Apfel schon vom Baume geschüttelt haben, aber wenn er reif ist, fällt er von selbst

und die Russen werden zur rechten Zeit die Mütze darunter halten. Auch den acte de soumission des Grafen Buol, das Streben Oesterreichs nach der Ehre, der erste Rheinbundstaat zu sein, wenn nur Preußen dadurch der zweite oder dritte wird, scheint der Kaiser Napoleon lediglich mit zurückhaltender Höflichkeit aufgenommen zu haben. Die officiöse „Wiener Presse“ giebt aber deshalb die Hoffnung auf eine katholische Ligue mit Frankreich nicht auf und preist einstweilen den Voltairianer Kaunitz als den ersten Staatsmann Oesterreichs, weil er es mit Frankreich gehalten hat. Die deutschen Mittelstaaten sind nach wie vor bereit, sich derjenigen der deutschen Großmächte zu fügen, welche die meiste Aussicht auf Frankreichs Beistand hat, und den letzteren zu suchen, wenn die Umstände es räthlich erscheinen lassen. Nicht minder legt England Werth auf die Fortdauer der guten Beziehungen zu Frankreich und die etwas mürrisch gewordene Ehe der beiden Westmächte wird wohl so hastig nicht geschieden werden. Der Bruch zwischen ihnen ist für beide das Kostspieligste und Gefährlichste, was ihnen passiren kann; der Krieg hat die französische Flotte großgezogen und in etwaigem Kampfe mit ihr muß England darauf gefaßt sein, zugleich gegen Amerika und Rußland seine Kräfte zu zersplittern. Auch der dermalige Zustand der englischen Landmacht empfiehlt die Erhaltung des westlichen Bündnisses, und der Verdruß über den „französischen Frieden“ und was daran hängt, wird sich einstweilen wohl nicht einmal in Neckereien gegen Frankreich Luft machen. Ebenso dürfte Louis Napoleon vorderhand durch den Zustand seiner Finanzen und durch die Besorgniß vor Verlegenheiten im Innern in Schach gehalten sein. Sollte er einen Bruch mit England voraussehen, so wird er ohne Zweifel vorher thun, was er kann, um das französische Nationalgefühl gegen das „perfide Albion“ wieder so zu montiren, daß englische

Versuche, Unruhen zu erregen, an ihm abgleiten wie Wasser von der Ente.

Es ist kaum anzunehmen, daß Louis Napoleon den Krieg jemals um des Krieges willen suchen wird und daß ihn der Ehrgeiz des Eroberers stimulirt. Es läßt sich erwarten, daß er den Frieden vorzieht, so lange er ihn mit der Stimmung der Armee und also mit der eigenen Sicherheit verträglich findet; für den Fall, daß er hiernach des Krieges bedürfen sollte, denke ich mir, daß er sich eine Frage offen hält, welche jederzeit eine nicht allzu muthwillige und ungerechte Veranlassung zu handeln liefern kann. Hierzu eignet sich die italienische Frage jetzt vorzugsweise. Die Krankheit der dortigen Zustände, der Ehrgeiz Sardiniens, die bonapartischen und muratistischen Reminiscenzen, die corsische Landsmannschaft, bieten dem ältesten Sohn der römischen Kirche Anknüpfungspunkte. Der Haß gegen die Fürsten und die Oesterreicher ebnet ihm die Wege, während er in Deutschland von unserer räuberischen und feigen Demokratie gar keinen und von den Fürsten erst dann Beistand zu erwarten hätte, wenn er ohnehin der Stärkere wäre. Wenn der Krieg selbst nun auch nicht in so naher Aussicht steht, wie trübe Propheten behaupten, so werden sich doch wahrscheinlich neue politische Gruppen bilden, deren Bedeutung und Einfluß schließlich auf dem Hintergedanken der Möglichkeit eines Krieges unter einer bestimmten Constellation von Bündnissen beruht. Eine nähere Verbindung Frankreichs mit Rußland in diesem Sinne ist gegenwärtig zu natürlich, als daß man sie nicht erwarten sollte; es sind diese beiden diejenigen unter den Großmächten, welche nach ihrer geographischen Lage unter ihren politischen Zielen die wenigsten Elemente der Gegnerschaft in sich tragen, da sie so gut wie keine nothwendig collidirende Interessen haben. Bisher hat die Festigkeit der heiligen Allianz und

die Abneigung des Kaisers Nikolaus gegen die Orleans beide in der Entfremdung von einander erhalten, aber der jetzt beendete Krieg sogar wurde ohne Haß geführt und diente mehr den inneren, als den auswärtigen Bedürfnissen Frankreichs. Nachdem die Orleans beseitigt, der Kaiser Nikolaus todt und die heilige Allianz gesprengt ist, sehe ich nichts, was den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen sollte, und die Liebenswürdigkeiten, welche sie mit einander austauschen, sind mehr ein Beweis der vorhandenen Sympathie, als ein Mittel, dieselbe zu erwecken.

Zur Zeit des Fürsten Schwarzenberg war viel von dem Plane die Rede, Oesterreich mit Rußland und Frankreich gegen Preußen und England zu verbinden. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Russen gegen Oesterreich und bei den gesteigerten Ansprüchen Frankreichs auf Einfluß in Italien läßt sich nicht annehmen, daß Oesterreich von Hause aus berufen sein werde, als Dritter im Bunde zu figuriren, obschon es ihm an dem guten Willen dazu nicht fehlen dürfte. Oesterreich wird vielmehr die Gefahren, welche aus dem Zusammenhalten Rußlands und Frankreichs für das übrige Europa entstehen können, zu theilen haben, und muß sie durch rechtzeitige Opfer abwenden, indem es etwa Concessionen in Italien gegen Vortheile in Deutschland macht, oder es muß sich durch Bündnisse zur Abwehr stärken. Ich glaube, daß es den ersteren Ausweg vorzieht, indem es vielleicht gleichzeitig Rußlands Vertrauen durch einen Personalwechsel im Ministerium wieder zu gewinnen sucht. Von unserem und englischem Beistande wird Oesterreich sich nur im äußersten Nothfalle abhängig machen wollen. Wenn es sich auch bestreben sollte, uns durch neue Verträge für seine auswärtigen Besitzungen einstehen zu lassen, so glaube ich doch nicht, daß es von solchem Vertrage einen anderen Gebrauch machen würde, als ihn auf

dem Felde der Diplomatie, so gut und so lange, als es geht, zum eigenen Vortheil und zu unserem Nachtheil figuriren zu lassen. Wenn ich auch annehmen wollte, daß der Hochmuth und der Haß dem Wiener Cabinet gestatten, um den Beistand Englands zu bitten und die Kaiserlichen Erblande durch Preußen geschützt zu sehen, so ist es doch zu vorsichtig, um, selbst im Bündniß mit uns und England, den Kampf gegen Frankreich und Rußland ernstlich aufzunehmen, wenn es sich irgendwie per fas et nefas vermeiden läßt. Es wird die Partei der Germanen für zu schwach halten, um mit ihr zu gehen, und wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Wenn sich abwarten ließe, daß in einem derartigen Kriege Preußen, Oesterreich, der deutsche Bund und England ihre vollen Kräfte ehrlich, innig und vertrauensvoll zusammenwirken ließen, so wäre es Feigheit, am Siege zu zweifeln. So aber stehen die Sachen nicht. Ich will annehmen, daß England entschlossen zu uns steht und daß es ihm trotz der französischen, russischen und etwa der amerikanischen, vielleicht auch der dänischen und holländischen Flotten gelingt, sich einer Invasion zu erwehren, die See siegreich zu behaupten, die Nord- und Ostseeküsten vor den uns feindlichen Flotten zu schützen, auch gelegentlich mit 10- oder 20 000 Mann die französischen Küsten zu harrassiren. Es würde das meine Erwartungen übertreffen, aber der Continentalkrieg gegen die Landheere Frankreichs und Rußlands würde der Hauptsache nach auf den Schultern Deutschlands ruhen. Die vier letzten Armeekorps des Bundesheeres haben an sich nicht die Kriegstüchtigkeit der Armee einer Großmacht, und wie viel davon auf unserer Seite stehen würde, das könnte nur der Erfolg lehren. Auf der Basis von Rußland, Oesterreich und Preußen würde der Bund ziemlich zusammenhalten, weil er an den schließlichen Sieg der ersteren, mit oder ohne Mittelstaaten glaubte. In einem so fraglichen Falle

aber, wie ein Krieg nach Osten und Westen zugleich, würden die Fürsten au fur et à mesure, daß sie nicht in der Gewalt unserer Bajonette wären, sich durch Neutralitätsverträge sichern, wenn sie nicht gegen uns im Felde erscheinen.

Ich kann versichern, daß kaum unter meinen Collegen Jemand ist, der für den Fall einer ernsthaften Gefahr, wie sie in dem Bündniß Frankreichs mit Rußland oder mit Oesterreich läge, den Bundesverträgen irgendwelchen Werth beilegt. Von den dirigirenden Ministern von Bayern, Württemberg, Baden, Darmstadt, Nassau habe ich es im vorigen Jahre zur vollsten Evidenz erfahren können, daß sie es für ihre ehrliche Pflicht halten, den Bund aufzugeben, wenn das Interesse oder gar die Sicherheit des eigenen Fürsten und Landes am Bunde gefährdet wäre. Manche der Fürsten mögen den besten Willen haben; aber von welchen läßt sich wohl erwarten, daß sie, gegen den Rath ihrer Minister, gegen die Bitten ihrer Unterthanen, ihr Land den Drangsalen des Krieges preisgeben und ihre Schlösser bis zur Wiedereroberung mit dem Aufenthalt im preußisch-österreichischen Lager vertauschen! Sie werden sich leicht überzeugen, daß die Pflichten gegen ihre Unterthanen höher stehen, als die gegen den Bund; daß so mächtige Herren, wie die Kaiser von Rußland und Frankreich, sie schließlich nicht fallen lassen werden, und daß im allerschlimmsten Falle Oesterreich und Preußen sich gegenseitig nichts gönnen und weder Bayern im Rieder Vertrag, noch die Rheinbundstaaten überhaupt 1813 und 1814 zu kurz kamen. Der Rheinbund hatte seine Lasten, aber die für einen Fürsten besonders verdrießliche constitutionelle Unbequemlichkeit war wenigstens nicht darunter und jeder beglückte seine Unterthanen in seiner Weise, wenn er nur die nöthigen Truppen an Frankreich lieferte. Diese Dienstbarkeit hatte ihre schätzbaren Fleischtöpfe und war für die

Fürsten nicht so beschwerlich, daß sie, um sich ihr zu entziehen, Land und Leute hätten aufs Spiel setzen und wie jener Kaiser in Bürger's Gedicht („In Hitz' und in Kälte, im Kriegesgezelte, bei Schwarzbrot und Wurst, bei Hunger und Durst") um ihre und Deutschlands Freiheit hätten werben sollen. Daß die Nachfolger der Rheinbundfürsten eine wesentlich andere Gesinnung nicht belebt, davon habe ich, in aller Devotion vor den Mitgliedern des durchlauchtigsten Bundes, für meine Person mich in den letzten Jahren hinreichend überzeugen können, und nicht blos die Furcht vor dem Verlust der gewohnten fürstlichen Existenz, nicht blos die Leidenscheu, auch die saeva habendi cupido mancher ziemlich kleinen Herren wird am Tage der Prüfung den Bund zum Fall bringen. Mit einer Million Soldaten der heiligen Allianz im Rücken mag der Bund haltbar genug aussehen; wie die Sachen jetzt liegen, besteht er aber nach meiner pflichtmäßigen Ueberzeugung eine wirkliche Gefahr von außen nicht. Es bedarf, um das Ausland darüber aufzuklären, gar keiner Reisen v. d. Pfordtens und Beust's nach Paris und keiner Minister wie Dalwigk; es bedarf auch keiner besonderen Verführung, die Ratten aus dem Hause zu locken, wenn es den Einsturz droht. Die fremden Gesandten hier hören es mit sarkastischer Höflichkeit an, wenn gelegentlich von „Bundeskrieg" im großen Stile gesprochen wird, und wir Bundestagsgesandten bedürfen der Ernsthaftigkeit der römischen Auguren von guter Schule, um unsere Bundeskriegsverfassung mit gehöriger Gründlichkeit zu revidiren.

Es wäre vielleicht früher auch nicht anders gewesen, wenn die heilige Allianz früher zerfallen wäre; daß aber jetzt die innere Morschheit des Bundes so zur Anschauung und zum Bewußtsein bei Aus- und Inland gekommen ist, das danken wir insbesondere dem Verhalten Oesterreichs in den beiden letzten Jahren, wie es im Decembervertrage

und in der Note vom 14. Januar seinen Culminationspunkt fand. Der Bund könnte sich auch ohne einen Verfassungsbruch aus einem Kriege seiner Großmächte frei halten, wenn ein Drittel des Plenums (etwa Frankfurt, Nassau, Luxemburg, Großherzogthum Hessen, Baden, Württemberg, Bayern) der Kriegserklärung nicht zustimmten. Aber das wagen sie nicht, sie votiren lieber und lassen uns dann nach Bedürfniß sitzen. Können wir nun nöthigenfalls im Bunde mit Oesterreich uns gegen Osten und Westen wehren, wenn dem letzteren wahrscheinlich Sardinien, die belgische Armee und ein Theil des deutschen Bundes zutritt? Wenn alles wäre, wie es sein sollte, so würde ich daran nicht verzweifeln; aber der Kaiser Franz Josef ist nicht in demselbigen Maaße Herr seiner Länder und seiner Unterthanen, wie unser allergnädigster Herr. Oesterreich ist in der Offensive nicht zu verachten; es mag mehr als 200 000 Mann guter Truppen außer Landes verwenden können und noch genug zu Hause behalten, um seine Italiener, Magyaren und Slawen nicht aus dem Auge zu lassen. Auf der Defensive aber, im eigenen Lande von Osten und Westen angegriffen, halte ich das heutige Oesterreich für schwach und leicht kann auf den ersten glücklichen Stoß des Gegners ins Innere das ganze künstliche Bauwerk des centralisirten Schreiberregiments von Bach und Buol wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

Aber wenn ich auch von dieser Gefahr absehe, so liegt die größere darin, daß die Seele eines preußisch-österreichischen Bündnisses auch in der größten gemeinsamen Gefahr das Gegentheil von alledem sein würde, was ein Bündniß fest macht. Gegenseitiges politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht, der Argwohn des Einen, daß der Andere in Separatverträgen mit dem Gegner, bei gutem Glück die Vergrößerung des Bundesgenossen zu hindern, bei schlechtem sein eigenes Heil zu

sichern suchen werde; das Alles würde zwischen uns jetzt stärker, lähmender sein als in irgend einem schlecht assortirten Bündnisse der Vergangenheit. Kein General würde dem anderen den Sieg gönnen, bis es zu spät wäre. Wir haben in unserer Geschichte die Verträge von Vossem und St. Germain, die Erinnerung an unser Schicksal auf dem Wiener Kongreß, welche uns berechtigen, gegen die Erfolge österreichischer Bundesgenossenschaft mißtrauisch zu sein, und die Politik der beiden letzten Jahre beweist uns, daß die welschen Praktiken in Wien nicht aus der Uebung gekommen sind. Vielleicht würde man uns Garantien durch einen Personalwechsel geben wollen, nachdem Buol ohnehin Glauben und Vertrauen bei allen Cabineten eingebüßt hat, aber die traditionelle Politik Oesterreichs und seine Eifersucht gegen uns würde damit nicht beseitigt sein und ich könnte dem alten Fuchse im neuen Pelze ebenso wenig trauen, wie bisher im räudigen Sommerhaar. Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide; so lange ein ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausgeführt ist, pflügen wir beide denselben streitigen Acker und so lange bleibt Oesterreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren, von dem wir nachhaltig gewinnen können.

Durch das Concordat und was daran hängt, ist die historisch nothwendige Reibung neu geschärft und die Verständigung neu erschwert. Wir haben auch ohne das aber eine große Zahl streitender Interessen, die Keiner von uns aufgeben kann, ohne auf die Mission, an die er für sich glaubt, zu verzichten, und die durch diplomatische Correspondenz im Frieden nicht entwirrt werden können. Selbst der schwerste Druck von außen, die dringendste Gefahr der Existenz beider vermochte 1813 und 1849 das Eisen nicht zu schmieden. Der deutsche Dualismus hat seit

1000 Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine gegenseitigen Beziehungen regulirt und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwickelung auf ihre richtige Stunde stellen können. Ich beabsichtige mit diesem Raisonnement keineswegs, zu dem Schluß zu gelangen, daß wir jetzt unsere Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Oesterreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Oesterreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unserer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen anderen Ausweg hat.

Ist dies richtig, was allerdings mehr Frage des Glaubens, als des Beweisens bleibt, so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverleugnung so weit zu treiben, daß wir die eigene Existenz einsetzen, um die Integrität von Oesterreich zu schützen, und zwar in einem meines Erachtens hoffnungslosen Kampfe. Unter den Schwächen, mit welchen unsere Seite in diesem Kampfe behaftet sein würde, habe ich obenein derjenigen nicht erwähnt, welche in den eigenen Verhältnissen Englands liegen. Seit der Reformbill hat die „erbliche Weisheit" der früheren Tage noch nicht wieder die Leidenschaften eines ungeordneten Parteigetriebes lichten können, und wo Zeitungsartikel mehr zu bedeuten haben als staatsmännische Erwägungen, da ist es mir nicht möglich, Vertrauen zu gewinnen. Die insularische Sicherheit macht es England leicht, einen continentalen Bundesgenossen je nach dem Bedürfniß der britischen Politik zu halten oder sitzen zu lassen, und ein Ministerwechsel reicht zur Bewirkung und Rechtfertigung des Revirements hin, wie Preußen das im siebenjährigen Kriege erlebt hat. Die

gegenseitige Abneigung und die gleichmäßige Arroganz Oesterreichs und Englands, der politische und religiöse Gegensatz werden ein Bündniß beider vielfach lockern und lahmlegen, und wenn wir wirklich gegen ein französisch-russisches Bündniß siegreich bleiben, wofür hätten wir schließlich gekämpft? Für die Erhaltung des österreichischen Uebergewichts in Deutschland und der erbärmlichen Verfassung des Bundes, dafür können wir doch unmöglich unsere letzte Kraft ein- und unsere Existenz aufs Spiel setzen. Wollten wir aber in dieser Beziehung Aenderung zu unseren Gunsten in Gemeinschaft mit Oesterreich durchsetzen, so würde es uns gehen wie 1815, und Oesterreich würde seine Verträge von Ried und Fulda zur rechten Zeit abgeschlossen haben und am Ende vom Liede sich durch Verträge mit dem Gegner in die Lage bringen, uns wie damals den Kampfpreis nach Belieben zuzumessen. Jedes Mittel wird jetzt wie früher recht sein, um Preußen nicht zu einer höheren Geltung in Deutschland gelangen zu lassen und uns unter dem Druck der dermaligen geographischen Lage und einer ungünstigen Bundesverfassung zu erhalten. Wenn ich hier Eventualitäten und Phantasiebilder ausmale, welche sich vielleicht niemals realisiren, so will ich damit vorzugsweise nur meine Behauptung rechtfertigen, daß Oesterreich selbst die Chancen eines deutsch-preußisch-englischen Bündnisses gegen Rußland und Frankreich nicht acceptiren wird, weil sie zu unsicher, zu schwach sind. Wenn es also wahr ist, was man hier erzählt, daß Oesterreich schon in München Garantieverträge wegen Italiens angeregt habe, daß es bei uns Aehnliches beabsichtige, daß Graf Buol zu diesem Zwecke Hannover und Dresden besucht habe, so glaube ich nicht, daß dem der Gedanke zu Grunde liegt, Deutschland fest um sich zu schaaren und dann einer Welt in Waffen zu trotzen, sondern das Wiener Cabinet wird

unsere und andere etwaige Zusicherungen diplomatisch ausbeuten, um sich mit Frankreich und, wenn es sein kann, mit Rußland bessere Bedingungen einer Verständigung auf unsere Kosten zu verschaffen. Es wird den Don Juan bei allen Cabinetten spielen, wenn es einen so stämmigen Leporello wie Preußen mißbrauchen kann, und getreu dieser Rolle wird es stets bereit sein, sich auf unsere Kosten aus der Klemme zu ziehen und uns darin zu lassen. Bleibt Friede, so wird es uns aus Dankbarkeit für unsere bundesfreundliche Gesinnung im Punkte der Solidarität der deutschen Interessen beim Worte zu halten suchen, um uns den Zollverein aus der Hand zu winden; wird Krieg, so wird es sich durch alle in seiner Tasche befindlichen Garantieverträge nicht abhalten lassen, sich mit ebensoviel Geschwindigkeit als Sicherheit auf der Seite anzudrängen, wo es die beste Aussicht hat auf Herrschaft in Deutschland, deren es bei seiner dermaligen germanisirenden Zentralisation mehr als früher bedarf.

Ich bin überzeugt, daß jene Gerüchte von Garantieverträgen ihren Ursprung nur in etwaigem guten Willen Oesterreichs haben; letzteres kann selbst nicht glauben, daß wir oder Bayern uns zu einem so durchaus einseitigen Geschäfte in einem Augenblicke hergeben werden, wo die Situation noch völlig unklar, keine Gefahr indizirt, keine Gruppirung gebildet ist. Wir würden ja damit nichts erreichen, als, gebunden an einen so unberechenbaren und übelwollenden Passagier, wie Oesterreich, in das unbekannte Land der Zukunft hineinzugreifen. Im Jahre 1851, besonders zu Anfang, lagen die Gefahren eines Debordirens der Revolution aus Frankreich und Italien noch näher, und es war eine Solidarität der Monarchien gegen diese Gefahr vorhanden, welche unsern Maivertrag ganz natürlich herbeiführte. Eine ähnliche Situation würde erst wieder dasein, wenn das französische Kaiserthum gestürzt

wäre. So lange es steht, handelt es sich nicht um Abwehr der Demokraten, sondern um Cabinetspolitik, bei der die Interessen Oesterreichs eben nicht mit den unsrigen zusammenfallen. Ein ähnlicher Vertrag zum Schutze Italiens jetzt abgeschlossen, würde nur den Effect einer vorzeitigen Provokation Frankreichs und einer Abkühlung Rußlands gegen uns haben. Das läge ganz in Oesterreichs Interesse, und man würde in Wien schon dafür sorgen, daß die Thatsache in Petersburg und Paris nicht unbekannt bliebe; die Schuld der Indiscretion würde dann obendrein auf uns geschoben. In allem aber, was Oesterreich ohne uns zu thun die Lust und die Fähigkeit hat, würde es sich durch den besten Garantievertrag Preußens und Deutschlands nicht irre machen lassen. Hat es doch den Aprilvertrag von 1854 zu nichts anderem benutzt, als um ihn in seinem Interesse moussiren zu lassen, uns schlecht zu behandeln und eine ebenso doppelzüngige als unweise Politik zu betreiben; den Decembervertrag aber heimlich abzuschließen und es mit jedem anderen je nach eigenem Vortheil zu halten, hat es sich durch unsere Garantie nicht hindern lassen. Wäre der Kalkül des Grafen Buol nicht an dem Thronwechsel in Rußland und der in Wien offenbar unerwarteten Nachgiebigkeit des Kaisers Alexander gescheitert, so hätten wir Oesterreichs Dank gegen uns für den Aprilvertrag wohl noch anders kennen gelernt, als in dem heimlichen Widerstande gegen unsere Zuziehung zu den Conferenzen.

Meines Dafürhaltens ist unsere Lage, als die eines gesuchten Bundesgenossen, eine günstige, so lange neue politische Gruppirungen sich noch nicht zu scharf zeichnen, so lange ihre Thätigkeit eine diplomatische bleibt und ein gutes Vernehmen mit den einen nicht den Bruch mit den andern involvirt. Käme es aber zur Verwirklichung einer russisch-französischen Allianz mit kriegerischen Zwecken, so

können wir, meiner Ueberzeugung nach, nicht unter den Gegnern derselben sein, weil wir da wahrscheinlich unterliegen, vielleicht pour les beaux yeux de l'Autriche et de la diète uns siegend verbluten würden. Um uns jede Chance offen zu halten, scheint für den Augenblick ja nichts erforderlich, als vielleicht etwas mehr kostenlose Freundlichkeit gegen Louis Napoleon und Ablehnung jedes Versuches, uns gratuitement und vor der Zeit an das Schlepptau eines anderen zu fesseln. Bei der Ratification des Friedens wird ohne Zweifel ein Ordensaustausch der Souveräne stattfinden, und es würde für uns wohl nicht von praktischem Nutzen sein, wenn wir uns von dieser wohlwollenden Demonstration Paris gegenüber ausschlössen oder uns erheblich später als andere dazu herbeiließen. Es ist gewiß, daß Louis Napoleon an seinem neuen Hofe und nach seinen persönlichen Dispositionen das Eingehen oder Ausbleiben dieses Freundschaftsbeweises höher anschlägt, als die Träger alter Kronen pflegen. Verzeihen Ew. Excellenz, daß ich soviel Conjecturalpolitik über Krieg und Bündnisse mache, die noch in das Gebiet der Träume gehören; aber ich muß die Eventualitäten in das Gebiet meiner Betrachtungen ziehen, um meine Ansicht von der Gegenwart zu motiviren. Ew. Excellenz werden es vielleicht als ein Glück ansehen, daß der Postschluß mich nöthigt, diesen unbescheiden langen Brief hier abzubrechen, obschon mich noch ein Residuum meiner Betrachtungen über die unerschöpfliche Frage kitzelt, Ihre Geduld noch ferner in Anspruch zu nehmen. So aber will ich nur hinzusetzen, daß Rechberg noch immer nicht aufstehen kann, in Folge eines Schlages, welchen er vom Pferde unseres französischen Collegen erhielt, als er vorigen Mittwoch mit diesem und mir ausritt. Wenn er abergläubisch ist, so kann er ein politisches Augurium darin sehen.

An seine Gemahlin.

Frankfurt, 26. November 1856.

Ich habe eine Aufforderung, im Herrenhause zu erscheinen, bekommen, nach deren Inhalt ich zweifelhaft bin, ob Se. Majestät in der That, wie es darin geschrieben steht, mich in Person, oder nur seine unterthänigen Herren und Diener en bloc dort zu sehen wünschen. Im letzteren Falle würde ich mich nicht für berufen erachten, meine wichtigen Geschäfte und den Kamin im rothen Cabinet verwaisen zu lassen, um bei Halle im Schnee sitzen zu bleiben und demnächst unter der Rubrik von „Volk, Edelleute, Häscher und Priester" den Effect des großen Ensemble im weißen Saale mit einer Kostümnuance zu beleben. Ich erwarte noch eine Antwort aus Berlin darüber, ob ich als Decoration oder als Mitspieler verlangt werde, im letzteren Falle würde ich Sonnabend früh in Berlin eintreffen.



Ueber den Kaiser Napoleon läßt sich ausführlich Herr von Bismarck in einem Schreiben aus dem Jahre 1857 aus. Es ist zum Verständniß vorher zu bemerken, daß König Friedrich Wilhelm IV., dessen Politik stets von legitimistischen Tendenzen abhängig war, eine tiefe Abneigung gegen Louis Napoleon empfand und von keiner freundlichen Annäherung an Frankreich hören wollte. Der erste seiner damaligen Vertrauten, General von Gerlach, machte davon Herrn von Bismarck Mittheilung, als dieser einmal eine solche Annäherung empfohlen hatte, und der Gesandte säumte nicht, hierauf eine umfassende Antwort in der folgenden Ausführung zu geben.

An Herrn von Manteuffel.

Frankfurt, 4. Februar 1857.

Einer der hauptsächlichsten Gründe der Abneigung, auf welche eine nähere Verbindung mit Frankreich bei uns stößt, liegt in der Auffassung, daß der Kaiser Napoleon der hauptsächliche Repräsentant der Revolution und mit ihr identisch sei, und daß ein Compromiß mit der Revolution ebensowenig in der äußeren wie in der inneren Politik zulässig sei. In den auswärtigen Beziehungen ist es nicht möglich, den letzten Grundsatz in der Weise durchzuführen, daß die äußersten davon abgeleiteten Consequenzen noch immer jede andere Rücksicht durchbrechen sollen, und außerdem ist es nicht richtig, die Revolution gerade in dem gegenwärtigen Kaiser der Franzosen ausschließlich zu verkörpern. Die nächste Anleitung dazu giebt die ins Auge fallende Illegitimität des Ursprungs seiner Herrschaft. Aber wie viel Existenzen giebt es in der heutigen politischen Welt, welche mit voller Continuität im Rechte wurzeln? Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heute mit Bewußtsein in der Revolution von 1688 fußende England können ihre dermaligen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen. Selbst für das Terrain, welches die deutschen Fürsten, theils Kaiser und Reich, theils ihren Mitständen, den Standesherren, theils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, läßt sich kein vollständig legitimer Besitztitel nachweisen.

Ein Princip kann man aber nur insoweit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet, und der Grundsatz: quod ab initio vitiosum, lapsu temporis convalescere nequit (was von Anfang an fehlerhaft oder

verderblich, kann nicht im Laufe der Zeit gesund werden) bleibt der Doctrin gegenüber richtig, wird aber durch die Bedürfnisse der Praxis unaufhörlich widerlegt.

Die meisten der oben berührten Zustände sind eingealtert, wir haben uns an sie gewöhnt und deshalb ihre revolutionäre Geburt vergessen. Aber auch dann, wenn sie noch nicht diesen Grad von Verjährung hätten, stieß man sich früher nicht an ihrer revolutionären Natur. Cromwell wurde von den europäischen Potentaten „Herr Bruder" genannt und seine Freundschaft gesucht, wenn sie nützlich erschien. Mit den Generalstaaten waren die ehrbarsten Fürsten im Bündniß, bevor sie von Spanien anerkannt wurden; Wilhelm von Oranien und seine Nachfolger in England hatten, auch während die Stuarts noch prätendirten, nichts an sich, was unsere Vorfahren von den intimsten Beziehungen mit ihnen abgehalten hätte; den Vereinigten Staaten haben wir schon in dem Haager Vertrage von 1785 ihren revolutionären Ursprung verziehen. In neuester Zeit hat unser Hof den Besuch des Königs von Portugal empfangen, und mit dem Hause Bernadotte hätten wir uns verschwägert, wären nicht zufällige Hindernisse eingetreten.

Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen, und daß man sich alsdann auch nicht principiell daran stößt, wenn sie fortfahren, ohne Buße, ja, mit Rühmen sich zu ihrer Wurzel im Unrecht zu bekennen.

Es scheint nicht, daß vor der französischen Revolution ein Staatsmann auf den Gedanken gekommen ist, die Beziehungen seines Landes zu anderen Staaten lediglich dem Bedürfniß unterzuordnen, von Berührungen mit revolutionären Erscheinungen frei zu bleiben, und doch waren die

Grundsätze der amerikanischen und englischen Revolution, abgesehen von dem Maße des Blutvergießens und von dem nach dem Nationalcharakter verschiedenen Unfug, der mit der Religion getrieben wurde, ziemlich dieselben wie diejenigen, welche die Unterbrechung der Continuität des Rechtes in Frankreich herbeiführten. Auch auf die revolutionären Erscheinungen von 1789 wird das Princip nicht überall ebenso rigoros angewendet, wie bezüglich Frankreichs.

Die gegenwärtigen Rechtszustände in Oesterreich und die politische Richtung der dort leitenden Persönlichkeiten, das Prosperiren der Revolution in Portugal, Spanien, Belgien, Dänemark, das offene Bekennen und Propagandiren der revolutionären Grundideen von Seiten der englischen Regierung und das Bethätigen derselben noch in dem Neuenburger Conflict, das alles hält uns nicht ab, die Beziehungen des Königs, unseres Herrn, zu den Monarchen jener Länder nachsichtiger zu beurtheilen, als diejenigen zu Napoleon III.; die unfürstliche Herkunft des letzteren thut ohne Zweifel viel dabei, aber sie ist in Schweden von noch frischerem Datum, ohne dieselben Consequenzen zu haben. Die Revolution muß daher in Frankreich noch besondere Eigenthümlichkeiten haben; liegen dieselben nun gerade in der Familie Bonaparte? Diese hat weder die Revolution in die Welt gebracht, noch würde die Revolution beseitigt oder nur unschädlich gemacht, wenn man gedachte Familie ausrottete. Die Revolution blühte 1830 bis 1848 recht im Vollen, ohne daß dabei von den Bonaparten die Rede war; sie ist viel älter als das geschichtliche Auftreten dieser Familie und viel breiter in ihren Grundlagen als Frankreich. Wenn man ihr einen irdischen Ursprung anweisen will, so wäre auch der nicht in Frankreich, sondern eher in England zu suchen oder noch früher in Deutschland oder in Rom, je nachdem

man die Auswüchse der Reformation oder die der römischen Kirche nebst der Einführung römischer Rechtsanschauungen in die germanische Welt als schuldig ansehen will.

Der erste Napoleon hat damit begonnen, die Revolution für seinen Ehrgeiz zu benutzen, und hat sie später mit falschen Mitteln und ohne Erfolg zu bekämpfen gesucht; er wäre sie gewiß gern aus seiner Vergangenheit los gewesen, nachdem er ihre Frucht für sich gepflückt hatte. Gefördert wenigstens hat er sie nicht in dem Grade wie die drei Louis vor ihm durch Einführung des Absolutismus unter Louis XIV., durch die Unwürdigkeiten der Regentschaft unter Louis XV., durch die Schwäche Louis XVI., der am 14. September 1791 bei Annahme der Verfassung die Revolution als beendet proclamirte; fertig war sie allerdings ohne Napoleon geworden. Das Haus Bourbon hat auch ohne Philippe Egalité mehr für die Revolution gethan, als alle Bonaparten.

Der Bonapartismus ist eine Folge, aber nicht der Schöpfer der Revolution. Auch die ungerechten Eroberungskriege sind kein eigenthümliches Attribut der Familie Bonaparte und des nach ihr benannten Regierungssystems. Legitime Erben alter Throne führen dergleichen auch; Louis XIV. hat nach seinen Kräften nicht weniger heidnisch in Deutschland gewirthschaftet, als Napoleon, und wenn letzterer mit seinen Anlagen und Neigungen als Sohn Ludwigs XVI. geboren wäre, so würden wir deshalb schwerlich Ruhe vor ihm gehabt haben; der Trieb zum Erobern ist England, Nordamerika, Rußland und anderen nicht minder eigen, als dem napoleonischen Frankreich. Sobald sich Macht und Gelegenheit, ihn zu befriedigen, zusammenfanden, ist es auch bei den legitimsten Monarchien schwerlich die Bescheidenheit oder Gerechtigkeitsliebe, welche ihm Schranken setzt. Bei Napo-

leon III. scheint er als Instinct nicht zu dominiren. Derselbe ist kein Feldherr und im großen Kriege, mit großen Erfolgen oder Gefahren könnte es kaum fehlen, daß die Blicke der Armee, die Stütze seiner Herrschaft, sich mehr auf einen glücklichen General, als auf den Kaiser richteten. Er wird daher den Krieg nur suchen, wenn er sich durch innere Gefahren dazu genöthigt glaubt. Eine solche Nöthigung würde aber für den legitimen König von Frankreich, wenn er jetzt zur Regierung käme, von Hause aus vorhanden sein. Der Eroberungssucht ist der jetzige Kaiser der Franzosen nicht verdächtiger, als mancher andere, und den Makel ungerechten Ursprungs theilt er mit vielen der bestehenden Gewalten, so daß er nicht aus diesem Grunde als ausschließlicher Repräsentant der Revolution, als vorzugsweises Object der Feindschaft gegen dieselbe betrachtet werden kann. Die inneren Zustände Frankreichs unter ihm stehen ohne Zweifel innerhalb des Gebietes revolutionärer Erscheinungen; aber der Bonapartismus unterscheidet sich dadurch von der Republik, daß er nicht das Bedürfniß hat, seine Regierungsgrundsätze zu propagandiren.

Selbst der erste Napoleon hat den Ländern, welche nicht mittel- oder unmittelbar zu Frankreich geschlagen wurden, seine Regierungsform nicht aufzudrängen versucht, man ahmte sie im Wetteifer freiwillig nach. Fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohen, ist seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands, und wenn Louis Napoleon ebenso gewollt hätte, wie Palmerston, so würden wir auch in Neapel schon einen neuen Ausbruch erlebt haben. Der französische Kaiser würde durch Ausbreitung revolutionärer Institutionen bei seinen Nachbarn Gefahren für sich selbst schaffen; er wird vielmehr bei seiner Ueberzeugung von der Fehlerhaftigkeit der heutigen Institutionen Frankreichs

festere Grundlagen als die der Revolution im Interesse seiner Herrschaft und seiner Dynastie allmählich zu gewinnen suchen. Ob er das kann, ist freilich eine andere Frage; aber er ist keineswegs blind für die Mangelhaftigkeit und die Gefahren des bonapartistischen Regierungssystems, denn er spricht sich selbst darüber aus und beklagt sich. Die jetzige Regierungsform ist für Frankreich nichts Willkürliches, was Louis Napoleon einrichten und ändern könnte; sie war für ihn ein Gegebenes und ist vielleicht die einzige Methode, nach der Frankreich, auf lange Zeit hin, regiert werden kann. Für alles andere fehlt die Grundlage entweder im Nationalcharakter oder sie ist zerschlagen und verloren gegangen. Heinrich V. selbst würde, wenn er jetzt auf den Thron gelangte, wenn überhaupt, auch nichts anderes beginnen können. Louis Napoleon hat die revolutionären Zustände des Landes nicht geschaffen; die Herrschaft auch nicht in Auflehnung gegen eine rechtmäßig bestehende Obrigkeit gewonnen. Wenn er sie jetzt niederlegen wollte, so würde er Europa in Verlegenheit setzen, und man würde ihn ziemlich einstimmig bitten, zu bleiben, und wenn er sie an den Herzog von Bordeaux cedirte, so würde sie dieser ohne fremde Hülfe sich nicht erhalten können.

Der Kaiser Napoleon vermag sich keinen anderen Ursprung zu geben, als er hat; daß er aber im Besitz der Herrschaft dem Princip der Volkssouveränetät faktisch zu huldigen fortführe und von dem Willen der Massen das Gesetz empfinge, wie das jetzt in England mehr und mehr üblich ist, kann man von ihm nicht sagen.

Es ist menschlich natürlich, daß die Unterdrückung und schändliche Behandlung unseres Landes durch Napoleon I. in allen, die es erlebt haben, einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen hat, und daß in deren Augen das böse Princip, welches in Gestalt der Revolution die

Throne und das bestehende Recht gefährdet, sich allein mit der Person und dem Namen dessen identificirt, den man „l'heureux soldat héritier de la révolution" nannte, aber es scheint damit dem Napoleon doch zu viel aufgebürdet zu werden, wenn man gerade in ihm und nur in ihm die Revolution personificirt und aus diesem Grunde die Proscription über ihn aussprechen, und es wider die Ehre erklären will, mit ihm zu verkehren. Was gerade die französische Revolution für uns als etwas Besonderes und mehr als andere analoge Erscheinungen Feindseliges betrachten läßt, liegt weniger in der Rolle, welche die Familie Bonaparte etwa ferner spielen könnte, als in der örtlichen und zeitlichen Nähe der Ereignisse und in der Größe und Kriegsfähigkeit des Landes, welches von ihnen bewegt wird; deshalb sind sie gefährlicher, aber es scheint deshalb noch nicht verwerflicher, mit Bonapartes in Beziehung zu stehen, als mit anderen von der Revolution erzeugten Existenzen oder mit Regierungen, welche die Principien der Revolution freiwillig bei sich durchführen, wie Oesterreich, und für deren Verbreitung thätig sind, wie England. Nachdem Louis Napoleon von uns als Souverän eines benachbarten Landes officiell anerkannt ist, kann es in keiner Weise ehrenrührig erscheinen, mit ihm in diejenigen Beziehungen zu treten, welche der Lauf der politischen Ereignisse mit sich bringt. Diese Beziehungen mögen an sich nichts Wünschenswerthes sein, aber wenn wir auch schließlich andere Intimitäten erstreben wollten, so wird auch das kaum möglich sein, ohne durch die Wirklichkeit oder den Schein der Freundschaft mit Frankreich hindurchzugehen. Nur durch dieses Mittel können wir Oesterreich nöthigen, auf den überspannten Ehrgeiz der Schwarzenbergischen Pläne zu verzichten und nur durch dieses Mittel können wir eine weitere, Deutschland gänzlich auflösende Entwickelung der directen Bezie-

hungen der deutschen Mittelstaaten zu Frankreich hemmen. Auch England wird anfangen, zu erkennen, wie wichtig ihm die Allianz Preußens ist, sobald es fürchten muß, sie an Frankreich zu verlieren. Also auch, wenn wir uns an Oesterreich und England anlehnen wollen, müssen wir bei Frankreich anfangen, um jene zur Erkenntniß zu bringen.

Es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang, jedenfalls sobald Erkaltung zwischen Frankreich und England eintreten sollte, eine französisch-russische Allianz aus dem jetzigen décousu der europäischen Zustände hervorgeht, ohne daß wir es hindern können. Mit dieser Eventualität müssen wir rechnen und uns darüber klar machen, welche Stellung wir vorkommenden Falls zu derselben einnehmen wollen; ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fern zu erhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen, der Versuch dazu kann leicht ebenso beklagenswerthe Folgen haben, wie die unentschlossene Planlosigkeit, welche die Signatur der preußischen Politik 1805 war, und wenn wir uns nicht auf die Rolle des Hammers vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Amboß übrig. Verhältnißmäßig schwach werden wir in jeder Verbindung mit anderen Großmächten erscheinen, so lange wir eben nicht stärker sind, als wir sind. Oesterreich und England werden, wenn wir mit ihnen im Bunde sind, ihre Ueberlegenheit über uns auch nicht zu unserem Vortheil geltend machen; wir haben auf dem Wiener Congreß gesehen, daß gerade die Interessen dieser beiden Mächte sich den unserigen am meisten entgegenstellten. Oesterreich kann nicht wollen, daß wir in Deutschland an Bedeutung gewinnen, und England kann uns weder unsere industrielle noch eine maritime Entwickelung in Handel und Flotte gönnen. In der Politik thut Niemand etwas für den Andern, wenn er nicht zugleich

sein Interesse findet; die Richtung aber, in welcher Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten gegenwärtig ihr Interesse verfolgen, ist mit den Aufgaben, welche für Preußen Lebensaufgaben sind, ganz incompatibel und eine Gemeinschaftlichkeit deutscher Politik gar nicht möglich, solange Oesterreich nicht ein bescheideneres System uns gegenüber adoptirt, wozu bis jetzt wenig Aussicht ist.

Wie aber auch die Parteinahme Preußens bei einer neuen Gestaltung der Allianzen in Europa ausfallen möge, nach jeder Richtung hin empfiehlt es sich, die gegenwärtigen Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft nicht abzuweisen, sondern umgekehrt dem Vorhandensein intimerer Beziehungen zwischen beiden Regierungen einen für alle Cabinette erkennbaren Ausdruck zu geben. Als einen solchen bietet sich vorzugsweise ein Besuch des Kaisers Napoleon in Preußen dar.



Der Bericht, den Herr von Bismarck über die Lage Preußens im deutschen Bunde erstattete, und der in der Poschingerschen Sammlung den Titel trägt: „Denkschrift über die Nothwendigkeit der Inaugurirung einer selbständigen preußisch-deutschen Politik,“ stammt aus der Zeit, wo Herr von Bismarck, zum peußischen Gesandten in Petersburg ernannt, im Begriff war, Frankfurt zu verlassen. Dieser Bericht hat wegen seines Umfanges in den eingeweihten Kreisen den Namen des „Kleinen Buches“ erhalten. Im März 1858 geschrieben, wurde er zunächst an den Minister Freiherr von Manteuffel gesandt. Nach der Neubildung des Ministeriums erhielt der Minister von Auerswald eine Abschrift.

An denselben.

Berlin, März 1858.

Bis zum Jahre 1848 wurde der Deutsche Bund, welches auch die theoretischen Ansprüche an ihn sein mochten, thatsächlich doch nur als ein Schutzverein der deutschen Regierungen gegen Krieg und Revolution behandelt. Oesterreich ließ damals im Allgemeinen die preußische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Concession die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen entgegen, in Deutschland begnügte sich das Wiener Cabinet, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassenen Spielraum nur innerhalb gewisser Grenzen nutzbar mache. Zu diesem Behuf wurde insbesondere der Geschäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnißmäßig unwichtige Angelegenheiten beschränkt; das Widerspruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen aber mit Schonung gepflegt; Angelegenheiten, über welche Oesterreich und Preußen nicht einverstanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung; eine aus den Protokollen ersichtliche Meinungsverschiedenheit beider Großmächte gehörte zu den Seltenheiten; ein offener Streit ihrer beiden Vertreter in den Sitzungen war etwas Unerhörtes und wurde als Gefahr für das Bestehen des Bundes unter allen Umständen vermieden. Auch mit kleineren Bundesregierungen, wenn sie nicht etwa einer Begünstigung liberaler Bestrebungen verdächtig waren, wurde lieber Jahre lang verhandelt, als daß man ihnen durch Majoritätsbeschlüsse Zwang angethan hätte.

Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverschiedenheiten durch Majoritätsbestimmungen am Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag so fern, daß das Wiener Cabinet den Präsidialgesandten nur mit langen Unter-

brechungen in Frankfurt anwesend sein, und die Vertretung der österreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preußischen Gesandten ließ. Es begnügte sich damit, dem letzteren in der Person des noch fungirenden königl. sächsischen Gesandten einen Beobachter zur Seite zu stellen. Die Führung des Präsidiums durch Preußen, sowie die lange Dauer der ungestörten Einigkeit beider Cabinette in Betreff der Bundesangelegenbeiten haben nicht wenig dazu beigetragen, die Ueberlegenheit des Präsidiums in der Bundesversammlung auszubilden.

Ein ganz anderes Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reactivirung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu welcher Preußen durch die constituirenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Oesterreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung darbietet. Der Gedanke lag nahe, nachdem Oesterreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland, behufs der Kräftigung des verhältnißmäßig wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaat, erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, wenn es Oesterreich gelang, sich der Majorität am Bunde auf die Dauer zu versichern, demnächst die Competenz des Bundes und seiner Majoritätsbeschlüsse zu erweitern, und wenn Preußen die Macht oder der Wille fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Conception ein sehr günstiger.

Oesterreich konnte, nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland, auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte mit dem in Frankreich neu entstehenden Kaiserthum Verbindung angeknüpft, welche gegen

das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatz zu Preußen und England hervorriefen.

Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entspringende Gefahr, einen Theil ihrer Souveränität an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Oesterreich an. Letzteres konnte die fast ohne Ausnahme noch heute fungirenden Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 hier zusammentretenden Regierungen ziemlich selbständig ernennen, und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das österreichische Interesse gekettet waren. Oesterreich durfte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus sicher sein. Die Erinnerung an die Erlebnisse von 1848—1850 hatte die Besorgnisse vor preußischer Oberherrschaft, welche an und für sich in der geographischen Lage der meisten Bundesstaaten im Verhältniß zu Preußen begründet ist, frische Nahrung gegeben, und die Eifersucht, mit welcher das zweihundertjährige Wachsen des preußischen Königshauses einen großen Theil der anderen deutschen Fürsten erfüllt, wirkt bei diesen in derselben Richtung, wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerung auf ihre Kosten . . .

Der heute fest an Oesterreich haltende Minister von Hügel erzählte beim Antritt seiner Stellung, daß Graf Buol ihm auf bescheidene Gegenvorstellungen erwidert habe: Die deutschen Regierungen müßten sich daran gewöhnen, daß nur Oesterreich das Recht zu einer auswärtigen Politik habe; es werde für Württemberg rathsam sein, sich das stets gegenwärtig zu halten; je früher Württemberg das lerne, desto besser. Dem sächsischen Gesandten von Könneritz sagte Graf Buol bei derselben Gelegenheit, daß Oesterreich „auf die Kleinen drücken

werde, bis dem Herrn von Beust der Athem zum Widerspruch ausgehe". Durch die geheime Circulardepesche vom 14. Januar 1855 erklärte Oesterreich allen deutschen Regierungen, daß es ihm auf Sprengung des Bundes zur Durchführung der Wiener Politik nicht ankomme, und forderte die einzelnen auf, unabhängig von und eventuell im Widerspruch mit den Bundesbeschlüssen in ein separates Kriegsbündniß mit Oesterreich zu treten, als dessen Resultat den sich dem Anschließenden, nach Maßgabe der Truppenzahl, die sie dem Kaiser von Oesterreich zur Disposition stellen würden, Vortheile verheißen wurden, die nur auf Kosten der nicht beitretenden Genossen des deutschen Bundes gewährt werden konnten.

Wenn Preußen in analogen Fällen nur den mäßigsten Versuch zu einem ähnlichen Verfahren mit den deutschen Bundesgliedern gemacht hätte, so würde die Entrüstung der mittelstaatlichen Regierungen über bundeswidrige, anmaßliche und gewaltthätige Separatbestrebungen und über die verletzende Form derselben noch heute nicht besänftigt sein, während Oesterreich über die Staatsmänner und Regierungen, welche es beleidigt und mißhandelt hat, seinen Einfluß längst wiedergewonnen hat und über ihre Stimmen am Bunde disponirt.

Im Besitz der Macht, die Majoritätsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeizuführen, jedenfalls solche, welche unwillkommen sind, verschleppen und hindern zu können, hat Oesterreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Instruments zu erweitern. Es ist zu diesem Behuf erforderlich, mehr und wichtigere Gegenstände als vor 1848 in den Kreis der Bundesgesetzgebung zu ziehen, dann aber auch bei der Beschlußnahme über dieselben das Widerspruchsrecht der einzelnen und der Minoritäten zu beseitigen und für Majoritätsbeschlüsse eine erweiterte Com-

petenz zu gewinnen. Mit diesem Bestreben geht das der meisten Bundesstaaten, ganz abgesehen von dem Einflusse, welchen Oesterreich auf sie übt, vermöge ihrer eigenen Interessen vollständig Hand in Hand.

Die kleinen und Mittelstaaten haben keinen Beruf, einer Kräftigung des Bundes auf Kosten der einzelnen Regierungen abhold zu sein; sie finden in dem Bundesverhältnisse allein die Garantie ihrer Existenz und ihre Minister gewinnen durch dasselbe ein Piedestal, von welchem herab sie über die Angelegenheiten Deutschlands und Preußens, ja selbst in der europäischen Politik, lauter mitreden können, als es zulässig wäre, wenn sie mit den großen Verhältnissen der Weltpolitik in unmittelbare Beziehungen treten sollten. In der Bundesversammlung spricht jeder von ihnen eben so laut und hat ebensoviel Stimmrecht wie Preußen, und insoweit sie zusammenhalten, geben sie den Ausschlag in den schon so häufig vor ihr Forum gezogenen Streitigkeiten Preußens und Oesterreichs. Es ist nicht zu verwundern, wenn sie sich für die Befestigung und Ausbildung eines Instituts mitinteressiren, in welchem sie mit einem vergleichungsweise so geringen Aufwande nicht nur Sicherheit, sondern einen Zuwachs von politischer Wichtigkeit erlangen . . .

Mit der Reactivirung des Bundes ist daher das Princip der Schonung Preußens in den Verhandlungen des Bundes, der vorgängigen Verständigung zwischen Berlin und Wien über wichtigere Gegenstände von Oesterreich aufgegeben worden. Letzteres sucht vielmehr Meinungsverschiedenheiten dadurch zu erledigen, daß es die Majoritäten, auf die es jederzeit zählen kann, gegen Preußen ins Gefecht führt und durch den Druck derselben die volle oder theilweise Nachgiebigkeit Preußens erzwingt. Es verliert das Bewußtsein, mit Preußen um die Hegemonie von Deutschland zu kämpfen, in keinem

Momente; es ist sich über seinen Zweck vollkommen klar, seiner Mittel sicher und zu rücksichtsloser Benutzung derselben dergestalt entschlossen, daß es keiner Art von Conflict mit Preußen ausweicht.

Es kleidet seine Forderungen zwar in bundesfreundliche Worte, betreibt sie aber mit der consequenten Entschiedenheit, welche Preußen nur die Wahl läßt, sich zu fügen oder in anhaltendem Streit zu leben.

So oft Preußen bei seiner abweichenden Ansicht verharrt, wird ihm in der Diplomatie und in der Presse die Schuld der deutschen Uneinigkeit aufgebürdet, und diese Beschuldigungen nehmen die Färbung einer Anklage wegen Störung des Friedens im Bunde und Untergrabung seiner Institute an, sobald die allezeit bereite Majorität im Bunde Oesterreich zur Seite steht. Es kann daher nicht fehlen, daß die Thätigkeit des preußischen Gesandten am Bunde seit sieben Jahren eine selten unterbrochene Kette von Kämpfen gegen österreichische Zumuthungen bildet, bei denen die Parteilichkeit der Mittelstaaten und ihrer Vertreter stets bereit ist, Preußen die Schuld aufzubürden, das Sachverhältniß zu diesem Behuf zu entstellen und mit Oesterreich zu stimmen.

Diese Verhältnisse sind seither noch durch den Umstand erschwert worden, daß Oesterreich zum Vorsitz in einer Versammlung, wo die streitigen Interessen von 35 souveränen Staaten discutirt werden, wo die Stellung Oesterreichs als Partei und als Präsidialmacht eine besonders delicate ist, also zu einem Posten, der neben großer Geschäftskunde einen besonders hohen Grad von Ruhe erfordert, nach einander drei Männer ernannt hat, deren leichte Erregbarkeit bekannt war.

Ebensowenig wie der Charakter der Personen, durch welche Oesterreich seine Sache im Bunde gegen Preußen verfechten läßt, hat die Wahl der Waffen, deren es sich

dabei bedient, dazu beigetragen, den Verhandlungen eine bundesfreundliche und versöhnliche Färbung zu erhalten. An Versuchen der Ueberlistung, wie sie die Tradition der Diplomatie seit Jahrhunderten mit sich bringt, und zu welchen dem Präsidium der Besitz des Actenmaterials und der Initiative in den Verhandlungen erhöhte Leichtigkeit gewährt, an Entstellung der Thatsachen, an Verdächtigung der Personen hat es nicht gefehlt, selbst amtliche Fälschungen von Acten über schriftliche Verabredungen zwischen den Regierungen haben dem Freiherrn von Prokesch officiell constatirt werden können.

Diese Kämpfe begannen am Bunde sofort nach ihrer Wiederbeschickung desselben durch Preußen. Ihr erster Gegenstand betraf die Anerkennung der ohne Preußen geführten Verhandlungen. Demnächst ließ eine aus fast allen Regierungen bestehende Majorität sich bereit finden, gegen Preußen den ungerechten Ansprüchen Oesterreichs in Betreff der Flotten- und der Liquidationsfrage ihren Beistand zu leisten. An der Flotte beanspruchte Oesterreich volles Recht, ohne Beiträge leisten zu wollen, und den Forderungen aus der allgemeinen Liquidation entzog es sich unter der Behauptung, daß seine italienischen und ungarischen Kriege Bundeskriege gewesen seien, für die es ein Recht auf Schadloshaltung habe.

An diese Streitigkeiten schlossen sich diejenigen über die Zollfrage an; die damals bestehende Erneuerung des Zollvereins bot den Anknüpfungspunkt zu einer Agitation, vermöge deren in diplomatischen Actenstücken und in der Presse der Bund für die Zukunft als der allein berechtigte und fruchtbare Förderer der öffentlichen Wohlfahrt, jede preußische Bestrebung auf diesem Gebiete aber als ein gemeinschädlicher Particularismus geschildert wurde.

Wenn es Oesterreich gelingt, seine Aufnahme in den Zollverein durchzusetzen, so ist allerdings das Verlangen,

die Zoll- und Handelsgesetzgebung in Zukunft auf Grund des Artikels XIX der Bundesacte am Bunde zu verhandeln, nicht leicht mehr auf die Dauer zurückzuweisen.

Nach den heutzutage von den bedeutendsten Bundesregierungen verfochtenen Ansichten über die Berechtigung der Majoritätsbeschlüsse stünde kein rechtliches Hinderniß im Wege, diese Angelegenheit direct und auf die Dauer zum Gegenstande der beschließenden Thätigkeit des Bundestages zu machen, nachdem die etwaigen Einwendungen gegen die Competenz der Majorität durch eine Schlußfassung im engen Rathe beseitigt wären . . .

Mit welcher zweifelfreien Entschiedenheit das Wiener Cabinet den ihm angewiesenen Bahnen folgt, läßt sich auf dem Schauplatz der europäischen Politik ebenso deutlich erkennen, wie in den Verhandlungen am Bundestage. Auch dort ist der Weg der gütlichen Verständigung und der Bewerbung um die Sympathien Preußens nicht mehr derjenige, auf welchem Oesterreich sich der Unterstützung der norddeutschen Großmacht zu versichern bestrebt ist. Selbst in solchen Fragen, wo sein Interesse unbetheiligt oder gar mit preußischem identisch war, hat es keine Anstrengung gescheut, um das Ansehen Preußens zu beeinträchtigen und seiner Politik Hemmungen zu bereiten. Die Theilnahme an der Pariser Conferenz, bei welcher es sich der Hauptsache nach nur um einen Ehrenpunkt handelte, wurde von keiner Macht eifriger hintertrieben, als von Oesterreich, um durch den Ausschluß Preußens aus dem Rathe der Großmächte das preußische Ansehen in den Augen Deutschlands herabzudrücken. In der Neuenburger Frage waren die Gegner Preußens zugleich die natürlichen Feinde Oesterreichs, aber der Wunsch, Preußen nicht zur Entfaltung seiner Kriegsmacht in Süddeutschland und nicht zur befriedigenden Erledigung einer Ehrensache gelangen zu lassen, war in Wien stärker als die Abneigung gegen

die schweizer Demokratie und als die Sorge um deren Einwirkung auf Italien. Das Wiener Cabinet suchte gegen den Marsch preußischer Truppen durch Süddeutschland Bundesbeschlüsse zu Stande zu bringen und wurde in diesem Bestreben von Sachsen gefördert. Es würde ohne Zweifel auch für diesen Ausdruck seiner Gesinnungen gegen Preußen eine Majorität erlangt haben, wenn der Einfluß Frankreichs ihm nicht damals bei den Mittelstaaten zu Gunsten Preußens die Wage gehalten hätte.

Die dänische Frage ist von Oesterreich, so lange es möglich war, ausgebeutet worden, um Preußen in der deutschen Presse der Lauheit, bei den europäischen Cabinetten der Heftigkeit anzuklagen.

Wenn hiernach keine Aussicht ist, daß Oesterreich und seine Bundesgenossen sich freiwillig entschließen, ihrer Politik gegen Preußen eine andere Richtung zn geben, so fragt es sich, ob Preußen dem gegenüber in seiner bisherigen Haltung auf die Dauer verharren kann.

Daß die im Bunde dominirenden Elemente auf Zustände hinarbeiten, welche Preußen nicht acceptiren kann, ist gewiß. Preußen kann nicht auf den Anspruch der Gleichstellung mit Oesterreich verzichten, die Rolle der zweiten deutschen Macht aufrichtig und definitiv übernehmen und sich gleich jedem anderen deutschen Bundesstaate der Herrschaft der Majoritätsbeschlüsse, welche der Bund unter Oesterreichs Führung zu fassen für gut findet, unterordnen.

In einer solchen Stellung würde Preußen als Aequivalent für Verzichtleistung auf seine Selbständigkeit nicht einmal die Genugthuung haben, den von dem Gesammtorgan des Bundes auf die einzelnen Staaten zu übenden Einfluß mit den übrigen sechzehn von Oesterreich präsidirten Stimmen gleichmäßig zu theilen, weil auch durch seine Unterwerfung die meisten der Ursachen nicht beseitigt

würden, welche ihm eine Stellung in der Minorität und der Majorität eine antipreußische Haltung zuweisen. Eine derartige Gestaltung des Bundesverhältnisses hat auch nicht in der Absicht der Stifter des Bundes gelegen, denn eine europäische Großmacht konnte demselben nicht mit der Voraussetzung beitreten, daß ein wesentlicher Theil ihrer eigenen Gesetzgebung und Politik von den Mehrheitsbeschlüssen dieses Bundes abhängig werden solle, in welchem sie sich mit einem Siebzehntel des Stimmrechts begnügt und auf jeden Antheil an dem Vorsitz verzichtet hat.

Oesterreich kann die Betheiligung an einem solchen Bunde einstweilen durchführen, weil es die Majorität desselben beherrscht. Preußen hat diesen Vortheil nicht. Wenn es demnach den ihm feindlichen Principien, welche sich im Schooße des Bundes entwickeln, bisher nicht offen entgegentritt, sondern sogar den Schein bewahrt, ihnen auch seinerseits zu huldigen, so beruht dieses Verhalten ohne Zweifel auf dem Bewußtsein, daß es thatsächlich nicht so ganz leicht sein wird, die Monarchie Friedrichs des Großen unter ein Collegium von siebzehn Bundestagsgesandten zu mediatisiren. Eine näher liegende Gefahr ist aber die, daß Preußen in ein formelles Zerwürfniß mit der Bundesgewalt geräth, indem die Majorität Beschlüsse faßt, welche Preußen nicht anzuerkennen vermag, ohne Schaden an seiner Selbständigkeit zu leiden. Die bundesfreundlichste Nachgiebigkeit hat ihre Grenzen, und in Verhandlung mit Oesterreich ist jede Concession die Mutter einer neuen Forderung. Wenn die Sachen so weiter gehen, wie in der letzten Zeit, und namentlich im Sinne der Depesche des Grafen Buol über Rastatt vom 7. März 1858 und im Sinne des Majoritätsbeschlusses vom 25. Februar 1858 die gegnerischen Operationen fortgesetzt werden, so kann der Moment nicht mehr fern sein, wo Preußen die Majorität der Ueberschreitung ihrer Befugnisse und die Majo-

rität Preußen der Auflehnung gegen gültige Bundesbeschlüsse anklagen wird, beide sich also gegenseitig des Bundesbruches beschuldigen.

Preußen in diese Lage zu versetzen, ist vielleicht das Ziel der Politik seiner Gegner; wie und wenn eine solche Situation demnächst von ihnen weiter auszubeuten wäre, das wird von den Constellationen der europäischen Politik abhängen, je nachdem dieselben es als thunlich erscheinen lassen, gegen Preußen mit mehr oder weniger Dreistigkeit aufzutreten.

Eine solche Situation, zumal, wenn der Moment ihres Eintretens nicht zu berechnen ist, kann jedenfalls unbequem genug werden, um zur Anwendung von Vorbeugungsmitteln aufzufordern, insbesondere wenn diese Mittel zugleich dahin führen, Preußens selbstständiges Ansehen und seinen Einfluß auf Deutschland zu kräftigen.

Preußen würde dadurch seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden, es würde sich nur von dem Druck losmachen, mit dem die Fiction seiner Gegner auf ihm lastet, daß „Bundestag“ und „Deutschland“ identische Begriffe seien, und daß Preußens deutsche Gesinnungen nach dem Maße seiner Fügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurtheilen seien. Seine deutschen Gesinnungen unabhängig vor der Bundesversammlung zu bethätigen, hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit wie Preußen, und es vermag dabei zugleich den Beweis zu liefern, daß Preußen für die mittleren und kleineren Staaten mehr Wichtigkeit hat, als eine Mehrheit von neun Stimmen für Preußen. Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer, außer Oesterreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregierungen, und es giebt nichts Deutscheres, als gerade die Entwickelung richtig verstandener preußischer Particularinteressen. Eben deshalb steht ihnen

aber die in der Bundesversammlung allein vertretene Politik der Mehrzahl der Regierungen entgegen, weil gerade die Existenz und Wirksamkeit der 33 Regierungen außer Preußen und Oesterreich das hauptsächliche, wenn auch legalberechtigte Hinderniß der kräftigen Entwicklung Deutschlands sind. Preußen würde aber für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Werth auf Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen.

Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und jede Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Empfindlichkeit ist für Preußen eine nutzlose Selbstbeschränkung . . .

Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund gar nicht existirte; diejenigen näheren Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf, hätten sich deshalb doch unter Preußens Leitung gebildet. Nachdem er aber besteht, und der Mißbrauch seiner Institution gegen Preußen mit Aussicht und Erfolg versucht wird, kann Preußens Aufgabe nur sein, alle unzweifelhaften Bundespflichten in Krieg und Frieden, — und zwar treu zu erfüllen, aber jede Entwickelung der Bundesgewalt auf Kosten der Unabhängigkeit des einzelnen, welche über den strikten Wortlaut der Verträge hinausgeht, abzuschneiden. Diejenigen, welche unter einem „bundesfreundlichen" Verhalten Preußens nichts anderes, als dessen möglichst weit getriebene Unterwerfung unter den durch das Präsidium und die Majorität ausgedrückten Willen der übrigen Bundesgenossen verstehen, werden allerdings in eine lebhafte Verstimmung gerathen, wenn sie gewahr werden, daß Preußen sich ihren Schlingen entzieht und das Maß seiner freien Selbstbeschränkung fernerhin nur dem wirklichen Inhalte der Bundesverträge entnehmen will. Unabweisliche Interessen, die einzige Grundlage haltbarer

Beziehungen auch zwischen den deutschen Staaten, werden aber bald beweisen, daß die Verstimmten sich in das Unvermeidliche fügen, und dieselben Regierungen, welche jetzt bemüht sind, Preußen zu majorisiren, werden sich entschließen, Preußens Einverständniß zu suchen, sobald sie sich überzeugt haben, daß die Haltung Preußens nicht auf einer vorübergehenden Verstimmung, sondern auf festen und definitiven Entschließungen, auf einer wohl überlegten Erkenntniß der eigenen Interessen beruht.

Praktischer würden sich die Consequenzen einer solchen Haltung im Bunde dahin gestalten, daß Preußen sich auf keine „Vereinbarungen" und sonstige Beschlüsse, zu denen Stimmeneinhelligkeit erforderlich ist, einläßt, und daß es den ersten Versuch, einen Majoritätsbeschluß ohne streng verfassungsmäßige Competenz zu fassen, offen als ein Attentat gegen die Bundesverfassung bezeichnet und sich an die letztere auch seinerseits nur insoweit gebunden erklärt, als sie von der anderen Seite genau beachtet wird . . .

In demselben Maße, wie die preußische Regierung der österreichischen zu erkennen gäbe, daß sie den Bundestag nicht als exclusives Organ der deutschen Interessen ansieht, daß sie deshalb entschlossen ist, Preußen nicht in der Majorität der Bundesversammlung aufgehen zu lassen, daß sie durch den Bund nichts weiter als die Erfüllung der vertragsmäßigen Bundespflicht betreiben werde, in demselben Maße werden sich auch vor dem Auge Deutschlands die Umrisse Preußens wieder in ihrer natürlichen Größe und Bedeutung abzeichnen.

Die leitende Stellung, welche Preußen vor 1848 einnahm, beruhte nicht auf der Gunst der Mittelstaaten und der Bundesversammlung, sondern auf der Thatsache, daß Preußen in allen Richtungen staatlicher Entwickelung den Vorsprung nahm, daß alles, was specifisch Preußisch war, in den übrigen Bundesstaaten als mustergültig anerkannt

und nach Kräften erstrebt wurde. Die Ueberstürzung dieses Entwickelungsganges in der revolutionären Zeit, das dadurch erweckte Mißtrauen der deutschen Regierungen hat nothwendig starke Rückschritte in dem Aufschwunge des preußischen Einflusses zur Folge gehabt. Die durch den Rückschlag der Bewegung erfolgte Abschwächung der vor 1848 so gewaltigen Macht der öffentlichen Meinung und die Neuheit des österreichischen Auftretens als Mitbewerber machen es heutzutage schwer, die Strecke, um welche Preußen auf seinem Wege zurückgekommen ist, wieder einzubringen. Dennoch aber bleibt dieser Weg der einzige, um die Stellung zu gewinnen, deren Preußen zur Erfüllung seiner staatlichen Aufgaben bedarf, und seine Ueberlegenheit an Mitteln auf diesem Gebiete ist, im Vergleich mit Oesterreich und den anderen deutschen Staaten, noch immer bedeutend. Die Sicherheit, daß Se. Majestät der König von Preußen auch dann noch Herr im Lande bleibe, wenn das gesammte stehende Heer aus demselben herausgezogen würde, theilt kein anderer continentaler Staat mit Preußen, auf ihr aber beruht die Möglichkeit, einer den Anforderungen der heutigen Zeit zusagenden Entwickelung des öffentlichen Lebens näher zu treten, als es andere Staaten können. Der Grad politischer Freiheit, welcher zulässig ist, ohne die Autorität der Regierung zu beeinträchtigen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland. Preußen vermag seiner Landesvertretung und seiner Presse ohne Gefahr auch im Bereich rein politischer Fragen einen freieren Spielraum zu gewähren als bisher. Es hat bis 1848 unter einer fast unumschränkten Regierung sich das Ansehen der intellectuellen Spitze von Deutschland zu erringen und zu erhalten gewußt und würde auch jetzt unabhängig von seiner inneren Verfassung dies vermögen. Nothwendig ist dazu nur, daß sein innerer Zustand ein solcher sei, der den Ein-

druck des einmüthigen Zusammenwirkens im Innern auch thatsächlich fördert. Ist die heutige Verfassung Preußens eine definitive Einrichtung, so muß auch die feste Geschlossenheit der Regierungsorgane in sich und ihr Einklang mit der Landesvertretung in einem solchen Grade erreicht werden, daß die Gesammtkraft Preußens nicht durch Reibungen im Innern, vermöge einander zuwiderlaufender Strömungen, theilweise gebrochen wird, sonst kann sie nach außen hin, wenigstens im Frieden, nicht den dominirenden Eindruck auf Deutschland ausüben, welcher ihr sicher ist, wenn sie ungeschwächt zur Wirkung gelangt.

Die königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sicheren Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine belebtere Thätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Action auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann. Es ist bemerkenswerth, welchen Eindruck in ganz Deutschland es gemacht, daß die sächsischen Kammern sich in jüngster Zeit mit der Erörterung der Bundespolitik und der Stellung Sachsens zum Bunde beschäftigt haben. Wie viel mächtiger würde dieser Eindruck gewesen sein, wenn im Schoße der preußischen Kammern eine analoge Discussion stattgefunden hätte. Wenn Preußen seine deutsche Politik, seine Stellung zum Bunde, die Schwierigkeiten, welche es in derselben zu überwinden hat, die Bestrebungen seiner Gegner offen diskutiren ließe, so würden vielleicht wenige Sitzungen des preußischen Landtages hinreichen, um den Anmaßungen der Majoritätsherrschaft am Bunde ein Ende zu machen.

Die gerade für Preußen specifisch nothwendige Bundespolitik kann durch die Publicität und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen. In der Presse vermag die Wahrheit sich in der Unklarheit, welche durch die Fälschungen der besoldeten Blätter herbeigeführt wird, nicht Bahn zu brechen, so lange nicht der preußischen

Presse zur Besprechung der gesammten Bundesverhältnisse das volle Material und der größtmögliche Grad von Freiheit gewährt wird. Wenn Preußen eine vom Bunde unabhängige Position einnimmt, so wird es vermöge der ihm innewohnenden Schwerkraft der natürliche Crystallisationspunkt für solche Verbände, welche seinen Nachbarstaaten eben so sehr Bedürfniß sind, als ihm selbst. Dieses System der freien, auf Kündigung geschlossenen Vereine durch Verständigung außerhalb des Bundes ist das Gebiet, auf welchem Preußen, unbehindert durch das Präsidium Oesterreichs und der Majoritätstheorien der Bundesversammlung, seinen politischen und Verkehrsbedürfnissen genügen kann. In solchen Verbindungen steht ihm das ganze Gewicht seiner Größe und seine Eigenschaft als rein deutscher Staat, die Gleichartigkeit seiner Bedürfnisse und seines Entwickelungsganges mit der übrigen deutschen Bevölkerung unvermindert zur Seite. Die benachbarten Bundesstaaten werden sich deshalb auch herbeilassen, Einigungen mit Preußen auf diesem Wege zu suchen, wenn sie erst fest überzeugt sind, daß Preußen sich am Bunde, von welchem sie bisher noch günstigere Ergebnisse für sich erwarten, auf dergleichen unter keinen Umständen einläßt. Sie werden dabei um so entgegenkommender und leichter zu behandeln sein, je mehr sie erkennen, daß Preußen entschlossen ist, in allen Beziehungen lieber die Unbequemlichkeiten seiner zerissenen Lage zu ertragen, als von ihnen sich das Gesetz für sein eigenes Verhalten und seine eigenen Interessen geben zu lassen, denn diese Unannehmlichkeiten sind für die meisten von ihnen, und namentlich für Sachsen, Braunschweig, beide Hessen, Nassau, vermöge ihrer Kleinheit, ihrer binnenländischen Lage und ihrer Grenzverhältnisse zu Preußen viel schwerer auf die Dauer zu ertragen, als für Preußen selbst, mag es sich dabei um Zollgemeinschaft, um Eisen-

bahnanlagen, um gemeinsames Handels- und Wechselrecht, um Cartellconventionen, Posteinrichtungen, Papiergeldfragen, Bankwesen oder irgend einen anderen der Gegenstände handeln, welche die österreichische Präsidialpolitik und die Majoritätsstaaten der Bundesgesetzgebung allmählich zu unterziehen beabsichtigen. Nur Hannover ist vermöge seiner Lage an der See und zwischen dem Osten und Westen Preußens im Verhältniß zu den übrigen deutschen Staaten mit mehr Elementen für eine unabhängige Stellung Preußen gegenüber ausgestattet, und das Einverständniß mit ihm ein zwar nicht schlechthin nothwendiges, aber doch ohne große Uebelstände zu entbehrender Schlußstein für das Gebäude einer selbstständigen preußisch-deutschen Politik.

Auf allen obengenannten Gebieten kann Preußen die Ausführung jeden Planes, über den es mit Hannover einig ist, ohne erhebliche eigene Unbequemlichkeiten in Angriff nehmen und den Anschluß anderer abwarten. Hannover ist deshalb der einzige unter den deutschen Mittelstaaten, in Betreff dessen die deutsche Diplomatie Preußens, ohne sich durch Schwierigkeiten und Mißerfolge irre machen zu lassen, unausgesetzt alle Anstrengungen und Geschicklichkeit zur Anwendung bringen sollte, um seinen guten Willen für Preußen zu gewinnen und sein Mißtrauen zu beruhigen.

Aber selbst, wenn dies nicht gelänge, hat Preußen von selbstständiger Benutzung der eigenen Kraft immer noch mehr zu hoffen, als von einer längeren Duldung der Bundespolitik seiner Gegner.

Bei keinem Theile des deutschen Volkes und bei wenigen Staaten des Auslandes ist zugleich die Zufriedenheit mit der eigenen Regierung, die Bereitwilligkeit, derselben vertrauensvoll entgegenzukommen, in dem Maße wie in Preußen von dem Gefühle abhängig, daß dem

Lande eine selbstständige und angesehene Stellung nach außen hin gewahrt wird, und die Wahrnehmung, daß Preußen in Deutschland von Oesterreich überflügelt würde, daß bayerische und sächsische, hessische und württembergische Majoritäten irgend welchen bestimmenden Einfluß auf Preußen wider dessen Willen mit Erfolg beanspruchen könnten, wäre selbst in der heutigen Zeit der materiellen Interessen für das preußische Volk ein schärferer Stachel zu gereizter Verstimmung, ein wirksameres Mittel zur Erregung von Unzufriedenheit, als die Mehrzahl wirklicher oder vermeintlicher Uebelstände im Innern, während umgekehrt der Preuße über jede Erhöhung seines Selbstgefühls gegenüber dem Auslande leicht dasjenige vergißt, was ihn an den inneren Zuständen verdrießt.

An denselben.

14. März 1858.

Meine bald siebenjährige Amtsthätigkeit hier ist, wie Ew. Excellenz wissen, ein ununterbrochener Kampf gegen Uebergriffe aller Art gewesen, gegen die unablässigen Versuche, den Bund auszubeuten als ein Instrument zur Erhöhung Oesterreichs, zur Verminderung Preußens. Oesterreich stellt uns niemals eine andere Wahl, als die zwischen widerstandsloser Ergebung in seinen Willen oder Streit mit allen Mitteln des Kampfes, und geben wir nicht nach, so erhebt es an den deutschen Höfen und in der Presse Klage über die von uns gestörte Einheit Deutschlands. Ich könnte mir dabei das Leben ebenso leicht machen, wie mein Vorgänger, und gleich den meisten meiner Kollegen durch einen mäßigen und äußerlich kaum bemerkbaren Grad von Landesverrath mir eine freundliche Geschäfts-

führung und das Lob eines verträglichen Collegen erkaufen. So lange ich mich dazu nicht herbeilasse, stehe ich gegen jeden Angriff hier in erster Linie allein, da meine Collegen, auch wenn sie Beruf dazu fühlten, nicht wagen, mir beizustehen, und muß es mir gefallen lassen, von Oesterreich und andern, ebenso wie jetzt Heimbruch, als Sündenbock behandelt, als unverträglich denuncirt und angeschwärzt zu werden.

Ich habe mich in der Kammer mit jedem Gegner, auch mit dem rothesten Democraten, persönlich vertragen, und hier komme ich noch in den Ruf eines Zänkers bei allen, die nicht wissen, wie es hier hergeht. Ich will aber das alles gern ertragen, so lange meine Nerven aushalten, wenn ich nur auch ferner, wie bisher, durch Ew. Excellenz Instructionen den Rücken gedeckt behalte und somit die wirkliche Abwehr der Uebergriffe durch den ununterbrochenen Kampf erreicht wird. Wenn wir mit Oesterreich und den Bundesmajoritäten auf erträglichem Fuße leben wollen, so ist das einzige Mittel dazu ein ernstes Zurückweisen jeder ungerechten Zumuthung; weichen wir, so ist jede Concession die Mutter neuer Ansprüche, bis wir so an die Wand gedrängt werden, daß uns vielleicht sehr zur ungünstigen Stunde die Wahl gestellt wird zwischen radicalem Bruch oder vollständiger Unterwerfung unter die Majoritätsbeschlüsse, die Oesterreich am Bunde durchsetzt. In Sachen der holsteiner Officiere haben wir Oesterreich durch Festigkeit zum vollständigen Nachgeben genöthigt, und es wird uns auch in wichtigeren Dingen gelingen, wenn wir unbeugsam sind. Wir müssen Oesterreich zu einem Verhalten zwingen, bei dem die Einigkeit mit uns ohne Verletzung unserer Würde und Unabhängigkeit möglich bleibt. Die Ernennung eines Gesandten in Wien von entschiedener Farbe und festem Charakter würde viel dazu beitragen. Nochmehr Ein-

druck würde es machen, wenn wir bei uns der Presse gestatteten und den Kammern Gelegenheit geben wollten, sich über deutsche Politik und Preußens Stellung dazu freier auszusprechen, auch wenn uns selbst, d. h. der Regierung, nicht alle Tonarten gefallen, die dabei angeschlagen werden. Welche Aufmerksamkeit haben in Deutschland die mäßigen Berührungen der holsteinischen und der Bundesreform-Frage in den kleinen sächsischen Kammern hervorgerufen. Wenn wir die Unbequemlichkeiten des Landtages für das Innere tragen, so sollten wir ihn auch gelegentlich für unsere auswärtige Stellung ausnützen und uns namentlich den antipreußischen Machinationen am Bunde gegenüber ein Relief damit geben. Ich habe meiner Feder längeren Lauf gelassen, als Euer Excellenz vielleicht Zeit haben, lesend zu verfolgen, und bitte um Entschuldigung, wenn von dem, wovon das Herz voll ist, mein Tintenfaß überläuft.

Adressat ungenannt.

Frankfurt a. M., 2. April 1858.

Ich bin mit Ihnen darüber einverstanden, daß unsere Stellung im Zollverein verpfuscht ist; ich gehe noch weiter, indem ich fest überzeugt bin, daß wir den ganzen Zollverein kündigen müssen, sobald der Termin dazu gekommen ist. Die Gründe dieser Ueberzeugung sind zu weitschichtig, um sie hier zu entwickeln, und zu eng zusammenhängend, um sie einzeln zu nennen. Wir müssen kündigen auf die Gefahr hin, mit Dessau und Sondershausen allein zu bleiben. Es ist aber nicht zu wünschen, daß letzteres der Fall werde, oder doch, daß es lange dauere. Deshalb müssen wir in der noch laufenden Periode den anderen

Staaten den Zollverein angenehm, wenn es sein kann, zum unentbehrlichen Bedürfniß machen, damit sie nach der Kündigung den Anschluß auf unsere Bedingungen suchen. Ein Theil dieses Systems ist, daß man sie höhere Nettorevenüen ziehen läßt, als sie selbst durch Grenzzölle ohne Preußen sich würden verschaffen können. Ein anderer Theil ist der, daß man ihnen nicht die Fortdauer eines Zollvereins mit Preußen als sachlich unmöglich erscheinen läßt; das wird aber, wenn neben den 28 Regierungen noch einige 50 ständische Körperschaften, geleitet von sehr particulären Interessen, ein liberum veto ausüben. Fangen die preußischen Kammern damit an, so wird schon der Gleichheitsschwindel der deutschen Regierungen nicht zugeben, daß die übrigen zurückstehen: sie werden sich auch wichtig machen wollen.

Ich glaube, daß wir in einem nach 1865 von Preußen umzubildenden Zollverein, um diesen Klippen zu entgehen, für die Ausübung des ständischen Zustimmungsrechtes in Zollvereinssachen den Unionsprojecten von 1849 eine Einrichtung entnehmen, eine Art Zollparlament einrichten müssen, mit Bestimmung für itio in partes, wenn die Andern es verlangen. Die Regierungen werden schwer daran gehen; aber wenn wir dreist und consequent wären, könnten wir viel durchsetzen. Die in Ihrem Briefe ausgesprochene Idee, die preußischen Kammern, vermöge der Vertretung aller deutschen Steuerzahler durch sie, zur Grundlage hegemonischer Bestrebungen zu machen, steht auf demselben Felde. Kammern und Presse könnten das mächtigste Hülfsmittel unserer auswärtigen Politik werden. In dem vorliegenden Falle, welches auch das Ergebniß der Abstimmung sein mag, müßte jedenfalls die Zollvereinspolitik, der Schaden des Vereins für Preußen, die Nothwendigkeit für uns, ihn zu kündigen, auf das eingehendste und schärfste erörtert werden, damit die Erkenntniß darüber

sich Bahn bricht; Ihr Brief sollte als Artikel in der Kreuzzeitung stehen, anstatt hier auf meinem Tisch zu liegen. Kammern und Presse müßten die deutsche Zollpolitik breit und rückhaltslos aus dem preußischen Standpunkte discutiren; dann würde sich ihnen die ermattete Aufmerksamkeit Deutschlands wieder zuwenden, und unser Landtag für Preußen eine Macht in Deutschland werden. Ich wünschte den Zollverein und den Bund, nebst Preußens Stellung zu beiden in unsern Kammern dem Sezirmesser der schärfsten Kritik unterzogen zu sehen; davon kann der König, seine Minister und deren Politik, wenn sie ihr Handwerk verstehen, nur Vortheil haben. Aber ich wünschte doch als Resultat einer solchen Discussion, die Vorlage mit geringer Majorität angenommen zu sehen. Denn es handelt sich im nächsten Augenblick für den Zollverein mehr darum, deutsche Regierungen an die Fleischtöpfe desselben zu fesseln, als Sympathien ihrer Unterthanen zu gewinnen. Die letzteren sind machtlos, und in Betreff ihrer erreicht eine kräftige, sachverständige und ehrliebende Debatte dasselbe, wie die Zufälligkeit eines Abstimmungsresultates. . . .



Als der Prinz-Regent von Preußen im Herbst 1858 die Stellvertretung seines erkrankten Bruders mit eigener Verantwortlichkeit übernommen hatte, entließ er das Ministerium Manteuffel und berief ein liberales Ministerium mit dem Fürst Anton von Hohenzollern an der Spitze.

An seine Schwester.

Frankfurt, 12. November 1858.

Dein Brief war mir eine unverhoffte Freude; in der Adresse sah er ganz wie einer von Johanna aus, und ich wunderte mich, wie die nach der Uckermark gekommen wäre. Ich bin nicht eher zum Antworten gekommen, theils Geschäfte, Erkältung, Jagd, nahmen meine Zeit in Anspruch, theils wußte ich selbst nicht, was ich Dir über die neue Erscheinung am politischen Himmel schreiben sollte, was ich nicht auch über den Kometen hätte sagen können. Eine interessante Erscheinung, deren Eintritt mir unerwartet, deren Zweck und Beschaffenheit mir noch unbekannt ist. Doch die Laufbahn des Kometen berechneten unsere Astronomen ziemlich genau, und das dürfte ihnen in Betreff des neuen politischen Siebengestirnes schwer werden. Johanna ist heut früh mit den Kindern hier eingetroffen, Gott sei Dank gesund, aber nicht heiter. Sie ist niedergedrückt von allen politischen Aengsten, die man ihr in Pommern und Berlin eingeflößt hat, und ich bemühe mich vergebens, ihr die gebührende Heiterkeit einzuflößen. Es ist der natürliche Verdruß der Hausfrau auch dabei im Spiel, wenn es zweifelhaft wird, ob man in einem eben mit Mühe und Kosten neu eingerichteten Hause bleiben wird. Sie kam mit dem Glauben hier an, daß ich den Abschied sofort nehmen würde. Ich weiß nicht, ob man ihn mir nicht unaufgefordert giebt, oder mich so versetzt, daß ich ihn anstandshalber nehmen muß. Bevor ich es aber freiwillig thue, will ich doch erst abwarten, daß das Ministerium Farbe zeigt.

Wenn die Herren die Fühlung der conservativen Partei beibehalten, sich aufrichtig um Verständigung und Frieden im Innern bemühen, so können sie in unseren auswärtigen Verhältnissen einen unzweifelhaften Vorzug

haben, und das ist mir viel werth; denn wir „waren heruntergekommen und wußten doch selber nicht wie". Das fühlte ich hier am empfindlichsten. Ich denke mir, daß man den Fürsten gerade deshalb an die Spitze gestellt hat, um eine Garantie gegen eine Parteiregierung und gegen Rutschen nach links zu haben. Irre ich mich darin, oder will man über mich lediglich aus Gefälligkeit für Stellenjäger disponiren, so werde ich mich unter die Kanonen von Schönhausen zurückziehen und zusehen, wie man in Preußen auf linke Majoritäten gestützt regiert, mich auch im Herrenhause bestreben, meine Schuldigkeit zu thun. Abwechselung ist die Seele des Lebens und hoffentlich werde ich mich um 10 Jahr verjüngt fühlen, wenn ich mich wieder in derselben Gefechtsposition befinde, wie 48—49. Wenn ich die Rollen des Gentleman und des Diplomaten nicht mehr mit einander verträglich finde, so wird mich das Vergnügen, oder die Last ein hohes Gehalt mit Anstand zu depensiren, keine Minute in der Wahl beirren. Zu leben habe ich nach meinen Bedürfnissen, und wenn mir Gott Frau und Kinder gesund erhält, wie bisher, so sage ich: „vogue la galère", in welchem Fahrwasser es auch sein mag. Nach 30 Jahren wird es mir wohl gleichgültig sein, ob ich jetzt Diplomat oder Landjunker spiele, und bisher hat die Aussicht auf frischen, ehrlichen Kampf, ohne durch irgend eine amtliche Fessel genirt zu sein, gewissermaßen in politischen Schwimmhosen, fast ebensoviel Reiz für mich, als die Aussicht auf ein fortgesetztes Regime von Trüffeln, Depeschen und Großkreuzen. Nach Neune ist alles vorbei, sagt der Schauspieler. Mehr als diese meine persönlichen Empfindungen kann ich Dir bisher nicht melden, das Räthsel steht auch mir noch ungelöst gegenüber. Eine besondere Freude habe ich einstweilen am Bunde; alle die Herren, die noch vor sechs Monaten meine Abberufung als Er-

forderniß der deutschen Einheit verlangten, zittern jetzt bei dem Gedanken, mich hier zu verlieren." * * winkt als Schreckbild 48er Reminiscenz, und sie sind wie ein Taubenschlag, der den Marder merkt, so verängstigt von Demokratie, Barrikaden, Parlament und * *. — * * sinkt mir gerührt in die Arme und sagt mit krampfhaftem Händedruck: „wir werden wieder auf ein Feld gedrängt werden." Der Franzose natürlich, aber selbst der Engländer sieht uns für Brandstifter an, und der Russe fürchtet, daß der Kaiser an unserm Beispiel in seinen Reformplänen irre werden würde. Ich sage allen natürlich: „Nur ruhig Blut, die Sache wird sich schon machen," und habe ich die Genugthuung, daß sie antworten: „Ja, wenn Sie hier blieben, da hätten wir eine Garantie, aber * * !" Wenn dem nicht die Ohren in diesen Tagen frankfurtisch klingen, so hat er kein Trommelfell. Er ist hier in acht Tagen aus einem achtbaren liberal Conservativen in der Einbildung seiner eventuellen Collegen zu einem brandroth getigerten Helfershelfer von Kinkel und d'Ester degradirt. Der Bamberger Diplomat spricht von einer continentalen Assecuranz gegen preußische Brandstiftung. Dreikaiserbündniß gegen uns und neues Olmütz mit „thatsächlichen Operationen". Kurz, es fängt an, weniger langweilig in der politischen Welt zu werden. Meine Kinder rufen: „Pietsch kommt"; in der Freude, daß ich einen Schönhauser Diener dieses Namens habe, und es scheint, daß die Ankunft dieses Pietsch und des Cometen in der That nicht ohne Vorbedeutung war. Lebe wohl, mein sehr Geliebtes, und grüße Oskar; er soll nur die Ohren nicht hängen lassen, es ist doch alles Kaff.

An dieselbe.

Frankfurt, 10. Dezember 1858.

Johanna wird Dir geschrieben haben, wie wir Kinderkrankheiten durchmachten, und mir steckt seit Wochen Erkältung und Magenkatarrh im Leibe; ich weiß nicht, ob viel oder wenig schlafen, Diät oder Unmäßigkeit, Stubensitzen oder Jagd mir helfen oder schaden; ich wechsele mit alledem aus Gesundheitsrücksichten ab. Ueber meine Versetzung oder Entlassung ist wieder alles still; eine Zeit lang schien mir Petersburg ziemlich sicher, und ich hatte mich mit dem Gedanken so vertraut gemacht, daß ich eigentlich Enttäuschung fühlte, als es hieß, daß ich hier bleiben würde. Es wird hier wohl schlechtes Wetter, politisches, geben, welches ich recht gern im Bärenpelz bei Caviar und Elennjagd abwarte. — Unser neues Cabinet wird vom Auslande noch immer mit Mißtrauen betrachtet, nur Oesterreich wirft ihm mit schlauer Berechnung den Köder seines Lobes hin, während ** unter der Hand vor uns warnt, dasselbe thun gewiß seine Collegen an allen Höfen. Die Katze läßt das Mausen nicht. Endlich werden die Minister doch Farbe zeigen müssen; das Schimpfen auf die Kreuzzeitung thut's auf die Dauer nicht. Ich werde im Winter schwerlich nach Berlin kommen, sehr schön wäre es, wenn Ihr uns hier besuchen wolltet, ehe ich an der Newa „kalt gestellt" werde. —



Herr von Schleinitz nahm Herrn von Bismarck wegen seiner Sympathien für Frankreich und Italien von Frankfurt fort und versetzte ihn nach Petersburg. Im Januar 1859 erhielt Herr von Bismarck diese Ernennung.

An seine Gemahlin.

Petersburg, 1859.

Bis halb 4 habe ich heut früh geschrieben, da ging die Sonne auf und ich zu Bett, und heut wieder vor 9 bis jetzt in der Tinte; in 1/2 Stunde geht's Schiff; ** segelt hinter mir. Ich habe 3 Tage hintereinander nach Zarskoe-Selo müssen, kostet immer den ganzen Tag; beim Kaiser aß ich neulich in den Kleidern von vier verschiedenen Leuten, weil ich nicht auf Frack gefaßt war, ich sah sehr sonderbar aus. Man ist hier sehr gut für mich, in Berlin aber intriguirt Oesterreich und alle lieben Bundesgenossen, um mich hier wegzubringen, und ich bin doch so artig. Wie Gott will, ich wohne eben so gern auf dem Lande.

An den preußischen Minister des Auswärtigen, Freiherrn v. Schleinitz.

Petersburg, 12. Mai 1859.

Aus den acht Jahren meiner Frankfurter Amtsführung habe ich als Ergebniß meiner Erfahrungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden, ohne uns dafür dieselben Aequivalente zu gewähren, welche Oesterreich, bei einem ungleich größeren Maaße eigener freier Bewegung, aus ihnen zieht. Beide Großmächte werden von den Fürsten und Regierungen der kleineren Staaten nicht mit gleichem Maaße gemessen. Die Auslegung des Zweckes und der Gesetze des Bundes modificirt sich nach den Bedürfnissen der österreichischen Politik. Ich darf mich Ew. 2c.

Sachkenntniß gegenüber der Beweisführung durch detaillirtes Eingehen auf die Geschichte der Bundespolitik seit 1850 enthalten und beschränke mich auf die Nennung der Rubriken von der Wiederherstellung des Bundestages, der deutschen Flottenfrage, der Zollstreitigkeiten, der Handels-, Preß- und Verfassungsgesetzgebung, der Bundesfestungen Rastatt und Mainz, der Neuenburger und der orientalischen Frage. Stets haben wir uns derselben compacten Majorität, demselben Anspruch auf Preußens Nachgiebigkeit gegenüber befunden. In der orientalischen Frage erwies sich die Schwerkraft Oesterreichs der unserigen so überlegen, daß selbst die Uebereinstimmung der Wünsche und Neigungen der Bundesregierungen mit den Bestrebungen Preußens ihr nur einen weichenden Damm entgegenzusetzen vermochte. Fast ausnahmslos haben uns damals unsere Bundesgenossen zu verstehen gegeben oder selbst offen erklärt, daß sie außer Stande wären, uns den Bund zu halten, wenn Oesterreich seinen eigenen Weg gehe, obschon es unzweifelhaft ist, daß das Bundesrecht und die wahren deutschen Interessen unserer friedlichen Politik zur Seite ständen; dies war wenigstens damals die Ansicht fast aller Bundesfürsten. Würden diese den Bedürfnissen oder selbst der Sicherheit Preußens jemals in ähnlicher Weise die eigenen Neigungen und Interessen zum Opfer bringen? Gewiß nicht, denn ihre Anhänglichkeit an Oesterreich beruht überwiegend auf falschen Interessen, welche beiden das Zusammenhalten gegen Preußen, das Niederhalten jeder Fortentwickelung des Einflusses und der Macht Preußens als dauernde Grundlage ihrer gemeinschaftlichen Politik vorschreiben. Ausbildung des Bundesverhältnisses mit österreichischer Spitze ist das natürliche Ziel der Politik der deutschen Fürsten und ihrer Minister; sie kann in ihrem Sinne nur auf Kosten Preußens erfolgen und ist nothwendig nur gegen Preußen ge-

richtet, so lange Preußen sich nicht auf die nützliche Aufgabe beschränken will, für seine gleichberechtigten Bundesgenossen die Assecuranz gegen zu weitgehendes Uebergewicht Oesterreichs zu leisten und das Mißverhältniß seiner Pflichten zu seinen Rechten im Bunde, ergeben in die Wünsche der Majorität, mit nie ermüdender Gefälligkeit zu tragen. Diese Tendenz der mittelstaatlichen Politik wird mit der Stetigkeit der Magnetnadel nach jeder vorübergehenden Schwankung wieder hervortreten, weil sie kein willkürliches Product einzelner Umstände oder Personen darstellt, sondern ein natürliches und nothwendiges Ergebniß der Bundesverhältnisse für die kleineren Staaten bildet. Wir haben kein Mittel, uns mit ihr innerhalb der gegebenen Bundesverträge dauernd und befriedigend abzufinden.

Seitdem unsere Bundesgenossen vor neun Jahren unter der Leitung Oesterreichs begonnen haben, aus dem bis dahin unbeachteten Arsenal der Bundesgrundgesetze die Principien ans Tageslicht zu fördern, welche ihrem Systeme Vorschub leisten können, seitdem die Bestimmungen, welche nur eine Deutung im Sinne ihrer Stifter haben konnten, soweit sie von dem Einverständnisse Preußens und Oesterreichs getragen werden, einseitig zur Bevormundung preußischer Politik auszubeuten versucht wurden, haben wir unausgesetzt das Drückende der Lage empfinden müssen, in welche wir durch die Bundesverhältnisse und ihre schließliche historische Entwickelung versetzt worden sind. Wir mußten uns aber sagen, daß in ruhigen und regelmäßigen Zeiten wir das Uebel durch geschickte Behandlung wohl in seinen Folgen abzuschwächen, aber nichts zu seiner Heilung zu thun vermochten; in gefahrvollen Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es zu natürlich, daß die andere Seite, welche sich im Besitz aller Vortheile der Bundeseinrichtungen befindet, gern zugiebt, daß manches

Ungehörige geschehen sei, aber im „allgemeinen Interesse" den Zeitpunkt für durchaus ungeeignet erklärt, um vergangene Dinge und „innere" Streitigkeiten zur Sprache zu bringen. Für uns aber kehrt eine Gelegenheit, wenn wir die jetzige unbenutzt lassen, vielleicht nicht so bald wieder, und wir sind später von neuem auf die Resignation beschränkt, daß sich in regelmäßigen Zeiten nichts an der Sache ändern läßt.

Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent haben eine Haltung angenommen, welche den ungetheilten Beifall aller derer hat, denen ein Urtheil über preußische Politik beiwohnen kann und die sich dasselbe nicht durch Parteileidenschaften getrübt haben. In dieser Haltung sucht ein Theil unserer Bundesgenossen durch unbesonnene und fanatische Bestrebungen uns irre zu machen. Wenn die Staatsmänner von Bamberg so leichtfertig bereit sind, dem ersten Anstoß des Kriegsgeschreies der urtheilslosen und veränderlichen Tagesmeinung zu folgen, so geschieht das vielleicht nicht ganz ohne tröstende Hintergedanken an die Leichtigkeit, mit der ein kleiner Staat im Fall der Noth die Farbe wechseln kann. Wenn sie sich dabei aber der Bundeseinrichtungen bedienen wollen, um eine Macht wie Preußen ins Feuer zu schicken; wenn uns zugemuthet wird, Gut und Blut für die politische Weisheit und den Thatendurst von Regierungen einzusetzen, denen unser Schutz unentbehrlich zum Existiren ist; wenn diese Staaten uns den leitenden Impuls geben wollen, und wenn sie als Mittel dazu bundesrechtliche Theorien in Aussicht nehmen, mit deren Anerkennung alle Autonomie preußischer Politik aufhören würde — dann dürfte es meines Erachtens an der Zeit sein, uns zu erinnern, daß die Führer, welche uns zumuthen, ihnen zu folgen, anderen Interessen dienen, als preußischen, und daß sie die Sache Deutschlands, welche sie im Munde führen, so verstehen, daß sie nicht zugleich

die Sache Preußens sein kann, wenn wir uns nicht aufgeben wollen.

Ich gehe vielleicht zu weit, wenn ich die Ansicht äußere, daß wir jeden rechtmäßigen Anlaß, welchen unsere Bundesgenossen uns bieten, ergreifen sollten, um zu derjenigen Revision unserer gegenseitigen Beziehungen zu gelangen, deren Preußen bedarf, um in geregelten Beziehungen zu den kleineren deutschen Staaten dauernd leben zu können. Ich glaube, wir sollten den Handschuh bereitwillig aufnehmen und kein Unglück, sondern einen Fortschritt der Krisis zur Besserung darin sehen, wenn eine Majorität in Frankfurt einen Beschluß faßt, in welchem wir eine Ueberschreitung der Competenz, eine willkürliche Aenderung des Bundeszweckes, einen Bruch der Bundesverträge finden. Je unzweideutiger die Verletzung zu Tage tritt, desto besser. In Oesterreich, Frankreich, Rußland finden wir die Bedingungen nicht leicht wieder so günstig, um uns eine Verbesserung unserer Lage in Deutschland zu gestatten, und unsere Bundesgenossen sind auf dem besten Wege, uns vollkommen gerechten Anlaß dafür zu bieten, auch ohne daß wir ihrem Uebermuthe nachhelfen. Sogar die Kreuzzeitung wird, wie ich aus der Sonntagsnummer ersehe, stutzig bei dem Gedanken, daß eine Frankfurter Majorität ohne Weiteres über die preußische Armee disponiren könnte. Nicht blos an diesem Blatte habe ich bisher mit Besorgniß die Wahrnehmung gemacht, welche Alleinherrschaft sich Oesterreich in der deutschen Presse durch das geschickt angelegte Netz seiner Beeinflussung geschaffen hat, und wie es diese Waffe zu handhaben weiß. Ohne dieselbe wäre die sogenannte öffentliche Meinung schwerlich zu dieser Höhe montirt worden; ich sage die sogenannte, denn das wirkliche Gros der Bevölkerung ist niemals für den Krieg gestimmt, wenn nicht die thatsächlichen Leiden schwerer Bedrückung es

gereizt haben. Es ist so weit gekommen, daß kaum noch unter dem Mantel allgemeiner deutscher Gesinnung ein preußisches Blatt sich zu preußischem Patriotismus zu bekennen wagt. Die allgemeine Piepmeierei spielt dabei eine große Rolle, nicht minder die Zwanziger, die Oesterreich zu diesem Zwecke niemals fehlen. Die meisten Correspondenten schreiben für ihren Lebensunterhalt, die meisten Blätter haben die Rentabilität zu ihrem Hauptzweck, und an einigen unserer und anderer Blätter vermag ein erfahrener Leser leicht zu erkennen, ob sie eine Subvention Oesterreichs wiederum erhalten haben, sie bald erwarten, oder sie durch drohende Winke herbeiführen wollen.

Ich glaube, daß wir einen erheblichen Umschlag in die Stimmung bringen könnten, wenn wir gegen die Ueberhebungen unserer deutschen Bundesgenossen die Saite selbstständiger preußischer Politik in der Presse anschlügen. Vielleicht geschehen in Frankfurt Dinge, welche uns den vollsten Anlaß dazu bieten.

In diesen Eventualitäten kann sich die Weisheit unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln noch nach anderen Richtungen hin bethätigen und unserer Haltung Nachdruck geben. Dann wird das preußische Selbstgefühl einen ebenso lauten und vielleicht folgenreicheren Ton geben, als das bundestägliche. Das Wort „deutsch" für „preußisch" möchte ich gern erst dann auf unsere Fahne geschrieben sehen, wenn wir enger und zweckmäßiger mit unseren übrigen Landsleuten verbunden wären als bisher; es verliert von seinem Zauber, wenn man es schon jetzt, in Anwendung auf den bundestäglichen Nexus, abnützt.

Ich fürchte, daß Ew. . . . mir bei diesem brieflichen Streifzug in das Gebiet meiner früheren Thätigkeit ein ne sutor ultra crepidam im Geiste zurufen, aber ich habe auch nicht gemeint, einen amtlichen Vortrag zu halten,

sondern nur das Zeugniß eines Sachverständigen wider den Bund ablegen wollen. Ich sehe in unserem Bundesverhältniß ein Gebrechen Preußens, welches wir früher oder später ferro et igni werden heilen müssen, wenn wir nicht bei Zeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen. Wenn heute lediglich der Bund aufgehoben würde, ohne daß man etwas Anderes an seine Stelle setzte, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden, als die bisherigen.



Der italienische Staatsmann Cavour hatte im Juli 1858 mit Napoleon die berühmte Zusammenkunft im Badeorte Plombières, wo die Pläne hinsichtlich Italiens festgestellt wurden. In der Presse der beiden Staaten wurde viel von der „Berechtigung der Nationalitäten“ und von der „Revision der Verträge“ gesprochen. Oesterreich verstand diese Sprache und rüstete sich zum Krieg. Seine Truppen gingen am 29. April über den Ticino und damit war der Krieg eröffnet. In Petersburg sah man es als eine Strafe für die Treulosigkeit Oesterreichs an, wenn es jetzt dem französisch-sardinischen Bündniß allein gegenüberstand, und besorgte nur, daß Preußen sich zu einer bewaffneten Hilfsleistung für Oesterreich fortreißen lassen könnte. Diese Besorgniß wurde von dem preußischen Gesandten in Petersburg getheilt, wenn auch aus anderen Gründen.

Die Stunde der Befreiung Deutschlands schien gekommen, aber die Kurzsichtigkeit der öffentlichen Meinung und der Irrthum einzelner Politiker wollten, daß Preußen für Oesterreich kämpfe.

Preußen kam nicht dazu. Nach Ausbruch des Krieges erließ der Prinz-Regent den Befehl zur Mobilisirung der Armee und beantragte am 25. Juni die Mobilmachung der zwei süddeutschen Armeecorps, am 4. Juli auch die der sächsischen und hannöverschen Corps, verlangte aber für Preußen den Oberbefehl über

die ganze deutsche Streitmacht und die unbeschränkte Verfügung über dieselbe. Während hierüber vom Bund verhandelt wurde und Oesterreich den Gegenantrag stellte, wonach zwar der Oberbefehl dem Prinzen von Preußen übertragen werden, dieser aber denselben nicht in selbständiger Weise, sondern als ein von den Instructionen und Befehlen des Bundestages, in welchem Oesterreich das Wort führte, somit als ein von Oesterreich abhängiger General führen sollte, wurden am 11. Juli in Villafranca die Friedenspräliminarien abgeschlossen. So heftig war die Eifersucht Oesterreichs auf Preußen, daß es lieber die Lombardei abtreten, als Preußen die selbständige Führung der Bundesarmee überlassen wollte.



An einen preußischen Diplomaten.

Petersburg, 1. Juli 1859.

Ich danke Ihnen für Ihren Brief und hoffe, daß Sie diesen ersten nicht den letzten sein lassen; in meiner Theilnahme nehmen die Frankfurter Verhältnisse noch immer, nächst dem Drange der Gegenwart, die erste Stelle ein, und ich bin erkenntlich für jede Nachricht von dort. Unsere Politik finde ich bis jetzt correct; aber ich blicke doch mit Sorge in die Zukunft; wir haben zu früh und zu stark gerüstet und die Schwere der Last, die wir uns aufgebürdet, zieht uns die schiefe Ebene hinab. Man wird zuletzt losschlagen, um die Landwehr zu beschäftigen, weil man sich genirt, sie einfach wieder nach Hause zu schicken. Wir werden dann nicht einmal Oesterreichs Reserve, sondern wir opfern uns geradeswegs für Oesterreich, wir nehmen ihm den Krieg ab. Mit dem ersten Schuß am Rhein wird der deutsche Krieg die Hauptsache, weil er Paris bedroht. Oesterreich bekommt Luft, und wird es seine Freiheit benutzen, um uns zu einer glänzenden Rolle

zu verhelfen? wird es nicht vielmehr dahin streben, uns das Maß und die Richtung unserer Erfolge so zuzuschneiden, wie es dem specifisch-österreichischen Interesse entspricht? und wenn es uns schlecht geht, so werden die Bundesstaaten von uns abfallen, wie welke Pflaumen im Winde, und jeder, dessen Residenz französische Einquartirung bekommt, wird sich landesväterlich auf das Floß eines neuen Rheinbundes retten. Vielleicht gelingt es, eine gemeinschaftliche Haltung der drei neutralen Großmächte zu combiniren; wir sind nur schon zu kostspielig gerüstet, um ebenso geduldig wie England und Rußland des Erfolges warten zu können, und unsere Vermittelung wird schwerlich die Cirkelquadratur einer für Frankreich und Oesterreich annehmlichen Friedensbasis zu Tage fördern können. In Wien ist die Stimmung angeblich sehr bitter gegen die eigene Regierung und soll schon demonstrativ bis zum Auspfeifen der Nationalhymne geworden sein. Bei uns ist die Begeisterung für den Krieg anscheinend auch nur mäßig, und es wird schwer sein, dem Volke zu beweisen, daß der Krieg und seine Uebel unvermeidliche Nothwendigkeit ist. Der Beweis ist zu künstlich für das Verständniß des Landwehrmannes.

An seine Gemahlin.

Petersburg, 2. Juli 1859.

Vor einer halben Stunde hat mich ein Courier mit Krieg und Frieden geweckt. — Unsere Politik gleitet mehr und mehr in das österreichische Kielwasser hinein, und haben wir erst einen Schuß am Rhein abgefeuert, so ist es mit dem italienisch-österreichischen Kriege vorbei und statt dessen tritt ein preußisch-französischer auf die Bühne,

in welchem Oesterreich, nachdem wir die Last von seinen Schultern genommen haben, uns so viel beisteht oder nicht beisteht, als seine eigenen Interessen es mit sich bringen. Daß wir eine sehr glänzende Siegerrolle spielen, wird es gewiß nicht zugeben.

Wie Gott will! Es ist hier Alles doch nur eine Zeitfrage, Völker und Menschen, Thorheit und Weisheit, Krieg und Frieden, sie kommen und gehen wie Wasserwogen, und das Meer bleibt. Es ist ja nichts auf dieser Erde, als Heuchelei und Gaukelei, und ob nun das Fieber oder die Kartätsche diese Maske vom Fleisch abreißt, fallen muß sie doch über kurz oder lang, und dann wird zwischen einem Preußen und einem Oesterreicher, wenn sie gleich groß sind, doch eine Aehnlichkeit eintreten, die das Unterscheiden schwierig macht; auch die Dummen und die Klugen sehen, reinlich skelettirt, ziemlich einer wie der andere aus; den specifischen Patriotismus wird man allerdings mit dieser Betrachtung los, aber es wäre auch jetzt zum Verzweifeln, wenn wir auf den mit unserer Seligkeit angewiesen wären.

An einen preußischen Diplomaten.

Hohendorf, 3. Februar 1860.

. . . Ich höre immer noch mit Vergnügen und mit einem Anflug von Heimweh alle Nachrichten über Frankfurter Zustände und Personen, und beim Zeitungslesen befällt mich oft der Trieb, kampflustig in die Sitzungen zu eilen. Der Zug mit der Kriegsverfassung war vortrefflich, nur weiter so offen und dreist mit unseren Ansprüchen herausgetreten, sie sind zu berechtigt, um nicht schließlich, wenn auch langsam, sich Anerkennung zu verschaffen, und die von des Rheinbunds und der Bundesacte Gnaden

souveränen Kleinstaaten können ihren Particularismus auf die Dauer gegen den Strom der Zeit nicht halten. Es kann, wie meine Genesung, Stillstand und Rückschritt gelegentlich durchmachen, aber im Ganzen rückt es vorwärts, sobald wir muthig wollen und uns unseres Wollens nicht mehr schämen, sondern im Bunde, in der Presse und vor Allem in unseren Kammern offen darlegen, was wir in Deutschland vorstellen wollen und was der Bund bisher für Preußen gewesen ist: ein Alp und eine Schlinge um unseren Hals mit dem Ende in feindlichen Händen, die nur auf Gelegenheit zum Zuschnüren warten . . . Doch genug Politik.

Ich hoffe bald reisefertig zu sein, bin's vielleicht schon, meine Frau und die Aerzte drängen mich nach Süden, Heidelberg oder Schweiz; ich dränge nach Petersburg, um endlich im eigenen Hause in Ruhe zu wohnen . . .

An seine Gemahlin.

Petersburg, 16. Juni 1860.

. . . Uns geht es vor der Hand ziemlich gut, und mir besonders besser als in Deutschland, unberufen! Die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens thun das ihre. 24 Grad im Schatten, aber immer kühle Nächte. Die Geschäfte gehen, Dank einem so liebenswürdigen Minister wie Gortschakoff, ohne Aerger, kurz cela va bien, pourvu que cela dure. Unsere Beziehungen mit hier sind ausgezeichnet, was auch die Zeitungen fabeln mögen.

Die Augsburger & Co. haben noch immer Angst, ich möchte Minister werden, und meinen dies durch Schimpfen über mich und meine französisch-russischen Gesinnungen zu hintertreiben. Viel Ehre, von den Feinden Preußens ge-

fürchtet zu werden. Uebrigens sind meine politischen Liebhabereien im Frühjahr bei Hof und Minister so genau gesiebt worden, daß man klar weiß, was daran ist, und wie ich gerade im nationalen Aufschwung Abwehr und Kraft zu finden glaubte. Wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer. . . 's Lügenfabrik könnte mich viel wirksamer auf anderen Gebieten angreifen, als auf dem des Bonapartismus, wenn sie an unserem Hofe, wie bei den Augsburgern, Eindruck machen will . . .



Adressat ungenannt.

Petersburg, 22. August 1860.

. . . Der heimischen Politik bin ich ganz entrückt, da ich außer Zeitungen fast nur amtliche Nachrichten erhalte, die den Untergrund der Dinge nicht bloßlegen. Nach ihnen haben wir in Teplitz nichts Definitives versprochen, sondern unsere Leistungen für Oesterreich davon abhängig gemacht, daß letzteres sein Wohlwollen für uns auf dem Gebiet deutscher Politik zunächst praktisch bewähre; nachdem dies geschehen, werde es auf unsere Dankbarkeit rechnen können. Damit wäre ich sehr zufrieden; eine Hand wäscht die andere, und sehen wir die Wiener Seife nur erst schäumen, so werden wir gerne die Wäsche erwidern. Indirecte Nachrichten, die von anderen Höfen hierher gelangen, lauten allerdings anders. Wenn sie richtig sind, so hätten wir zwar keinen schriftlichen Garantievertrag geschlossen, uns aber doch vermöge mündlichen Wortes gebunden, Oesterreich unter allen Umständen dann beizustehen, wenn es von Frankreich in Italien angegriffen werde; sehe Oesterreich sich zum Angriff genöthigt, so sei unsere Einwilligung erforderlich, wenn unser Beistand er-

wartet werden soll. Die Version klingt unverfänglicher, als sie in der That sein würde. Hat Oesterreich die Sicherheit, daß wir für Venedig eintreten werden, so wird es den Angriff Frankreichs zu provociren wissen, wie denn schon jetzt behauptet wird, daß Oesterreich seit Teplitz in Italien dreist und herausfordernd auftrete. Seit der Garibaldischen Expedition geht die Wiener Politik dahin, es in Italien so schlimm wie möglich werden zu lassen, damit dann, wenn Napoleon selbst nöthig finden werde, sich gegen die italienische Revolution zu wehren, allseitig eingeschritten und der frühere Zustand annähernd hergestellt werde. Diese Rechnung mit und auf Napoleon kann sehr trügen; wie es scheint, hat man sie deshalb seit Teplitz aufgegeben und hofft auch gegen Napoleon zum Ziel zu gelangen. Die unruhige, gereizte Leidenschaftlichkeit der österreichischen Politik bringt auf beiden Wegen den Frieden in Gefahr. — Was wird die Kammer zu Teplitz, was zur Armeereorganisation sagen! In letzterer werden natürlich alle Vernünftigen zur Regierung stehen. Der Eindruck der auswärtigen Politik wird sich aber erst berechnen lassen, wenn man genauer weiß, was Teplitz bedeutet. Ein wohlunterrichteter, aber ziemlich bonapartistischer Correspondent schreibt mir aus Berlin: „Wir sind in Teplitz mit Wiener Gemüthlichkeit glänzend über den Löffel barbiert, für nichts, nicht einmal ein Linsengericht, verkauft. Gott gebe, daß er irrt!" — Bei Gelegenheit von Bonapartisten fällt mir ein, daß gelegentliche Andeutungen hierher gelangen, als würde von der Presse — Nationalzeitung, Magdeburger, Ostpreußische Zeitung und dergleichen — ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumuthungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondirung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Borries sein und dergleichen. Ich zahle demjenigen

1000 Friedrichsd'or baar, der mir nachweisen kann, daß dergleichen russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntniß gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes nie etwas anderes gerathen, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Theil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift. Als Quelle dieser Angriffe wird mir der Coburger Hof und ein Literat bezeichnet, der persönliche Rancune gegen mich hat. Wenn ich ein österreichischer Staatsmann oder ein deutscher Fürst und österreichischer Reactionär, wie der Herzog von Meiningen wäre, so würde unsere Kreuzzeitung mich so gut in Schutz genommen haben, wie letzteren; die Lügenhaftigkeit jener Verdächtigungen ist keinem unserer politischen Freunde unbekannt. Da ich aber nur ein alter Parteigenosse bin, der obenein das Unglück hat, über manche ihm genau bekannte Dinge eigene Ansichten zu haben, so läßt man mich nach Herzenslust begeifern, und ich erfahre von der ganzen Sache hauptsächlich durch die officiöse Vertheidigung der Elberfelder Zeitung, die man mir einsendet. Es geht nichts über Ketzerrichter im eigenen Lager, und unter Freunden, die lange aus einem Topfe gegessen haben, ist man ungerechter, als gegen Feinde. Mir ist's recht, man soll sich nicht auf Menschen verlassen, und ich bin dankbar für jeden Zug, der mich nach innen zieht! —



Im Sommer 1861 hatte Bismarck in Baden-Baden eine Unterredung mit dem König. Beauftragt, seine Gedanken über die Aufgaben der preußischen Politik zu Papier zu bringen,

überreichte er bald darauf dem König eine Denkschrift, über deren Inhalt nichts Authentisches vorliegt. Es wird vermuthet, daß der Brief, welchen Bismarck am 18. September 1861 von Stolpmünde aus über die richtige Politik der conservativen Partei und über die deutsche Frage schrieb, den Inhalt jener Denkschrift in seinen wesentlichen Zügen wiedergab. Man hatte ihm das conservative Programm des „preußischen Volksvereins" zugeschickt, das aus dem Stil der negativen Fassung nicht hinauskam und die Solidarität der conservativen Interessen aller Länder einseitig betonte.

Adressat ungenannt.

Stolpmünde, 18. September 1861.

In Betreff des conservativen Programms unterschreibe ich Ihre Ausstellungen vollständig. Die durchgehends negative Fassung der aufgestellten Sätze hätte von Hause aus vermieden werden sollen. Mit der bloßen matten Defensive kann eine politische Partei nicht bestehen, viel weniger erobern, Terrain und Anhänger. — Den Schmutz der deutschen Republik behauptet jede Partei zu verabscheuen, und die für jetzt praktisch zur Frage kommenden Gegner sind auch ehrlich bemüht, ihn nicht zu wollen, namentlich den Schmutz nicht. Eine so weit über das Bedürfniß des Momentes hinausgreifende Redeform sagt entweder gar nichts, oder verhüllt, was man nicht sagen will. Ich selbst bin zweifelhaft, ob der Verfasser des Programms nicht in der That auf dem reinen Würzburger Standpunkte steht. Wir haben unter unseren besten Freunden so viele Doctrinäre, welche von Preußen die ganz gleiche Verpflichtung zum Rechtsschutze in Betreff fremder Fürsten und Länder, wie in Betreff der eigenen Unterthanen verlangen. Dieses System der Solidarität der

conservativen Interessen aller Länder ist eine gefährliche Fiction, so lange nicht die vollste, ehrlichste Gegenseitigkeit in aller Herren Länder obwaltet. Isolirt von Preußen durchgeführt, wird es zur Donquixoterie, welche unseren König und seine Regierung nur abschwächt für die Durchführung der eigensten Aufgabe, den der Krone Preußen von Gott übertragenen Schutz Preußens gegen Unrecht, von außen oder von innen kommend, zu handhaben. Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältniß als Piedestal benutzen, von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schooßkind der conservativen Partei Preußens zu machen. Unsere Regierung ist ohnehin in Preußen liberal, im Auslande legitimistisch; wir schützen fremde Kronrechte mit mehr Beharrlichkeit als die eigenen, und begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanctionirten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, so lange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht, die nichts ist als ein Treib- und Conservirhaus gefährlicher und revolutionärer Particularbestrebungen. Ich hätte gewünscht, daß in dem Programm anstatt des vagen Ausfalles gegen die deutsche Republik offen ausgesprochen wäre, was wir in Deutschland geändert und hergestellt wünschen, sei es durch Anstrebung rechtlich zu Stande zu bringender Aenderungen der Bundesverfassung, sei es auf dem Wege kündbarer Associationen nach Analogie des Zollvereins und des Koburger Militärvertrages. Wir haben die doppelte Aufgabe, Zeugniß abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir die nothwendige Aenderung aber auf rechtmäßigem Wege offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen

Aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Consolidation der deutschen Wehrkraft so nöthig, wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachtheile zu schützen, die aus der unnatürlichen Configuration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. — Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es am Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Conservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen! Auf dem nationalen Gebiete wurden bisher sehr mäßige Concessionen immer noch als werthvoll anerkannt werden. Man könnte eine recht conservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten.

Der Lärm des Einpackens stört mich im Schreiben. Für den Fall, daß Sie noch Gelegenheit haben, mich bei unseren Freunden redend einzuführen, lege ich das Concept bei, welches ich Ihnen vorlas; aber mit der Bitte, den Wortlaut vor Oeffentlichkeit zu bewahren, da ich nicht weiß, ob es dem Könige genehm ist, daß dieser auf seinen Befehl flüchtig zu Papier gebrachte Inhalt einer Unterredung mit Sr. Majestät ruchbar wird, nachdem weitere Besprechungen, wie ich höre, daran geknüpft worden sind . . . .

Adressat ungenannt.

Berlin, 2. October 1861.

Ich bin in Koblenz und hier nach Kräften für deutsche Politik thätig gewesen, und für die augenblickliche Stimmung nicht ganz ohne Erfolg. Ich schrieb Ihnen etwa am 19. v. M. von Stolpmünde nach Ihrer hiesigen Wohnung und legte in den Brief das Concept des kleinen Aufsatzes, den ich in Baden dem Könige gegeben hatte. Ich soll diese Arbeit näher ausführen; ist daher der Brief mit der Einlage schließlich, wie ich hoffe, in Ihre Hände gelangt, so bitte ich Sie, mir die Einlage nach Reinfeld schicken zu wollen, damit ich sie dort weiter verarbeite. Ich habe wahres Heimweh nach meiner Wohnung am Englischen Quai, mit dem beruhigenden Blick auf das Newa-Eis. Am 13. wird man wohl in Königsberg eintreffen müssen . . .

An seine Schwester.

Petersburg, 17./5. Jan. 1862.

Du schreibst in Deinem Letzten von indiscreten Reden, die ** in Berlin geführt hat. Takt hat er nicht und wird er nie haben, für absichtlich feindlich gegen mich halte ich ihn nicht. Es passirt hier auch nichts, was nicht jeder wissen könnte. Wollte ich noch Carriere machen, so wäre es vielleicht gerade gut, wenn recht viel Nachtheiliges von mir gehört würde, dann käme ich wenigstens wieder nach Frankfurt, oder wenn ich 8 Jahre lang recht faul wäre und anspruchsvoll, das hilft. Für mich ist es damit zu spät, ich fahre deshalb fort, hausbacken meine Schuldigkeit zu thun. Ich bin seit meiner Krankheit geistig so matt geworden, daß mir die Spannkraft für beregte Ver-

hältnisse verloren gegangen ist. Vor drei Jahren hätte ich noch einen brauchbaren Minister abgegeben, jetzt komme ich mir in Gedanken daran vor wie ein kranker Kunstreiter. Einige Jahre muß ich noch im Dienst bleiben, wenn ich's erlebe. In drei Jahren wird Kniephof pachtlos, in vier Schönhausen; bis dahin weiß ich nicht recht, wo ich wohnen sollte, wenn ich den Abschied nähme. Das jetzige Revirement der Posten läßt mich kalt, ich habe eine abergläubische Furcht, einen Wunsch deshalb auszusprechen und ihn später erfahrungsmäßig zu bereuen. Ich würde ohne Kummer und ohne Freude nach Paris, London gehen, hierbleiben, wie es Gott und Sr. Majestät gefällt, der Kohl wird weder für unsere Politik, noch für mich fetter, wenn das eine oder das andere geschieht. Johanna wünscht sich nach Paris, weil sie glaubt, daß den Kindern das Klima besser wäre. Krankheiten kommen überall, Unglücksfälle auch, mit Gottes Beistand übersteht man sie oder beugt sich in Ergebung Seinem Willen, die Localität thut dabei nichts. ** gönne ich jeden Posten, er hat das Zeug dazu. Ich wäre undankbar gegen Gott und Menschen, wenn ich behaupten wollte, daß es mir hier schlecht ginge und für Aenderung bestrebt wäre; vor dem Ministerium habe ich geradezu Furcht, wie vor kaltem Bade. Ich gehe lieber auf jene vacanten Posten oder nach Frankfurt zurück, selbst nach Bern, wo ich recht gern lebte. Soll ich hier fort, so wäre es mir lieb, bald davon zu hören. Am 1./13. Februar muß ich mich erklären, ob ich mein Haus behalte, muß en cas que si Bauten und Reparaturen bedingen, auch wären theuere Pferde und andere Sachen zu verkaufen, was hier Monate erfordert und Tausende verlieren oder behalten macht. Ein Umzug im Winter ist kaum möglich. — Ich lese nach einigen Störungen den Brief über und finde, daß er einen hypochondrischen Eindruck macht; mit Unrecht, ich fühle mich weder

mißvergnügt, noch lebenssatt, und habe bei prüfendem Nachdenken keinen unbefriedigten Wunsch entdeckt, als den nach 10 Grad Kälte weniger und etwa fünfzig Visiten schon gemacht zu haben, die auf mir haften. Bescheidene Wünsche. Ich höre, daß man mich im Winter zum Landtag zu erwarten meint. Es fällt mir nicht ein, ohne strikten Befehl des Königs nach Berlin zu kommen, es sei denn im Sommer auf Urlaub. Johanna und die Kinder gehen, wie ich denke, in etwa vier Monaten nach Deutschland ab, ich folge, so Gott will, vier oder sechs Wochen später und kehre ebenso viel früher hierher zurück.



An seine Gemahlin.

Petersburg, 7. März 1862.

Von ** habe ich neulich einen Brief gehabt, er glaubt für hier bestimmt zu sein, würde aber lieber nach Paris gehen; mir stellt er London in Aussicht, und ich habe mich mit dem Gedanken ziemlich vertraut gemacht. Prinzliche Briefe sprachen von ** Rücktritt und meiner Nachfolge; ich glaube nicht, daß es die Absicht ist, würde aber ablehnen, wenn's wäre. Abgesehen von allen politischen Unzuträglichkeiten, fühle ich mich nicht wohl genug, für so viel Aufregung und Arbeit. Diese Rücksicht macht mich auch bedenklich, wenn man mir Paris anböte; London ist ruhiger. Wenn Klima und Kindergesundheit nicht wären, so bliebe ich zweifellos am liebsten hier. Bern ist auch eine fixe Idee von mir; langweilige Orte mit hübscher Gegend sind für alte Leute entsprechend; mir fehlt dort alle Jagd, da ich das Klettern nach Gemsen nicht liebe.

An dieselbe.

Berlin, 17. Mai 1862.

Unsere Zukunft ist noch ebenso unklar wie in Petersburg. Berlin steht mehr im Vordergrund; ich thue nichts dazu und nichts dagegen, trinke mir aber einen Rausch, wenn ich erst meine Beglaubigung nach Paris in der Tasche habe. Von London ist im Augenblick gar nicht die Rede, es kann sich aber wieder ändern. Heute weihe ich erst Brandenburg ein, fahre dann nach **, bei ** zu speisen. Aus den Ministerbesprechungen komme ich den ganzen Tag nicht los und finde die Herren nicht viel einiger untereinander, als ihre Vorgänger waren.

An dieselbe.

Berlin, 23. Mai 1862.

Aus den Zeitungen hast Du schon ersehen, daß ich nach Paris ernannt bin; ich bin sehr froh darüber, aber der Schatten bleibt im Hintergrund. Ich war schon so gut wie eingefangen für das Ministerium; ich reise, so schnell ich los komme, morgen oder übermorgen, nach Paris. Aber ich kann unsere „unbestimmten" Sachen noch nicht dahin dirigiren, denn ich muß gewärtigen, daß man mich in wenig Monaten oder Wochen wieder herberuft und hier behält. Ich komme vorher nicht zu Dir, weil ich erst in Paris Besitz ergreifen will, vielleicht entdecken sie einen andern Ministerpräsidenten, wenn ich ihnen erst aus den Augen bin. Ich gehe auch nicht nach Schönhausen, alles in Sorge, daß man mich noch wieder festhält. Gestern bin ich vier Stunden als Major umhergeritten, wobei ich meine Ernennung für Paris aus dem Sattel erhielt. Die Fuchsstute ist hier, und meine Freude

und Erholung im Thiergarten; ich nehme sie mit. Die Bären sind gestern nach Frankfurt abgereist. Ich habe alle Hände voll zu thun, um meine Abreise zu ermöglichen.

An dieselbe.

Berlin, 25. Mai 1862.

Ich denke morgen, spätestens Dienstag, nach Paris aufzubrechen; ob auf lange, das weiß Gott; vielleicht nur auf Monate oder Wochen. Sie sind hier alle verschworen für mein Hierbleiben, und ich will recht dankbar sein, wenn ich im Garten an der Seine erst einen Ruhepunkt gewonnen und einen Portier habe, der für einige Tage niemand zu mir läßt. Ich weiß noch nicht, ob ich unsere Sachen überhaupt nach Paris schicken kann, denn es ist möglich, daß ich schon wieder herberufen werde, ehe sie ankommen. Es ist mehr ein Fluchtversuch, den ich mache, als ein neuer Wohnsitz, an den ich ziehe. Ich habe sehr fest auftreten müssen, um nur einstweilen hier aus dem Gasthofswarteleben loszukommen. Ich bin zu allem bereit, was Gott schickt, und klage nur, daß ich von Euch getrennt bin, ohne den Termin des Wiedersehens berechnen zu können. Habe ich Aussicht, bis zum Winter in Paris zu bleiben, so denke ich, daß Du mir bald folgst, und wir richten uns ein, sei es auch auf kurze Zeit. Im Laufe des Juni wird es sich hier entscheiden müssen, ob ich wieder herkomme, vor Ende des Sommers Landtagssitzung, oder länger und lange genug, um Euch überzusiedeln, in Paris bleibe. Was ich kann, thue ich, daß Du nach P. kommst, wenn es auch für kurze Zeit und ohne Einrichtung wäre, damit Du es gesehen hast. Gestern war großes Militär-

diner, wo ich als Major figurirte, vorher Parade. Die Fuchsstute ist meine tägliche Freude im Thiergarten, aber für Militär nicht ruhig genug.

An dieselbe.

Paris, 31. Mai 1862.

Mein Bleiben hier ist noch nicht gesichert, ehe das Ministerium nicht für Hohenlohe einen andern Präsidenten hat, und ehe London nicht neu besetzt ist. Lebe wohl, grüße herzlich und schreibe.

An dieselbe.

Paris, 1. Juni 1862.

Heute wurde ich vom Kaiser empfangen und gab meine Briefe ab; er empfing mich freundlich, sieht wohl aus, ist etwas stärker geworden, aber keineswegs dick und gealtert, wie man zu cariciren pflegt. Die Kaiserin ist noch immer eine der schönsten Frauen, die ich kenne, trotz Petersburg; sie hat sich eher emballirt seit 5 Jahren. Das Ganze war amtlich und feierlich, Abholung im Hofwagen mit Ceremonienmeister, und nächstens werde ich wohl eine Privataudienz haben. Ich sehne mich nach Geschäften, denn ich weiß nicht, was ich anfangen soll. Ich esse einstweilen im Café. Wie lange es dauert, weiß Gott. In 8 bis 10 Tagen erhalte ich wahrscheinlich eine telegraphische Citation nach Berlin, und dann ist Spiel und Tanz vorbei. Wenn meine Gegner wüßten, welche Wohlthat sie mir persönlich durch ihren Sieg erweisen würden,

und wie aufrichtig ich ihn ihnen wünsche! ** thäte dann vielleicht aus Bosheit das Seinige, um mich nach Berlin zu bringen. Du kannst nicht mehr Abneigung gegen die Wilhelmstraße haben, als ich selbst, und wenn ich nicht überzeugt bin, daß es sein muß, so gehe ich nicht. Den König unter Krankheitsvorwänden im Stich zu lassen, halte ich für Feigheit und Untreue. Soll es nicht sein, so wird Gott die Suchenden schon noch einen Dummen auftreiben lassen, der sich zum Topfdeckel hergiebt; soll es sein, dann voran! wie unsere Kutscher sagten, wenn sie die Leine nahmen. Im nächsten Sommer wohnen wir dann vermuthlich in Schönhausen. Hurero! Ich gehe nun in mein großes Himmelsbett, so lang wie breit, als einziges lebendes Wesen im ganzen Stockwerk, ich glaube, auch im Parterre wohnt niemand.

An seine Schwester.

Paris, 16. Juni 1862.

Mein Barometerstand ist noch immer auf veränderlich, wie seit Jahr und Tag, und wird auch wohl noch lange so bleiben, mag ich hier oder in Berlin wohnen. Ruhe ist im Grabe, hoffe ich wenigstens. Seit meiner Abreise habe ich über die ministerielle Frage kein Wort aus Berlin von irgend Jemand. ** Urlaub ist abgelaufen und er tritt nicht wieder ein, das wußte ich vorher. Ende Juni warte ich in Ruhe ab; weiß ich dann noch nicht, was aus mir wird, so werde ich dringlich um Gewißheit bitten, damit ich mich hier einrichten kann. Habe ich Aussicht, bis zum Januar hier zu bleiben, so denke ich Johanna im September zu holen, obschon ein Etablissement auf 4 Monat in eigener Häuslichkeit immer sehr provisorisch ist und unbehaglich.

An seine Gemahlin.

Luchon, 9. September 1862.

Von Berlin weiß ich gar nichts, habe seit 14 Tagen keine Zeitung gelesen, und mein Urlaub ist um. Ich erwarte in Toulouse einen Brief von **, und daß man mich nach Berlin citirt, ohne bestimmte Entscheidung.

An dieselbe.

Toulouse, 12. September 1862.

Mein Urlaub ist um; ** schreibt, daß der König den 9. in Carlsruhe ist, nach Deinem Brief erst den 13. Es würde das Beste sein, wenn ich von hier den Urlaub auf weitere — Wochen nach Pommern erbitte, und in Paris die Antwort, sowie die Rückkehr des Königs nach Berlin erwarte, ehe ich reise; denn Gewißheit ist jetzt nöthig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied. Ich bin in dieser Minute noch nicht im Stande mich zu entschließen, ich will erst etwas spazieren gehen, dabei wird mir wohl einfallen, wie ich es machen muß.

An dieselbe.

Berlin, den 7. October 1862.

Am Kammertisch mit einem Redner, der mir Sottisen sagt, auf der Tribüne vor mir, zwischen einer abgegebenen und einer abzugebenden Erklärung gebe ich Dir Nachricht von meinem Wohlbefinden. Arbeit ist viel, etwas müde, nicht genug Schlaf, aller Anfang ist schwer, mit Gottes Hilfe wird es besser werden, es ist ja auch so recht gut, nur das Leben auf dem Präsentirteller ist etwas

unbehaglich. Ich sehe, daß ich verkehrt angefangen habe, hoffentlich nicht als böses Omen. Wenn Roon und die Fuchsstute nicht wären, so würde ich mir etwas vereinsamt vorkommen, obwohl ich nie allein bin . . .

An seine Schwester.

Berlin, den 10. October 1862.

So gute Blutwurst aß ich nie und so gute Leber nur selten; mögen Deine Schlachtthaten an Dir gesegnet werden; ich frühstücke seit 3 Tagen daran. Koch Rimpe ist angelangt, und ich esse einsam im Hause, wenn nicht an Sr. M. Tafel. In Paris ging es mir gut, in Letzlingen schoß ich 1 Hirsch, 1 Sau, 4 Schaufler, 5 Spießer, 4 St. Dammwild und pudelte doch gehörig, wenn auch nicht so viel wie meine Nachbarn. Die Arbeitslast wächst hier aber täglich. Heut von 8 bis 11 Diplomatie, von 11 bis $2^1/_2$ verschiedene streitsüchtige Ministerconferenzen, dann bis 4 Vortrag beim König, von $^1/_4$ bis $^3/_4$ Galopp im Regen bis Hippodrom, um 5 zur Tafel, von 7 bis jetzt 10 Uhr Arbeit aller Art, aber gesund und guten Schlaf, starken Durst!

An John Lothrop Motley.

Berlin, April 1863.

Ich hasse die Politik, aber, wie Sie mit Recht sagen, wie der Krämer die Feigen; denn ich muß nichtsdestoweniger meine Gedanken vermehrt auf diese Feigen richten. Selbst in diesem Augenblicke, da ich Ihnen schreibe, sind meine Ohren voll von Politik. Ich bin nämlich verpflichtet,

besonders geschmacklose Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker zu hören. Wenn ich daher einen Moment der Ruhe habe, so kann ich ihn in der That nicht besser verwerthen, als indem ich Ihnen Nachrichten von meinem Befinden gebe. — Ich hätte nie gedacht, daß ich in reiferen Jahren genöthigt sein würde, das unwürdige Geschäft eines parlamentarischen Ministers zu betreiben. Als Gesandter, der ja auch nur Beamter ist, hatte ich doch das Gefühl, ein Gentleman zu sein; als parlamentarischer Minister ist man ein Helot. Ich bin heruntergekommen — und ich weiß nicht wie . . .

Ich sitze wieder im Phrasenhause und höre die Leute Unsinn reden. Alle diese Herren haben sich mit unseren Verträgen mit Belgien einverstanden erklärt, trotzdem zanken sich zwanzig Redner in der größten Heftigkeit, als ob Jeder dem Anderen den Garaus zu machen gedächte; sie sind nämlich nicht einig über die Gründe, weshalb sie derselben Ansicht sind. Der richtige deutsche Streit um des Kaisers Bart! — querelle d'Allemand! Ihr angelsächsischen Yankees habt eigentlich etwas Aehnliches. Wißt Ihr wohl genau, warum Ihr so heftigen Krieg gegen einander führt? Sicher nicht Alle! Sie tödten sich con amore, und das ist ihre Art, Geschäfte zu erledigen. Ihre Schlachten sind blutig, unsere wortreich; diese Schwätzer können Preußen sicher nicht regieren.

Nun herzlich Lebewohl. Ich kann eine so unorthographische Sprache, wie die englische, nicht zu später Nachtzeit schreiben; aber bitte, lassen Sie recht bald wieder von sich hören.

Ihre Handschrift sieht wie Krähenfüße aus, ist aber sehr leserlich. Ist es mit der meinigen ebenso?

gez. v. Bismarck.

An denselben.

Berlin, 25. Mai 1863.

Jack mein Theurer! Wo zum Teufel steckst Du und was thust Du, daß Du mir nie eine Zeile schreibst? Ich arbeite wie ein Neger, und Du thust, wer weiß was ... Ich kann keine reguläre Correspondenz unterhalten. Es kommt oft vor, daß ich im Laufe von fünf Tagen nicht eine Stunde für einen Spaziergang erübrigen kann. Du alter fauler Knabe, was hält Dich denn ab, an Deine Freunde zu denken. Ich wollte gerade zu Bette gehen, da traf mein Auge das Deinige auf Deinem Porträt und ich verscheuchte den Schlaf, an „Ould Long Seyne" zu erinnern. Warum kommst Du nicht einmal nach Berlin? ..

Laß die Politik zum Satan gehen und komme zu mir. Ich schwöre, der Union-Jack soll von meinem Hause wehen, und Unterhaltung und das beste Glas Rheinwein Verdammung auf das Haupt der Rebellen gießen. . .

Dein

Bismarck.

Die Thatsache, daß das Ministerium Bismarck nicht bloß die Kammer und das ganze liberale Preußen, sondern auch den größten Theil des übrigen Deutschlands, und zwar Regierungen und Volk, gegen sich hatte, ermuthigte Oesterreich, einen diplomatischen Schachzug zu thun, durch welchen Preußens Macht auf lange Jahre hinein lahm gelegt werden sollte. König Wilhelm gebrauchte im Sommer 1863 die Badekur in Gastein. Bismarck befand sich im Juli in Karlsbad; gegen die Mitte des Monats reiste er nach Berlin zurück und von da über Nürnberg nach Salzburg, wo er mit dem König zusammentraf, um ihn nach Gastein zu begleiten. Am 2. August traf Kaiser Franz Joseph in Gastein ein und machte sofort dem König einen Besuch. Er theilte ihm vertraulich mit, daß er entschlossen sei,

den Reform- und Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes durch Einführung einer neuen Bundesverfassung entgegenzukommen und den Entwurf derselben den deutschen Fürsten, welche sämmtlich auf den 16. August nach Frankfurt eingeladen würden, zur Genehmigung vorzulegen. Zugleich übergab er ihm eine Denkschrift, welche über Motive und Ziele dieses Projekts näheres enthielt. Der König, überrascht über diese Eröffnung, versprach, die Sache zu erwägen. Er berieth sich mit Bismarck, und als der Kaiser am andern Vormittag wiederkam und seine Einladung erneuerte, erklärte der König, daß es wohl zweckmäßig wäre, vor der Zusammenkunft der Fürsten Ministerconferenzen zu veranstalten und in diesen den österreichischen Entwurf berathen zu lassen, was freilich zur Folge hätte, daß der Fürstencongreß nicht vor October stattfinden könnte. Der Kaiser, die Rathschläge Bismarcks darin erkennend, beschied Nachmittags diesen zur Audienz, um ihn für seinen Plan zu gewinnen, fand aber den preußischen Ministerpräsidenten unbeugsam, daher er nach wenigen Minuten die Audienz abbrach. Abends reiste er ab, und eine Stunde darauf überreichte ein kaiserlicher Flügeladjutant dem König, welcher geglaubt hatte, die von ihm geäußerten Bedenken würden vom Kaiser in Erwägung gezogen, die officielle, vom 31. Juli datirte Einladung nach Frankfurt auf den 16. August. Die Einladungsschreiben an die andern deutschen Fürsten und Bürgermeister der freien Städte gingen am 4. August von Wien ab. Die Antwort des Königs Wilhelms lautete abschlägig.

Der der Fürstenversammlung in Frankfurt vorgelegte Entwurf der neuen Bundesverfassung stellte an die Spitze des Bundes ein Directorium von fünf Fürsten, in welchem Oesterreich den Vorsitz führte, ließ den Bundestag für die Behandlung der laufenden Geschäfte fortbestehen und wollte der Forderung eines deutschen Parlaments durch eine Versammlung von Delegirten der Landtage der einzelnen Staaten entsprechen. Dieser Entwurf wurde mit wenigen Modificationen fast einstimmig von den Fürsten angenommen, scheiterte aber vollständig an der entschiedenen Weigerung Preußens. Bismarck verlangte für Preußen ein Veto gegen jeden Bundeskrieg, welcher zur Ver-

theidigung nicht deutschen Gebietes unternommen werden sollte, die volle Gleichberechtigung mit Oesterreich im Vorsitz und in der Leitung der Bundesangelegenheiten und eine Volksvertretung, welche nicht aus Delegationen der Landtage, sondern aus direkten Wahlen nach Maßgabe der Bevölkerung der einzelnen Staaten hervorgehe, und deren Befugnisse jedenfalls ausgedehnter zu bemessen sein würden, als in der österreichischen Reformacte.

An seine Gemahlin.

Carlsbad, 13. Juli 1863.

Ich denke, mich morgen Abend nach Schwarzenberg und von da in die staubige Wilhelmstraße zu begeben, zwei Tage dort zu bleiben und entweder in Regensburg, oder in Salzburg wieder zum Könige zu stoßen und mit ihm nach Gastein zu gehen. Wie lange ich dort bleibe, wollen wir sehen. Ich werde mich noch oft nach den stillen Wäldern hier zurücksehnen, Aberg, Esterhazyweg, Hammer, Kehrwiederweg, Aich, und ich wußte immer glücklich alle Bekannte abzustreifen, oder mich bei Begegnungen ins Dickicht zu drücken. Heute habe ich fast den ganzen Tag gearbeitet.



An dieselbe.

Berlin, 17. Juli 1863.

Seit vorgestern Abend vegetire ich in unseren öden Räumen, erstickt unter der Lawine von Papieren und Besuchen, die auf mich einstürzten, sobald meine Ankunft bekannt wurde. Jetzt will ich eine halbe Stunde in

den Garten und Dir nur noch dies Lebenszeichen geben. Gestern hatte ich ein russisches Zolldiner, heute ein französisches. Morgen fahre ich über Dresden-Prag-Pilsen nach Regensburg zum König zurück und bleibe mit ihm in Gastein.



An dieselbe.

Nürnberg, 19. Juli 1863.

Das Reisen bekommt mir vortrefflich, sehr lästig ist es aber auf jeder Station wie ein Japanese angestaunt zu werden; mit dem Incognito und seinen Annehmlichkeiten ist es vorbei, bis ich dermaleinst gleich anderen vor mir verschollen sein werde, und irgend ein anderer den Vorzug hat, Gegenstand allgemeinen Uebelwollens zu sein. Ich wäre recht gern über Wien nach Salzburg gefahren, wo der König morgen ist; ich hätte unsere Hochzeitsreise nochmals durchgelebt; aber politische Bedenken hielten mich ab, die Leute hätten mir Gott weiß welche Pläne angedichtet, wenn ich dort mit ** zugleich angekommen wäre. Ich werde R. wohl gelegentlich in Gastein oder Salzburg sehen.



An dieselbe.

Gastein, 28. Juli 1863.

Bei diesem Wetter läßt sich leben hier, nur möchte ich gar nichts zu thun haben, immer an den Höhen umherschlendern, mich auf sonnige Bänke setzen, rauchen und die zackigen Schneespitzen durch das Glas ansehen. Gesellschaft ist wenig hier, ich lebe nur mit der Umgebung des Königs in Verkehr, mit der mich Mittag und Thee

täglich zusammenführen; die übrige Zeit reicht zum Arbeiten, Schlafen, Baden, Gehen kaum hin. Den alten ** habe ich gestern Abend besucht; zugleich mit dem Kaiser, der am 2. erwartet wird, kommt N. N. und wird mir vorklagen, daß das Lügen der Fluch dieser Welt sei.

Ich höre eben, daß der König (dem es sehr wohl geht, nur hat er sich am Hacken durchgegangen und muß leider stillsitzen) den Feldjäger bis morgen zurückhält, und mit der Post kommt dieser Brief wohl nicht früher, da er durch das Oeffnen einen Tag verlieren würde. Ich lasse ihn also liegen.

An dieselbe.

Gastein, 2. August 1863.

Bills Tag ist mit gutem Wetter von mir gefeiert, dem Könige gemeldet, der sich nach dem Alter und dem Fleiße seines Pathen erkundigte. Heute kommt der Kaiser, alles flaggt und bekränzt sich, die Sonne scheint, und ich bin noch nicht aus dem Zimmer gewesen, schreibe seit drei Stunden, darum nur herzliche Grüße. Wenn ich nicht über Berlin schreibe, so falle ich der hiesigen Post in die Hände; ich schreibe zwar keine Geheimnisse, aber es ist doch unbehaglich.



An dieselbe.

Gastein, 12. August 1863.

Mir geht es wohl, aber Courierangst in allen Richtungen. Ich habe vorgestern 7000 Fuß hoch zwei Gemsen geschossen, ganz gebraten, trotz der Höhe. Am

15. fahren wir von hier nach Salzburg, 16. Stuttgart, 17. Baden. Ich kann wegen der Frankfurter Windbeuteleien nicht vom König fort.

An den Gesandten Freiherrn von Werther in Wien.

Gastein, 13. August 1863.

Ew. ꝛc. übersende ich anliegend Abschrift eines Promemoria, welches Sr. Majestät dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn, von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich in Gastein am Tage der Einladung nach Frankfurt übergeben worden ist, um die Gründe für diese Einladung und die beabsichtigten Reformvorschläge selbst darzulegen.

Dieses Aktenstück erhält sowohl durch seinen Inhalt, wie durch die Art der Mittheilung eine so weitgreifende Bedeutung, daß es nicht allein Gegenstand der ernstesten Erwägung werden mußte, sondern auch das Bedürfniß fernerer Aufklärung für uns dringend hervorruft.

Was uns in demselben ganz besonders hat überraschen müssen, ist nämlich die Art, wie die Vorschläge zu einer organischen Reform der Bundesverfassung durch Anschauungen motivirt werden, welche die Grundlage des Bundesverbandes selbst in Frage stellen.

Wir konnten nicht darauf gefaßt sein, die Bundesverträge, deren gewissenhafter Durchführung wir seit fast einem halben Jahrhundert durch materielle Leistungen und durch den Verzicht auf eine freiere Bewegung unserer eigenen Politik so erhebliche Opfer zu bringen fortfahren, von der Kaiserlichen Regierung als eine werthlose und hinfällige Institution bezeichnet zu sehen. Das Promemoria enthält in dieser Beziehung Deductionen, welche zu

der Auffassung führen, als sehe Oesterreich das bisherige Bundesverhältniß, dessen Zustand als ein „schlechthin chaotischer“ bezeichnet wird, schon als gelöst an.

„Man denkt in der That“ — so heißt es — „nicht zu nachtheilig von diesem Zustande, wenn man sich eingesteht, daß die deutschen Regierungen schon jetzt nicht mehr in einem festen gegenseitigen Vertrags-Verhältnisse zusammenstehen, sondern nur noch bis auf Weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen neben einander fortleben.“ Es wird angenommen, daß sich ein fortschreitender Proceß der Abwendung von dem bestehenden Bund vollzogen habe; es ist von Resten einer wankend gewordenen Rechtsordnung die Rede, welchen der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, die nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben könne, und es wird erklärt, „der Boden der Bundesverträge schwanke unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stelle“.

Wir sind für die Mängel der Bundesverfassung niemals blind gewesen; aber wir haben bisher in unseren Reformbestrebungen diejenige Freiheit der Bewegung nicht für zulässig erachtet, welche aus der Voraussetzung der Hinfälligkeit der Bundesverträge erwachsen würde, und wir haben es dem Interesse Deutschlands und unserer Bundesgenossen nicht für dienlich gehalten, die Zerstörung der bestehenden Rechtsordnung zu fördern, bevor deren Ersatz durch neue und vollkommenere Schöpfungen sicher gestellt ist. Die Kaiserliche Regierung nimmt an, daß es „fast wie Ironie klingen müßte, wenn man diesen an sich wahren Satz auf die deutschen Bundesverhältnisse anwenden wollte“, und sie ist dergestalt von der Zerfahrenheit und Haltlosigkeit der letzteren durchdrungen, daß ihr das Rütteln an dem noch vorhandenen Bestande, selbst in dem „freiwillig gewählten Augenblicke der Krisis und Gefahr“ unbedenklich erscheint.

Es hat der Kaiserlichen Regierung nicht entgehen können, daß diese Erklärungen, indem sie als wohlerwogene Ansicht des Bundes-Präsidialhofes den Genossen des deutschen Bundes amtlich eröffnet werden, an sich in Deutschland wie im Auslande die Ueberzeugung mächtig fördern müssen, daß „weder Oesterreich, noch Preußen, noch die übrigen deutschen Staaten sich mit irgend einem Grade von Vertrauen auf den Bund in seinem jetzigen Zustande stützen können".

Auf diesem Vertrauen aber beruht wesentlich das Ansehen des Bundes und die Möglichkeit, daß derselbe seinen ursprünglichen Zweck, Deutschland äußere und innere Sicherheit zu gewähren, erreiche.

Wir wissen nicht, welchen Ersatz für die „festen gegenseitigen Vertragsverhältnisse", in denen ihrer Ansicht nach die deutschen Regierungen schon jetzt nicht mehr zusammenstehen, die Kaiserliche Regierung anstrebt. Diese hat keine Verhandlungen mit uns darüber gepflogen, und das vorliegende Promemoria giebt in dieser Beziehung nur unvollkommene Andeutungen. Gelingt es aber nicht, anderweite Einrichtungen herzustellen, welche den Gegensatz der Partikular- und der Gesammt-Interessen Deutschlands angemessener als bisher vermitteln, so wird die Erschütterung des Vertrauens auf die Bundesverträge das einzige Ergebniß der Eröffnungen bleiben, welche die Kaiserliche Regierung ihren Bundesgenossen gemacht hat. Jedenfalls entnehmen wir für jetzt aus denselben das Recht und die Pflicht, Klarheit darüber zu verlangen, ob Oesterreich und die Staaten, welche auf die motivirte Einladung des Kaiserlichen Hofes an dem Kongresse in Frankfurt Theil nehmen, die vertragsmäßigen Bundespflichten rückhaltlos anerkennen oder nicht. Es ist einleuchtend, daß die Entscheidung hierüber von dem wesentlichsten Einfluß auf die maßgebenden Grundlagen unserer Gesammtpolitik sein muß.

Ew. ꝛc. ersuche ich daher ergebenst, in diesem Sinne mit dem Kaiserlich österreichischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen und von ihm eine offene und entscheidende Erklärung der Kaiserlichen Regierung zu erbitten.

An den Preußischen Gesandten in Wien, Freiherrn von Werther.

Gastein, 14. August 1863.

Aus meinem Erlaß vom gestrigen Tage, das Promemoria betreffend, mit welchem die Einladung Sr. Maj. des Königs nach Frankfurt a. M. motivirt worden war, werden Ew. Excellenz entnehmen, daß es uns zunächst auf die Erledigung von Fragen ankommt, ohne deren befriedigende Beantwortung jedem Streben nach Reform der Bundesverfassung unserer Ansicht nach der Boden fehlen würde. Vorbehaltlich der hierüber zu gewinnenden Aufklärung beehre ich mich, Ew. Excellenz einige Bemerkungen über den Inhalt und die Form der uns zugegangenen Eröffnungen mitzutheilen.

Nachdem der Kaiser Franz Joseph am 2. d. M. hier eingetroffen war, nahm Se. Majestät bei einem am 3. stattfindenden Besuche bei unserem Allergnädigsten Herrn Gelegenheit zur Besprechung der deutschen Bundesverhältnisse unter Vorlage des Ew. Excellenz mit dem Erlaß vom 13. übersandten Promemoria. Zu demselben gab Se. Majestät der Kaiser die mündlichen Erläuterungen, daß zunächst ein Fürstencongreß sich am 16. d. M. in Frankfurt a. M. versammele, daß an der Spitze des Bundes ein Directorium von fünf Fürsten stehen, daß der Bundestag fortfahren solle, die laufenden Geschäfte zu verhandeln;

daß aber aus sämmtlichen Souveränen des Bundes ein zeitweise zusammentretendes Oberhaus, und aus Delegirten der Landtage der einzelnen Staaten ein mit berathenden Attributionen versehenes Unterhaus gebildet werden solle.

Bei dieser und zwei an demselben Tage nachfolgenden Unterredungen sprach Se. Majestät der König die entgegenstehenden Bedenken in dem Sinne des anliegenden Promemoria aus und erklärte schließlich bei dem Abschied beider Monarchen, daß ein Fürstencongreß mit Nutzen für die ganze Angelegenheit der nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen wegen keinesfalls vor dem 1. October eingeleitet werden könne.

Nach dem Inhalt dieser Unterredungen war es für Se. Majestät den König überraschend, kurz nach der Abschiednahme von Sr. Majestät dem Kaiser, am 3. August Abends, durch einen Kaiserlichen Flügeladjutanten die officielle, vom 31. Juli datirte Kaiserliche Einladung zum 16. c. nach Frankfurt zu erhalten.

Das Einladungsschreiben ist Ew. Excellenz bekannt, ebenso die darauf am 4. d. M. von unserem Allergnädigsten Herrn an Se. Majestät den Kaiser erlassene amtliche Antwort.

Um dem Kaiserlichen Cabinet Gelegenheit zu geben, seine Entschließungen mit Kenntniß der diesseitigen zu treffen, richtete Se. Majestät noch am 4. ein Telegramm an Se. Majestät den Kaiser, in welchem die Ablehnung der Einladung zum 16. bestimmt ausgesprochen wurde. Dessen ungeachtet sind die österreichischen Einladungen an demselben Tage, und ohne die diesseitige Antwort auf das Kaiserliche Schreiben abzuwarten, unter dem Datum des 31. Juli erlassen worden.

Am 7. d. M. wurde durch einen Kaiserlichen Flügeladjutanten Sr. Majestät dem Könige eine erneute Einladung unter Beifügung des abschriftlich anliegenden Promemoria überbracht. Dasselbe enthielt mit Rücksicht

darauf, daß Sr. Majestät des Königs Badekur, wenn sie regelmäßig beendet werden solle, Allerhöchst demselben nicht gestatte, am 16. in Frankfurt anwesend zu sein, den eventuellen Vorschlag, einen der Königlichen Prinzen in Vollmacht zu dem Congresse zu entsenden. Se. Majestät der König lehnte wiederholt in einem eigenhändigen Schreiben vom 7. c. sowohl das eigene Erscheinen, als die Entsendung eines Königlichen Prinzen ab.

Hierauf beschränkt sich der in der Sache stattgehabte Schriftwechsel. Mir scheint es, daß Vorschläge, welche tief in die gemeinsamen Interessen sämmtlicher Bundesstaaten einzugreifen bestimmt sind, wenn sie Erfolg haben sollen, nicht von Einer der Bundesregierungen einseitig vorbereitet und in einer für die anderen überraschenden Weise, bis zu dem Stadium schleuniger Beschlußnahme durch die Souveräne selbst gefördert werden können. Ich halte es der Würde des Königs, meines allergnädigsten Herrn, nicht entsprechend, sich nach Frankfurt zur Entgegennahme von Vorschlägen in Bundesangelegenheiten zu begeben, über welche der Rath Preußens nicht vorher gehört ist und deren volle Tragweite Sr. Majestät erst in Frankfurt eröffnet werden soll. Um solche Fragen zur persönlichen Entscheidung der Monarchen reif zu machen, war es unerläßlich, sie vorher in diplomatischen Verhandlungen oder Ministerialconferenzen zu erörtern. Ich weiß nicht, auf welche Erfahrungen die Kaiserliche Regierung den in dem zweiten Promemoria enthaltenen Ausspruch stützt, daß der Weg bloßer ministerieller Conferenzen sich noch jedesmal als unpraktisch erprobt habe, und daß das schon so oft gescheiterte Experiment weitaus sehender Berathungen begreiflicher Weise nicht wiederholt werde. Unseres Wissens ist die Bundesreformfrage seit den Dresdener Conferenzen einer derartigen Berathung nicht unterzogen worden. Eine Allerhöchste Meinungserklärung über die beabsichtigten

Reformvorschläge zu erbitten, liegt für mich keine Veranlassung vor, so lange uns über den Inhalt und die Tragweite derselben nur allgemeine und unvollkommene Andeutungen zugekommen sind.

Ew. Excellenz werden zu Ihrer eigenen Kenntniß aus dem anliegenden Memoire, in welches der König Allerhöchst Seine eigenen Aeußerungen gegen den Kaiser verzeichnete, und welches am 4. nach Wien geschickt wurde, das Nöthige entnehmen.

Die Königliche Regierung hat ihrerseits den Moment zur Ergreifung der Initiative von Reformvorschlägen nicht geeignet gehalten, wenn sie aber veranlaßt wird, sich auf diesem Gebiete auszusprechen, so kann ich, unter Bezugnahme auf die Ew. Excellenz bekannten, in unserer Abstimmung in der Delegirtenfrage in der Sitzung vom 22. Januar d. J. niedergelegten Motive, lediglich die Meinung wiederholen, daß ich nur in einer nach dem Verhältniß der Volkszahl der einzelnen Staaten aus directen Wahlen hervorgehenden Vertretung des deutschen Volkes mit Befugniß zu beschließender Mitwirkung in Bundesangelegenheiten, die Grundlage von solchen Bundesinstitutionen erkenne, zu deren Gunsten die preußische Regierung ihrer Selbständigkeit in irgend welchem erheblichen Umfang entsagen könnte, ohne die Interessen der eigenen Unterthanen und die politische Stellung des Preußischen Staates wesentlich zu benachtheiligen.



An seine Gemahlin.

Baden, 28. August 1863.

Ich habe eine rechte Sehnsucht, einmal einen faulen Tag in Eurer Mitte zu verleben; hier werde ich auch bei dem reizendsten Wetter die Tinte nicht von den

fingern los. Gestern bin ich bei wundervollem Mondschein bis Mitternacht in den Feldern spazieren gegangen, kann aber doch die Geschäfte nicht aus dem Kopf los werden. Die Gesellschaft hat auch nichts Ausruhendes an sich. Die N. N. ist reizend anzusehen, spricht mir aber zu viel Politik, ** natürlich auch immer auf Berichtfuß; die **, die mir sonst sehr angenehm ist, hat Leute um sich, die mein Behagen mit ihr stören, und neue Bekanntschaften sind sehr angreifend. Bequem ist mir eigentlich unser A. Mit ihm und E., der auf 2 Tage hier ist, dinirte ich gestern auf meinem Zimmer. Der König ist wohl, aber von Intriguen umlagert; heute speise ich bei Ihrer Majestät der Königin. Schleinitz ist hier, Hohenzollern wird erwartet, Goltz nach Paris abgereist. Ich denke, der König wird spätestens Sonntag von hier aufbrechen; einige Tage später muß ich in Berlin sein; vielleicht gewinne ich dazwischen Zeit zu einem Abstecher nach Spa, wo ich O. treffe, vielleicht muß ich auch mit zur Königin von England, die der König auf der Rückreise in Rosenau bei Coburg besuchen will. Jedenfalls hoffe ich, mich im September einige Tage frei zu machen für Pommern. Ich wollte, irgend eine Intrigue setzte ein anderes Ministerium durch, daß ich mit Ehren diesem ununterbrochenen Tintenstrom den Rücken drehen und still auf dem Lande leben könnte; die Ruhelosigkeit der Existenz ist unerträglich, seit 10 Wochen im Wirthshause Schreiberdienste und in Berlin wieder; es ist kein Leben für einen rechtschaffenen Landedelmann, und ich sehe einen Wohlthäter in Jedem, der mich zu stürzen sucht.

An dieselbe.

Berlin, 4. September 1863.

Endlich finde ich einen Augenblick Zeit, Dir zu schreiben. Ich hatte gehofft, auf einige Tage mich in Kröchlendorf wenigstens zu erholen, aber es ist wieder ganz die alte Tretmühle, gestern Nachts bis 1 Uhr Arbeit, und dann goß ich Tinte statt Sand darüber, daß sie mir auf die Kniee floß. Heut um 9 Uhr schon die Minister hier, um 1 zum zweiten Mal und mit ihnen der König. Das Ergebniß aller Berathung ist die Auflösung der Kammer gewesen, zu der ich kein Herz hatte. Aber es ging nicht anders; Gott weiß, wozu es gut ist. Nun geht der Wahlschwindel los. Gesund bin ich dabei mit Gottes Hilfe; aber es gehört ein demüthiges Vertrauen auf Gott dazu, um an der Zukunft unseres Landes nicht zu verzweifeln. Möge er vor allem dem Könige Gesundheit schenken!

An dieselbe.

Babelsberg, 1. November 1863.

Ich benutze einen Augenblick, wo ich hier den König erwarte, der in Sanssouci speist, um Dir zwei Worte zu schreiben, wie sonst wohl aus Zarskoje oder Peterhof. Nur um zu sagen, daß ich wohl bin und mich herzlich freue, Dich nun bald wieder in den leeren Berliner Räumen schalten zu sehen. Am 9. kommt der Landtag mit seiner Quälerei, doch denk' ich, am Tage der Eröffnung noch mit Sr. Majestät nach Letzlingen zu fahren und zwei Tage im Walde zu leben. Während der Zeit wirst Du hoffentlich mit dem Hämmern und Schleppen fertig,

welches Deinen geliebten Einzug nothwendig begleitet, und bei der Rückkehr finde ich dann alles auf dem rechten Fleck.

Ich habe in diesen Tagen einsam und arbeitsam für mich gelebt; meist allein gegessen, und außer dem Reiten das Haus nicht verlassen, still und verdrießlich, gelegentlich ein Ministerrath. Diese Woche wird deren wohl mehrere haben, in Aussicht auf die lieben Kammern, und nachdem der König acht Tage in Stralsund und Blankenburg gewesen und viel aufgespeichert ist. — Eben höre ich seinen Wagen rollen und schließe mit herzlichsten Grüßen. —

Schon im Mai 1864 verlangte eine in den Herzogthümern verbreitete Adresse an König Wilhelm, daß ein gemeinsames Band des Schutzes und Trutzes gegen Dänemark und jeden anderen äußeren Feind das Land bis zur Königsau mit Preußen umschlingen möge, und die Adresse des Grafen von Arnim-Boitzenburg und Genossen sprach die Hoffnung aus, daß Preußen für die Opfer des Krieges mit Dänemark einen würdigen Lohn erhalten werde.



Adressat ungenannt.

Berlin, den 16. Mai 1864.

Ich begreife Ihre Bedenken gegen die Adresse, die aber dennoch, meiner Ansicht nach, gegenwärtig mit nützlichem Drucke in die diplomatische Lage eingreift. Ich kann mich darin allerdings täuschen; denn je länger ich in der Politik arbeite, desto geringer wird mein Glaube

an menschliches Rechnen, und wenn Sie ein inneres Widerstreben fühlen, so rede ich um so weniger zu, als ich gern mit gutem Gewissen möchte behaupten können, daß es keine von der Regierung gemachte Stimmung ist, die sich darin wiederspiegelt. Die augenblickliche Lage ist aber so geartet, daß es mir zweckdienlich scheint, gegen das Dänenthum auf der Konferenz alle Hunde loszulassen, welche bellen wollen (verzeihen Sie diesen Jägervergleich); das gesammte Geläut der Meute wirkt dahin zusammen, daß die Unterwerfung der Herzogthümer unter Dänemark den Ausländern unmöglich erscheint und daß letztere genöthigt werden, Programme in Betracht zu ziehen, welche die preußische Regierung ihnen nicht bringen kann. Ich rechne in der letzteren Beziehung zu diesen Ausländern auch die Holsteiner selbst, nebst dem Augustenburger und allen ewig Ungedeelten bis zur Königsau. Die Herzogthümer haben sich bisher an die Rolle des Geburtstagskindes in der deutschen Familie und an den Gedanken gewöhnt, daß wir uns auf dem Altare ihrer Partikularinteressen willig zu opfern und für jeden einzelnen Deutschen im Norden von Schleswig die Existenz Preußens einzusetzen haben. Diesem Schwindel namentlich wird die Adresse entgegenwirken; einen so starken Effect, daß er uns Verlegenheit bereitet, befürchte ich nicht. Würde bei uns die Nation so stark von preußischem Ehrgeiz erfaßt, daß die Regierung nicht mehr belebend, sondern mäßigend sich dazu zu stellen hätte, so würde ich diesen Zustand durchaus nicht beklagen.

Sie sehen daraus, wie ich nach Menschenwitz die Sache auffasse, im Uebrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der Herr auch unsere Irrthümer zu unserem Besten zu wenden weiß; das erfahre ich täglich zu heilsamer Demüthigung.

Zur Beleuchtung der Situation bemerke ich noch schließlich, daß mir die preußische Annexion nicht der oberste und nothwendige Zweck ist, wohl aber das angenehmste Resultat.
Mit herzlichen Grüßen an die verehrten Hausgenossen.

Der Ihrige

v. Bismarck.

An seine Gemahlin.

Carlsbad, 20. Juli 1864.

Soeben ist der König nach Marienbad abgereist, Spaliere von schönen Damen mit riesenhaften Bouquets, die seinen Wagen überfüllten, N. mit dem größten, Hoch, Hurrah, Rührung! Nun ist für mich einige Leere, alle Bekannte mit fort. Morgen früh nach Wien, die Nacht schlafen wir in Prag, vielleicht haben wir in 8 Tagen Frieden mit den Dänen, vielleicht im Winter noch Krieg! Ich werde meinen Aufenthalt in Wien so kurz wie möglich machen, um nicht zu viel Bäder zu verlieren in Gastein. Danach werde ich wohl noch einmal mit Sr. Majestät nach Wien gehen, dann nach Baden, dann kommt der Kaiser von Rußland nach Berlin, Anfangs September. Vor dem keine Aussicht auf Ruhe; ob dann?

An dieselbe.

Wien, 22. Juli 1864.

Ich bin mit ** und ** und noch zwei Leuten, die mich durch ihre kalligraphischen Leistungen unterstützen, gestern früh aus Karlsbad gefahren, zu Wagen bis Prag, von dort heut den Dir bekannten Eisenbahnstrang hierher,

leider diesmal nicht um nach Linz zu schiffen, sondern um mich und andere zu quälen. Ich wohne bei **, habe einstweilen niemand als N. gesehen; zwei Stunden im Volksgarten eingeregnet und Musik gehört, von den Leuten betrachtet wie ein neues Nilpferd für den zoologischen Garten, wofür ich Trost in sehr gutem Bier suchte. Wie lange ich hier bleibe, sehe ich noch nicht vorher; morgen viel Besuche zu machen, bei N. auf dem Lande essen, dann womöglich Frieden mit Dänemark schließen und schleunigst nach Gastein in die Berge fliehen. Ich wollte, das alles wäre erst vorüber. Die zwei Reisetage haben mich geistig etwas geruht, aber leiblich bin ich sehr müde und sage Dir gute Nacht.

An dieselbe.

Wien, 27. Juli 1864.

Einen Brief von Dir habe ich hier erhalten und sehne mich nach dem zweiten. Ich führe ein arbeitsames Leben, täglich 4 Stunden mit zähen Dänen, und noch nicht zum Schluß. Bis Sonntag muß es entschieden sein, ob Krieg oder Frieden. Gestern aß ich bei M., sehr angenehme Frau, nette Töchter. Wir tranken viel, waren sehr lustig, was ihm bei dem Kummer, den Du kennst, nicht oft passirt. Er ist grau geworden und hat sich die Haare kurz geschnitten. Heute aß ich nach der Konferenz beim Kaiser in Schönbrunn, promenirte mit R. und W. und dachte an unsere Mondscheinexpedition. Eben war ich eine Stunde im Volksgarten, leider nicht inkognito, wie damals vor 17 Jahren, angestiert von aller Welt; diese Existenz

auf der Schaubühne ist recht unbehaglich, wenn man in Ruhe „ein Bier“ trinken will. Sonnabend hoffe ich nach Gastein zu fahren; es mag Friede sein oder nicht. Hier ist es mir zu heiß, besonders bei Nacht.

An dieselbe.

Gastein, 6. August 1864.

Es wird immer schlimmer mit dem Arbeiten, und hier, wo ich des Morgens nach dem Bade nichts thue, weiß ich gar nicht, wo ich die Zeit hernehmen soll. Seit meiner Ankunft am 2., in einem Gewitter mit Hagel wie Flintenkugeln, bin ich bei herrlichem Wetter eben zum ersten Mal dazu gekommen, eine Stunde regelrecht zu gehen. Zurückgekommen wollte ich die halbe Stunde benutzen, Dir zu schreiben, gleich ist A. mit Concepten und Telegrammen da, und ich muß nun zum König. Dabei geht es mir noch Gottes Wunder wohl, 4 Bäder habe ich, über 11 werde ich kaum bekommen, da der König am 15. reist. Ich wohne wenigstens seit gestern sehr nett, da ein kühles, großes Eckzimmer mit reizender Fernsicht vacant wurde, bis da war ich in einem sonnenblendigen Bratofen, bei Tage wenigstens; die Nächte sind angenehm frisch. Der König geht von hier vermuthlich nach Wien, in kleinen Tagereisen über Ischl, von dort nach Baden. Ob ich letzteres mitmache, ist mir noch nicht klar; ich hoffe immer, einige Tage für mein stilles Pommern loszumachen; aber was sind alle Pläne, es kommt immer etwas dazwischen. Ein Gewehr habe ich auch nicht mit und alle Tage Gemsjagd, bisher allerdings auch keine

Zeit. Heut sind 17 geschossen, und ich war nicht dabei; es ist ein Leben wie Leporello, keine Ruh bei Tag und Nacht, nichts was mir Vergnügen macht.

An dieselbe.

Baden, 1. September 1864.

Der König ist heute von Mainau gekommen, wohl und munter, im Regen mit der Königin zum Pferderennen gefahren, A.'s geschäftige Hand schüttet stets einen neuen Segen von Concepten über mich aus, sobald ich die alten durchgearbeitet. Ich weiß nicht, von wo ich Dir zuletzt schrieb; ich bin von Wien bis hier nicht zur Besinnung gekommen, habe in Salzburg eine Nacht geschlafen, die zweite in München, viel und lang mit N. N. verhandelt, der mager geworden ist. Dann schlief ich in Augsburg, fuhr von dort über Stuttgart hierher in der Hoffnung, zwei Tage in träger Ruhe zu verbringen, konnte aber doch nur gestern früh zwei Stunden im Walde dämmern; Feldjäger, Tintenfaß, Audienzen und Besuche umschwirren mich ohne Unterlaß, auch ** ist hier; auf der Promenade mag ich mich gar nicht zeigen, kein Mensch läßt mich in Ruhe.

An dieselbe.

Frankfurt, 11. September 1864.

Von hier habe ich Dir recht lange nicht geschrieben, und von der Zeil noch nie. Wir sind im russischen Hof abgestiegen, der König ist zu Kaiser Alex nach Jugenheim gefahren, von dort aus besucht er Kaiserin Eugenie

in Schwalbach, und ich habe mir einen Tag frei gemacht, den ich mit K. in Heidelberg zubringe. Ich begleite sie bis Heidelberg, bin um 2 oder 3 wieder hier, zeitig genug, um mich dem Bunde zu widmen. Morgen früh nach Berlin, von wo ich nach den nothdürftigsten Zänkereien gen Pommern aufbrechen werde.

An dieselbe.

Bordeaux, 6. October 1864.

Verzeihe diesen Wisch, aber ich habe kein Papier bei der Hand und will Dir doch melden, daß ich bis hier glücklich gelangt bin. Es scheint mir fast wie ein Traum, daß ich wieder hier bin. Gestern früh fuhr ich aus Baden, schlief sehr gut in Paris, brach heut gegen 11 auf und bin jetzt, um 11 Abends, hier, denke morgen um 5 nach Bayonne zu fahren, um 2 in Biarritz zu sein. In Paris war es noch kalt, in Baden gestern früh Reif, diesseits der Loire wurde es besser, hier ist es entschieden warm, so warm, wie noch keine Nacht in diesem Jahre. Ich bin eigentlich jetzt schon sehr wohl, und wäre ganz munter, wenn ich gewiß wäre, daß es mit Dir gut geht. In Paris bekam ich stark Lust, dort wieder zu wohnen, Goltz hat sich das Haus sehr nett eingerichtet, und es ist doch ein Sträflingsleben, was ich in Berlin führe, wenn ich an die unabhängige Zeit im Auslande denke. Wenn es mir bekommt, so denke ich etwa 15 Bäder zu nehmen, so daß ich den 21. oder 22. die Rückreise antrete; so Gott will, bist Du dann auch oder schon etwas früher in Berlin. Engel in seiner Sorgfalt hat mich eingeschlossen, keine Klingel, und der Brief verliert einen

Tag, weil er nicht zur Nacht auf die Post kommt. Es ist so warm, daß ich die Fenster auf habe.

An dieselbe.

Biarritz, 12. October 1864.

In so behaglichen Zuständen habe ich mich klimatisch und geschäftlich lange nicht befunden, und doch hat die üble Gewohnheit des Arbeitens schon so tiefe Wurzeln bei mir geschlagen, daß ich einige Gewissensunruhe über mein Nichtsthun fühle, fast Heimweh nach der Wilhelmstraße, wenigstens wenn die Meinen dort wären. „Monsieur, le diner est servi" meldet man eben.

An den preußischen Gesandten, Freiherrn von Werther, in Wien.

Berlin, 22. Februar 1865.

Euerer Excellenz bin ich nunmehr in der Lage, in näherer Formulirung die Bedingungen anzugeben, unter welchen wir die Bildung eines neuen Staates Schleswig-Holstein nicht als eine Gefahr für die Interessen Preußens und Deutschlands ansehen dürften, und deren gesicherte Verbürgung das königliche Staatsministerium daher berechtigen würde, Seiner Majestät dem Könige die Uebertragung Seiner durch den Friedensschluß vom 30. Oktober erworbenen oder sonst Ihm zustehenden Rechte auf einen Anderen vorzuschlagen.

Sie finden dieselben in der Vorlage I. zusammengestellt. Zur Begründung und Erläuterung füge ich Folgendes hinzu:

Daß Preußen bei der Constituirung des neuen Staates an denselben die Forderung eines festen und unauflöslichen Bündnisses stellen muß, ist selbstverständlich, es kann sich nicht einen eventuellen Gegner selbst schaffen wollen. Ebenso sehr und noch mehr bedarf der neue Staat selbst eines solchen Bündnisses zu seiner eigenen Sicherheit, welche zugleich die Sicherung Deutschlands gegen Norden in sich begreift. Die allgemeinen Verhältnisse sind in dieser Beziehung so klar, daß es hier keiner weiteren Ausführung bedarf.

Die Herzogthümer bilden einerseits vermöge ihrer geographischen Lage und der politischen Verhältnisse einen sehr exponirten Angriffs- und Vertheidigungspunkt für das gesammte Norddeutschland, und für Preußen insbesondere, andererseits würden sie in einer isolirten militärischen Stellung nicht im Stande sein, sich selbst zu schützen. Preußen wird daher immer ihren Schutz und ihre Vertheidigung übernehmen müssen, und wenn es so weitgehende Verpflichtungen und die dafür erforderlichen Opfer auf sich nehmen soll, so muß es auch die Mittel erhalten, diese Verpflichtungen in wirksamer Weise jederzeit erfüllen zu können.

Daß die Herzogthümer nicht im Stande sind, dem ersten, mit nachhaltiger Kraft geführten Stoße einer fremden Macht zu widerstehen, haben die Erfahrungen zu Anfang des Jahres 1848 und 1850 gezeigt. In ähnlicher Weise wird für Schleswig-Holstein, wenn es nur auf seine eigenen Kräfte angewiesen ist, immer die Gefahr bestehen, daß das Herzogthum Schleswig im ersten Anlaufe verloren gehe. Die Folge davon würde sein, daß der Feind dort sofort eine feste und sehr gefährliche Operationsbasis gewönne, und daß Preußen genöthigt wäre, das Land mit großen Opfern wieder zu erobern, wie dies im Jahre 1848, namentlich aber im vorigen Jahre geschehen ist. Dieser Gefahr, der wir uns nicht aussetzen dürfen, kann

nur vorgebeugt werden, wenn die in Schleswig vorhandenen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen in einem organischen Zusammenhang mit den preußischen sich befinden, wenn dieses Herzogthum in militärischer Beziehung einen integrirenden Theil unseres eigenen Vertheidigungssystems bildet und wir daher in der Lage sind, einem ersten Angriff schon dort nachhaltig zu widerstehen und ein Festsetzen des Feindes daselbst zu verhindern.

Der Deutsche Bund kann seinen Schutz nicht auf das Herzogthum Schleswig ausdehnen, welches nicht zu ihm gehört. Auch hier können wir uns auf die Erfahrung berufen, welche gezeigt hat, wie der Schutz des Bundes auf Holstein nur insoweit Anwendung fand, als er auf unsere und Oesterreichs Reserven gestützt war, an der Eider aber ganz aufhörte.

Von der Sicherheit Schleswigs hängt die Sicherheit Holsteins ab.

Letzteres ist Bundesland und der neue Souverän muß in den Stand gesetzt werden, seine Verpflichtungen gegen den Bund in militärischer wie in jeder anderen Hinsicht zu erfüllen.

Holstein aber eine andere Militär-Organisation zu geben, als Schleswig, würde zu einer neuen Schwächung des staatlichen Zusammenhanges führen und das Einschreiten Preußens in Kriegszeiten lähmen.

Es muß also ein Modus gefunden werden, um dem neuen Staat eine einheitliche Militär-Organisation und zugleich die unumgängliche Verbindung mit dem preußischen Militärsystem zu geben.

In Betreff des Bundeslandes Holstein bietet hierzu der Artikel VIII der Grundzüge der Bundes-Kriegsverfassung das Mittel dar. Derselbe lautet:

„Bei der Organisation der Kriegsmacht des Bundes ist auf die aus besonderen Verhältnissen der einzelnen

Staaten hervorgehenden Interessen derselben insoweit Rücksicht zu nehmen, als es mit den allgemeinen Zwecken vereinbar anerkannt wird."

Der allgemeine Zweck ist die Wehrhaftigkeit im Kriege. Diese erfordert, daß die holstein'sche Wehrkraft ebenso wie die schleswig'sche in organischen Zusammenhang mit der preußischen gesetzt, und ihre Ausbildung in derselben Tüchtigkeit und Vollzähligkeit, wie die der preußischen Armee, sichergestellt werde. Um nicht ohne Noth eine Aenderung der Bundes-Kriegsverfassung zu beantragen, sind wir bemüht, die erstrebten Garantien in Uebereinstimmung mit derselben ins Leben zu führen.

Artikel 5 der Bundes-Kriegsverfassung bestimmt:

„Kein Bundesstaat, dessen Contingent ein oder mehrere Armeecorps für sich allein bildet, darf Contingente anderer Bundesstaaten mit dem seinigen in eine Abtheilung vereinigen."

Das holsteinische Bundescontingent soll daher nicht mit dem preußischen Bundescontingent in eine Abtheilung verbunden werden, sondern fortfahren, einen Theil des 10. Bundes-Armeecorps zu bilden.

Für die Kriegsmarine der beiden Herzogthümer wird dieselbe organische Verschmelzung mit der preußischen beabsichtigt. Da keine Marine des deutschen Bundes existirt und die Streitkräfte Holsteins zur See für eine solche also vertragsmäßig nicht in Anspruch genommen sind, so findet auf diesem Gebiete keine Berührung mit der Bundes-Kriegsverfassung statt. Die Bildung einer selbständigen Marine Schleswig-Holsteins würde nach den Kräften dieses Staates schwer zu verwirklichen sein und unzulänglich bleiben, um die Kräfte, welche die Herzogthümer auf diesem Gebiete darbieten, für Deutschlands Wehrkraft zur See thätig zu machen.

Das sind die Grundsätze, welche uns bei der Ent-

werfung der anliegenden Formulirung geleitet haben, vollständige Wehrhaftmachung und Vertheidigung des neuen Staates und Erfüllung der Pflichten Holsteins gegen den deutschen Bund.

Ich erwähne nur flüchtig der in dem Entwurf ebenfalls ausgesprochenen Territorial-Abtretungen. Sie sind nach dem dringendsten Bedürfniß für die Befestigungen des Landes und die Erfordernisse der preußischen Marine möglichst eng abgemessen und enthalten keinen erheblichen Gebietszuwachs für Preußen. Sie können nicht einmal als ein Aequivalent für die von Preußen durch die Anlegung und Unterhaltung der erforderlichen Befestigungen, welche wesentlich der Sicherheit der Herzogthümer selbst zu Gute kommen, zu übernehmenden Lasten angesehen werden, sondern nur als die nothwendige Vorbedingung für die wirksame Vertheidigung des Landes, sie sind daher von Seiten des neuen Staates weniger ein Opfer, als eine in seinem eigenen Interesse liegende Zweckmäßigkeits-Maßregel.

Die Berechtigung zu solcher Abtretung ist für Holstein ebenso wie für Schleswig außer Zweifel, da nach Artikel 6 der Wiener Schlußacte die Abtretung der auf einem Bundesgebiet haftenden Souveränetätsrechte zu Gunsten eines Mitverbündeten nicht einmal der besonderen Zustimmung des Bundes bedarf. Selbstverständlich tritt Preußen, insofern dadurch die matrikularmäßige Stellung Holsteins berührt werden sollte, in die betreffenden Verpflichtungen ein.

Für die übrigen, außerhalb der militärischen Verhältnisse liegenden Bedingungen habe ich nur wenige Bemerkungen zu machen.

Die Bildung eines neuen isolirten Zollgebietes zwischen Norddeutschland und dem skandinavischen Norden würde unnatürlich sein, auf alle materiellen Interessen

lähmend einwirken und die bisherigen Verkehrsbeziehungen Preußens zu Dänemark und Schweden wesentlich verschlechtern.

Die innere Selbständigkeit des neuen Staates und seiner Verwaltung bleibt uneingeschränkt. Nur soweit die Einrichtungen für die Aushebung des Militärs u. s. w. dabei in Betracht kommen, werden die inneren Verhältnisse den preußischen Einrichtungen angepaßt und den preußischen Militärbehörden die erforderliche Mitwirkung gesichert.

Außerdem muß die königliche Regierung sich in zwei Punkten einen bestimmenden Einfluß vorbehalten.

Der eine betrifft den Nord-Ostsee-Canal, über welchen, da er die Verbindungslinie für die preußische Marine in der Nord- und Ostsee bildet, Preußen ein Oberaufsichtsrecht nach den in dem Entwurf entwickelten Grundsätzen in Anspruch nimmt. Der zweite bezieht sich auf das Post- und Telegraphenwesen in den Herzogthümern.

Die Gesammtheit dieser Forderungen, wie sie in der Anlage I entwickelt sind, stehen auch für Holstein mit den Bundesverträgen laut Art. VI der Wiener Schlußacte nicht in Widerspruch.

Ohne eine vorgängige und bindende Regelung der Verhältnisse zu Preußen nach diesen Grundsätzen würden wir in der Bildung eines neuen Staates — wie ich im Eingang bereits angedeutet — eine positive Gefahr für Preußen erkennen. Wir müssen wenigstens in dieser Beziehung sicher gestellt sein, wenn wir auf die von einem großen Theil des preußischen Volkes gehegten weitergehenden Wünsche und auf die Vortheile verzichten sollen, welche der Mitbesitz der Herzogthümer für uns enthält, ja welche in demselben für beide Mächte und dadurch für Deutschland liegen. Sollen die Herzogthümer aus dem jetzt über ihnen waltenden Schutz Preußens und Oester-

reichs entlassen werden, so müssen sie in eine Lage gebracht werden, welche diesen Schutz für sie selbst, für Deutschland und für uns ersetzt. Nur unter dieser Voraussetzung können wir auch größeren Vortheilen, zu welchen uns die gebrachten Opfer berechtigen würden, entsagen und Rechte aufgeben, welche wir nach allen völkerrechtlichen Grundsätzen durch den Krieg erworben haben, und welche dadurch, daß wir sie mit Oesterreich theilen, nicht minder werthvoll für uns sind.

Ehe daher diese Verhältnisse nicht vollständig und in bindender Weise geregelt sind, können wir zu keiner Veränderung des status quo und namentlich zu keiner Einsetzung eines der Prätendenten als Regenten eines neuen, selbständigen Staates unsere Einwilligung geben.

Unter der Voraussetzung der geeigneten Bürgschaften für die Erfüllung dieser Bedingungen wird die Person des eventuell einzusetzenden Souveräns Gegenstand weiterer Verständigung mit dem Kaiserlichen Hofe sein. Es würde den Gesinnungen Seiner Majestät des Königs, unseres Allergnädigsten Herrn, nicht entsprechen, hierüber eine Entscheidung zu treffen, ehe Er die auf gründlicher Prüfung beruhende Ansicht Seiner juristischen Räthe, der Kronsyndici, welche Er zu einem Gutachten über die Rechtsfrage aufgefordert hat, gehört haben wird. Die materiellen Bedingungen bleiben aber dieselben, wie diese Entscheidung auch ausfallen möge, indem die Lebensbedingungen des eventuellen Staates und seine Beziehungen zu Preußen von der Person seines Regenten unabhängig sind. Sie beruhen auf der Natur der Dinge und auf den Pflichten, welche Preußen zu übernehmen haben wird.

Es ist daher auch selbstverständlich, daß die gegenwärtige Besetzung der Herzogthümer fortdauert, bis die neuen Einrichtungen in allen wesentlichen Stücken ausgeführt worden sind, da wir die Erfüllung unserer Forde-

rungen nicht von der Willkür oder von zufälligen Hindernissen, auf welche sie nachträglich stoßen könnten, abhängig machen können. Eine spätere Nichterfüllung würde alle unsere Rechte, welche wir nur unter dieser Bedingung und mit dem bestimmten Vorbehalt des Rückfalles aufgeben können, wieder ins Leben treten lassen.

Ew. Excellenz ersuche ich ergebenst, unsere Vorschläge dem Herrn Grafen Mensdorff vorzulegen, und ermächtige Sie auch, demselben den gegenwärtigen Erlaß vollständig mitzutheilen.

Sollten unsere Vorschläge auf Schwierigkeiten stoßen, so müssen wir uns weitere Entschließung vorbehalten.



Die Februarbedingungen (Anlage der vorstehenden Depesche) beruhten auf der Grundlage:

„Der neu zu gründende Staat Schleswig-Holstein schließt ein ewiges und unauflösliches Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen, vermöge dessen letzteres sich zum Schutze und zur Vertheidigung der Herzogthümer gegen jeden feindlichen Angriff verpflichtet, Schleswig-Holstein dagegen Seiner Majestät dem Könige von Preußen die gesammte Wehrkraft beider Herzogthümer zur Verfügung stellt, um sie innerhalb der preußischen Armee und Flotte zum Schutze beider Länder und ihrer Interessen zu verwenden.“ Die Territorialabtretungen an Preußen sollten die Stadt Sonderburg, die Feste Friedrichsort und die Mündungen des Nord-Ostsee-Canals umfassen.

Im Abgeordnetenhause, das die Herzogthümer dem Herzoge Friedrich ausliefern wollte, sagte 1. Juni 1865 Herr v. Bismarck: „Herzog von Schleswig-Holstein und Lauenburg sind Se. Majestät der König von Preußen und Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich. Die Landesherren beabsichtigen, die Stände ihrer Herzogthümer demnächst zu berufen, um mit ihnen zu unterhandeln. Wir wollen sie nicht vergewaltigen, aber auch uns nicht vergewaltigen lassen; wir wollen mit ihnen unterhandeln. Kommen

wir und Oesterreich mit ihnen zu friedlicher Verständigung in der Sache, so wird dies ein allerseits und auch für Preußen erwünschtes Resultat sein; gelingt es nicht, so werden keine Beschlüsse, keine Proklamationen der Stände, kein einseitiges Vorgehen im Stande sein, Preußen aus den Herzogthümern herauszumaßregeln."

Wenige Wochen darauf sagte Herr v. Bismarck in Carlsbad zu dem französischen Gesandten am Wiener Hofe, Herzog von Gramont: „Er wünsche eine kriegerische Auseinandersetzung mit Oesterreich, Preußen werde mit Güte oder Gewalt die Suprematie in Deutschland erlangen."



An seine Gemahlin.

Carlsbad, 12. Juli 1865.

Ich schäme mich, daß ich Dir zu Deinem Geburtstage nicht geschrieben habe; aber es ist soviel Müssen in meinem Leben, daß ich selten zum Wollen komme. Das Tretrad geht Tag für Tag seinen Weg, und ich komme mir vor wie der müde Gaul darauf, der es unter sich fortschiebt, ohne von der Stelle zu gelangen. Einen um den andern Tag kommt ein Feldjäger, einen um den andern geht einer, dazwischen zusätzliche von Wien, München, Rom; die Papierlast mehrt sich, die Minister sind versprengt, und ich muß von diesem Centrum aus an jeden einzeln schreiben.

Das Manöver hoffe ich Euch abzuwenden; soviel ich weiß, ist die direkte Eingabe noch gar nicht an den König gelangt; ich habe die Sache aber vorgetragen und S. Majestät hat Untersuchung der Futterzustände von Mensch und Pferd versprochen. Ich werde morgen im Militärkabinet nachfragen, wie weit die Schreiberei gediehen ist.

An dieselbe.

Carlsbad, 13. Juli 1865.

Den ganzen Tag über habe ich geschrieben, diktirt, gelesen, den Berg herunter und wieder erstiegen wegen Vortrag beim König. Nun schließt der Couriersack und ich den Brief. Ueber den Tisch sehe ich aufs Erzgebirge, die Tepl entlang ins Abendroth, recht schön, aber ich fühle mich ledern und alt. Der König geht den 19. von hier, in 5 Tagen nach Gastein, wo der Kaiser hinkommen will. Unterwegs werde ich irgendwo in Bayern ** sehen. Keine Ruh bei Tag und Nacht. Mit dem Frieden sieht es faul aus; in Gastein muß es sich entscheiden.

An dieselbe.

Gastein, 4. August 1865.

Ich fange an die Tage zu zählen, die ich in dieser Nebelkammer abzusitzen habe. Wie die Sonne aussieht, davon haben wir nur noch dunkle Erinnnerungen aus einer besseren Vergangenheit. Seit heut ist es wenigstens kalt, bis dahin schwüle, feuchte Wärme, Abwechselung nur in der Form des Regens, und immer Ungewißheit, ob man von Regen oder Schweiß naß wird, wenn man die Promenadentreppen auf- oder abwärts im Schmutze patscht. Wie Leute ohne Geschäfte es hier aushalten, verstehe ich nicht. Mir bleibt mit Baden, Arbeiten, Diner, Vortrag und Thee bei Sr. Majestät kaum Zeit, mir die Scheußlichkeiten der Situation klar zu machen. Seit drei Tagen ist ein komisches Theater hier, aber man schämt sich fast drin zu sein, und die meisten scheuen den Weg durch den Regen. Ich befinde mich bei dem allen sehr wohl, be-

sonders seitdem wir Kaltenhäuser Bier hier haben. * und * tief niedergeschlagen, weil sie nicht wissen, was sie trinken sollen. Der Wirth giebt ihnen schlechtes Bier, damit sie den schlechteren Wein trinken sollen. Sonst läßt sich nichts Merkwürdiges aus dieser Dampfwaschküche melden, wenn ich nicht in Politik verfallen will.

An dieselbe.

Gastein, 14. August 1865.

Ich habe einige Tage lang nicht Muße gefunden, um Dir Nachricht zu geben. Graf Blome ist wieder hier, und wir arbeiten eifrig an Erhaltung des Friedens und Verklebung der Risse im Bau. Vorgestern habe ich einen Tag der Jagd gewidmet; ich denke, daß ich Dir schrieb, wie erfolglos die erste war, diesmal habe ich wenigstens ein Kälbchen geschossen, mehr aber auch nicht gesehen während der 3 Stunden, wo ich mich regungslos den Experimenten der verschiedensten Insekten preisgab, und die geräuschvolle Thätigkeit des unter mir fließenden Wassersturzes mich die tiefe Begründung des Gefühls erkennen ließ, welches irgend jemandem vor mir den Wunsch entriß: Bächlein, laß dein Rauschen sein! Auch in meinem Zimmer hat dieser Wunsch Tag und Nacht seine Berechtigung; man athmet auf, wenn man einen Ort erreicht, wo man den brutalen Lärm des Wasserfalls nicht hört. Schließlich war es aber ein recht hübscher Schuß, quer über die Schlucht, todt unter Feuer und stürzte kopfüber in den Bach einige Kirchthurmlängen unter mir. Mit der Gesundheit geht es gut, und fühle ich mich viel kräftiger. Wir reisen am 19., also Sonnabend, nach Salzburg; dort wird wohl der Kaiser seinen Besuch machen und 1 bis

2 Tage, nebst Ischl, hingehen. Dann geht der König nach Hohenschwangau, ich nach München, und in Baden stoße ich wieder zu Sr. Majestät. Was dann weiter wird, hängt von der Politik ab. Bist Du noch in Homburg so lange, so hoffe ich von Baden her doch einen Abstecher zu Dir zu machen, um mich des Behagens der Häuslichkeit erfreuen zu können.

Am nämlichen Tage wurde von Bismarck und Blome die Convention von Gastein unterzeichnet, wonach, unbeschadet der Rechte beider Großmächte auf beide Herzogthümer, die Regierung Schleswigs an Preußen, die Holsteins an Oesterreich überlassen und Lauenburg gegen Bezahlung von 2½ Millionen dänischen Reichsthalern von Oesterreich an Preußen abgetreten werden sollte. Auf der Rückreise von Gastein hatten König Wilhelm und Bismarck in Salzburg und Ischl eine Zusammenkunft mit Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Mensdorff. Zum Gouverneur von Schleswig ernannte König Wilhelm den General v. Manteuffel, zum Statthalter von Holstein Kaiser Franz Joseph den Feldmarschalllieutenant v. Gablenz. Bismarck wurde wegen seiner verdienstlichen Leitung der preußischen Politik am 16. September vom König in den Grafenstand erhoben. Bei der Erbhuldigung der Ritterschaft und Landschaft von Lauenburg am 26. September nahm er, als Minister für Lauenburg, den Huldigungseid entgegen. Von da reiste er über Paris nach Biarritz, wo um jene Zeit Kaiser Napoleon die Kur gebrauchte.

Die parlamentarischen Verhältnisse besserten sich trotz Düppel, Alsen, Wien (wo der Friede geschlossen wurde) keineswegs. Es kam so weit, daß der Abgeordnete Virchow dem Ministerpräsidenten Mangel an Wahrheit vorwarf, wofür dieser ihm eine Herausforderung zum Zweikampf zuschickte, der jedoch abgewandt wurde. Der hier folgende Brief nimmt hierauf Bezug, ebenso wie auf die Photographie, in welcher Herr von Bismarck sich neben der Lucca hatte darstellen lassen.

Lieber André!

Berlin, 26. December 1865.

Wenn auch meine Zeit knapp bemessen ist, so vermag ich doch nicht, mir die Beantwortung einer Interpellation zu versagen, die mir in Berufung auf Christi Namen aus ehrlichem Herzen gestellt wird. Es ist mir herzlich leid, wenn ich gläubigen Christen Aergerniß gebe, aber gewiß bin ich, daß das in meinem Beruf nicht ausbleiben kann; ich will nicht davon reden, daß es in den Lagern, welche mir mit Nothwendigkeit politisch gegenüber stehen, ohne Zweifel zahlreiche Christen giebt, die mir auf dem Weg des Heils weit voraus sind, und mit denen ich doch vermöge dessen, was beiderseits irdisch ist, im Kampf zu leben habe; ich will mich nur darauf berufen, daß Sie selbst sagen: „Verborgen bleibt vom Thun und Lassen in weiten Kreisen nichts". Wo ist der Mann, der in solcher Lage nicht Aergerniß geben sollte, gerechtes oder ungerechtes? Ich gebe Ihnen mehr zu, denn Ihre Aeußerung vom Verborgenbleiben ist nicht richtig. Wollte Gott, daß ich außer dem, was der Welt bekannt wird, nicht andere Sünden auf meiner Seele hätte, für die ich nur im Vertrauen auf Christi Blut Vergebung hoffe! Als Staatsmann bin ich nicht einmal hinreichend rücksichtslos, meinem Gefühl nach eher feig, und das, weil es nicht leicht ist, in den Fragen, die an mich herantreten, immer die Klarheit zu gewinnen, auf deren Boden das Gottvertrauen wächst. Wer mich einen gewissenlosen Politiker schilt, thut mir Unrecht, er soll sein Gewissen auf diesem Kampfplatz erst selbst einmal versuchen. Was die Virchow'sche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rath annimmt; wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in demjenigen Glauben, den ich mir in langem und schwerem Kampfe, aber in

ehrlichem und demüthigem Gebet vor Gott gestärkt habe und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt. Was Kirchenbesuch anbelangt, so ist es unrichtig, daß ich niemals ein Gotteshaus besuche. Ich bin seit fast 7 Monaten entweder abwesend oder krank; wer also hat die Beobachtung gemacht? Ich gebe bereitwillig zu, daß es öfter geschehen könnte, aber es ist nicht so sehr aus Zeitmangel, als aus Rücksicht auf meine Gesundheit, daß es unterbleibt, namentlich im Winter, und denen, die sich in dieser Beziehung zum Richter über mich berufen fühlen, will ich gern genauere Auskunft darüber geben, Sie selbst werden es mir ohne medizinische Details glauben. Ueber die Lucca-Photographie würden auch Sie vermuthlich weniger streng urtheilen, wenn Sie wüßten, welchen Zufälligkeiten sie ihre Entstehung verdankt hat. Außerdem ist die jetzige Frau von Rahden, wenn auch Sängerin, doch eine Dame, der man ebenso wenig wie mir selbst jemals unerlaubte Beziehungen nachgesagt hat. Dessen ungeachtet würde ich, wenn ich in dem ruhigen Augenblick das Aergerniß erwogen hätte, welches viele und treue Freunde an diesem Scherz genommen haben, aus dem Bereich des auf uns gerichteten Glases zurückgetreten sein. Sie sehen aus der Umständlichkeit, mit der ich Ihnen Auskunft gebe, daß ich Ihr Schreiben als ein wohlgemeintes auffasse und mich in keiner Weise des Urtheils derer, die mit mir denselben Glauben bekennen, zu überheben strebe. Von Ihrer Freundschaft aber und von Ihrer eigenen christlichen Erkenntniß erwarte ich, daß Sie den Urtheilenden Vorsicht und Milde bei künftigen Gelegenheiten empfehlen, wir bedürfen derer Alle. Wenn ich unter der Vollzahl der Sünder, die des Ruhmes an Gott mangeln, hoffe, daß seine Gnade auch mir in den Gefahren und Zweifeln meines Berufes den Stab demüthigen Glaubens nicht

nehmen werde, an dem ich meinen Weg zu finden suche, so soll mich dieses Vertrauen weder harthörig gegen tadelnde Freundesworte, noch zornig gegen liebloses und hoffährtiges Urteil machen. In Eile Ihr

v. Bismarck.

An den Gesandten Herrn von Werther in Wien.

Berlin, 26. Januar 1866.

In meinem Erlaß vom 20. d. M. habe ich die Lage der Dinge in Holstein, zu deren Kenntniß Ew. ꝛc. in meinen anderweitigen Mittheilungen ein reiches Material zu Gebote stand, zusammenfassend besprochen und Sie ersucht, dem Herrn Grafen Mensdorff über die Rückwirkung der Vorgänge in Holstein auf den Gesammtcharacter unserer Beziehungen zu Oesterreich keinen Zweifel zu lassen. Die neuerlichen Nachrichten aus Altona nöthigen mich, darauf zurückzukommen. Man wird auch in Wien fühlen, daß die dort stattgefundene Versammlung schleswig-holsteinischer Kampfgenossen und Vereine nicht mehr blos ein einzelnes Glied in der Kette scheinbar unbedeutender Vorkommnisse bildet, über welche wir uns seit Langem zu beschweren gehabt, sondern daß sie eine entscheidende Wendung bezeichnet, bei welcher sich herausstellen muß, welchen Character das Wiener Cabinet seinen Beziehungen zu uns geben will.

Diese Versammlung ist in der That eine Erscheinung, auf deren Zulassung auf dem Gebiet des österreichischen Regiments in Holstein wir selbst nach den bisherigen Vorgängen nicht gefaßt sein konnten. Eine Massendemonstration, bestimmt zur Agitation theils für Zwecke, welche die Landesregierung kurz vorher in ausdrücklichem Auftrage des Statthalters abgelehnt hatte, theils ausdrücklich

und direct gegen Preußen; diese Demonstration, zuerst polizeilich beanstandet, dann von der Landesregierung nach Verständigung mit dem Vorstande in einer Weise zugelassen, daß, wenn nur keine Resolutionen gefaßt wurden, den aufregendsten Reden der weiteste Spielraum gegönnt wurde; endlich die Versammlung von leitenden Demokraten aus anderen deutschen Ländern besucht, ganz in derselben Weise, wie die Versammlungen in Frankfurt, und zu demselben Zwecke.

Der Plan zu dieser Versammlung zeigt, wie man im Lande die Erklärungen der Landesregierung und des Statthalters über die Agitation wegen Berufung der Stände aufgefaßt und verstanden hatte, und die Zulassung derselben hat leider bewiesen, daß dies ein richtiges Verständniß war.

Es erscheint fast unbegreiflich, daß es zu diesem Punkte hat kommen können, wenn wir auf die Tage von Gastein und Salzburg zurückblicken. Ich durfte damals annehmen, daß Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und seine Minister ebenso klar wie wir über den gemeinsamen Feind beider Mächte, die Revolution, sähen, und wir glaubten, über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen dieselbe einig zu sein. Auf diese Ueberzeugung gestützt, machten wir in Wien den Vorschlag des Vorgehens in Frankfurt, auf welchen das Kaiserliche Cabinet einging, dem es aber bald die Spitze abzubrechen suchte und dessen Wirkung dadurch in Nichts verlaufen ist. Dieses Verhalten war wohl geeignet, uns bedenklich zu machen, indessen konnten wir doch diese Lauheit und Zurückhaltung noch einer gewissen Passivität und der Nachwirkung früherer Traditionen zuschreiben. Wir durften daher, wenn uns auch diese Erfahrung für die Zukunft zur Vorsicht mahnte, uns doch enthalten, besorglichere Folgerungen daraus zu ziehen.

Das gegenwärtige Verhalten der Kaiserlichen Regierung in Holstein trägt einen anderen Character. Wir müssen es geradezu als ein aggressives bezeichnen, und die Kaiserliche Regierung steht nicht an, genau dieselben Mittel der Agitation gegen uns ins Feld zu führen, welche sie mit uns gemeinsam in Frankfurt hatte bekämpfen wollen. Worin unterscheidet sich jene, durch den Zuzug von Führern der Demokratie aus Hessen, Frankfurt, Bayern illustrirte Massenversammlung von denjenigen Versammlungen, über deren Zulassung Oesterreich selbst mit uns in Frankfurt Beschwerde geführt hat? Höchstens dadurch, daß der Kaiserlichen Statthalterschaft in den holsteinschen Gesetzen wirksamere Gegenmittel zu Gebote gestanden, als dem Frankfurter Senate, daß die Wühlerei in Holstein einen bestimmteren und greifbareren Gegenstand hat und noch unmittelbarer und feindlicher gegen Preußen gerichtet ist. Durch den Gasteiner Vertrag ist jedes der beiden Herzogthümer gleichsam als ein anvertrautes Pfand der Treue und Gewissenhaftigkeit des einen der beiden Mitbesitzer übergeben; wir hatten die Hoffnung, von da aus zu einer weiteren Verständigung zu gelangen, und wir haben das Recht zu fordern, daß bis zu dem Eintritt dieser Verständigung jenes Pfand selber unverletzt erhalten werde. Eine Beschädigung desselben, wie sie durch diese Umtriebe bewirkt wird, können und wollen wir uns nicht gefallen lassen. Das Preisgeben aller Autorität, die Zulassung offenbarer Mißachtung und Verhöhnung selbstgegebener Bestimmungen, die grundsätzliche Nichtanwendung bestehender Gesetze unter Anfechtung der Gültigkeit derselben seitens der Kaiserlichen Regierung sind erhebliche Beschädigungen der monarchischen Grundlagen, welche in den durch einen opfervollen Krieg unserer Fürsorge gegebenen Ländern aufrecht zu erhalten wir uns verpflichtet erachten.

Es bedarf keiner besonderen Auseinandersetzung, welchen Eindruck ein solches Verfahren seines Bundesgenossen im Kriege, jetzt im Frieden auf Seine Majestät den König, unseren Allergnädigsten Herrn, machen, wie schmerzlich es ihn berühren müsse, revolutionäre und jedem Thron feindliche Bestrebungen unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers entfaltet zu sehen, und wie solche Eindrücke dahin führen müssen, das von Seiner Majestät lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Mächte zu erschüttern und zu schwächen!

Die Regierung Seiner Majestät des Königs bittet demnach das Kaiserliche Cabinet im Namen der beiderseitigen Interessen, den Schädigungen, welche die monarchischen Grundsätze, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte Verfahren leiden, ein Ziel zu setzen; sie hält es für ein Leichtes, wenn die Gesetze des Landes, an deren Bestehen kein ernster Zweifel obwalten kann, zur Anwendung gebracht werden, den unwürdigen Schmähungen in Presse und Vereinen gegen seine Bundesgenossen und Mitbesitzer ein Ende zu machen und die Einwendung des sogenannten Kieler Hofes auf das Land, welche einen fortwährenden Widerspruch und Angriff gegen sein wie gegen unser Recht enthält, für die Zukunft unmöglich zu machen. Wir verlangen kein nachgiebiges Zugeständniß, kein Aufgeben irgend eines österreichischen Rechtes in den Herzogthümern, sondern nur die Erhaltung des gemeinsamen Rechts; nichts Anderes, als was Oesterreich ebenso sehr seiner eigenen, wie unserer Stellung schuldig ist; auch nichts Anderes, als was die Kaiserliche Regierung jeden Augenblick ohne irgend ein Opfer oder eine Schädigung ihrer Interessen auszuführen in der Lage ist. Mag dies gemeinsame Recht für Oesterreich von geringerem Werthe sein, für Preußen ist die Feststellung und Durchführung

desselben eine von ihrer Gesammtpolitik untrennbare Lebensfrage der jetzigen Regierung Seiner Majestät des Königs.

Eine verneinende oder ausweichende Antwort auf unsere Bitte würde uns die Ueberzeugung geben, daß die Kaiserliche Regierung nicht den Willen habe, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, sondern daß die Preußen abgeneigten Tendenzen, daß ein, wie wir hofften, überwundener traditioneller Antagonismus gegen Preußen, welcher sich jetzt das Gebiet der Herzogthümer zum Felde seiner Wirksamkeit ausersehen hat, in ihr mächtiger ist, als das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Interessen! Es würde dies für die Königliche Regierung, es würde vor Allem für Seine Majestät den König selbst eine schmerzliche Enttäuschung sein, welche wir wünschen und hoffen, uns erspart zu sehen. Aber es ist ein unabweisbares Bedürfniß für uns, Klarheit in unsere Verhältnisse zu bringen. Wir müssen, wenn die von uns aufrichtig angestrebte intime Gemeinsamkeit der Gesammtpolitik beider Mächte sich nicht verwirklichen läßt, für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen, und von derselben den Gebrauch machen, welchen wir den Interessen Preußens entsprechend halten.

Ich bitte Ew. 2c., hierüber dem Herrn Grafen von Mensdorff keine Zweifel zu lassen. Der Augenblick ist zu ernst, und die neuesten Vorgänge, welche auch in Wien nicht mehr ignorirt werden können, und deren Auffassung und Behandlung auf die Haltung und die Absichten des Kaiserlichen Cabinets ein für uns entscheidendes Licht werfen muß, haben die Verhältnisse zu sehr auf die Spitze getrieben, als daß eine weniger offene Sprache an der Zeit wäre.

Die Antwort des Grafen Mensdorff vom 7. Februar wies diese Anklagen entschieden zurück. Die Situation war somit von der Art, daß man an einen baldigen Ausbruch des Krieges denken mußte. In Berlin wurde am 28. Februar unter dem Vorsitz des Königs Ministerrath gehalten, welchem auch der Gouverneur von Schleswig, der Chef des Generalstabs und der Gesandte in Paris beiwohnten. Vorschreiten auf dem bisher verfolgten Wege, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, war der einstimmige Beschluß. Der Marschallsrath in Wien, der unter Zuziehung des Feldzeugmeisters Benedek am 10. März gehalten wurde, war das Seitenstück dazu. Ansammlung von Truppen in Böhmen und Mähren wurde sofort angeordnet. Mensdorffs Rundschreiben an die deutschen Regierungen (außer Preußen) sprach den Plan aus, die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bund zu übertragen und forderte zur Kriegsbereitschaft an der Seite Oesterreichs auf. An die nämliche Adresse richtete Bismarck sein Rundschreiben vom 24. März, nachdem er beim Empfang der Depesche vom 7. Februar dem Grafen Karolyi erklärt hatte, daß die Beziehungen Preußens zu Oesterreich nun, anstatt des intimen Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt worden seien, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen, nicht besser, aber auch nicht schlimmer als zu jeder fremden Macht.

An die Schleswig-Holstein'sche Ritterschaft.

Berlin, 2. März 1866.

„Ew. — und den Herren, welche mit Ihnen das Schreiben vom 23. Januar d. J. an mich gerichtet haben, danke ich im Auftrage des Königs, meines Allergnädigsten Herrn, für das Vertrauen, welches Sie Allerhöchstdemselben durch den von Ihnen gethanen Schritt bewiesen haben.

Seine Majestät beklagt mit Ihnen, daß die Uebelstände, welche der gegenwärtige Uebergangs-Zustand mit

sich bringt, durch die aufregende Thätigkeit einer Partei gesteigert werden, deren Ansprüche im Rechte nicht begründet und mit den Verträgen von Wien und Gastein nicht vereinbar sind. Die Königliche Regierung hat sich bemüht, durch Verhandlungen mit der Kaiserlich österreichischen den durch jene Verbindung geschaffenen Rechtszustand sicher zu stellen und jeder Beeinträchtigung des inneren Friedens der Herzogthümer, jeder Gefährdung ihrer Zukunft vorzubeugen. Ich hoffe, daß die Erreichung dieses Zweckes der Weisheit der beiden Monarchen gelingen werde, in deren Hände der Wiener Friede die Entscheidung über die Zukunft Schleswig - Holsteins gelegt hat.

Ich habe schon früher Gelegenheit gehabt, mich öffentlich darüber auszusprechen, daß unter den verschiedenen Formen, in welchen die Rechte Preußens und die Interessen Deutschlands in den Herzogthümern gewahrt werden können, die Vereinigung mit der Preußischen Monarchie die für Schleswig-Holstein selbst vortheilhafteste sei. Das Ansehen, dessen die Namen der Herren Unterzeichner in Ihrer Heimath genießen, giebt der Thatsache, daß Sie mit mir diese Ueberzeugung theilen, ein erhöhtes Gewicht und ermuthigt die Königliche Regierung zu neuen Bestrebungen, die Zustimmung Oesterreichs zu dieser Lösung der schwebenden Frage zu gewinnen und so die Preußischen von der Königlichen Regierung unter allen Umständen festzuhaltenden Ansprüche unter Bedingungen zu befriedigen, welche gleichzeitig die Wiederherstellung einheitlicher Verwaltung der Herzogthümer herbeiführen und ihre Wohlfahrt ebenso wie ihre Sicherheit verbürgen würden. . . .“

An die Vertreter Preußens bei den deutschen Regierungen.

Berlin, 24. März 1866.

Als im August v. J. die Gasteiner Uebereinkunft geschlossen worden war, durften wir hoffen, eine Basis gewonnen zu haben, auf welcher die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage ohne Nachtheil für das freundschaftliche Einvernehmen beider Mächte abgewartet werden könne. Aber schon bis zum Januar d. J. waren durch das Verhalten Oesterreichs in Holstein die Dinge so weit gediehen, daß wir uns in Depeschen an den Königlichen Gesandten, welche das Datum des 20. und 26. Januar trugen, mit ernsten Beschwerden an die Kaiserlich österreichische Regierung wenden mußten.

Wir hatten uns darüber zu beklagen, daß Oesterreich fortfuhr, sich in directen Widerspruch zu setzen mit den Basen, auf welchen der Wiener Frieden und demnächst die Gasteiner Convention beruhten. Denn während Oesterreich in diesem Frieden die Abtretung der Herzogthümer vom König Christian IX., welcher auf Grund der im Jahre 1853 eingeführten und von Oesterreich anerkannten Thronfolge im Besitz derselben war, mit uns gemeinschaftlich angenommen hatte, war jetzt die Thätigkeit der österreichischen Verwaltung in Holstein darauf gerichtet, dieses dem Könige, unserm allergnädigsten Herrn, in Gemeinschaft mit Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich gehörige Land ohne Preußens Einwilligung dem Prinzen von Augustenburg thatsächlich zu überantworten, welcher kein Recht auf dasselbe hat, und dessen Ansprüche früher von Oesterreich selbst entschieden bestritten worden waren. Wir trugen diese Beschwerden der Kaiserlichen Regierung in einer eben so freundschaftlichen als klaren Sprache vor und baten sie im Interesse unserer intimen Beziehungen

um Abstellung derselben und um ungefährdete Erhaltung des in Wien und Gastein stipulirten status quo. Wir fügten hinzu, daß, wenn unsere Bitte erfolglos bliebe, wir darin mit Bedauern ein Symptom der Gesinnung Oesterreichs gegen uns sehen müßten, welches uns das Vertrauen auf die Zuverlässigkeit unserer Allianz nehmen würde. In diesem unerwünschten Falle würden wir die Phase der seit zwei Jahren bestandenen intimen Beziehungen als abgeschlossen betrachten und gegen die ferneren Wirkungen des aus diesen und anderen Symptomen sich ergebenden Uebelwollens des österreichischen Cabinets gegen Preußen anderweite Sicherheit zu gewinnen suchen.

Auf diese von den versöhnlichsten Gesinnungen eingegebene und in der Form freundschaftliche Mittheilung erhielten wir von Wien — in einer Depesche vom 7. Februar — eine ablehnende Antwort.

Wir haben es nicht für angemessen gehalten, nach derselben die Correspondenz fortzusetzen. Ueber die Bedeutung aber, die wir der Antwort Oesterreichs beilegten, habe ich mich dem Grafen Karolyi gegenüber auf sein Befragen bei der ersten Unterredung nach Empfang der Depesche vom 7. Februar dahin ausgesprochen, daß unsere Beziehungen zu Oesterreich nunmehr anstatt des intimen Charakters, den sie während der letzten Jahre angenommen, auf denselben Standpunkt zurückgeführt worden seien, auf dem sie vor dem dänischen Kriege gewesen, nicht besser, aber auch nicht schlimmer, als zu jeder fremden Macht. Vom Krieg ist dabei kein Wort gefallen; und jede Drohung mit Krieg lag uns damals eben so fern, wie jetzt.

Seit dieser Zeit, seit der Mittheilung der Depesche vom 7. Februar, haben beide Mächte gegen einander geschwiegen. Von unserer Seite ist nichts geschehen, um die Situation zu verändern, und dennoch sehen wir mit Er-

staunen Oesterreich plötzlich zu einem großen Kriege Vorbereitungen treffen und uns gleichzeitig den Vorwurf machen, als ob wir es seien, die den Frieden zu stören beabsichtigen. Zahlreiche Mannschaften, nebst Artillerie und anderem Kriegsmaterial, werden aus den östlichen und südlichen Provinzen Oesterreichs nach Norden und Westen gegen unsere Grenze dirigirt, die Regimenter in Kriegsbereitschaft gesetzt, und bald wird eine starke Heeresmacht an unserer vollkommen von allen Gegenmaßregeln entblößten Grenze stehen.

In der Anlage finden Eure .... nähere Angaben über diese Maßregeln. Was bezweckt Oesterreich mit diesen Rüstungen? Will es uns mit Gewalt zwingen, sein intimer Bundesgenosse zu bleiben, oder unser Schweigen durch entgegenkommende Eröffnungen zu brechen? In beiden Beziehungen werden wir unsere Freiheit zu wahren berechtigt sein, und wir können in der drohenden Haltung, welche Oesterreich plötzlich gegen uns einnimmt, nur einen neuen und überzeugenden Beweis einer Gesinnung gegen uns erblicken, welche nur auf einen günstigen Augenblick wartet, um ihren Ausdruck in Thaten zu finden. Bisher haben wir auch nicht den entferntesten Anfang zu Gegenrüstungen gemacht, keinen Mann eingezogen, keine Truppen dislocirt, keine Vorbereitungen getroffen. Aber wir werden, Angesichts der österreichischen Aufstellungen, nun auch unsererseits nicht länger zögern dürfen, damit die Situation von 1850 sich nicht wiederhole, wo eine schlagfertige österreichische Armee drohend an unserer Grenze stand, bevor wir gerüstet waren. Die Behauptung, daß Oesterreichs jetzige Rüstung nur der Defensive gelte, kann uns über ihren drohenden Charakter nicht beruhigen, da von uns keine einzige Maßregel ergriffen war, welche Oesterreich hätte veranlassen können, an seine Vertheidigung zu denken. Wir befürchten, daß die Sprache Oesterreichs sich ändern

würde, sobald ein entscheidender Vorsprung in den Rüstungen ihm eine Ueberlegenheit gäbe. Wenn wir daher nunmehr auch Rüstungen anordnen müssen, so werden wir mit mehr Recht als Oesterreich behaupten können, daß sie einen rein defensiven Charakter tragen und nur durch Oesterreichs unerklärte Rüstungen hervorgerufen sind. Wenn durch dieses Gegenüberstehen von Kriegsheeren die Situation gespannter und die Gefahr eines Conflicts größer wird, so werden nicht wir es sein, welche deshalb ein Vorwurf treffen kann. Denn wir können nicht zugeben, daß Schlesien von Krakau bis zur sächsischen Grenze mit kriegsbereiten Truppen umstellt werde, ohne daß wir Maßregeln zum Schutze des Landes treffen.

Ew. . . . habe ich in dem gegenwärtigen Augenblick nicht unterlassen dürfen, diese Erläuterungen zu geben, und ich ersuche Sie ergebenst, Sich in demselben Sinne gegen die Regierung, bei welcher Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, auszusprechen, damit die Vorbereitungen, zu denen nun auch wir zu schreiten genöthigt sein werden, in richtigem Lichte aufgefaßt werden.

Aber Maßregeln zu unserer augenblicklichen Sicherung sind nicht das einzige, was die Situation gebieterisch von uns fordert. Die Erfahrung, welche wir wiederum über die Zuverlässigkeit eines österreichischen Bündnisses und über die wahren Gesinnungen des Wiener Cabinets gegen uns gemacht haben, nöthigen uns, auch die Zukunft ins Auge zu fassen und uns nach Garantien umzusehen, welche uns die Sicherheit gewähren können, die wir in dem Bunde mit der andern deutschen Großmacht nicht nur vergebens gesucht haben, sondern sogar durch dieselbe bedroht sehen. Preußen ist durch seine Stellung, seinen deutschen Charakter und durch die deutsche Gesinnung seiner Fürsten vor Allem zunächst darauf angewiesen, diese Garantien in Deutschland selbst zu suchen. Auf dem Boden

der deutschen Nationalität und in einer Kräftigung der Bande, welche uns mit den übrigen deutschen Staaten verbinden, dürfen wir hoffen, und werden wir immer zuerst versuchen, die Sicherheit der nationalen Unabhängigkeit zu finden.

Aber so oft wir diesen Gedanken ins Auge fassen, drängt sich von Neuem die Erkenntniß auf, daß der Bund in seiner gegenwärtigen Gestalt für jenen Zweck und für die active Politik, welche große Krisen jeden Augenblick fordern können, nicht ausreichend ist. Seine Einrichtungen waren darauf berechnet, daß die beiden deutschen Großmächte stets einig seien; sie haben bestehen können, so lange dieser Zustand durch eine fortgesetzte Nachgiebigkeit Preußens gegen Oesterreich erhalten wurde, einen ernsthaften Antagonismus der beiden Mächte können sie nicht ertragen, einen drohenden Bruch und Conflict nicht verhüten oder überwinden. Ja, wir haben die Erfahrung machen müssen, daß selbst da, wo die beiden Mächte einig waren, die Bundesinstitutionen nicht ausreichten, um Deutschland an einer activen, nationalen und erfolgreichen Politik Theil nehmen zu lassen. Daß auch das Bundes-Militärwesen nicht in einer der Sicherheit Deutschlands genügenden Weise geordnet ist, haben wir wiederholt gegen unsere Genossen im Bunde ausgesprochen, und uns vergeblich bemüht, es innerhalb der alten Bundesverhältnisse auf neuen angemessenen Grundlagen zu verbessern.

Wir vermögen in der jetzigen Lage der Dinge uns das Vertrauen auf eine wirksame Hülfe des Bundes, im Falle wir angegriffen würden, nicht zu bewahren. Bei jedem Angriffe, sei es von Oesterreich, sei es von andern Mächten, werden wir immer zunächst auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein, wenn nicht ein besonders guter Wille einzelner deutscher Regierungen zu unserer Unterstützung Mittel in Bewegung setzte, welche auf dem gewöhnlichen bundesmäßigen Wege viel zu spät flüssig wer-

den würden, um noch von Werth für uns zu sein. Wir sind gegenwärtig, gegenüber den drohenden Rüstungen Oesterreichs, in der Lage, an unsere Genossen im Bunde die Frage zu richten, ob und in welchem Maße wir auf diesen guten Willen zählen dürfen? Aber auch der vielleicht bei einigen unserer Bundesgenossen augenblicklich vorhandene gute Wille giebt uns für kommende Gefahren keine Beruhigung, weil bei der gegenwärtigen Lage des Bundes und dem Stande der Bundes-Militärverhältnisse die rechtliche oder thatsächliche Möglichkeit, ihn zu bethätigen, vielfach mangeln wird.

Diese Erwägung und die abnorme Lage, in welche Preußen durch die feindselige Haltung der andern im Bunde befindlichen Großmacht gebracht ist, drängt uns die Nothwendigkeit auf, eine den realen Verhältnissen Rechnung tragende Reform des Bundes in Anregung zu bringen. Das Bedürfniß derselben wird sich für uns um so dringlicher fühlbar machen, je weniger wir auf die eben gestellte Frage hinsichtlich des Beistandes, den wir zu gewärtigen haben, eine befriedigende Auskunft erlangen; abweisen aber können wir es in keinem Falle, und wir glauben in der That, daß wir dabei nicht nur in unserem eigenen Interesse handeln. Schon durch die geographische Lage wird das Interesse Preußens und Deutschlands identisch — dies gilt zu unsern wie zu Deutschlands Gunsten. Wenn wir Deutschlands nicht sicher sind, ist unsere Stellung gerade wegen unserer geographischen Lage gefährdeter, als die der meisten andern europäischen Staaten; das Schicksal Preußens aber wird das Schicksal Deutschlands nach sich ziehen, und wir zweifeln nicht, daß, wenn Preußens Kraft einmal gebrochen wäre, Deutschland an der Politik der europäischen Nationen nur noch passiv betheiligt bleiben würde. Dies zu verhüten, sollten alle deutschen Regierungen als eine hei-

lige Pflicht ansehen, und dazu mit Preußen zusammenwirken. Wenn der deutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt und mit seinen jetzigen politischen und militärischen Einrichtungen den großen europäischen Krisen, die aus mehr als einer Ursache jeden Augenblick auftauchen können, entgegengehen soll, so ist nur zu sehr zu befürchten, daß er seiner Aufgabe erliegen und Deutschland vor dem Schicksale Polens nicht schützen werde.

Wir ersuchen die . . . . Regierung, auch ihrerseits die Verhältnisse ernstlich und eingehend in Erwägung zu ziehen, und behalten wir uns baldige weitere Eröffnungen in dieser Richtung vor. Zunächst aber haben wir von derselben eine Beantwortung der oben angedeuteten Frage zu erbitten, ob und in welchem Maße wir auf ihre Unterstützung in dem Falle zu rechnen haben, daß wir von Oesterreich angegriffen oder durch unzweideutige Drohungen zum Kriege genöthigt werden?

Ew. . . . . . . ersuche ich ergebenst, diese Frage, begleitet von den in gegenwärtigem Erlaß entwickelten Betrachtungen, welche Sie zu dem Ende vorzulesen ermächtigt sind, dem Vertreter der dortigen Regierung mündlich, aber amtlich vorzulegen.

Ueber die Aufnahme, welche die Eröffnung gefunden haben wird, sehe ich Ihrem schleunigen Berichte entgegen."

Marquis Wielopolski, Warschau.

Berlin, 14. Mai 1866.

(Dem Marquis Wielopolski, welcher Bismarck zu seiner Errettung bei dem Blind'schen Attentat beglückwünscht hatte, erwiderte er wie folgt:)

. . . . Trotz meiner Geschäfte, die mir Tag und Nacht keinen Augenblick Ruhe lassen, kann ich mir nicht versagen,

Ihnen persönlich zu danken für die Gratulation und die Wünsche, mit denen Sie so gütig waren, mich zu beehren. Sie kennen aus Erfahrung, wie mein Leben beschaffen ist: seine Gefahren, seinen Undank, seine Entbehrungen, die Unzulänglichkeit der Zeit und Kräfte, wobei man nur den einen Trost hat, seine Pflicht zu thun, dem Berufe zu entsprechen, den Gott uns gegeben hat. Sie haben dies auch kennen gelernt, und ich bin Ihrer Sympathie sicher. Glauben Sie nicht, daß Entmuthigung mich so sprechen macht; ich glaube an den Sieg, ohne zu wissen, ob ich ihn sehen werde; aber manchmal überfällt mich eine Erschöpfung.



Preußen stellt am 9. April am Bundestag den Antrag auf Einberufung einer aus directen Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehenden Versammlung, welche die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu berathen habe. Bei der Constituirung der Bundesreform-Commission skizzirte die Preußische Gesandtschaft die Reformvorschläge wie folgt: a) Einführung einer periodisch einzuberufenden Nationalvertretung in den Bundesorganismus. Durch Beschlußfassung der Nationalvertretung wird auf speciell bezeichneten Gebieten der künftigen Bundesgesetzgebung die erforderliche Stimmeneinheit der Bundesglieder ersetzt. b) Zu den Gebieten der Bundesgesetzgebung, auf die sich die Competenz des neugestalteten Bundesorgans zu erstrecken hat, gehören im Allgemeinen die in Art. 64 der Wiener Schlußacte unter dem Namen „gemeinnützige Anordnungen" zusammengefaßten Materien. c) Als neu tritt die im Artikel 19 der Bundesacte ins Auge gefaßte Regulirung des Verkehrswesens hinzu. d) Entwickelung des Art. 18 der Bundesacte, namentlich Freizügigkeit, allgemeines deutsches Heimathsrecht. e) Allgemeine Zoll- und Handelsgesetzgebung, unter dem Gesichtspunkte einer regelmäßigen gemeinsamen Fortentwickelung. f) Die Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen

Handels im Auslande, Regulirung der Consularvertretung Gesammt-Deutschlands, gemeinschaftlicher Schutz der deutschen Schifffahrt und Seeflagge. g) Gründung einer deutschen Kriegsmarine und der erforderlichen Kriegshäfen zur Küstenvertheidigung. h) Revision der Bundeskriegsverfassung zum Zwecke der Consolidirung der vorhandenen militärischen Kräfte in der Richtung und aus dem Gesichtspunkte, daß durch bessere Zusammenfassung der deutschen Wehrkräfte die Gesammtleistung erhöht, die Wirkung gesteigert, die Leistung des Einzelnen möglichst erleichtert werde. Bezüglich der Berufung des Parlaments ad hoc soll für das active Wahlrecht das Princip directer Wahlen und des allgemeinen Stimmrechts maßgebend sein; ein Wahlbezirk von 80- bis 100 000 Seelen hätte einen Deputirten zu wählen. Bezüglich des passiven Wahlrechts erwartet Preußen die Vorschläge des Ausschusses, bezeichnet aber schon jetzt die bezüglichen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom Jahre 1849 für sich als annehmbar. In diesem Sinne wäre sofort ein Wahlgesetz ad hoc zu vereinbaren.



An die Vertreter bei den deutschen Regierungen.

Berlin, 27. Mai 1866.

Wenn wir in der jetzigen Gestaltung des Bundes einer großen Krisis entgegengehen sollten, so ist eine vollständige revolutionäre Zerrüttung in Deutschland bei der Haltlosigkeit der gegenwärtigen Zustände die wahrscheinlichste Folge. Einer solchen Katastrophe kann man lediglich durch eine rechtzeitige Reform von oben her vorbeugen.

Es ist nicht die Masse der unberechtigten Forderungen, welche den revolutionären Bewegungen Kraft verleiht, sondern gewöhnlich ist es der geringe Antheil der berechtigten Forderungen, welcher die wirksamsten Vorwände zur ·tion bietet und den Bewegungen nachhaltige und iche Kraft verleiht.

Unbestreitbar ist eine Anzahl berechtigter Bedürfnisse des deutschen Volkes nicht in dem Maße sicher gestellt, wie es jede große Nation beansprucht. Die Befriedigung derselben im geordneten Wege der Verständigung herbeizuführen, ist die Aufgabe der Bundesreform. Die letztere ist recht eigentlich im Interesse des monarchischen Princips in Deutschland nothwendig. Sie soll durch die Initiative der Regierungen den Uebelständen abhelfen, welche in bewegten Zeiten die Quelle und der Vorwand für gewaltsame Selbsthülfe werden können. In dieser Richtung bewegen sich die Reformvorschläge der Preußischen Regierung. Sie werden sich auf das Allernothwendigste beschränken und den Bundesgenossen auf das Bereitwilligste mit den ihnen erwünschten Modificationen entgegenkommen.

Das Ziel verlangt allerdings Opfer, aber nicht von Einzelnen, sondern von Allen gleichmäßig.

Was Seine Majestät den König persönlich anbetrifft, so liegt Allerhöchst demselben nichts ferner, als Seine Bundesgenossen, die deutschen Fürsten, beeinträchtigen oder unterdrücken zu wollen. Allerhöchstderselbe will mit ihnen als Einer ihres Gleichen gemeinsam für die gemeinsame Sicherheit nach innen und außen sorgen, aber besser als bisher. Wer diesen ernsten Willen und das längst auf dieses Ziel gerichtete Bestreben Seiner Majestät als Ergebniß persönlichen Ehrgeizes schildert, der entstellt die Thatsachen, welche von Allerhöchstdessen Handlungs- und Sinnesweise offenes Zeugniß ablegen. Seine Majestät der König sind stets weit davon entfernt gewesen, einen Ehrgeiz zu hegen, der auf Kosten der Nachbarn und Bundesgenossen Befriedigung gesucht hätte, wenn Allerhöchstdieselben auch nach mannigfachen Erfahrungen darauf verzichten müssen, die Verleumdungen zum Schweigen zu bringen. Seine Majestät beabsichtigen auch jetzt mit der Bundesreform nicht, den deutschen Fürsten Opfer anzusinnen,

welche Preußen nicht ebenso im Interesse der Gesammtheit zu bringen bereit wäre.

Die Verweigerung der in den Reformvorschlägen der königlichen Regierung aufgestellten verhältnißmäßig geringen und von allen Theilnehmern — Preußen nicht ausgeschlossen — gleichmäßig zu machenden Zugeständnisse, würde unserer Ansicht nach eine schwere Verantwortung für die Zukunft involviren.

Wir haben zunächst mit einzelnen Regierungen über unsere Vorschläge eine Verständigung versucht, sodann im Neunerausschuß in Frankfurt a. M. diese Vorschläge näher wie folgt, bezeichnet.

(Hier folgt die Angabe der einzelnen Punkte, dann fährt die Depesche fort:)

Auf diese bescheidenen Forderungen haben wir uns beschränken zu können geglaubt und zugleich die Versicherung gegeben, daß wir, um im friedlichen Wege zu einer Verständigung darüber zu gelangen, gern unseren Bundesgenossen in Modalitäten entgegenkommen würden.

Erst wenn Preußen auf dem Wege der Verständigung am Bunde und mit den Regierungen alle Mittel vergebens erschöpft haben wird, um auch nur die nothdürftigsten Zugeständnisse zu erlangen, werden wir unser enges Programm erweitern.



Die Depesche des österreichischen Ministers Mensdorff vom 28. April kam auf die Errichtung eines neuen Mittelstaates unter dem Augustenburger und auf die schließliche Entscheidung des deutschen Bundes zurück. Bismarcks Antwort vom 7. Mai hielt fest an den Verträgen von Wien und Gastein, welche dem Bunde kein Recht der Entscheidung über den Besitz des Herzogthums Holstein einräumten.

❦

An die Vertreter Preußens an den fremden Höfen.

Berlin, 4. Juni 1866.

Ich habe Ew. Excellenz schon bei früherer Gelegenheit die Depesche mitgetheilt, welche ich am 7. des letzten Monats dem Königlichen Gesandten in Wien betreffs der Note des Grafen Mensdorff vom 28. April bezüglich der Frage der Elbherzogthümer übermittelt habe. Absichtlich wählte ich für diese Mittheilung die Form einer vertraulichen Darlegung, die nicht in Abschrift übergeben werden sollte, weil die Erfahrung mich gelehrt hatte, daß ein wirkliches Verständniß nicht durch den Austausch von Documenten gefördert wird, welche gewöhnlich unmittelbar Veröffentlichung zu erhalten pflegen, und weil es der vornehmlichste Wunsch der Königlichen Regierung war, dem Wiener Cabinet die Möglichkeit einer Annäherung darzubieten oder offen zu lassen. Wir hatten also zunächst Ursache, anzunehmen, daß dieser unser Schritt in Wien seine Würdigung finden werde, und Graf Mensdorff schien, nach seinen Bemerkungen an Baron von Werther zu urtheilen, in demselben eine solche Möglichkeit wahrgenommen zu haben. In Wahrheit, die Haltung unserer Mittheilung, wo sie immer bekannt wurde, ist als ein Symptom herzlicher Gefühle und wachsender Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens angesehen worden.

Vergebens haben wir auf eine Entgegnung oder selbst nur auf eine bloße Auslassung des Kaiserlichen Gesandten über diesen Gegenstand gewartet.

Im Gegentheil sind wir gezwungen, die Erklärung der österreichischen Regierung beim Bundestage zu Frankfurt a. M. am 1. Juni als die Antwort auf unsere versöhnlichen Eröffnungen zu betrachten. In dieser Erklärung übergiebt Oesterreich nach einer rückblickenden Darlegung, die mit den Thatsachen nicht übereinstimmt und

gegen Preußen beleidigend ist, dem Bundestage die Entscheidung über die schleswig-holstein'sche Frage, und giebt zugleich Kenntniß von einem Acte der Souveränetät in Holstein — nämlich die Einberufung der Stände —, welche es für sich allein zu unternehmen von dem Augenblicke an nicht berechtigt ist, wo es sich selbst durch die Verweisung auf den Bundestag vom Gasteiner Vertrage entbindet und dadurch an Stelle der jüngsten geographischen Theilung das alte Verhältniß des Mitbesitzes setzt.

Wir haben schon in Wien gegen diesen nicht zu rechtfertigenden und einseitigen Act, sowie auch gegen die ebenso nicht zu rechtfertigende Verfügung über unsere Rechte durch die Uebertragung derselben an den Bundestag protestirt und behalten uns vor, weitere Schritte zu thun.

Doch vorab kann ich mich nicht enthalten, zu erklären, daß wir nicht im Stande sind, in diesem Verfahren der österreichischen Regierung etwas anderes wahrzunehmen, als die Absicht einer directen Provocation und den Wunsch, mit Gewalt einen Bruch und Krieg herbeizuführen.

Alle unsere Erkundigungen gestehen zu, daß der Entschluß, gegen Preußen Krieg zu führen, in Wien fest gefaßt ist.

Ich kann Ew. Excellenz auf den Wunsch Sr. Majestät vertraulich mittheilen, daß zu derselben Zeit, als wir die oben erwähnte persönliche Mittheilung dem Hofe zu Wien machten, der König, angetrieben von der Pflicht, den Frieden so lange wie möglich zu erhalten, bereitwillig einen Vorschlag zur directen Verständigung von einer unparteiischen Seite in Wien entgegennahm und Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, ohne Betheiligung des Ministeriums, mittheilte, um sich zu vergewissern, ob Se. Majestät noch von dem Wunsche, den Frieden zu erhalten, angetrieben werde. Der Vorschlag war, die Frage über

Schleswig-Holstein und die Bundesreform gemeinschaftlich zu verhandeln und durch diese Verbindung die Lösung beider zu erleichtern.

Die Verhandlungen, auf Seiten der Vermittler auf die friedlichsten Wünsche gestützt, haben, wie Se. Majestät mir mittheilt, nur erwiesen, daß ein entsprechendes Gefühl in Wien nicht mehr vorhanden ist. Sie haben, ungeachtet der theoretischen Friedensliebe des Kaisers, das Verlangen nach Krieg dargelegt, welches jede andere Erwägung in seinem ganzen Rathe beherrscht, selbst unter Jenen, welche nach unserem Wissen Anfangs gegen den Krieg und selbst gegen die Vorbereitungen und Rüstungen stimmten, und daß dieses Verlangen jetzt auch entscheidenden Einfluß auf den Kaiser selbst gewonnen hat. Nicht allein wurde dort der gänzliche Mangel aller und jeder Bereitwilligkeit bekundet, selbst in vertrauliche Verhandlungen einzutreten und die Möglichkeit einer Verständigung zu discutiren, sondern Auslassungen einflußreicher österreichischer Staatsmänner und Rathgeber des Kaisers sind dem Könige aus einer authentischen Quelle mitgetheilt worden, welche keinen Zweifel lassen, daß die Kaiserlichen Minister Krieg um jeden Preis wünschen, theils in der Hoffnung auf Erfolg im Felde, theils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Contributionen oder durch einen „ehrenvollen" Bankerott Hülfe zu verschaffen.

Die Handlungen der österreichischen Regierung stimmen mit dieser Absicht nur zu genau überein.

Ich habe oben erwähnt, daß wir gezwungen sind, in der dem Bundestage abgegebenen Erklärung eine direkte Provocation zu erkennen.

Sie hat nur einen Sinn, wenn das Wiener Cabinet ihr unmittelbar den ausgesprochenen Bruch folgen zu

lassen beabsichtigt, denn es kann nicht erwartet haben, daß wir uns gutmüthig diesem Angriffe auf unsere Rechte unterwerfen sollten. In einer anderen Angelegenheit, der Zwangsanleihe, die in Italien angeordnet worden und welche den Umständen einen Stachel erhöhter Bitterkeit aufdrückt, zeigt sich, daß Oesterreich auch gegen Italien nur von den extremsten Mitteln Gebrauch machen will. Damit stimmen die Vorbehalte überein, mit denen nach hier erhaltenen Benachrichtigungen es seine Antwort auf die Einladung zur Conferenz begleitete und welche, wie wir hören, von allen drei Mächten einer Weigerung gleich verstanden worden.

Nachdem die Form der Einladung durch Verhandlungen zwischen den einladenden Mächten eigens so abgefaßt worden war, daß Oesterreich anzunehmen im Stande sein sollte, ohne sich selbst irgend etwas im voraus zu vergeben und ohne gezwungen zu sein, Vorbehalte zu machen, so ist es bestimmt das Wiener Cabinet, welches alle diese Mühen fruchtlos macht.

Dahinter können wir nur die entschiedene Absicht Oesterreichs sehen, Krieg mit Preußen zu erzwingen und bei dem Eingehen in Verhandlungen über den Congreß höchstens durch Aufschub Zeit für seine eigenen noch nicht gänzlich vollendeten Anordnungen, besonders aber für die seiner Verbündeten zu gewinnen. Der Krieg ist ein abgemachter Beschluß in Wien; der einzig nächste Punkt ist der, den günstigen Augenblick zu wählen, ihn zu beginnen.

Diese Ueberzeugung ist uns mit gebieterischer Nothwendigkeit durch die meisten jüngsten Thatsachen aufgedrungen worden, und wir sind der Meinung, daß nur eine absichtliche, vorurtheilsvolle Ansicht zu einem entgegengesetzten Schlusse kommen kann. Die Thatsachen sprechen zu laut, als daß leeres Gerede über die Kriegsgelüste

Preußens, welches einzig auf Conjecturen, Combinationen, falsch ausgelegten Darstellungen und leeren Gerüchten fußt, bei einem Vergleiche nicht in Nichts zerfließen sollte. Vielleicht wird man uns zuletzt glauben, wenn wir feierlich gegen jeden Gedanken an den Wunsch, unsere Ansprüche an die Herzogthümer durch Gewalt und mit Mißachtung gegen die Rechte des Mitbesitzers geltend zu machen, protestiren. Jetzt wird es auch wahrscheinlich nicht schwer sein, die wirklichen Beweggründe zu den Rüstungen zu begreifen, durch welche Oesterreich die gegenwärtige Krisis herbeigeführt und deren Beseitigung auf dem Wege des Congresses unmöglich zu machen es sich weiter durch seine angenommene Haltung bemüht hat.

Wir vermögen mit ruhigem Gewissen an das Urtheil aller unparteiischen Staatsmänner zu appelliren, welcher Theil bis zu dem letzten Augenblicke Versöhnung und Friedensliebe entfaltet hat.

Ich ersuche Ew. Excellenz hochachtungsvoll, Sich im Sinne dieser Depesche gegen den Minister des Auswärtigen des Hofes, an dem Sie beglaubigt sind, auszusprechen."



Am 9. Juni ließ Bismarck durch den preußischen Gesandten in Frankfurt, v. Savigny, in der Bundesversammlung erklären, daß Preußen bereit sei, die schleswig-holsteinische Angelegenheit in Verbindung mit der Bundesreform zu behandeln, und legte am 10. Juni den deutschen Regierungen (außer Oesterreich) die Grundzüge einer neuen Bundesverfassung vor, welche die Errichtung eines neuen Bundes, von welchem Oesterreich ausgeschlossen blieb, bestimmte, den Oberbefehl über die Nordarmee dem Könige von Preußen, den über die Südarmee dem König von Bayern übertrug, eine Nationalvertretung anordnete und verschiedene Bestimmungen enthielt, welche nachher in die nord-

deutsche und in die Reichsverfassung übergingen. Oesterreich bezeichnete am 11. Juni den Einmarsch der preußischen Truppen in Holstein als einen Akt gewaltsamer Selbsthilfe und beantragte die schleunige Mobilmachung sämmtlicher nicht zur preußischen Armee gehörigen Armeecorps des Bundesheeres. Dieser Antrag wurde in der Bundessitzung vom 14. Juni (vermöge einer unrichtigen Stimmenzählung) mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen, worauf der preußische Gesandte, welcher gegen die bundeswidrige Behandlung des Antrags protestirt hatte, im Auftrag seiner Regierung den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen, seine Thätigkeit am Bund für beendigt erklärte, zugleich aber auch die Grundzüge einer neuen Einigung vorlegte und Preußens Bereitwilligkeit zum Abschluß eines neuen Bundesvertrags konstatirte.



An die Vertreter Preußens im Auslande.

Berlin, 16. Juni 1866.

Wir hatten es vorausgesehen, daß die unvermutheten und nicht zu rechtfertigenden Rüstungen Oesterreichs eine verhängnißvolle Krisis herbeiführen würden. Diese Krisis ist jetzt ausgebrochen.

Die drei neutralen Mächte haben die Gefahren der Situation zu beschwören gesucht, indem sie die Fragen, welche den Frieden Europas bedrohten, gemeinschaftlichen Berathungen zu unterziehen versuchten; aber ihre Bemühungen sind an dem Widerstreben Oesterreichs gescheitert.

Die Lösung der Elbherzogthümerfrage war durch die Verträge einer gemeinsamen Verständigung zwischen den beiden souveränen Mächten vorbehalten worden. Da Oesterreich sich von seinen Verpflichtungen lossagte, um jene Lösung außerhalb der von ihm unterzeichneten Verträge zu suchen, hat der König, unser erhabener Herr, sich genöthigt gesehen, seine Truppen in Holstein einrücken zu

lassen, ohne indessen damit Oesterreich das Recht streitig zu machen, seine Truppen nach Schleswig rücken zu lassen. Der Bruch des Gasteiner Vertrages berechtigte Se. Majestät zu dieser Maßregel; die Pflicht, seine Rechte zu vertheidigen, gebot sie ihm.

Oesterreich hat es vorgezogen, seine Truppen aus dem Herzogthum abziehen zu lassen, und indem es beim Deutschen Bunde eine willkürliche Klage auf Friedensbruch erhob, machte es dem Bundestage in Frankfurt eine Vorlage, deren bloße Zulassung zur Berathung schon einen offenkundigen Bruch des Bundesvertrages bildet.

Der von Oesterreich in der Sitzung des 11. Juni gestellte Antrag bezweckte nichts weniger, als die Decretirung des Bundeskrieges gegen eines der Bundesglieder, eine mit dem Buchstaben und Geist der Verträge und dem Grundzwecke derselben durchaus unvereinbare Maßnahme.

Dieser Antrag wurde, statt ohne Weiteres beseitigt zu werden, in der Sitzung vom 14. d. M. mit Stimmenmehrheit angenommen.

Diese Verletzung des Bundesvertrages schließt nothwendig die Zerreißung des Bandes, welches die Mitglieder des Deutschen Bundes vereint, in sich. Der Gesandte des Königs war beauftragt, dies am Bundestage in derselben Sitzung zu erklären. Diese Vorgänge haben die Regierung Sr. Majestät von allen Verpflichtungen befreit, welche das Bundesverhältniß ihr bisher auferlegte, wie auch andererseits die bisherigen Bundesmitglieder keinen Anspruch mehr haben, Gerechtsame auszuüben, die ihnen nur in Gemeinschaft mit Preußen zustanden, oder ohne Preußen noch als Vertreter des Bundes aufzutreten.

So sehen wir Bande zerrissen, welche Preußen während der Dauer zweier Generationen um den Preis mancher Opfer aufrecht zu erhalten bestrebt war, wenngleich es

erkennen mußte, daß dieselben nur sehr unvollkommen den Anforderungen der Zeit entsprachen. Aber angesichts der offenen Feindseligkeit, welche der Bundesbeschluß, die Bundesmacht gegen Preußen zu mobilisiren, bekundete, sah sich Se. Majestät in die Nothwendigkeit versetzt, auch seinerseits jene Maßregeln zu treffen, welche die Sorge für die eigene Vertheidigung und die Pflichten gegen sein Volk gebieterisch von ihm forderten.

Die Regierung des Königs hat zu dem Ende den norddeutschen Staaten, die an Preußen angrenzen, ein neues Bündniß angetragen, dessen Annahme die Gefahren beseitigen würde, die wir von der geographischen Lage dieser Staaten mitten zwischen Theilen des Preußischen Gebietes zu fürchten hatten. Sie hat sich bereit erklärt, mit diesen Regierungen und mit einem deutschen Parlamente in Verhandlungen zu treten, um die Hauptpunkte dieses Bündnisses festzustellen. Aber in Erwägung des Standes der Krise, in welcher wir uns befinden, hat sie dieselben ersuchen müssen, vor Allem ihre Truppen auf den Friedensfuß zurück zu versetzen, oder auch sie mit den unserigen zur Bekämpfung der gemeinsamen Gefahr zu vereinigen und ihre Zustimmung zur Berufung eines deutschen Parlaments zu erklären. Die Regierung des Königs ist sich bewußt, bei Formulirung dieser Forderungen sich in so enge Grenzen geschlossen zu haben, als die Sorge für ihre eigene Vertheidigung es ihr gestattete. Wenn so mäßige Vorstellungen nicht angenommen werden, so wird sie sich genöthigt sehen, sich auf ihre eigene Macht zu stützen und gegen die Regierungen, die sich als ihre entschiedenen Gegner erkennen lassen, alle Mittel, über die sie zu verfügen hat, zur Anwendung zu bringen. Die Verantwortlichkeit für die daraus entstehenden Folgen wird in vollem Maße auf diejenigen zurückfallen, die durch ihre feindlichen Antriebe diese Situation geschaffen und im letzten

Augenblicke die Hand, die Preußen ihnen geboten, zurückgestoßen haben werden.

Ich ersuche Sie, Herr . . . ., in diesem Sinne Sich gegen die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, auszusprechen, und ich ermächtige Sie, von dieser Depesche Abschrift zu geben. Empfangen Sie 2c.

An seine Gemahlin.

Sichrow, 1. Juli 1866.

Wir begegnen überall Gefangenen, es sollen schon über 15 000 sein nach den hier vorliegenden Angaben. Jitschin ist gestern von uns mit dem Bajonet genommen, Frankfurter Division, General Tümpling an Hüfte schwer verwundet, nicht tödtlich. Hitze furchtbar. Zufuhr von Proviant schwer; unsere Truppen leiden vor Mattigkeit und Hunger. Im Lande bis hier nicht viel Spuren des Krieges, außer zertretenen Kornfeldern. Die Leute fürchten sich nicht vor den Soldaten, stehen mit Frau und Kind im Sonntagsstaat vor den Thüren und wundern sich.

An dieselbe.

Jitschin, 2. Juli 1866.

Eben von Sichrow her angekommen; auf dem Schlachtfelde hierher lag es noch voll von Leichen, Pferden, Waffen. Unsere Siege sind viel größer, als wir glaubten; es scheint, daß wir jetzt schon über 15 000 Gefangene haben, und an Todten und Verwundeten wird der österreichische Verlust noch höher, gegen 20 000 Mann, angegeben. Zwei

ihrer Corps sind ganz zersprengt, einige Regimenter bis zum letzten Mann vernichtet. Ich habe bisher mehr österreichische Gefangene als preußische Soldaten zu sehen bekommen.

An dieselbe.

Hohenmauth, Montag 9. Juli 1866.

Uns geht es gut; wenn wir nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe werth ist. Aber wir sind eben so schnell berauscht, wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn. Die Oesterreicher stehen in Mähren, und wir sind schon so kühn, daß für morgen unser Hauptquartier da angesagt wird, wo sie heute noch stehen. Gefangene passiren noch immer ein, und Kanonen seit dem 3. bis heut 180. Holen sie ihre Südarmee hervor, so werden wir sie mit Gottes gnädigem Beistande auch schlagen; das Vertrauen ist allgemein. Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so todesmuthig, ruhig, folgsam, gesittet, mit leerem Magen, nassen Kleidern, nassem Lager, wenig Schlaf, abfallenden Stiefelsohlen, freundlich gegen alle, kein Plündern und Sengen, bezahlen, was sie können, und essen verschimmeltes Brod. Es muß doch ein tiefer Fond von Gottesfurcht im gemeinen Mann bei uns sitzen, sonst könnte das alles nicht sein. Nachrichten über Bekannte sind schwer zu haben, man liegt meilenweit auseinander, keiner weiß, wo der andere, und niemand zu schicken, Menschen wohl, aber keine Pferde. Der König exponirte sich am 3. allerdings sehr, und es war sehr gut,

daß ich mit war, denn alle Mahnungen Anderer fruchteten nicht, und Niemand hätte gewagt, so zu reden, wie ich es mir beim letzten Male, welches half, erlaubte, nachdem ein Knäuel von 10 Kürassieren und 15 Pferden vom 6. Kürassier-Regiment neben uns sich blutend wälzte, und die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Die schlimmste sprang zum Glücke nicht. Es ist mir aber doch lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe. Er war enthusiasmirt über seine Truppen und mit Recht, so daß er das Sausen und Einschlagen neben sich gar nicht zu merken schien, ruhig und behaglich wie am Kreuzberg, und fand immer wieder Bataillone, denen er danken und guten Abend sagen mußte, bis wir denn richtig wieder ins Feuer hineingerathen waren. Er hat aber so viel darüber hören müssen, daß er es künftig lassen wird, und Du kannst beruhigt sein; ich glaube auch kaum noch an eine wirkliche Schlacht.



An dieselbe.

Zwittau in Mähren, 11. Juli 1866.

Mir fehlt ein Tintenfaß, da alle besetzt, sonst geht es mir gut, nachdem ich auf Feldbett und Luftmatratze gut geschlafen und durch Brief von Dir um 8 geweckt. Ich war um 11 zu Bett gegangen. Bei Königgrätz ritt ich den großen Fuchs, 13 Stunden im Sattel ohne Futter. Er hielt sehr gut aus, schrak weder vor Schüssen noch vor Leichen, fraß Aehren und Pflaumenblätter mit Vorliebe in den schwierigsten Momenten und ging flott bis ans Ende, wo ich müder schien als das Pferd. Mein erstes Lager für die Nacht war aber auf dem Straßenpflaster von Horic, ohne Stroh, mit Hilfe eines Wagen-

kissens. Es lag alles voll Verwundeter. Der Großherzog von Mecklenburg entdeckte mich und theilte sein Zimmer dann mit mir, R. und 2 Adjutanten, was mir des Regens wegen sehr erwünscht kam. Was König und Granaten anbelangt, schrieb ich Dir schon. Die Generäle hatten alle den Aberglauben, sie als Soldaten dürften dem Könige von Gefahr nicht reden, und schickten mich, der ich auch Major bin, jedesmal an ihn ab.

An dieselbe.

3. August 1866.

Morgen denken wir in Berlin zu sein. Großer Zwist über die Thronrede. Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase. Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt.

Brief von Fritz Reuter an Bismarck.

12. September 1866.

Es treibt mich, Ew. Excellenz, als dem Manne, der die Träume meiner Jugend und die Hoffnungen des gereiften Alters zur faßbaren und im Sonnenscheine glänzenden Wahrheit verwirklicht hat, ich meine die Einheit Deutschlands, meinen tiefgefühlten Dank zu sagen. Nicht Autoreneitelkeit, sondern nur der lebhafte Wunsch, für so viele schöne Realität, die Ew. Excellenz dem Vaterlande geschenkt haben, auch etwas Reales zu

bieten, veranlaßt mich, diesem Danke den Inhalt des beifolgenden Packets beizufügen. Möchten Ew. Excellenz diesen meinen etwas zudringlichen Kindern ein bescheidenes Plätzchen in Ihrer Bibliothek gönnen und möchten die dummen Jungen im Stande sein, mit ihren tollen Sprüngen Sie auf Augenblicke die schweren Sorgen und harten Mühen Ihres Lebens vergessen zu lassen. Gott segne Sie für Ihr Thun! Sie haben sich mehr Herzen gewonnen als Sie ahnen, so z. B. auch das

Ihres ergebensten Fritz Reuter, Dr.

Graf Bismarck antwortete (17. September):

Ew. Hochwohlgeboren sage ich meinen herzlichen Dank für die freundliche Sendung, mit welcher Sie Ihre inhaltsvolle Zuschrift vom 4. d. M. begleiteten. Als alte Freunde habe ich die Schaar Ihrer Kinder begrüßt und sie alle willkommen geheißen, die in frischen, mir heimathlich vertrauten Klängen von unseres Volkes Herzschlag Kunde geben. Noch ist, was die Jugend erhoffte, nicht Wirklichkeit geworden; mit der Gegenwart aber versöhnt es, wenn der auserwählte Volksdichter in ihr die Zukunft gesichert erschaut, der er Freiheit und Leben zu opfern stets bereit war.

Herrn von Werther, Wien.

Berlin, 14. April 1867.

Der Graf Tauffkirchen hat mir, legitimirt durch ein Schreiben des Fürsten Hohenlohe an mich, in dessen Auftrage mit Genehmigung des Königs von Bayern erklärt, daß die bayerische Regierung wünsche, eine wechsel-

seitige Anlehnung zwischen Deutschland und Oesterreich zum Zweck der Rückendeckung gegen Frankreich hergestellt zu sehen. Ich habe ihm darauf im Wesentlichen Folgendes erwidert: es sei seit der Wiederherstellung des Friedens stets unser Wunsch gewesen, das freundschaftliche Verhältniß mit Oesterreich zu gewinnen, welches den beiderseitigen Interessen und der beiderseitigen Vergangenheit entspreche. Zu den allgemeinen Gründen dieser unserer Disposition habe sich in neuester Zeit das besondere Motiv gesellt, den Frieden zu erhalten. Diesen Zweck würde eine Defensivallianz Oesterreichs mit Preußen und seinen deutschen Verbündeten erreichen, weil einer solchen gegenüber Frankreich einen Angriff auf Deutschland nicht unternehmen würde.

Ich habe die Gelegenheit benutzt, zugleich über die Vortheile zu sprechen, welche wir Oesterreich bieten könnten, und in dieser Beziehung folgenden Gedanken geäußert:

Wir können Oesterreich dasjenige gewähren, was ihm früher der deutsche Bund gewährt habe, das heißt innere und äußere Sicherheit; die letztere in zweifellos defensiver Beschränkung entweder

a) für die ganze österreichische Monarchie auf Zeit, etwa auf ein bis drei Jahre, oder

b) für den deutschen Theil durch ein dauerndes Bündniß ohne bundestägliche Verfassung, rein als internationaler Vertrag aufgefaßt.

Auch werde sich:

c) ein zeitweiliges Bündniß vervollständigen lassen durch eine zeitweilige Abmachung über die türkische Angelegenheit. In eine solche Combination würden wir aber auch Rußland hineinziehen müssen.

Ich sei nicht ohne Hoffnung, daß für einen beschränkten Zeitraum Rußlands Zustimmung zu einer Aufrechthaltung des status quo in den türkischen Grenzländern zu gewinnen

sei. Sollte sich Rußland nicht dazu verstehen, eine solche Zustimmung vertragsmäßig auszusprechen, so werde es für die Erhaltung des Friedens genügen, wenn Rußland, ohne eine Verbindlichkeit einzugehen, ein ihm bekanntes preußisch-österreichisches Engagement stillschweigend billige.

Auch bei einer solchen auf stillschweigende Billigung Rußlands berechneten Abmachung müßten unsere Karten für Rußland offen liegen.

Der Graf Taufkirchen nahm diese Aeußerungen anscheinend mit Befriedigung, wenn auch mit einer gewissen Behutsamkeit auf, und ließ erkennen, daß er daraus Hoffnung auf das Gelingen seiner Mission in Wien entnehme. Dort die Initiative zu ergreifen, muß ihm überlassen bleiben. Ew. Excellenz wollen aber gefälligst, sobald Ihnen die Gelegenheit dazu geboten wird, die bezeichneten Combinationen unterstützen und zu dem Zwecke einerseits die Geneigtheit Seiner Majestät des Königs, auf den Gedanken des Fürsten Hohenlohe einzugehen, constatiren, andererseits alle und jede Gerüchte über geheime Verträge, die wir mit irgend einer Macht eingegangen wären, auf das Bestimmteste dementiren.



Vom 18. bis 23. August 1867 hatten Kaiser Napoleon und seine Gemahlin mit dem habsburgischen Kaiserpaare eine Zusammenkunft in Salzburg, an welche sich Unterhandlungen zwischen Herrn von Beust und Herzog von Gramont knüpften.

An die Gesandten des Norddeutschen Bundes.

Berlin, 7. September 1867.

Euer ꝛc. habe ich bereits die Aeußerungen mitgetheilt, welche uns sowohl von kaiserlich österreichischer, wie von kaiserlich französischer Seite über die Bedeutung und den Charakter der Salzburger Zusammenkunft zugekommen sind, und welche wir nur mit Befriedigung haben entgegennehmen können. Es war vorauszusehen, daß es sehr schwer sein würde, die öffentliche Meinung zu überzeugen, daß eine Thatsache, wie die Zusammenkunft der beiden mächtigen Monarchen Angesichts der gegenwärtigen Lage der europäischen Politik, nicht eine tiefer liegende Bedeutung und weiter gehende Folgen habe, und die Anfangs mit einer gewissen Beflissenheit und dem Anscheine der Authenticität verbreiteten Nachrichten über beabsichtigte oder gefaßte Entschließungen auf dem politischen Gebiete waren nicht geeignet, die Zweifel über den Zweck der Zusammenkunft zu heben. Es gereicht uns umsomehr zur Genugthuung, aus den österreichischen und französischen Erklärungen die Versicherung zu entnehmen, daß der Besuch des Kaisers Napoleon lediglich aus einem Gefühl hervorgegangen ist, welches wir ehren und mit dem wir sympathisiren, und daß bei der Zusammenkunft beider Herrscher der Charakter dieses Motivs gewahrt geblieben ist. Danach sind innere Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten es voraussetzen ließen, Gegenstand der Besprechungen in Salzburg gewesen. Es ist dies um so erfreulicher, da die Aufnahme, welche jene Nachrichten und Voraussetzungen in ganz Deutschland fanden, von Neuem gezeigt hat, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken erträgt, die Entwickelung der Angelegenheiten der deutschen Nation unter die Vormundschaft fremder Einmischung gestellt oder

nach anderen Rücksichten geleitet zu sehen, als nach den durch die nationalen Interessen Deutschlands gebotenen. Wir haben es uns von Anfang an zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwickelung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke. Wir haben Alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte, und haben nicht aufzuregen, sondern zu beruhigen gesucht. Dieses Bestreben wird uns, wie wir hoffen dürfen, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit gleicher Sorgfalt Alles vermieden wird, was bei dem deutschen Volke eine Beunruhigung hinsichtlich fremder Pläne, deren Gegenstand es sein könnte, und in Folge dessen eine gerechte Erregung des Gefühls nationaler Würde und Unabhängigkeit hervorrufen könnte. Wir begrüßen daher die bestimmte Verneinung jeder auf eine Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands gerichteten Absicht im Interesse der ruhigen Entwickelung unserer eigenen Angelegenheiten mit lebhafter Genugthuung. Die süddeutschen Regierungen selbst werden uns bezeugen, daß wir uns jedes Versuches enthalten haben, einen moralischen Druck auf ihre Entschließungen zu üben, und daß wir vielmehr auf die Handhabe, welche sich uns zu diesem Zwecke in der Lage des Zollvereins bieten konnte, durch den Vertrag vom 8. Juli dieses Jahres rückhaltlos verzichtet haben. Wir werden dieser Haltung auch ferner treu bleiben. Der Norddeutsche Bund wird jedem Bedürfnisse der süddeutschen Regierungen nach Erweiterung und Befestigung der nationalen Beziehungen zwischen dem Süden und Norden Deutschlands auch in Zukunft bereitwillig entgegenkommen, aber wir werden die Bestimmung des Maßes, welches die gegenseitige Annäherung inne zu halten hat, jeder Zeit der Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen. Diesen Standpunkt glauben wir um

so ruhiger festhalten zu dürfen, als wir in den gegenwärtig bestehenden vertragsmäßigen Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden Deutschlands, wie sie in den abgeschlossenen Bündnissen und in der Vervollständigung des Zollvereins sich darstellen, eine rechtlich und thatsächlich gesicherte Grundlage für die selbständige Entwickelung der nationalen Interessen des deutschen Volkes erblicken. Euer rc. ersuche ich, Sich in diesem Sinne gegen die dortige Regierung auszusprechen, und ermächtige Sie auch zur Vorlesung dieses Erlasses.



Ein florentiner Blatt, die „Epoca", brachte 1875 Actenstücke, die sich auf die Unterhandlungen, welche gegen Ende 1867 zwischen Mazzini und dem preußischen Gesandten in Florenz stattgefunden haben sollen, beziehen. Diese Verhandlungen sollen die Unterminirung eines angeblichen französisch-italienischen Bündnisses zum Gegenstande gehabt haben. Der Gedanke sei von Mazzini aufs Tapet gebracht und die bezüglichen Vorschläge von ihm gemacht worden; die andere Seite habe das betreffende Anerbieten zwar nicht ohne Weiteres von der Hand gewiesen, aber es leuchte doch ihr Mißtrauen in die von Mazzini gemachten Angaben aus der Erwiderung hervor, und sie verlange vor Allem Eins: nämlich Beweise für die Existenz des angeblichen preußenfeindlichen französisch-italienischen Abkommens.



Guiseppe Mazzini an den Grafen Usedom.

Lugano, 17. November 1867.

Ich setze voraus, daß die Absichten Louis Napoleons bezüglich eines Krieges gegen Preußen bekannt sind. Ich setze ebenfalls voraus, daß die formellen Vorschläge zu einem Bündniß, wie sie unserer Regierung gemacht wurden,

bekannt sind. Diese Vorschläge bildeten den Gegenstand einer gegen den 19. März 1867 nach Florenz gerichteten Note, in welcher angedeutet wurde, welche Haltung man einnehmen müsse, damit der Artikel V des Prager Friedens, der Nordschleswig betrifft, den Vorwand liefern könnte, um das preußisch-italienische Bündniß zu brechen. Die Unterstützung, welche man von Italien verlangte, bestand aus 63 000 Mann und einer ungeheuern Menge Artillerie. Die Vorschläge erhielten die Beistimmung der hiesigen Regierung. Es ist wahrscheinlich, daß man, um das natürliche Widerstreben des Landes zu beseitigen, die Zurückziehung der französischen Truppen zum offenen Kaufpreise des Bündnisses machen werde.

Ich theile nicht die politischen Ziele des Grafen Bismarck. Seine Methode der Unifikation hat nicht meine Sympathien; aber ich bewundere seine Zähigkeit, seine Energie und seine Unabhängigkeit gegenüber den fremden Mächten. Ich glaube an die Einheit Deutschlands und wünsche sie herbei, wie die meines eignen Vaterlandes. Ich verabscheue das Kaiserthum und die Suprematie, welche Frankreich sich über Europa anmaßt. Ja, ich glaube, daß ein Bündniß Italiens mit Frankreich gegen Preußen, dessen Siegen wir Venedig verdanken, ein Verbrechen wäre, welches unsere junge Fahne unauslöschlich beflecken würde. Unter Aufrechterhaltung unserer beiderseitigen Unabhängigkeit für die Zukunft glaube ich, man könnte wohl etwas ins Werk setzen, was ich eine „strategische Allianz" zwischen der preußischen Regierung und unserer Actionspartei „gegen den gemeinsamen Feind" nennen würde. Die preußische Regierung müßte uns eine Million Lire und 2000 Zündnadelgewehre liefern. Ich würde meine Ehre dafür einsetzen, daß ich mich dieser Mittel zu keinem andern Zwecke bedienen würde, als um jede Möglichkeit einer Allianz zwischen Italien und dem Kaiserreiche zu vernichten und

die gegenwärtige Regierung — falls sie darauf bestände — zu stürzen. Die nachfolgende Regierung müßte dann eine deutsch-italienische Allianz gegen jede fremde Invasion als Programm nehmen. Und da das Ziel jeder Bewegung in Italien nothwendigerweise Rom sein würde, so müßte eine Collision zwischen Italien und Frankreich unvermeidlich werden.

Ich habe keine anderen Garantien zu bieten; mein ganzes Leben und das Ziel, nach welchem ich sei 35 Jahren strebe, bürgen für meine Treue gegenüber den Verpflichtungen, die ich übernehme.

Es ist einleuchtend, daß die materielle Unterstützung, welche ich von der preußischen Regierung verlange, wenigstens theilweise vor der Verwirklichung der bonapartistischen Anschläge gegen Deutschland geleistet werden müßte. Wir müssen das Terrain für die Action vorbereiten, welche übrigens an sich schon jede Gefahr für Preußen fernzuhalten genügt. 500 000 Lire müßten sofort ausgezahlt werden. Was die Gewehre betrifft, so würde ich, vorausgesetzt, daß das Uebereinkommen acceptirt würde, die Art und Weise angeben, wie man das Versprechen erfüllen könnte. Ich halte den Kampf gegen den Bonapartismus für eine Lebensfrage für uns, für Deutschland und für ganz Europa. Und ich glaube, daß der Ausgangspunkt dafür sich in Italien finden läßt. Das müßte dazu veranlassen, uns die obige Unterstützung zu gewähren.

Graf Usedom an Mazzini.

Florenz, 19. November 1867.

1. Wenn im gegenwärtigen Augenblick Opportunität vorläge, so könnten principiell Verhandlungen angeknüpft

werden auf Grund der gemachten Vorschläge. Die Existenz dieser Opportunität ist nicht einleuchtend. Jedoch ist dieses letztere nur ein persönlicher Eindruck Desjenigen, welcher antwortet.

2. Obwohl die französischen Versicherungen guter Absichten bezüglich Preußens wenig Vertrauen verdienen, so besteht doch äußerlich gutes Einvernehmen, und hoffentlich wird dasselbe von Dauer sein.

3. Es ist nicht verfehlt worden, dem Grafen Bismarck den Wortlaut des gemachten Vorschlages zu übermitteln; die betreffenden Bemerkungen sollen seiner Zeit mitgetheilt werden.

4. Man hält es nicht für passend im Augenblick, daß direct interessirte Personen nach Berlin gehen und dort Verhandlungen anknüpfen. Auch dies ist eine blos persönliche Ansicht Desjenigen, welcher antwortet.

5. Man darf nicht vergessen, daß, während auf der einen Seite die preußische Diplomatie fürchtet, daß Uebereinkommen zwischen der französischen und der italienischen Regierung bestehen, auf der anderen die französische Diplomatie Verständigungen zwischen Preußen und Italien argwöhnt. Die Consequenz davon ist klar: Abwarten.

Antwort des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Die Regierung fürchtet in der That, daß zwischen der königlichen (italienischen) Regierung und dem französischen Kaiser Abmachungen bestehen, die vielleicht mit dem, was der König von Preußen erwarten zu dürfen glaubt, im Widerspruch stehen möchten, aber sie hat keinen Beweis dafür, und diesen müßte sie erst haben; dann würde sie alsbald mit demjenigen in Beziehung treten, welcher

allein heutzutage der Tuilerienpolitik entgegentreten kann. Sie fordert deshalb den Verfasser der Eingabe auf, sich den Beweis zu verschaffen und dem preußischen Unterhändler die nothwendigen, darauf bezüglichen Aufklärungen zu geben, um zu einer directen Besprechung mit dem Verfasser der Eingabe gelangen zu können. Um demselben den Weg zu erleichtern, wird ihm mitgetheilt, daß die Generale Cialdini und Durando gesagt haben: sie hätten die zwischen der (italienischen) Regierung und dem Kaiser gewechselten Depeschen gelesen, in welchen die erstere die Verpflichtung auf sich nehme, nicht nach Rom zu gehen — Depeschen, welche die Präliminarien zu einer italienisch-französischen Verständigung zum Schaden Preußens gewesen sind.

(Fortsetzung und Schluß der diplomatischen Enthüllungen constatiren, daß die Unterhandlungen, welche Mazzini anzuknüpfen gesucht hatte, ohne Resultat blieben, so sehr, daß Mazzini der Einzige ist, welcher in den beiden Actenstücken dieses zweiten Theiles redend auftritt. Das preußische Auswärtige Amt hat augenscheinlich nichts von ihm wissen wollen, obwohl es ihm immerhin der Mühe werth erschienen ist, den alten Agitator auszuforschen.)



Antwort Mazzinis vom 28. November 1867.

Ich halte mich vor der Hand nicht berechtigt, den preußischen Officier (mit welchem M. in Turin verhandelt haben wollte) zu nennen. Aber seine Eigenschaft als Preuße ist u. A. Rüstow bekannt, und nichts ist von ihm zu besorgen. Ich bin natürlich bereit, persönlich mit dem Grafen Usedom mich zu verständigen, oder mit einem beliebigen Abgesandten seinerseits. Jetzt zwei Worte über die fragliche Angelegenheit.

Noch einmal versichere ich, daß der Krieg gegen Preußen virtuell von Louis Napoleon entschieden ist; alle Casernen in Frankreich kennen schon diese Parole. Ich versichere, daß die italienische Regierung sich mündlich verpflichtet hat, Italien an demselben theilnehmen zu lassen. Das kann ich nicht beweisen, aber die Nachrichten kommen mir von Agenten, auf welche ich mit Recht zähle, wie ich auch auf denjenigen zählen konnte, der mir die Convention von Plombières enthüllte.

Es ist wahrscheinlich, daß die Einmischung in Rom (Mazzini hat diejenige Einmischung im Auge, welche Mentana zur Folge hatte), wie ich schon in der ersten Note bemerkte, seitens Louis Napoleons den Zweck hat, ein Pfand für die Erfüllung der Obliegenheiten zu bilden, welche die italienische Regierung bezüglich Preußens auf sich genommen hat und zugleich im geeigneten Augenblicke den Widerstand Italiens einzuschläfern, indem Napoleon ihm dann ein beliebiges Zugeständniß bezüglich Roms macht. Ich sage „ein beliebiges“ — denn Rom, einfach und an sich, d. h. die Abschaffung der weltlichen Herrschaft, kommt bei den Beiden gar nicht in Frage.

Das ist es aber gerade, was wir wollen; und wir können vermittelst der Revolution dazu kommen.

Ich weiß nicht — dies mag noch im Fluge berührt werden — ob die römische Frage für Preußen ein integrirendes Detail ist; aber abgesehen von der Wichtigkeit der religiösen und politischen Frage liegt für uns und wie ich glaube auch für Europa ein Gedanke höherer Art darin, welcher auch meinen Vorschlag veranlaßt hat: ein antibonapartistischer Gedanke. Ich betrachte den Bonapartismus als die permanente Gefahr für Europa. Dies zu erklären, halte ich für unnöthig. Wer es nicht einsieht, ist kein Politiker. Für diese Gefahr erblicke ich ein Heil-

mittel in einem herzlichen und ehrlichen Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien. Für dieses Einvernehmen sind Pfänder nöthig; eine Unterstützung seitens des ersteren, eine nationale Regierung unsererseits. Eine nationale italienische Regierung würde zunächst um ihres Princips willen und dann um Nizzas und Roms willen von Hause aus dem Bonapartismus feind sein. Was wir heutzutage haben, ist nichts Anderes, als eine französische Präfectur.

Ich bin krank und kann nicht ausführlich schreiben. Ich will nur wiederholen, daß die Hülfe, wenn man sie zugestehen will, wenigstens zum Theil eine sofortige sein müßte. Wir haben einige Zeit nöthig, um uns vorzubereiten, und binnen zwei Monaten sind wir dem Frühling nahe.

(Damit hatten die Unterhandlungen ihr Ende erreicht. Mazzinis Bemühungen waren ohne Erfolg geblieben. Auf die obige Note erhielt er gar keine Antwort. Der preußische Vertreter in Florenz, Graf v. Usedom, wurde in der Zwischenzeit abberufen. Mazzini aber kam nochmals auf die berührten Punkte in einem Schreiben zurück, welches gleichfalls von der „Epoca" veröffentlicht wurde und an eine „preußische Persönlichkeit in Florenz" gerichtet ist, welche autorisirt wird, seinen Inhalt „demjenigen mitzutheilen, welcher von der preußischen Gesandtschaft mit ihr in Beziehung steht." Dieses letzte ausführliche Schreiben wiederholt die Prophezeihung eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland und bedauert, daß Preußen, obwohl es unter den bestehenden Verhältnissen höchstens auf die Neutralität und mit Wahrscheinlichkeit nur auf die Gegnerschaft Italiens bei einem solchen Kriege zählen könne, doch nicht geneigt sei, auf die Vorschläge der „Actionspartei" einzugehen. Aus alledem geht klar genug hervor, daß Mazzinis Vorschläge sämmtlich zurückgewiesen worden sind. Daß er derartige Vorschläge, und zwar ohne Erfolg in

der angegebenen Zeit gemacht hatte, war in Berlin bekannt und ist auch in auswärtigen politischen Kreisen kein Geheimniß geblieben.)

General von Roeder, Bern.

Berlin, 23. März 1869.

Euere Excellenz haben mir in Ihrem gefälligen Bericht Nr. 18 vom 13. d. M. den Wunsch des schweizerischen Bundesrathspräsidenten mitgetheilt, vertraulich von der Auffassung der Königlichen Regierung über das bevorstehende ökumenische Concil und von der Haltung, welche wir demselben gegenüber einnehmen, unterrichtet zu werden.

Wir haben bisher keine Veranlassung empfunden, uns mit dem Gegenstande zu beschäftigen; ich bin daher nicht in der Lage, die Anfrage eingehender zu beantworten. Im Allgemeinen kann ich nur sagen, daß uns weder die übermäßigen Hoffnungen noch die Befürchtungen, die man von verschiedenen Seiten daran knüpft, begründet erscheinen. Wir lassen es dahingestellt sein, ob die Interessen der Particular- und Nationalkirchen, welche dort vertreten sein werden, oder die centralisirende Richtung, welche von Rom zu erwarten ist, sich zur Geltung bringen werden. Gegen eine etwa überwiegende extreme oder hierarchische Tendenz glauben wir, daß das Heilmittel sich in der natürlichen Reaction innerhalb der katholischen Welt finden werde. Wir sehen daher ohne alle Beunruhigung auf den Zusammentritt des Concils, dessen Deliberationen unsere staatlichen Interessen wenig berühren. Die Theilnahme der preußischen Bischöfe wird eine freiwillige und von uns ungehinderte sein. Von einer Betheiligung der Regierung als solcher kann nicht die Rede sein.

Wenn Ausschreitungen stattfinden sollten, welche in das staatliche Gebiet übergreifen, so werden wir die Rechte des Staates zu wahren wissen; aber wir sehen keine Veranlassung, im Voraus Fürsorge dagegen zu treffen.

gez. von Bismarck.

Herrn von Arnim, Rom.

Berlin, 26. Mai 1869.

(In dieser Depesche wird der Vorschlag des Gesandten, daß Preußen den Versuch machen solle, nach dem Gebrauch bei früheren Concilien sich durch einen besonderen Abgeordneten oder Bevollmächtigten (Orator) in der kirchlichen Versammlung vertreten zu lassen, erörtert und zurückgewiesen. Am Schluß der Depesche wird der Standpunkt der Regierung dahin zusammengefaßt:)

Für Preußen giebt es verfassungsmäßig wie politisch nur einen Standpunkt, den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Uebergriffs auf das staatliche Gebiet. Zu der Vermischung Beider selbst die Hand zu bieten, wie es durch die Absendung von Oratoren geschehen würde, darf die Staatsregierung sich nicht gestatten. Etwas ganz anderes als müßige und nicht berücksichtigte Proteste sind die auf dem Gefühl der eigenen Macht beruhenden Kundgebungen der Regierungen, Uebergriffe nicht dulden zu wollen. Diese können als heilsame Mahnungen und Warnungen auch im Voraus dienen und ich bin mit Ew. 2c. vollkommen einverstanden, daß die bloße Thatsache der Existenz einer kirchlich-politischen Commission für das Concil, das Factum: daß in Rom über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche mit dem Anspruch verhandelt wird, bindende Normen aufzustellen, ohne den bei diesen Dingen inter-

essirten Staat als gleichberechtigten Factor zur Berathung zu ziehen, den Regierungen hinreichenden Anlaß zu solchen Mahnungen und Warnungen darbiete.

Se. Majestät der König haben mich demgemäß ermächtigt, mit der königlich bayerischen Regierung und mit den übrigen süddeutschen Regierungen in vertrauliche Unterhandlungen zu treten, um womöglich im Namen des gesammten Deutschlands, auf welches es uns zunächst hier nur ankommen kann, gemeinsame Einwirkungen auf die Curie zu versuchen, welche ihr die Gewißheit geben würden, daß sie bei etwa beabsichtigten Ausschreitungen einem entschiedenen Widerstande der deutschen Regierungen begegnen werde.

Wenn diese Verhandlungen zu einem Ergebniß geführt haben, werde ich Ew. ꝛc. mit weiterer Instruction für die zunächst vertraulichen und nach Umständen zu verstärkenden Schritte in Rom versehen.



Im November 1869 stellte Graf zur Lippe im Herrenhause den Antrag: 1. Das Herrenhaus möge die Ueberzeugung aussprechen, daß die im vorigen Jahre erlassenen Bundesgesetze über Errichtung eines obersten Handelsgerichtes und über die Gewährung gegenseitiger Rechtshülfe Aenderungen der Bundesverfassung und gleichzeitig der preußischen Verfassung enthalten, welche nicht ohne Zustimmung der preußischen Landesvertretung hätten getroffen werden dürfen; 2. möge das Haus die Staatsregierung ersuchen, dem entgegenzuwirken, daß in Zukunft Aenderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, soweit durch dieselben zugleich Aenderungen der preußischen Verfassungs-Urkunde herbeigeführt werden, ohne Zustimmung der preußischen Landesvertretung vorgenommen werden.

An den Fürsten Puttbus, Rügen.

Varzin, den 17. November 1869.

Ich benutze den Anlaß, den mir das Denkmal für Arndt bietet, um ein Wort über den Lippe'schen Antrag im Herrenhaus einfließen zu lassen. Ich habe es für unmöglich gehalten, daß dieser Antrag in der Commission irgend welche Zustimmung, geschweige denn die Majorität, finden könne, und nun schreibt man mir, er werde sogar im Plenum angenommen werden. Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so giebt es so viele Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsere Gesammtentwickelung, sondern auch mit praktischem Erfolg von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichem Hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik aber sind der Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Oesterreich, die sächsischen und süddeutschen Particularisten, die Ultramontanen und die Republikaner, Hietzing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies in verstärktem Maße thun. Außerdem ist der Beschluß ein Schlag ins Wasser, an den der Bund sich nicht kehren wird, der aber die Regierung und die gesammte Bundespolitik gezwungener Weise in Opposition mit dem Herrenhause bringt und zwischen beiden Häusern des Landtags einen Conflict erzeugt, in welchem Fluth und Wind mit der ganzen Kraft

deutschen Nationalgefühls zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten und gegen das Herrenhaus laufen. Wenn Sie auf mein politisches Urtheil irgend welchen Werth legen, so bitte ich Sie, thun Sie, was Sie können, um die Annahme des Lippe'schen Antrags zu hindern; sprechen Sie darüber mit Graf Stolberg und zeigen Sie ihm, wenn Sie die Güte haben wollen, diesen Brief, sowie überhaupt jedem der Collegen, dem daran liegen kann, meine und der Regierung Ansicht über die Sache zu kennen. Wenn es dem Grafen Lippe gelänge, seine Ansicht in dieser die ganze Situation beherrschenden Principienfrage zur maßgebenden zu machen, so müßte er auch bereit sein, unsere Politik im Sinne dieses Antrags weiter zu führen. Kann und will er das nicht, so treibt der Antragsteller und die, welche mit ihm stimmen, mit den höchsten Interessen des Landes ein strafbares und leichtfertiges Spiel.

Herrn von Arnim, Rom.

Berlin, 5. Januar 1870.

Wir könnten durch ein voreiliges Eingreifen möglicherweise der Entwickelung eine uns unerwartete Richtung geben und Elemente, auf welche wir gern zählen, nach der anderen Seite hinüberbringen. Was sich von wirklich lebenskräftiger Thätigkeit der freieren, geistigen Elemente entwickeln soll, muß sich aus sich selbst heraus entwickeln; und an uns kann die Aufforderung zum Handeln erst herantreten, wenn eine solche Thätigkeit eine bestimmte Gestalt und einen festeren Boden gewonnen hat. Die abwartende Stellung wird uns um so leichter, weil gerade wir, was auch schließlich das Ergebniß sein möge, keine Ursache zur Besorgniß vor wirklichen Gefahren haben,

die unserem Staatsleben drohen möchten. Ich habe Ew. ꝛc. schon früher bemerklich gemacht — und ich bitte Sie vor Allem, sich dies immer gegenwärtig zu halten — daß wir vom Standpunkte der Regierung aus keinerlei Befürchtung Raum geben, weil wir die Gewißheit haben, auf dem Felde der Gesetzgebung, unterstützt von der Macht der öffentlichen Meinung und dem ausgebildeten staatlichen Bewußtsein der Nation, die Mittel zu finden, um jede Krisis zu überwinden und die gegnerischen Ansprüche auf das zurückzuführen, welches sich mit unserem Staatsleben verträgt. Wir sind in Norddeutschland des nationalen und politischen Bewußtseins, auch der katholischen Bevölkerung in ihrer Mehrheit sicher und haben in der überwiegenden Majorität der evangelischen Kirche einen Stützpunkt, welcher den Regierungen rein, oder wesentlich katholischer Länder fehlt. Es bedarf für uns der Versicherung des Papstes, daß durch die Ergebnisse des Concils die hergebrachten oder festgestellten Beziehungen der Curie zu den Regierungen nicht geändert werden sollten, in keiner Weise. Jeder Versuch, dieselben umzugestalten, würde schließlich nicht zu unserem Nachtheil ausfallen.

Ungeachtet dieser Zuversicht sind wir natürlich weit davon entfernt, zu wünschen, daß die Sachen auf die Spitze getrieben werden. Im Interesse der katholischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs und einer friedlichen Weiterentwickelung des nationalen Lebens können wir nur wünschen, daß der Organismus der katholischen Kirche, auf dessem Grunde sich bisher gedeihliche Beziehungen zwischen Staat und Kirche gebildet haben, nicht gestört oder unterbrochen werde. Wir haben ein lebhaftes Interesse daran, daß die Elemente des religiösen Lebens, verbunden mit geistiger Freiheit und wissenschaftlichem Streben, welche der katholischen Kirche in Deutschland eigenthümlich sind, auch in Rom auf dem Concil im Ge-

gensatz gegen die fremden Elemente zur Geltung kommen und nicht durch numerische Majorität unterdrückt und vergewaltigt werden. Aber wie dieser Wunsch nicht aus dem staatlichen Interesse der Regierung, sondern aus der Sympathie für das religiöse Leben unserer katholischen Bevölkerung hervorgeht, so kann er auch nicht in einer von der Regierung ausgehenden Action seinen Ausdruck finden, sondern wir müssen erwarten, daß die Action von dem deutschen Elemente auf dem Concil selbst ausgehe; und wir unsererseits müßten uns darauf beschränken, dem deutschen Episkopat die Gewißheit unserer Sympathie und, wenn der Fall des Bedürfnisses eintreten und von dem Episkopat erkannt werden sollte, unsere Unterstützung zu geben.



An denselben.

Berlin, 13. März 1870.

(Diese Depesche knüpft an die Vorstellungen an, welche die deutsch-österreichischen Bischöfe gegen die gesammte Geschäftsbehandlung auf dem Concil, als im Widerspruche mit allem kirchlichen Herkommen stehend, erhoben hatten, und in welchem sie Aenderungen der Geschäftsordnung behufs Wahrung des wirklichen ökumenischen Charakters des Concils beantragten.)

.... Die Sprache dieses Actenstückes ist eine ebenso würdige als feste. Es kommt nun allerdings darauf an, wie lange und wie weit die Bischöfe den Muth haben, für diese ihre Ueberzeugungen einzustehen und für ihr Handeln die natürlichen Folgerungen daraus zu ziehen. Für uns ist diese Frage der Cardinalpunkt in allen unseren Entschließungen in Bezug auf das Concil.

Wir, d. h. die Regierungen des Norddeutschen Bundes, sind nicht berufen, einen Kampf gegen das Concil und

die Curie zu beginnen, so lange die Fragen formal innerhalb des kirchlichen Gebietes diskutirt werden. Die Bischöfe sind es vielmehr, welche ihre eigene Stellung und die kirchlichen Interessen ihrer Diözesen, die Gewissen der ihrer Seelsorge anvertrauten Diözesanen zu wahren haben. Die Regierungen können die Fürsorge dafür nicht übernehmen. Sie können dem Episkopat nur die Versicherung geben, daß, wenn er selbst seine eigenen Rechte und die Rechte seiner Diözese wahren will, die Regierungen hinter ihm stehen und keine Vergewaltigung dulden werden. Wie weit die Bischöfe in dieser Wahrung ihrer Rechte gehen wollen oder können, das haben sie mit ihrem Gewissen abzumachen; die Regierungen können nur gerade so weit darin gehen, wie die Bischöfe selbst.

Unsere Action kann erst eintreten, wenn Folgen auf dem äußerlichen Gebiete in Aussicht stehen. Durch ein vorzeitiges Einmischen würden wir die Gewissen verwirren und die Stellung der Bischöfe selbst erschweren. Wir wünschen, daß ihnen jede Ermuthigung zu Theil werde, woraus sie die Ueberzeugung schöpfen können, daß die Regierungen sie keinesfalls im Stich lassen, sondern ihnen jeden Schutz gewähren werden, den die Umstände fordern, so lange und so weit sie selbst in der Wahrung ihrer Rechte und ihrer Stellung gegenüber dem kirchlichen Absolutismus gehen wollen. Was die in Ihrem Bericht vom 4. d. M. enthaltene Darstellung der Sachlage und Vorschläge zur Abhülfe betrifft, so theile ich Ihre Befürchtungen über die üblen Nachwirkungen des Concils allerdings nicht in dem Maße, in welchem Sie dieselben aussprechen, und glaube, daß dabei doch noch eine Anzahl anderer Factoren in Rechnung zu bringen ist. Die Gefahren sind indeß immer groß genug, um eine ernste Erwägung der Frage, ob ihnen noch vorgebeugt werden könne, zu fordern. Aber selbständig vorzugehen sehe ich nicht als unsern Beruf an,

und wenn die katholischen Regierungen nicht vorgehen wollen, so bleibt für uns nichts anderes übrig, als dem das deutsche Episkopat beseelenden Geiste zu vertrauen und denselben in der oben angegebenen Weise durch die Versicherung zu stärken, daß, so lange und so weit es selbst wolle, es auf uns rechnen könne.

Herrn von Arnim, Rom.

Berlin, 20. Juli 1870.

... Enthalten Sie sich jeder ostensiblen Demonstration. Die Infallibilität ist uns augenblicklich ohne Interesse....

An die Vertreter bei den deutschen und anderen Regierungen.

Berlin, 18. Juli 1870.

Das Auftreten der französischen Minister in den Sitzungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers am 15. d. M. und die dort mit dem feierlichen Charakter amtlicher Erklärungen vorgebrachten Entstellungen der Wahrheit haben den letzten Schleier von den Absichten hinweggenommen, welche schon keinem Unbefangenen mehr zweifelhaft sein konnten, seit das erstaunte Europa zwei Tage zuvor aus dem Munde des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vernommen hatte, daß Frankreich mit dem freiwilligen Verzicht des Erbprinzen nicht befriedigt sei und noch mit Preußen Verhandlungen zu führen habe.

Während die übrigen europäischen Mächte mit Erwägungen beschäftigt waren, wie sie dieser neuen und unerwarteten Phase begegnen und vielleicht auf diese angeblichen Verhandlungen, deren Natur und Gegenstand Niemand ahnen konnte, einen versöhnenden und vermittelnden Einfluß üben sollten, hat die französische Regierung es für gut befunden, durch eine öffentliche und feierliche Erklärung, welche den Drohungen vom 6. d. Mts. unter Entstellungen bekannter Thatsachen neue Beleidigungen hinzufügte, die Verhältnisse auf eine Spitze zu treiben, wo jeder Ausgleich unmöglich werden und, indem den befreundeten Mächten jede Handhabe der Einwirkung entzogen wurde, der Bruch unvermeidlich werden sollte.

Schon seit einer Woche konnte es für uns keinem Zweifel mehr unterworfen sein, daß der Kaiser Napoleon rücksichtslos entschlossen sei, uns in eine Lage zu bringen, in der uns nur die Wahl zwischen dem Kriege oder einer Demüthigung bliebe, welche das Ehrgefühl keiner Nation ertragen kann. Hätten wir noch Zweifel hegen können, so hätte uns der Bericht des königlichen Botschafters über seine erste Unterredung mit dem Herzog von Gramont und Herrn Ollivier nach seiner Rückkehr aus Ems, in welcher ersterer den Verzicht des Erbprinzen als Nebensache bezeichnete, und beide Minister die Zumuthung aussprachen, Seine Majestät der König solle einen entschuldigenden Brief an den Kaiser Napoleon schreiben, dessen Publication die aufgeregten Gemüther in Frankreich beschwichtigen könne, belehren müssen. Abschrift dieses Berichts füge ich bei; es bedarf keines Commentars.

Der Hohn der französischen Regierungspresse anticipirte den erstrebten Triumph; die Regierung scheint gefürchtet zu haben, daß ihr der Krieg dennoch entgehen könnte, und beeilte sich, durch ihre amtlichen Erklärungen vom 15. d. M. die Sache auf ein Feld zu verlegen, auf

dem es keine Vermittelung mehr giebt, und uns und aller Welt zu beweisen, daß keine Nachgiebigkeit, welche innerhalb der Grenzen nationalen Ehrgefühls bliebe, ausreichend sein würde, um den Frieden zu erhalten.

Da aber Niemand in Zweifel darüber war und sein konnte, daß wir aufrichtig den Frieden wollten und wenig Tage zuvor keinen Krieg möglich hielten, da jeder Vorwand zum Krieg fehlte, und auch der letzte, künstlich und gewaltsam geschaffene Vorwand, wie er ohne unser Zuthun erfunden, so auch von selbst wieder verschwunden war; da es somit gar keinen Grund zum Kriege gab, blieb den französischen Ministern, um sich vor dem eigenen, in der Mehrheit friedlich gesinnten und der Ruhe bedürftigen Volke scheinbar zu rechtfertigen, nur übrig, durch Entstellung und Erfindung von Thatsachen, deren Unwahrheit ihnen actenmäßig bekannt war, den beiden repräsentativen Körperschaften und durch sie dem Volke einzureden, es sei von Preußen beleidigt worden, um dadurch die Leidenschaften zu einem Ausbruch aufzustacheln, von dem sie sich selbst als fortgerissen darstellen konnten.

Es ist ein trauriges Geschäft, die Reihe dieser Unwahrheiten aufzudecken; glücklicherweise haben die französischen Minister diese Aufgabe abgekürzt, indem sie durch die Weigerung, die von einem Theil der Versammlung geforderte Vorlage der Note oder Depesche zu gewähren, die Welt darauf vorbereitet haben, zu erfahren, daß dieselbe gar nicht existire.

Dies ist in der That der Fall. Es existirt keine Note oder Depesche, durch welche die preußische Regierung den Cabinetten Europas eine Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen, angezeigt hätte. Es existirt nichts, als das aller Welt bekannte Zeitungs-Telegramm, welches den deutschen Regierungen und einigen unserer Vertreter bei außerdeutschen Regierungen nach dem Wort-

laute der Zeitungen mitgetheilt worden ist, um sie über die Natur der französischen Forderungen und die Unmöglichkeit ihrer Annahme zu informiren, und welches überdies nichts Verletzendes für Frankreich enthält.

Der Text derselben erfolgt hierbei. Weitere Mittheilungen haben wir über den Incidenzfall an keine Regierung gerichtet.

Was aber die Thatsache der Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen, betrifft, so bin ich, um diese Behauptung in ihr rechtes Licht zu stellen, von Sr. Majestät dem Könige ermächtigt worden, Euerer . . . mit dem Ersuchen der Mittheilung an die Regierung, bei der Sie beglaubigt zu sein die Ehre haben, die beiden anliegenden Actenstücke zu übersenden, von denen das erste eine auf Befehl und unter unmittelbarer Approbation Sr. Majestät des Königs redigirte buchstäblich getreue Darstellung der Vorgänge in Ems, der zweite den amtlichen Bericht des Flügel-Adjutanten Sr. Majestät vom Dienst über die Ausführung des ihm gewordenen Auftrages enthält.

Es wäre unnöthig, darauf hinzuweisen, daß die Festigkeit der Zurückweisung französischer Anmaßung in der Sache zugleich in der Form mit aller rücksichtsvollen Freundlichkeit umgeben gewesen ist, welche eben so sehr den persönlichen Gewohnheiten Sr. Majestät des Königs, wie den Grundsätzen internationaler Höflichkeit gegen die Vertreter fremder Souveraine und Nationen entspricht.

In Bezug endlich auf die Abreise unseres Botschafters bemerke ich nur, wie es dem französischen Cabinet amtlich bekannt war, daß diese keine Abberufung, sondern ein von dem Botschafter aus persönlichen Rücksichten erbetener Urlaub war, bei welchem der Letztere die Geschäfte dem ersten Botschaftsrath, der ihn schon öfter vertreten, übergab und dies, wie üblich, anzeigte. Auch die Angabe ist unwahr, daß Se. Majestät der König mir,

dem unterzeichneten Bundeskanzler, von der Candidatur des Prinzen Leopold Mittheilung gemacht habe. Ich habe gelegentlich durch eine bei den Verhandlungen betheiligte Privatperson vertraulich Kenntniß von dem spanischen Anerbieten erhalten.

Wenn hiernach alle von den französischen Ministern angeführten Gründe für die Unvermeidlichkeit des Krieges in Nichts zerfallen und absolut aus der Luft gegriffen erscheinen, so bleibt uns leider nur die traurige Nothwendigkeit, die wahren Motive in den schlechtesten und seit einem halben Jahrhundert von den Völkern und Regierungen der civilisirten Welt gebrandmarkten Traditionen Ludwigs XIV. und des ersten Kaiserreichs zu suchen, welche eine Partei in Frankreich noch immer auf ihre Fahne schreibt und denen Napoleon III., wie wir glauben, glücklich widerstanden hatte.

Als bewegende Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung können wir leider nur die schlechtesten Instincte des Hasses und der Eifersucht auf die Selbstständigkeit und Wohlfahrt Deutschlands erkennen, neben dem Bestreben, die Freiheit im eigenen Lande durch Verwickelung desselben in auswärtige Kriege niederzuhalten.

Schmerzlich ist es zu denken, daß durch einen so riesenhaften Kampf, wie ihn die nationale Erbitterung und die Größe und Macht der beiden Länder in Aussicht stellt, die friedliche Entwickelung der Civilisation und des nationalen Wohlstandes, die in steigender Blüthe begriffen war, auf viele Jahre gehemmt und zurückgedrängt wird. Aber wir müssen vor Gott und Menschen die Verantwortung dafür denen überlassen, welche durch ihr frevelhaftes Beginnen uns zwingen, um der nationalen Ehre und der Freiheit Deutschlands willen den Kampf aufzunehmen; und bei einer so gerechten Sache dürfen wir vertrauensvoll auf den Beistand Gottes hoffen; wie wir schon jetzt

des Beistandes der gesammten deutschen Nation durch die sich immer steigernden Zeichen der freudigen Opferwilligkeit sicher sind und auch die Zuversicht hegen dürfen, daß Frankreich für einen so muthwillig und so rechtslos heraufbeschworenen Krieg keinen Bundesgenossen finden werde.

An dieselben.

Berlin, 19. Juli 1870.

Die kaiserlich französische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger das in Abschrift anliegende Actenstück — ihre Kriegserklärung enthaltend — übergeben lassen.

Es ist das die erste und einzige amtliche Mittheilung, welche wir in der ganzen, die Welt seit vierzehn Tagen beschäftigenden Angelegenheit von der kaiserlich französischen Regierung erhalten haben.

Als Motive für den Krieg, mit dem sie uns überzieht, giebt sie darin an:

die Ablehnung Sr. Majestät des Königs, die Versicherung zu geben, daß die Erhebung eines preußischen Prinzen auf den spanischen Thron nicht mit seiner Zustimmung verwirklicht werden könne, und die angeblich den Cabinetten gemachte Notification von der Weigerung, den französischen Botschafter zu empfangen und mit ihm weiter zu verhandeln.

Wir haben darauf kurz Folgendes zu erwidern:

Se. Majestät der König, in voller Achtung vor der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der spanischen Nation und vor der Freiheit der Entschlüsse der Prinzen des fürstlich hohenzollernschen Hauses, hat niemals daran ge-

dacht, den Erbprinzen auf den spanischen Thron erheben zu wollen. Die an Se. Majestät gestellten Forderungen von Zusagen für die Zukunft waren unberechtigt und anmaßend. Ihm einen Hintergedanken oder eine feindliche Absicht gegen Frankreich dabei zuzuschreiben, ist eine willkürliche Erfindung.

Die angebliche Notification an die Cabinette hat niemals stattgefunden, ebenso wenig wie eine Weigerung, mit dem Botschafter des Kaisers der Franzosen zu unterhandeln. Im Gegentheil hat der Botschafter amtliche Verhandlungen mit der königlichen Regierung niemals versucht, sondern nur mit Sr. Majestät dem König persönlich und privatim im Bade Ems die Frage besprochen.

Die deutsche Nation, innerhalb und außerhalb des Norddeutschen Bundes, hat erkannt, daß die Forderungen der französischen Regierung auf eine Demüthigung gerichtet waren, welche die Nation nicht erträgt, und daß der Krieg, welcher niemals in den Absichten Preußens liegen konnte, uns von Frankreich aufgezwungen wird.

Die gesammte civilisirte Welt wird erkennen, daß die Gründe, welche Frankreich anführt, nicht existiren, sondern erfundene Vorwände sind.

Der Norddeutsche Bund und die mit ihm verbündeten Regierungen von Süddeutschland protestiren gegen den nicht provocirten Ueberfall des deutschen Bundes und werden denselben mit allen Mitteln, die ihnen Gott verliehen hat, abwehren.

Ew. . . . . werden ersucht, von dieser Depesche und ihren Anlagen der Regierung, bei welcher Sie beglaubigt sind, Abschrift zu übergeben.

An dieselben.

29. Juli 1870.

Die Bestrebungen des französischen Gouvernements, seine begehrlichen Absichten auf Belgien und die Rheingrenzen mit preußischem Beistande durchzuführen, sind schon vor 1862, also vor meiner Uebernahme des Auswärtigen Amtes, an mich herangetreten. Ich kann es nicht als meine Aufgabe ansehen, solche Mittheilungen, die rein persönlicher Natur waren, in das Gebiet der internationalen Verhandlungen zu übertragen, und glaube die interessanten Beiträge, welche ich auf Grund von Privatgesprächen und Privatbriefen zur Beleuchtung dieser Angelegenheit geben könnte, zurückhalten zu sollen. Durch äußerliche Einwirkung auf die europäische Politik machten sich die erwähnten Tendenzen der französischen Regierung zunächst in der Haltung erkennbar, welche Frankreich in dem deutsch-dänischen Streite zu unsern Gunsten beobachtet hat. Die darauf folgende Verstimmung Frankreichs gegen uns über den Vertrag von Gastein hing mit der Besorgniß zusammen, daß eine dauernde Befestigung des preußisch-österreichischen Bündnisses das Pariser Cabinet um die Früchte dieser seiner Haltung bringen könnte. — Frankreich hatte schon 1865 auf den Ausbruch des Krieges zwischen uns und Oesterreich gerechnet, und näherte sich uns bereitwillig wieder, sobald unsere Beziehungen zu Wien sich zu trüben begannen. — Vor Ausbruch des österreichischen Krieges 1866 sind mir theils durch Verwandte Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen, theils durch vertrauliche Agenten Vorschläge gemacht worden, welche jederzeit dahin gingen, kleinere oder größere Transactionen zum Behuf beiderseitiger Vergrößerung zu Stande zu bringen; es handelte sich bald um Luxemburg, oder um die Grenze von 1814 mit Landau und Saarlouis, bald

um größere Objecte, von denen die französische Schweiz und die Frage, wo die Sprachgrenze in Piemont zu ziehen sei, nicht ausgeschlossen blieben. — Im Mai 1866 nahmen diese Zumuthungen die Gestalt des Vorschlages eines Offensiv- und Defensiv-Bündnisses an, von dessen Grundzügen folgender Auszug in meinen Händen blieb.

(Es folgen hierauf in dem Schreiben diese Grundzüge in französischer Sprache, welche dahin gehen, daß im Fall eines Congresses die beiden Alliirten die Abtretung Venetiens an Italien und Schleswig-Holsteins an Preußen erstreben sollten, und daß, im Fall der Congreß nicht zu Stande komme, Preußen an Oesterreich den Krieg erklären und Frankreich nach Ausbruch der Feindseligkeiten mit 300 000 Mann über Oesterreich herfallen solle. Als Siegespreis solle Preußen deutsche Gebiete nach beliebiger Wahl mit 7 bis 8 Millionen Bevölkerung und das Recht erhalten, die Bundesreform in seinem Sinne durchzuführen, Frankreich solle das linksrheinische Gebiet zwischen Mosel und Rhein, ohne Mainz und Koblenz, also einen Theil von Rheinpreußen, die bairische Rheinpfalz, Birkenfeld, Homburg und Rheinhessen bekommen. Das Schreiben fährt fort:)

Ein Jeder, welcher mit der intimeren diplomatischen und militärischen Geschichte des Jahres 1866 vertraut ist, wird durch diese Clauseln die Politik hindurchschimmern sehen, welche Frankreich gleichzeitig gegenüber Italien, mit dem es ebenfalls verhandelte, und später gegenüber Preußen und Italien befolgte. Nachdem wir im Juni 1866 ungeachtet mehrfacher, fast drohender Mahnungen zur Annahme obiges Allianzproject abgelehnt hatten, rechnete die französische Regierung nur noch auf den Sieg Oesterreichs über uns und auf unsere Ausbeutung für französischen Beistand nach unserer eventuellen Niederlage, mit deren diplomatischer Anbahnung die französische Politik

sich nunmehr nach Kräften beschäftigte. — Daß der in dem vorstehenden Allianz-Entwurf gedachte und später noch einmal vorgeschlagene Congreß die Wirkung gehabt haben würde, unser nur auf drei Monate geschlossenes Bündniß mit Italien ungenützt zum Ablauf zu bringen, und wie Frankreich durch die weiteren Custozza betreffenden Verabredungen bemüht war, unsere Lage zu benachtheiligen und wo möglich unsere Niederlage herbeizuführen, ist Ew. . . . bekannt. Die „patriotischen Beklemmungen“ des Ministers Rouher liefern einen Commentar über den weiteren Verlauf.

Von der Zeit an hat Frankreich nicht aufgehört, uns durch Anerbietungen auf Kosten Deutschlands und Belgiens in Versuchung zu führen. Die Unmöglichkeit, auf irgend welche Anerbietungen der Art einzugehen, war für mich niemals zweifelhaft; wohl aber hielt ich es im Interesse des Friedens für nützlich, den französischen Staatsmännern die ihnen eigenthümlichen Illusionen so lange zu belassen, als dieses, ohne ihnen irgendwelche auch nur mündliche Zusage zu machen, möglich sein würde. Ich vermuthete, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde.

Ich war nicht der Meinung derjenigen Politiker, welche dazu riethen, dem Kriege mit Frankreich deshalb nicht nach Kräften vorzubeugen, weil er doch unvermeidlich sei. So sicher durchschaut Niemand die Absichten göttlicher Vorsehung bezüglich der Zukunft, und ich betrachte auch einen siegreichen Krieg an sich immer als ein Uebel, welches die Staatskunst den Völkern zu ersparen bemüht sein muß. Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide großen Nachbarvölker über die Nothwendigkeit eines Krieges hinweggeführt hätten —

eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zu Gute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumuthungen und verhandelte dilatorisch über dieselben, ohne meinerseits jemals auch nur ein Versprechen zu machen. Nachdem die Verhandlung mit Sr. Majestät dem Könige der Niederlande über den Ankauf von Luxemburg in bekannter Weise gescheitert war, wiederholten sich mir gegenüber die erweiterten Vorschläge Frankreichs, welche Belgien und Süddeutschland umfaßten.

In diese Conjunctur fällt die Mittheilung des Benedettischen Manuscripts. Daß der französische Botschafter ohne Genehmigung seines Souverains mit eigener Hand diese Vorschläge formulirt, sie mir überreicht und mit mir wiederholt und unter Modificirung von Textstellen, die ich monirte, verhandelt haben sollte, ist eben so unwahrscheinlich, wie bei einer andern Gelegenheit die Behauptung war, daß der Kaiser Napoleon der Forderung der Abtretung von Mainz nicht beigestimmt habe, welche mir im August 1866 unter Androhung des Krieges im Falle der Weigerung durch den kaiserlichen Botschafter amtlich gestellt wurde. Die verschiedenen Phasen französischer Verstimmung und Kriegeslust, welche wir von 1866—1869 durchgemacht haben, coincidirten ziemlich genau mit der Neigung oder Abneigung, welche die französischen Agenten bei mir für Verhandlungen der Art zu finden glaubten.

Zur Zeit der Vorbereitung der belgischen Eisenbahnhändel im März 1868 wurde mir von einer hochstehenden Person, welche den früheren Unterhandlungen nicht fremd war, mit Bezugnahme auf letztere angedeutet, daß für den Fall einer französischen Occupation Belgiens „nous trouverions bien notre Belgique ailleurs“. Gleicherweise wurde mir bei früheren Gelegenheiten zu erwägen gegeben, daß Frankreich bei einer Lösung der orientalischen

Frage seine Betheiligung nicht im fernen Osten, sondern nur unmittelbar an seiner Grenze suchen könne.

Ich habe den Eindruck, daß nur die definitive Ueberzeugung, es sei mit uns keine Grenz-Erweiterung Frankreichs zu erreichen, den Kaiser zu dem Entschlusse geführt hat, eine solche gegen uns zu erstreben. Ich habe sogar Grund, zu glauben, daß, wenn die fragliche Veröffentlichung unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen, auf Grund der Benedettischen Vorschläge, auf Kosten Belgiens.

Ueber den Text dieser Vorschläge bemerke ich noch, daß der in unseren Händen befindliche Entwurf von Anfang bis zu Ende von der Hand des Grafen Benedetti und auf dem Papier des Kaiserlich französischen Botschafters geschrieben ist, und daß die hiesigen Botschafter resp. Gesandten von Oesterreich, Großbritannien, Rußland, Baden, Bayern, Belgien, Hessen, Italien, Sachsen, der Türkei, Württemberg, welche das Original gesehen, die Handschrift erkannt haben.

In dem Art. I. hat Graf Benedetti gleich bei der ersten Vorlesung auf den Schlußpassus verzichtet und ihn eingeklammert, nachdem ich ihm bemerkt hatte, daß derselbe eine Einmischung Frankreichs in die inneren Angelegenheiten Deutschlands voraussetzte, die ich auch in geheimen Actenstücken nicht einräumen könnte. Aus eigenem Antriebe hat er eine weniger bedeutende Correctur des Art. II. in meiner Gegenwart am Rande vorgenommen. Lord Aug. Loftus habe ich am 24. cr. von der Existenz des fraglichen Actenstückes mündlich unterrichtet und auf

seine Zweifel ihn zu persönlicher Einsicht desselben eingeladen. Er hat am 27. d. Mts. von demselben Kenntniß genommen und sich dabei überzeugt, daß es von der Handschrift seines früheren französischen Collegen ist. Wenn das kaiserliche Cabinet Bestrebungen, für welche es seit 1864, zwischen Versprechungen und Drohungen wechselnd, ohne Unterbrechung bemüht gewesen ist, uns zu gewinnen, heute ableugnet, so ist das angesichts der politischen Situation leicht erklärlich. — Ew. . . . wollen gefälligst diesen Erlaß dem Herrn . . . vorlesen und in Abschrift behändigen.

An den König.

Donchery, 3. September 1870.

Nachdem ich mich gestern Abend auf Ew. Königlichen Majestät Befehl hierher begeben hatte, um an den Verhandlungen der Capitulation theilzunehmen, wurden letztere bis etwa 1 Uhr Nachts durch die Bewilligung einer Bedenkzeit unterbrochen, welche General Wimpffen erbeten, nachdem General von Moltke bestimmt erklärt hatte, daß keine andere Bedingung als die Waffenstreckung bewilligt werden und das Bombardement um 9 Uhr Morgens wieder beginnen würde, wenn bis dahin die Capitulation nicht abgeschlossen wäre. Heute früh gegen 6 Uhr wurde mir der General Reille angemeldet, welcher mir mittheilte, daß der Kaiser mich zu sehen wünsche und sich bereits auf dem Wege nach Sedan hierher befinde. Der General kehrte sofort zurück, um Sr. Majestät zu melden, daß ich ihm folgte, und ich befand mich kurz darauf etwa auf halbem Wege zwischen hier und Sedan, in der Nähe von Frénois, dem Kaiser gegenüber. Se. Majestät befand sich in einem offenen

Wagen mit drei höheren Offizieren und ebenso vielen zu Pferde daneben. Persönlich bekannt waren mir von letzteren die Generale Castelnau, Reille und Moskowa, der am Fuße verwundet schien, und Vaubert. Am Wagen angekommen, stieg ich vom Pferde, trat an der Seite des Kaisers an den Schlag und fragte nach den Befehlen Sr. Majestät.

Der Kaiser drückte zunächst den Wunsch aus, Ew. Königliche Majestät zu sehen, anscheinend in der Meinung, daß Allerhöchstdieselben sich ebenfalls in Donchery befänden. Nachdem ich erwidert, daß Ew. Majestät Hauptquartier augenblicklich drei Meilen entfernt, in Vendresse, sei, fragte der Kaiser, ob Ew. Majestät einen Ort bestimmt hätten, wohin er sich zunächst begeben solle, und eventuell, welches meine Meinung darüber sei. Ich entgegnete ihm, daß ich in vollständigster Dunkelheit hierhergekommen und die Gegend mir deshalb unbekannt sei, und stellte ihm das in Donchery von mir bewohnte Haus zur Verfügung, welches ich sofort räumen würde. Der Kaiser nahm dies an und fuhr im Schritt gen Donchery, hielt aber einige hundert Schritte von der in die Stadt führenden Maasbrücke vor einem einsam gelegenen Arbeiterhause an und fragte mich, ob er nicht dort absteigen könne. Ich ließ das Haus durch den Legationsrath Grafen Bismarck-Bohlen, der mir inzwischen gefolgt war, besichtigen; nachdem gemeldet, daß seine innere Beschaffenheit sehr dürftig und eng, das Haus aber von Verwundeten frei sei, stieg der Kaiser ab und forderte mich auf, ihm in das Innere zu folgen. Hier hatte ich in einem sehr kleinen, einen Tisch und zwei Stühle enthaltenden Zimmer eine Unterredung von etwa einer Stunde mit dem Kaiser. Se. Majestät betonte vorzugsweise den Wunsch, günstigere Capitulationsbedingungen für die Armee zu erhalten.

Ich lehnte von Hause aus ab, hierüber mit Seiner Majestät zu unterhandeln, indem diese rein militärische Frage zwischen dem General v. Moltke und dem General v. Wimpffen zu erledigen sei. Dagegen fragte ich den Kaiser, ob Se. Majestät zu Friedensverhandlungen geneigt sei. Der Kaiser erwiderte, daß er jetzt als Gefangener nicht in der Lage sei, und auf mein weiteres Befragen, durch wen seiner Ansicht nach die Staatsgewalt Frankreichs gegenwärtig vertreten werde, verwies mich Seine Majestät auf das in Paris bestehende Gouvernement. Nach Aufklärung dieses aus dem gestrigen Schreiben des Kaisers an Ew. Majestät nicht mit Sicherheit zu beurtheilenden Punktes erkannte ich, und verschwieg dies auch dem Kaiser nicht, daß die Situation noch heut wie gestern kein anderes praktisches Moment, als das militärische darbiete, und betonte die daraus für uns hervorgehende Nothwendigkeit, durch die Capitulation Sedans vor allen Dingen ein materielles Pfand für die Befestigung der gewonnenen militärischen Resultate in die Hand zu bekommen. Ich hatte schon gestern Abend mit dem General v. Moltke nach allen Seiten hin die Frage erwogen: ob es möglich sein würde, ohne Schädigung der deutschen Interessen dem militärischen Ehrgefühl einer Armee, die sich gut geschlagen hatte, günstigere Bedingungen als die festgestellten anzubieten. Nach pflichtmäßiger Erwägung mußten wir Beide in der Verneinung dieser Frage beharren. Wenn daher der General v. Moltke, der inzwischen aus der Stadt hinzugekommen war, sich zu Ew. Majestät begab, um Allerhöchstdenselben die Wünsche des Kaisers vorzulegen, so geschah dies, wie Ew. Majestät bekannt, nicht in der Absicht, dieselben zu befürworten.

Der Kaiser begab sich demnach ins Freie und lud mich ein, mich vor der Thür des Hauses neben ihn zu setzen. Se. Majestät stellte mir die Frage, ob es nicht

thunlich sei, die französische Armee über die belgische Grenze gehen zu lassen, damit sie dort entwaffnet und internirt werde. Ich hatte auch diese Eventualität bereits am Abend zuvor mit General v. Moltke besprochen und ging unter Anführung der oben bereits angedeuteten Motive auch auf die Besprechung dieser Modalität nicht ein. In Berührung der politischen Situation nahm ich meinerseits keine Initiative, der Kaiser nur insoweit, daß er das Unglück des Krieges beklagte, und erklärte, daß er selbst den Krieg nicht gewollt habe, durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs aber dazu genöthigt worden sei.

Durch Erkundigungen in der Stadt und insbesondere durch Recognoscirungen der Offiziere vom Generalstabe war inzwischen, etwa zwischen 9 und 10 Uhr, festgestellt worden, daß das Schloß Bellevue bei Frésnois zur Aufnahme des Kaisers geeignet und auch noch nicht mit Verwundeten belegt sei. Ich meldete dies Sr. Majestät in der Form, daß ich Frésnois als den Ort bezeichnete, den ich Ew. Majestät zur Zusammenkunft in Vorschlag bringen würde, und deshalb dem Kaiser anheimstellte, ob Se. Majestät sich gleich dahin begeben wolle, da der Aufenthalt innerhalb des kleinen Arbeiterhauses unbequem sei, und der Kaiser vielleicht einiger Ruhe bedürfen würde. Se. Majestät ging darauf bereitwillig ein, und geleitete ich den Kaiser, dem eine Ehren-Eskorte von Ew. Majestät Leib-Cürassier-Regiment voranritt, nach dem Schlosse Bellevue, wo inzwischen das weitere Gefolge und die Equipagen des Kaisers, deren Ankunft aus der Stadt bis dahin für unsicher gehalten zu werden schien, von Sedan eingetroffen waren. Ebenso der General Wimpffen, mit welchem, in Erwartung der Rückkehr des Generals v. Moltke, die Besprechung der gestern abgebrochenen Capitulations-Verhandlungen durch den General v. Podbielski, im Beisein

des Oberst-Lieutenants v. Verdy und des Stabschefs des Generals v. Wimpffen, welche beiden Offiziere das Protokoll führten, wieder aufgenommen wurde. Ich habe nur an der Einleitung derselben durch die Darlegung der politischen und rechtlichen Situation nach Maßgabe der mir vom Kaiser selbst gewordenen Aufschlüsse theilgenommen, indem ich unmittelbar darauf durch den Rittmeister Grafen v. Nostitz im Auftrage des Generals v. Moltke die Meldung erhielt, daß Ew. Majestät den Kaiser erst nach Abschluß der Capitulation der Armee sehen wollten, — eine Meldung, nach welcher gegnerischerseits die Hoffnung, andere Bedingungen als die abgeschlossenen zu erhalten, aufgegeben wurde.

Ich ritt darauf in der Absicht, Ew. Majestät die Lage der Dinge zu melden, Allerhöchstdenselben nach Chéhery entgegen, traf unterwegs den General v. Moltke mit dem von Ew. Majestät genehmigten Texte der Capitulation, welcher, nachdem wir mit ihm in Frésnois eingetroffen, nunmehr ohne Widerspruch angenommen und unterzeichnet wurde. Das Verhalten des Generals v. Wimpffen war, ebenso wie das der übrigen französischen Generale in der Nacht vorher, ein sehr würdiges, und konnte dieser tapfere Offizier sich nicht enthalten, mir gegenüber seinem tiefen Schmerze darüber Ausdruck zu geben, daß gerade er berufen sein müsse, achtundvierzig Stunden nach seiner Ankunft aus Afrika und einen halben Tag nach Uebernahme des Commandos seinen Namen unter eine für die französischen Waffen so verhängnißvolle Capitulation zu setzen; indessen der Mangel an Lebensmitteln und Munition und die absolute Unmöglichkeit jeder weiteren Vertheidigung lege ihm als General die Pflicht auf, seine persönlichen Gefühle schweigen zu lassen, da weiteres Blutvergießen in der Situation nichts mehr ändern könne. Die Bewilligung der Entlassung der Offiziere

auf ihr Ehrenwort wurde mit lebhaftem Danke entgegengenommen als ein Ausdruck der Intentionen Ew. Majestät, den Gefühlen einer Truppe, welche sich tapfer geschlagen hatte, nicht über die Linie hinaus zu nahe zu treten, welche durch das Gebot unserer politisch-militärischen Interessen mit Nothwendigkeit gezogen war. Diesem Gefühle hatte der General v. Wimpffen auch nachträglich in einem Schreiben Ausdruck gegeben, in welchem er dem General v. Moltke seinen Dank für die rücksichtsvollen Formen ausdrückt, in denen die Verhandlungen von Seiten desselben geführt worden sind.

An die Gemahlin.

Vendresse, 3. September 1870.

Mein liebes Herz!

Vorgestern vor Tagesgrauen verließ ich mein hiesiges Quartier, kehrte heute zurück und habe in der Zwischenzeit die große Schlacht von Sedan, am 1. September, erlebt, in der wir 30 000 Gefangene machten und den Rest der französischen Armee, der wir seit Bar-le-duc nachjagten, in die Festung warfen, wo sie sich mit dem Kaiser kriegsgefangen ergeben mußte. Gestern früh 5 Uhr, nachdem ich bis 1 Uhr früh mit Moltke und den französischen Generalen über die abzuschließende Capitulation verhandelt hatte, weckte mich der General Reille, den ich kenne, um mir zu sagen, daß Napoleon mich zu sprechen wünschte. Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit drei Adjutanten und drei zu Pferde daneben auf der Landstraße vor Sedan haltend. Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den

Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen; ich sagte ihm der Wahrheit gemäß, daß Se. Majestät drei Meilen davon, an dem Orte, wo ich jetzt schreibe, sein Quartier habe. Auf Napoleons Frage, wohin er sich begeben solle, bot ich ihm, da ich der Gegend unkundig, mein Quartier in Donchery an, einem kleinen Orte an der Maas, dicht bei Sedan; er nahm es an und fuhr, von seinen sechs Franzosen, von mir und von Karl, der mir inzwischen nachgeritten war, geleitet, durch den einsamen Morgen nach unsrer Seite zu. Vor dem Orte wurde es ihm leid wegen der möglichen Menschenmenge, und er fragte mich, ob er in einem einsamen Arbeiterhause am Wege absteigen könne; ich ließ es besehen durch Karl, der meldete, es sei ärmlich und unrein. „Thut nichts!" meinte Napoleon, und ich stieg mit ihm eine gebrechliche, enge Stiege hinauf. In einer Kammer von zehn Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tische und zwei Binsenstühlen saßen wir eine Stunde, die Anderen waren unten. Ein gewaltiger Contrast mit unserm letzten Beisammensein in den Tuilerien 1867. Unsre Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten. Ich hatte durch Karl Offiziere aus der Stadt holen und Moltke bitten lassen, zu kommen. Wir schickten dann einen der ersteren auf Recognoscirung und entdeckten eine halbe Meile davon in Frénois ein kleines Schloß mit Park. Dorthin geleitete ich ihn mit einer inzwischen herangeholten Escorte vom Leib-Cürassier-Regiment, und dort schlossen wir mit dem französischen Obergeneral Wimpffen die Capitulation, vermöge deren 40—60 000 Franzosen — genauer weiß ich es noch nicht — mit allem, was sie haben, unsre Gefangenen wurden. Der vor- und gestrige Tag kosten Frankreich 100 000 Mann und einen Kaiser. Heute früh ging letzterer mit allen seinen

Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab. Es ist ein weltgeschichtliches Ereigniß, ein Sieg, für den wir Gott in Demuth danken wollen und der den Krieg entscheidet, wenn wir auch letzteren gegen das kaiserlose Frankreich noch fortführen müssen. Ich muß schließen. Mit herzlicher Freude ersah ich heute aus Deinen und Marias Briefen Herberts Eintreffen bei Euch. Bill sprach ich gestern, wie schon telegraphirt, und umarmte ihn angesichts Sr. Majestät vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Hans und Fritz Karl sah ich, beide Bülow bei 2. Garde-Dragonern, wohl und munter. Leb' wohl mein Herz; grüße die Kinder. Dein

v. B.

An die Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den fremden Regierungen.

Rheims, 13. September 1870.

Durch die irrthümlichen Auffassungen über unser Verhältniß zu Frankreich, welche uns auch von befreundeten Seiten zukommen, bin ich veranlaßt, mich in Folgendem über die von den verbündeten deutschen Regierungen getheilten Ansichten Sr. Majestät des Königs auszusprechen. Wir hatten in dem Plebiscit und den darauf folgenden scheinbar befriedigenden Zuständen in Frankreich die Bürgschaft des Friedens und den Ausdruck einer friedlichen Stimmung der französischen Nation zu sehen geglaubt. Die Ereignisse haben uns eines anderen belehrt, wenigstens haben sie gezeigt, wie leicht diese Stimmung bei der französischen Nation in ihr Gegentheil umschlägt. Die der Einstimmigkeit nahe Mehrheit der Volksvertreter, des Senates und der Organe der öffentlichen Meinung in der

Presse haben den Eroberungskrieg gegen uns so laut und nachdrücklich gefordert, daß der Muth zum Widerspruch den isolirten Freunden des Friedens fehlte, und daß der Kaiser Napoleon Sr. Majestät keine Unwahrheit gesagt haben dürfte, wenn er noch heut behauptet, daß der Stand der öffentlichen Meinung ihn zum Kriege gezwungen habe. Angesichts dieser Thatsachen dürfen wir unsere Garantien nicht in französischen Stimmungen suchen. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir uns in Folge dieses Krieges auf einen baldigen neuen Angriff von Frankreich und nicht auf einen dauerhaften Frieden gefaßt machen müssen, und das ganz unabhängig von den Bedingungen, welche wir etwa an Frankreich stellen möchten. Es ist die Niederlage an sich, es ist unsere siegreiche Abwehr ihres frevelhaften Angriffs, welche die französische Nation uns nie verzeihen wird. Wenn wir jetzt, ohne alle Gebietsabtretung, ohne jede Contribution, ohne irgend welche Vortheile als den Ruhm unserer Waffen aus Frankreich abzögen, so würde doch derselbe Haß, dieselbe Rachsucht wegen der verletzten Eitelkeit und Herrschsucht in der französischen Nation zurückbleiben, und sie würde nur auf den Tag warten, wo sie hoffen dürfte, diese Gefühle mit Erfolg zur That zu machen. Es war nicht der Zweifel in die Gerechtigkeit unserer Sache, und nicht Besorgniß, daß wir nicht stark genug sein möchten, welche uns im Jahre 1867 von dem uns schon damals nahe genug gelegten Kriege abhielt, sondern die Scheu, gerade durch unsere Siege jene Leidenschaften aufzuregen und eine Aera gegenseitiger Erbitterung und immer erneuter Kriege heraufzubeschwören, während wir hofften, durch längere Dauer und aufmerksame Pflege der friedlichen Beziehungen beider Nationen eine feste Grundlage für eine Aera des Friedens und der Wohlfahrt beider zu gewinnen. Jetzt, nachdem man uns zu dem Kriege, dem wir widerstrebten, gezwungen

hat, müssen wir dahin streben, für unsere Vertheidigung gegen den nächsten Angriff der Franzosen bessere Bürgschaften, als die ihres Wohlwollens, zu gewinnen. Die Garantien, welche man nach dem Jahre 1815 gegen dieselben französischen Gelüste und für den europäischen Frieden in der heiligen Allianz und anderen im europäischen Interesse getroffenen Einrichtungen gesucht hat, haben im Laufe der Zeit ihre Wirksamkeit und Bedeutung verloren, so daß Deutschland allein sich schließlich Frankreichs hat erwehren müssen, nur auf seine eigene Kraft und seine eigenen Hülfsmittel angewiesen. Eine solche Anstrengung, wie die heutige, darf der deutschen Nation nicht dauernd von Neuem angesonnen werden, und wir sind daher gezwungen, materielle Bürgschaften für die Sicherheit Deutschlands gegen Frankreichs künftige Angriffe zu erstreben, Bürgschaften zugleich für den europäischen Frieden, der von Deutschland eine Störung nicht zu befürchten hat. Diese Bürgschaften haben wir nicht von einer vorübergehenden Regierung Frankreichs, sondern von der französischen Nation zu fordern, welche gezeigt hat, daß sie jeder Herrschaft in den Krieg gegen uns zu folgen bereit ist, wie die Reihe der seit Jahrhunderten von Frankreich gegen Deutschland geführten Angriffskriege unwiderleglich darthut. Wir können deshalb unsere Forderungen für den Frieden lediglich darauf richten, für Frankreich den nächsten Angriff auf die deutsche und namentlich schutzlose süddeutsche Grenze dadurch zu erschweren, daß wir diese Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurückzulegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen.

Euere pp. wollen Sich, wenn Sie befragt werden, in diesem Sinne aussprechen.

An dieselben.

Meaux, 16. September 1870.

Euer pp. ist das Schriftstück bekannt, welches Herr Jules Favre im Namen der jetzigen Machthaber in Paris, welche sich selbst das Gouvernement de la défense nationale (Regierung der nationalen Vertheidigung) nennen, an die Vertreter Frankreichs im Auslande gerichtet hat. Gleichzeitig ist es zu meiner Kenntniß gekommen, daß Herr Thiers eine vertrauliche Mission an einige auswärtige Höfe übernommen hat, und ich darf voraussetzen, daß er es sich zur Aufgabe machen wird, einerseits den Glauben an die Friedensliebe der jetzigen Pariser Regierung zu erwecken, andererseits die Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten eines Friedens zu erbitten, welcher Deutschland der Früchte seines Sieges berauben, und jeder Friedensbasis, welche eine Erschwerung des nächsten französischen Angriffs auf Deutschland enthalten könnte, vorbeugen soll. An die ernstliche Absicht der jetzigen Pariser Regierung, dem Kriege ein Ende zu machen, können wir nicht glauben, so lange dieselbe im Innern fortfährt, durch ihre Sprache und ihre Akte die Volksleidenschaft aufzustacheln, den Haß und die Erbitterung der durch die Leiden des Krieges an sich gereizten Bevölkerung zu steigern und jede für Deutschland annehmbare Basis als für Frankreich unannehmbar im Voraus zu verdammen. Sie macht sich dadurch selbst den Frieden unmöglich, auf den sie durch eine ruhige und dem Ernst der Situation Rechnung tragende Sprache das Volk vorbereiten müßte, wenn wir annehmen sollten, daß sie ehrliche Friedensverhandlungen mit uns beabsichtige. Die Zumuthung, daß wir jetzt einen Waffenstillstand ohne jede Sicherheit für unsere Friedensbedingungen abschließen sollten, könnte nur dann ernsthaft gemeint sein, wenn man bei uns Mangel an militärischem und politischem Urtheil,

oder Gleichgültigkeit gegen die Interessen Deutschlands voraussetzt. Daneben besteht ein wesentliches Hinderniß für die Franzosen, die Nothwendigkeit des Friedens mit Deutschland ernstlich ins Auge zu fassen, in der von den jetzigen Machthabern genährten Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten Frankreichs. Kommt die französische Nation zu der Ueberzeugung, daß, wie sie allein willkürlich den Krieg heraufbeschworen hat, und wie Deutschland ihn allein hat auskämpfen müssen, so sie auch mit Deutschland allein ihre Rechnung abschließen muß, so wird sie dem jetzt sicher nutzlosen Widerstande bald ein Ende machen. Es ist eine Grausamkeit der Neutralen gegen die französische Nation, wenn sie zulassen, daß die Pariser Regierung im Volke unerfüllbare Hoffnungen auf Intervention nähre und dadurch den Kampf verlängere. Wir sind fern von jeder Neigung zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs. Was für eine Regierung sich die französische Nation geben will, ist für uns gleichgültig. Formell ist die Regierung des Kaisers Napoleon bisher die allein von uns anerkannte. Unsere Friedensbedingungen, mit welcher zur Sache legitimirten Regierung wir dieselben auch mögen zu verhandeln haben, sind ganz unabhängig von der Frage, wie und von wem die französische Nation regiert wird, sie sind uns durch die Natur der Dinge und das Gesetz der Nothwehr gegen ein gewaltthätiges und friedloses Nachbarvolk vorgeschrieben. Die einmüthige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Bedrohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitz von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker, als unsere Defensive bezüglich des

ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist im Besitze Frankreichs eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitze gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als zwanzig Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen, und wir haben von letzterem nichts zu begehren, als unsere von ihm so oft gefährdete Sicherheit im eigenen Lande. Frankreich dagegen wird jeden jetzt zu schließenden Frieden nur als einen Waffenstillstand ansehen, und uns, um Rache für seine jetzige Niederlage zu nehmen, ebenso händelsüchtig und ruhelos, wie in diesem Jahre, wiederum angreifen, sobald es sich durch eigene Kraft oder fremde Bündnisse stark genug dazu fühlt. Indem wir Frankreich, von dessen Initiative allein jede bisherige Beunruhigung Europas ausgegangen ist, das Eingreifen der Offensive erschweren, handeln wir zugleich im europäischen Interesse, welches das des Friedens ist. Von Deutschland ist keine Störung des europäischen Friedens zu befürchten, nachdem uns der Krieg, dem wir mit Sorgfalt und mit Ueberwindung unseres durch Frankreich ohne Unterlaß herausgeforderten nationalen Selbstgefühls vier Jahre lang aus dem Wege gegangen sind, trotz unserer Friedensliebe, aufgezwungen ist, wollen wir die zukünftige Sicherheit als den Preis der gewaltigen Anstrengungen fordern, die wir zu unserer Vertheidigung haben machen müssen. Niemand wird uns Mangel an Mäßigung vorwerfen können, wenn wir diese gerechte und billige Forderung festhalten.

Euere pp. bitte ich, Sich von diesen Gedanken zu durchdringen und dieselben in Ihren Besprechungen mit zur Geltung zu bringen.

An dieselben.

Ferrières, 27. September 1870.

Der Bericht, welchen Herr Jules Favre über seine Unterredungen mit mir am 21. d. Mts. an seine Collegen gerichtet hat, veranlaßt mich, Ew. ꝛc. über die zwischen uns stattgefundenen Verhandlungen eine Mittheilung zugehen zu lassen, welche Sie in den Stand setzen wird, sich von dem Verlauf derselben ein richtiges Bild zu machen.

Im Allgemeinen läßt sich der Darstellung des Herrn Jules Favre die Anerkennung nicht versagen, daß er bemüht gewesen ist, den Hergang der Sache im Ganzen richtig wiederzugeben. Wenn ihm dies nicht überall gelungen ist, so ist dies bei der Dauer unserer Unterredungen und den Umständen, unter welchen sie stattfanden, erklärlich. Gegen die Gesammt-Tendenz seiner Darlegung kann ich aber nicht unterlassen zu erinnern, daß nicht die Frage des Friedensschlusses bei unserer Besprechung im Vordergrunde stand, sondern die des Waffenstillstandes, welcher jenem vorausgehen sollte. In Bezug auf unsere Forderungen für den späteren Abschluß des Friedens habe ich Hrn. Jules Favre gegenüber ausdrücklich constatirt, daß ich mich über die von uns beanspruchte Grenze erst dann erklären würde, wenn das Princip der Landabtretung von Frankreich überhaupt öffentlich anerkannt sein würde. Hieran anknüpfend ist die Bildung eines neuen Mosel-Departements mit den Arrondissements Saarburg, Château Salins, Saargemünd, Metz und Thionville als eine Organisation von mir bezeichnet worden, welche mit unseren Absichten zusammenhänge, keineswegs aber habe ich darauf verzichtet, je nach den Opfern, welche die Fortsetzung des Krieges uns in der Folge auferlegen wird, anderweitige Bedingungen für den Abschluß des Friedens zu stellen.

Straßburg, welches Herr Favre mich als den Schlüssel des Hauses bezeichnen läßt, wobei es ungewiß bleibt, ob unter letzterem Frankreich gemeint ist, wurde von mir ausdrücklich als der Schlüssel unseres Hauses bezeichnet, dessen Besitz wir deshalb nicht in fremden Händen zu lassen wünschten.

Unsere erste Unterredung im Schlosse Haute-Maison bei Montry hielt sich überhaupt in den Grenzen einer academischen Beleuchtung von Gegenwart und Vergangenheit, deren sachlicher Kern sich auf die Erklärung des Herrn J. Favre beschränkte, jede mögliche Geldsumme (tout l'argent que nous avons) in Aussicht zu stellen, Landabtretungen dagegen ablehnen zu müssen. Nachdem ich letztere als unentbehrlich bezeichnet hatte, erklärte er die Friedensunterhandlungen als aussichtslos, wobei er von der Ansicht ausging, daß Landabtretungen für Frankreich erniedrigend, ja sogar entehrend sein würden.

Es gelang mir nicht, ihn zu überzeugen, daß Bedingungen, deren Erfüllung Frankreich von Italien erlangt, von Deutschland gefordert habe, ohne mit einem der beiden Länder im Kriege gewesen zu sein, Bedingungen, welche Frankreich ganz zweifellos uns auferlegt haben würde, wenn wir besiegt worden wären, und welche das Ergebniß fast jeden Krieges auch der neuesten Zeit gewesen wären, für ein nach tapferer Gegenwehr besiegtes Land an sich nichts Entehrendes haben könnten, und daß die Ehre Frankreichs nicht von anderer Beschaffenheit sei, als diejenige aller anderen Länder. Ebensowenig fand ich bei Herrn Favre dafür ein Verständniß, daß die Rückgabe von Straßburg bezüglich des Ehrenpunktes keine andere Bedeutung, als die von Landau oder Saarlouis haben würde, und daß die gewaltthätigen Eroberungen Ludwigs XIV. mit der Ehre Frankreichs nicht fester verwachsen wären, als diejenigen der ersten Republik oder des ersten Kaiserreichs.

Eine praktischere Wendung nahmen unsere Besprechungen erst in Ferrières, wo sie sich mit der Frage des Waffenstillstandes beschäftigten und durch diesen ausschließlichen Inhalt schon die Behauptung widerlegen, daß ich erklärt hätte, einen Waffenstillstand unter keinen Umständen zu wollen. Die Art, in welcher Herr Favre mir die Ehre erzeigt, mich mit Bezug auf diese und andere Fragen als selbstredend einzuführen („il faudrait un armistice, et je n'en veux à aucun prix" und Aehnliches), nöthigt mich zu der Berichtigung, daß ich in dergleichen Unterredungen mich niemals der Wendung bedient habe oder bediene, daß ich persönlich etwas wollte oder versagte, oder bewilligte, sondern stets nur von den Absichten und Forderungen der Regierungen spreche, deren Geschäfte ich zu führen habe.

Als Motiv zum Abschluß eines Waffenstillstandes wurde in dieser Unterredung beiderseits das Bedürfniß anerkannt, der französischen Nation Gelegenheit zur Wahl einer Vertretung zu geben, welche allein im Stande sein würde, die Legitimation der gegenwärtigen Regierung so weit zu ergänzen, daß ein völkerrechtlicher Abschluß des Friedens mit ihr möglich würde. Ich machte darauf aufmerksam, daß ein Waffenstillstand für eine im siegreichen Fortschreiten begriffene Armee jederzeit militärische Nachtheile mit sich bringe, in diesem Falle aber für die Vertheidigung Frankreichs und für die Reorganisation seiner Armee einen sehr wichtigen Zeitgewinn darstelle, und daß wir daher einen Waffenstillstand nicht ohne militärisches Aequivalent gewähren könnten. Als ein solches bezeichnete ich die Uebergabe der Festungen, welche unsere Verbindung mit Deutschland erschwerten, weil wir bei der Verlängerung unserer Verpflegungsperiode durch einen dazwischen tretenden Waffenstillstand eine Erleichterung dieser Verpflegung als Vorbedingung desselben erlangen müßten. Es handelte sich dabei um Straßburg, Toul und

einige kleinere Plätze. In Betreff Straßburgs machte ich geltend, daß die Einnahme, nachdem die Krönung des Glacis vollendet sei, in kurzer Zeit ohnehin bevorstehe, und wir deshalb der militärischen Situation entsprechend hielten, daß die Besatzung sich ergebe, während die der übrigen Festungen freien Abzug erhalten würden. — Eine weitere schwierige Frage betraf Paris. Nachdem wir diese Stadt vollständig eingeschlossen, konnten wir in die Oeffnung der Zufuhr nur dann willigen, wenn die dadurch ermöglichte neue Verproviantirung des Platzes nicht unsere eigene militärische Position schwächte und die demnächstige Frist für das Aushungern des Platzes hinausrückte. Nach Berathung mit den militärischen Autoritäten stellte ich daher auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät des Königs in Bezug auf die Stadt Paris schließlich folgende Alternative auf:

Entweder die Position von Paris wird uns durch Uebergabe eines dominirenden Theils der Festungswerke eingeräumt; um diesen Preis sind wir bereit, den Verkehr mit Paris vollständig preiszugeben und jede Verproviantirung der Stadt zuzulassen.

Oder die Position von Paris wird uns nicht eingeräumt; alsdann können wir auch in die Aufhebung der Absperrung nicht willigen, sondern müssen die Beibehaltung des militärischen status quo vor Paris dem Waffenstillstand zu Grunde legen, weil sonst letzterer für uns lediglich die Folge hätte, daß Paris uns nach Ablauf des Waffenstillstandes neu verproviantirt und gerüstet gegenüberstehen werde.

Herr Favre lehnte die erste Alternative, die Einräumung eines Theils der Befestigungen enthaltend, eben so bestimmt ab, wie die Bedingung, daß die Besatzung von Straßburg kriegsgefangen sein sollte. Dagegen versprach er, über die zweite Alternative, welche den militärischen status quo vor Paris aufrechthalten sollte, die Meinung seiner Collegen in Paris einzuholen.

Das Programm, welches Herr Favre als Ergebniß unserer Unterredungen nach Paris brachte, und welches dort verworfen worden ist, enthielt demnach über die künftigen Friedensbedingungen gar nichts, wohl aber die Bewilligung eines Waffenstillstandes von vierzehn Tagen bis drei Wochen zum Behuf der Wahl einer Nationalversammlung unter folgenden Bedingungen:

1. In und vor Paris Aufrechterhaltung des militärischen status quo.
2. In und vor Metz Fortdauer der Feindseligkeiten innerhalb eines näher zu bestimmenden, um Metz gelegenen Umkreises.
3. Uebergabe von Straßburg mit Kriegsgefangenschaft der Besatzung; von Toul und Bitsch mit freiem Abzug derselben.

Ich glaube, unsere Ueberzeugung, daß wir damit ein sehr entgegenkommendes Anerbieten gemacht haben, wird von allen neutralen Cabinetten getheilt werden. Wenn die französische Regierung die ihr gebotene Gelegenheit zur Wahl einer Nationalversammlung auch innerhalb der von uns occupirten Theile Frankreichs nicht hat benutzen wollen, so bekundet sie damit ihren Entschluß, die Schwierigkeiten, in welchen sie sich einem völkerrechtlichen Abschluß des Friedens gegenüber befindet, aufrecht zu erhalten und die öffentliche Meinung des französischen Volkes nicht hören zu wollen. Daß allgemeine und freie Wahlen im Sinne des Friedens ausgefallen sein würden, ist ein Eindruck, der sich uns hier aufdrängt und auch den Machthabern in Paris nicht entgangen sein wird.

Ew. . . . ersuche ich ergebenst, den gegenwärtigen Erlaß gefälligst zur Kenntniß der dortigen Regierung zu bringen.

An dieselben.

Ferrières, 1. October 1870.

Den Zeitungen zufolge ist von Seiten der sich in Tours aufhaltenden Abtheilung der französischen Regierung eine amtliche Bekanntmachung erlassen, laut deren der Unterzeichnete dem Herrn Favre erklärt haben soll, „Preußen wolle den Krieg fortsetzen und Frankreich auf den Stand einer Macht zweiten Ranges zurückführen". Wenn auch eine solche Aeußerung nur in den Kreisen auf eine Wirkung berechnet sein kann, welche weder mit der üblichen Sprache internationaler Verhandlungen, noch mit der Geographie Frankreichs näher bekannt sind, so veranlaßt mich doch der Umstand, daß jene amtliche Bekanntmachung die Unterschrift der Herren Crémieux, Glais-Bizoin und Fourichon trägt, und daß diese Herren der jetzigen Regierung eines großen europäischen Reichs angehören, zu dem Ersuchen, daß Ew. . . . dieselbe einer Beleuchtung in Ihren geschäftlichen Besprechungen unterziehen wollen.

In meinen Unterredungen mit Herrn Favre ist die Frage der Friedensbedingungen überhaupt nicht bis zur geschäftlichen Behandlung gediehen, und nur auf seinen wiederholten Wunsch habe ich dem französischen Minister dieselben Gedanken, welche den Hauptinhalt meines Rundschreibens d. d. Meaux, den 16. September, bilden, in allgemeinen Umrissen mitgetheilt, darüber hinausgehende Forderungen aber bisher nach keiner Richtung hin gestellt. Die danach von uns erstrebte Abtretung von Straßburg und Metz bedingt in ihrem territorialen Zusammenhange eine Verminderung des französischen Gebiets um einen Flächeninhalt, welcher der Vermehrung desselben durch Savoyen und Nizza ziemlich gleich kommt, die Bevölkerung dieser von Italien erworbenen Landes-

theile aber um etwa $^3/_4$ Millionen übertrifft. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß Frankreich nach dem Census von 1866 ohne Algerien über 38 Millionen, und mit Algerien, welches gegenwärtig ja einen wesentlichen Theil der französischen Streitkräfte liefert, 42 Millionen Einwohner zählt, so liegt auf der Hand, daß eine Verminderung von $^3/_4$ Millionen der letzteren an der Bedeutung Frankreichs dem Auslande gegenüber nichts ändert, diesem großen Reiche vielmehr dieselben Elemente der Machtfülle läßt, durch deren Besitz es im orientalischen, wie im italienischen Kriege einen so entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Europas auszuüben im Stande war.

Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um den Uebertreibungen der Proclamation vom 24. d. Mts. die Logik der Thatsachen siegreich entgegenzustellen. Ich füge nur noch hinzu, daß ich auch Herrn Favre in unseren Besprechungen auf diese Gesichtspunkte ausdrücklich aufmerksam gemacht habe und daher, wie Ew. . . . auch ohne meine Versicherung überzeugt sein werden, weit entfernt gewesen bin von jeder verletzenden Hindeutung auf die Folgen des gegenwärtigen Krieges für Frankreichs zukünftige Weltstellung.

An Herrn Kern, Minister des Schweizer Bundes, Paris.

Berlin, 20. October 1870.

Mein Herr!

Ich hatte die Ehre, den Brief vom 6. October zu empfangen, worin mir die noch in Paris weilenden Mitglieder des diplomatischen Corps haben anzeigen wollen, daß es ihnen unmöglich werde, die officiellen Beziehungen

mit ihren respectiven Regierungen zu unterhalten, wenn die Bedingung, daß nur offene Depeschen an dieselben gerichtet werden können, festgehalten würde.

Als die Fortdauer der Belagerung von Paris durch die Verweigerung eines Waffenstillstandes von Seiten der französischen Regierung unausweichlich gemacht wurde, benachrichtigte die Regierung des Königs aus eigenem Antriebe durch eine Circularnote des Staatssecretärs von Thile vom 26. September die in Berlin accreditirten Agenten der neutralen Mächte, daß die Freiheit des Verkehrs mit Paris nur insoweit bestehe, als die militärischen Vorgänge es erlaubten. Am nämlichen Tage empfing ich in Ferrières eine Mittheilung des Herrn Ministers des Aeußern der Regierung der Nationalvertheidigung, die mir den vom diplomatischen Corps ausgedrückten Wunsch anzeigte, ermächtigt zu werden, jede Woche einen Courier mit Depeschen an ihre Regierungen abzusenden, und ich stand nicht an, in Uebereinstimmung mit den nach dem internationalen Recht aufgestellten Regeln eine Antwort zu geben, die von den Erfordernissen der militärischen Lage dictirt war. Die gegenwärtigen Inhaber der Gewalt haben es für angemessen gehalten, den Sitz ihrer Regierung innerhalb der Befestigungen von Paris aufzuschlagen und diese Stadt und ihre Umgebung zum Kriegsschauplatz zu wählen. Wenn Mitglieder des diplomatischen Corps bei der früheren Regierung sich entschlossen haben, mit der Regierung der Nationalvertheidigung die mit dem Aufenthalt in einer belagerten Festung unzertrennlichen Widerwärtigkeiten zu theilen, so fällt die Verantwortlichkeit hierfür nicht der Regierung des Königs zu.

Welches auch unser Vertrauen sei, daß die Unterzeichner des Briefes vom 6. October in den an ihre Regierungen gerichteten Mittheilungen sich persönlich den

Verbindlichkeiten zu unterziehen wissen werden, welche ihre Gegenwart in einer belagerten Festung nach den Regeln des Kriegsrechts diplomatischen Agenten auferlegen kann, so muß man doch der Möglichkeit Rechnung tragen, daß ihnen die Wichtigkeit gewisser Thatsachen vom militärischen Gesichtspunkte aus entgehen könnte. Es ist überdies klar, daß sie außer Stande seien, uns die nämliche Garantie für die Boten zu geben, die sie verwenden müßten, und die wir genöthigt wären, durch unsere Linien hin- und hergehen zu lassen.

Es hat sich in Paris ein Zustand der Dinge gebildet, zu dem die neuere Geschichte unter dem Gesichtspunkte des internationalen Rechts keine zutreffende Analogie bietet. Eine Regierung im Kriege mit einer Macht, welche dieselbe noch nicht anerkannt hat, hat sich in eine belagerte Festung eingeschlossen und sieht sich von einem Theile der Diplomaten umgeben, die da bei der früheren Regierung accreditirt waren, an deren Stelle sich die Regierung der Nationalvertheidigung gesetzt hat. Angesichts einer so unregelmäßigen Lage wird es schwer sein, auf Grundlage des Völkerrechts Regeln aufzustellen, die unter jedem Gesichtspunkt als unbestreitbar erscheinen. Ich glaube hoffen zu dürfen, daß J. Excellenz die Richtigkeit dieser Bemerkungen nicht verkennen und die Betrachtungen würdigen werde, die mich zu meinem lebhaften Bedauern hindern, dem in Ihrem Briefe vom 6. October ausgedrückten Wunsche Folge zu geben.

Wenn übrigens die Unterzeichner die Richtigkeit nicht glaubten zugeben zu können, so werden sich die Regierungen, die sie in Paris vertreten haben und denen ich unverzüglich von der mit Ihnen ausgetauschten Correspondenz Mittheilung machen werde, ihrerseits mit der Regierung des Königs in Verbindung setzen, um die Fragen des Völkerrechts zu prüfen, die sich an die anormale Po-

sition knüpfen, welche die Ereignisse und die Maßregeln der Regierung der National-Vertheidigung in Paris geschaffen haben.

Wollen Sie u. s. w.

An den Botschafter Graf Bernstorff in London.

Versailles, 28. October 1870.

Lord Granville hat die Gefälligkeit gehabt, Ew. Excellenz die Depesche mitzutheilen, welche er unter dem 20. d. M. an Lord Augustus Loftus gerichtet hat. Ew. 2c. sind daher mit dem Inhalt derselben bekannt.

Ich kann sofort zu der Versicherung übergehen, daß der lebhafte Wunsch nach einer Beendigung des zerstörenden Kampfes zweier großer Nationen und nach Vermeidung der äußersten, durch den völkerrechtlichen Kriegsgebrauch gebotenen Mittel, welcher sich darin ausspricht, von Sr. Majestät dem Könige nicht minder lebhaft getheilt, ja um so viel tiefer empfunden wird, als Deutschland durch die Opfer, die es selbst auch im siegreichen Kriege zu bringen hat, noch ganz anders dabei betheiligt ist, als ein neutrales Land, welches dem Kampfe mit den theilnehmenden Gefühlen der Menschlichkeit, deren reiche und edle Bethätigung wir anerkennen, zuschauen darf.

In diesem Sinne hat es Se. Majestät den König besonders angenehm berührt, aus der Depesche des Lord Granville zu erfahren, wie auch die Königlich Großbritannische Regierung unsere Ueberzeugung theilt, daß, um fruchtbare Friedensverhandlungen zu ermöglichen, es vor allen Dingen nöthig sei, dem französischen Volke die Wahl einer nationalen Vertretung zu gestatten. Wir sind von dieser Nothwendigkeit stets überzeugt gewesen von

dem Augenblicke an, wo uns die Pariser Ereignisse vom 4. September bekannt wurden; und wir haben dieser Ueberzeugung bei jeder Gelegenheit, welche sich uns darbot, Ausdruck gegeben.

Ich darf daran erinnern, daß auf den Vorschlag des englischen Cabinets Se. Majestät der König mich schon vor länger als einem Monate in Meaux ermächtigte, mit Herrn Jules Favre über die Möglichkeit der Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung in Verhandlung zu treten. Der Wunsch nach Herstellung einer legalen Vertretung des französischen Volkes bestimmte Se. Majestät den König, bei den Verhandlungen in Ferrières so günstige Bedingungen für den Waffenstillstand zu stellen, daß deren Mäßigung allgemein anerkannt und durch den einige Tage darauf erfolgenden Fall von Toul und Straßburg in schlagender Weise bekundet wurde. Daß und wie sie dennoch abgelehnt wurden, ist bekannt. Ebenso bekannt ist, daß nichtsdestoweniger Se. Majestät der König bereit war, die schon von der Regierung in Paris auf den 2. October ausgeschriebenen Wahlen im ganzen Bereich der von den Deutschen occupirten Landestheile in voller Freiheit zu gestatten und ihnen jede Erleichterung zu gewähren, obschon die Ausschreibung durch eine noch nicht anerkannte Regierung erfolgt war. Unsere Verhandlungen mit den französischen Local- und Departemental-Behörden, von welchen die mit dem Maire von Versailles geführten in öffentliche Blätter übergegangen sind, beweisen die Bereitwilligkeit der deutschen Behörden, das Zustandekommen unabhängiger Wahlen zu fördern.

Wie wenig aber das Pariser Gouvernement die Absicht hatte, die Nation wirklich zur Wahl kommen zu lassen, bewies dasselbe, indem es nicht nur die ursprünglich auf den 2. d. M. angesetzt gewesenen Wahlen hinausschob, sondern auch die von der Regierung in Tours ausge-

gangene neue Berufung derselben auf den 16. ej. ausdrücklich annullirte. Das betreffende Decret ist durch die Zeitungen bereits veröffentlicht; die Ausfertigung desselben mit den Originalunterschriften der Regierungsmitglieder ist in unsere Hände gefallen zugleich mit einem Schreiben von Herrn Gambetta, von welchem ich mir nicht versagen kann, Ew. 2c. in der Anlage Abschrift mitzutheilen, weil es die in der Pariser Regierung herrschende Stimmung kennzeichnet.

Diese Wahrnehmungen verhinderten uns nicht, an neuen Versuchen der Pariser Regierung, wenn sie das französische Volk zu Wahlen, zu Meinungsäußerungen und zur Betheiligung an der Verantwortlichkeit der eigenmächtig ergriffenen Landesregierung in den Stand setzen wollte, unsere Mitwirkung zu diesem Zwecke in Aussicht zu stellen.

Die freundlich dargebotene Vermittelung angesehener, einer neutralen Nation angehörender Persönlichkeiten, welche zum Behufe der Vermittelung nach Paris sich begaben, gewährte die Gelegenheit, den dortigen Machthabern noch einmal das Mittel darzubieten, durch Vornehmen der Wahlen Frankreich von der Anarchie zu befreien, welche Verhandlungen über den Frieden unmöglich macht. Wir erklärten uns bereit zu einem Waffenstillstande von der zur Vornahme von Wahlen erforderlichen Dauer, und boten zugleich an, entweder alle Deputirte der Nation nach Paris hinein, oder die Pariser Deputirten, falls ein anderer Versammlungsort beliebt werden sollte, aus der Stadt ungehindert herauszulassen.

Diese Vorschläge, welche noch am 9. d. Mts. von neutraler Seite mit unserer Zustimmung bei den Mitgliedern der Pariser Regierung befürwortet worden sind, begegneten bei letzterer einer solchen Aufnahme, daß die vermittelnden Persönlichkeiten selbst erklärten, nunmehr die

Hoffnungen aufgeben zu müssen, die sie gehegt haben. Unmittelbar nachher verließ Herr Gambetta Paris mittelst eines Luftballons, und sein erster Ruf, nachdem er den Erdboden wieder erreicht hatte, ist nach französischen Quellen ein Protest gegen die Vornahme von Volkswahlen gewesen. Die Erfahrung zeigt, daß es ihm gelungen ist, dieselben zu verhindern und die den Wahlen günstigen Bestrebungen von Crémieux wirkungslos zu machen.

Aus dieser Darlegung von Thatsachen geht hervor, daß zu dem Mittel, welches die königlich großbritannische Regierung mit Recht als den Weg zum Frieden empfiehlt, nämlich der Vornahme freier Wahlen zu einer constituirenden Versammlung nicht unsere, sondern die Zustimmung der Pariser Machthaber fehlt, und daß wir von Anfang an dazu bereit gewesen sind und wiederholt die Hand geboten haben, daß aber das Gouvernement der nationalen Vertheidigung diese Hand jederzeit zurückgewiesen hat.

Wir sind daher auch in unserem vollen Recht gewesen, wenn wir in der Mittheilung vom 11. d. Mts., auf welche der englische Herr Minister sich bezieht, jede Verantwortlichkeit für die traurigen Folgen von uns ablehnen, welche ein bis aufs Aeußerste fortgesetzter Widerstand der Festung Paris für die Bevölkerung dieser Stadt haben muß.

Es entspricht unserer Erwartung, daß diese Mittheilung ihren Eindruck auf das englische Cabinet nicht verfehlt hat. Wie sehr wir es beklagen würden, wenn die Machthaber von Paris den Widerstand bis zu dieser äußersten Katastrophe treiben sollten, haben wir eben dadurch bewiesen, daß wir die Oeffentlichkeit, und namentlich die neutralen Mächte rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht haben, indem wir hofften, daß insbesondere die Vorstellungen der letzteren auf die Machthaber, welche

das Vermögen und das Leben der Bevölkerung von Paris ihrem eigenen Ehrgeize opfern, nicht ohne Eindruck bleiben würden. Wir hatten dies um so mehr gehofft, als die Regierungen von Paris und von Tours die Leitung der Geschicke Frankreichs auf eigene Verantwortung und ohne andere Legitimation in die Hand genommen haben, als die, welche eigenmächtige und gewaltthätige Besitzergreifung bei fortgesetzter Weigerung, die Stimme der Nation zu hören, zu verleihen im Stande sind.

Wenn die königlich großbritannische Regierung den Versuch macht, dieses Gouvernement von dem gewaltthätigen und gefährlichen Wege, auf dem es sich befindet, abzuwenden und es Erwägungen zugänglich zu machen, welche Frankreich vor dem weiteren Fortschritte seiner politischen und socialen Zerrüttung und seine glänzende Hauptstadt vor den Zerstörungen der Belagerung bewahren, so können wir das nur dankbar anerkennen.

Wir können uns freilich der Befürchtung nicht verschließen, daß bei der Verblendung, in welcher die Pariser Regierung befangen zu sein scheint, die wohlwollende Intention des englischen Cabinets von derselben nur mißverstanden, und in der humanen Theilnahme, welche diese Einwirkung veranlaßt hat, die Illusion einer Unterstützung durch die neutralen Mächte und dadurch eine Ermuthigung zu weiterem Widerstande gefunden werde, welche gerade das Gegentheil von den Absichten Lord Granville's bewirken könnte.

Daß von unserer Seite nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, keine Initiative zu neuen Verhandlungen ergriffen werden kann, davon scheint auch Lord Granville nach dem Inhalte seiner Depesche überzeugt zu sein. Ich bitte Ew. ꝛc. aber, indem Sie ihm von dem ganzen Inhalt dieses Erlasses Kenntniß geben, ihm zugleich zu versichern, daß wir jeden von französischer Seite uns

zugehenden, auf Anbahnung von Friedensverhandlungen gerichteten Vorschlag bereitwillig entgegennehmen und mit aufrichtigem Wunsche nach Wiederherstellung des Friedens prüfen werden. Bismarck.

Herrn v. Schweinitz, Wien.

Versailles, den 14. December 1870.

Die Ew. ꝛc. bekannten Verträge des Norddeutschen Bundes mit deu süddeutschen Staaten, welche hier in Versailles mit Baiern, Baden und Hessen, in Berlin mit Württemberg unterzeichnet worden sind, haben durch die jetzigen Verhandlungen in Berlin, bei welchen diese sämmtlichen Staaten gegenseitig ihre Zustimmung ausgesprochen haben, ihren Abschluß soweit erhalten, daß sie den süddeutschen Landtagen vorgelegt werden können. Nicht allein die Rücksicht auf den Prager Frieden, in welchem Preußen und Oesterreich-Ungarn sich über ihre Auffassung von der damals erwarteten Gestaltung der deutschen Verhältnisse verständigt haben, sondern auch der Wunsch, mit dem mächtigen und befreundeten Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit ebenso, wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerung entsprechen, veranlaßt mich,, der Kaiserlich und Königlich österreichisch-ungarischen Regierung den Standpunkt darzulegen, welchen die Regierung Sr. Majestät des Königs in Bezug auf diese Neugestaltung der deutschen Verhältnisse einnimmt. In dem Frieden vom 23. August 1866 ist der Voraussetzung Ausdruck gegeben, daß die deutschen Regierungen südlich vom Main zu einem Bunde zusammentreten würden, welcher neben einer eigenen unabhängigen Stellung

zugleich zu dem Bunde der Norddeutschen Staaten in engere nationale Beziehung treten würde. Die Verwirklichung dieser Voraussetzung blieb jenen Regierungen überlassen, da keiner der beiden kontrahirenden Theile durch den Friedensschluß berechtigt oder verpflichtet werden konnte, den souveränen süddeutschen Staaten über die Gestaltung ihrer Beziehungen zu einander Vorschriften zu machen. Die süddeutschen Staaten haben es ihrerseits unterlassen, den Gedanken des Prager Friedens zu verwirklichen. Sie haben die Herstellung der in Aussicht genommenen nationalen Beziehungen zu Norddeutschland zunächst in Gestalt des Zollvereins und gegenseitiger Garantieverträge angestrebt. Es lag außerhalb menschlicher Berechnung, daß diese Einrichtungen unter dem Drange der mächtigen Entwickelung, zu welcher ein unerwarteter französischer Angriff das deutsche Nationalgefühl aufrief, ihren Abschluß in den jetzt vorliegenden Verfassungsbündnissen und in der Errichtung eines neuen Deutschen Bundes finden sollten. Es konnte nicht der Beruf Norddeutschlands sein, diese nicht von uns herbeigeführte, sondern aus der Geschichte und dem Geiste des deutschen Volks hervorgegangene Entwickelung zu hemmen oder abzuweisen. Auch die Kaiserlich Königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn, davon sind wir durch Eurer Hochwohlgeboren Berichterstattung versichert, erwartet und verlangt nicht, daß die Bestimmungen des Prager Friedens die gedeihliche Entwickelung der deutschen Nachbarländer erschweren sollen. Die Kaiserliche Regierung sieht der Neugestaltung, in welcher die deutschen Verhältnisse begriffen sind, mit dem berechtigten Vertrauen entgegen, daß alle Genossen des neuen Deutschen Bundes und insbesondere der König, unser allergnädigster Herr, von dem Verlangen beseelt sind, die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu dem österreichisch-ungarischen Nachbarreiche zu erhalten

und zu fördern, auf welche beide durch die ihnen gemeinsamen Interessen und die Wechselwirkung ihres geistigen wie ihres materiellen Verkehrslebens angewiesen sind. Die verbündeten Regierungen hegen ihrerseits die Zuversicht, daß derselbe Wunsch auch von der österreichisch-ungarischen Monarchie getheilt wird. Die bevorstehende Befriedigung der nationalen Bestrebungen und Bedürfnisse des deutschen Volkes wird der weiteren Entwickelung Deutschlands eine Stätigkeit und Sicherheit verleihen, welche von ganz Europa und besonders den Nachbarländern Deutschlands nicht allein ohne Besorgniß, sondern mit Genugthuung wird begrüßt werden können. Die ungehemmte Entfaltung der materiellen Interessen, welche die Länder und Völker mit so mannigfaltigen Fäden verbinden, wird auf unsere politischen Beziehungen eine wohlthätige Rückwirkung äußern. Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wir dürfen es zuversichtlich hoffen, werden mit den Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens auf einander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen. Sobald die Grundverträge des neuen Bundes die Ratifikation allerseits erhalten haben, werde ich Euere Hochwohlgeboren zu amtlicher Mittheilung derselben an den Herrn Reichskanzler in den Stand setzen. Ich ersuche Euere Hochwohlgeboren ergebenst, diesen Erlaß dem Herrn Reichskanzler vorzulesen und ihm eine Abschrift von demselben zu übergeben. v. Bismarck.

Herrn Kern, Minister des Schweizer Bundes, Paris.

Versailles, 17. Januar 1871.

(Die Mitglieder des diplomatischen Corps protestirten unter dem 13. Januar 1871 in der folgenden Weise gegen

das Unterlassen der Anzeige des Bombardements: „Herr Graf! Seit mehreren Tagen sind Bomben in großer Anzahl, welche aus den von den Belagerungstruppen besetzten Localitäten kamen, bis in das Innere der Stadt Paris gedrungen, Frauen, Kinder und Kranke wurden von denselben getroffen. Unter den Opfern gehören mehrere den neutralen Staaten an. Das Leben und das Eigenthum der in Paris ansässigen Personen aller Nationalitäten ist fortwährend in Gefahr. Diese Thatsachen haben sich ereignet, ohne daß die Unterzeichneten, die zum größten Theile nur die Mission haben, über die Sicherheit und die Interessen ihrer Landesangehörigen zu wachen, durch eine dem Bombardement vorausgehende Ankündigung in den Stand gesetzt wurden, diese gegen die Gefahren zu schützen, von denen sie bedroht sind, und denen sich zu entziehen, sie durch von ihrem Willen unabhängige Gründe, namentlich durch die Schwierigkeiten, welche die Kriegführenden ihrer Abreise entgegenstellten, verhindert wurden. Angesichts von Ereignissen, die einen so ernsten Charakter haben, erachteten die Mitglieder des diplomatischen Corps, denen sich in Abwesenheit ihrer resp. Botschafter und Legationen die unterzeichneten Mitglieder des Consular-Corps angeschlossen haben, es in dem Gefühle ihrer Pflichten gegen ihre Landesangehörigen für nöthig, sich über die zu nehmenden Beschlüsse zu verständigen. Diese Berathungen haben die Unterzeichneten zu dem einstimmigen Beschluß geführt, zu verlangen, daß den anerkannten Principien und Gebräuchen des Völkerrechtes gemäß Maßregeln ergriffen werden, welche ihren Landesangehörigen gestatten, sich und ihr Eigenthum in Schutz zu bringen. Indem die Unterzeichneten mit Vertrauen die Hoffnung ausdrücken, daß Ew. Excellenz bei der Militärbehörde im Sinne ihrer Forderung interveniren werde, wählen dieselben diese Gelegenheit, um Sie, Herr Graf,

zu bitten, die Versicherung ihrer Hochachtung zu genehmigen. Hierauf antwortete Graf Bismarck:)

Ich bedauere, mich nicht überzeugen zu können, daß die Reclamationen, welche an mich zu richten die Herren Unterzeichner mir die Ehre erwiesen haben, in dem Völkerrechte ihre Begründung finden. Die ungewöhnliche, in der neueren Geschichte einzig dastehende Maßregel, die Hauptstadt eines großen Landes in eine Festung und ihre Umgebung mit fast drei Millionen Bewohnern in ein verschanztes Lager zu verwandeln, hat allerdings für die letzteren ungewöhnliche und sehr bedauernswerthe Zustände zur Folge gehabt. Dieselben sind von denen zu verantworten, welche diese Hauptstadt und ihre Umgebung zur Festung und zum Schlachtfelde gewählt haben, in jeder Festung aber von denen zu tragen, welche in einer solchen freiwillig ihren Wohnsitz nehmen und im Kriege beibehalten. Paris ist die wichtigste Festung des Landes und Frankreich hat in derselben seine Hauptheere gesammelt; diese greifen aus ihrer festen Stellung inmitten der Bevölkerung von Paris durch Ausfälle und Geschützfeuer die deutschen Heere an. Angesichts dieser Thatsachen kann den deutschen Heerführern nicht zugemuthet werden, auf den Angriff der Festung Paris zu verzichten oder denselben in einer Weise zu führen, welcher mit dem Zwecke jeder Belagerung unverträglich wäre. Was geschehen konnte, um den unbewaffneten neutralen Theil der Pariser Bevölkerung vor den Nachtheilen und Gefahren der Belagerung zu bewahren, das ist von deutscher Seite geschehen. Durch ein Circular des Staatssecretärs Herrn von Thile vom 26. September v. J. wurden die in Berlin beglaubigten Gesandten und durch mein Schreiben vom 10. October wurden Seine Eminenz, der Päpstliche Nuntius und die übrigen damals noch in Paris verweilenden Mitglieder des diplomatischen Corps daran erinnert, daß die Einwohner von Paris fortan dem Gange der mili-

tärischen Ereignisse unterworfen seien. In einem zweiten Circular vom 4. October wurde auf die Folgen hingewiesen, welche für die Civilbevölkerung aus einem aufs Aeußerste fortgesetzten Widerstande erwachsen müßten; und den Inhalt dieses Circulars habe ich unter dem 29. d. M. dem Herrn Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris mit dem Ersuchen mitgetheilt, den übrigen Mitgliedern des diplomatischen Corps davon Kenntniß zu geben. Es hat also an vorgängiger Warnung, an Aufforderung, die belagerte Stadt zu verlassen, den Neutralen nicht gefehlt, obwohl der Erlaß solcher Warnungen und die Gestattung der Entfernung wohl von humanem Gefühl und von Rücksicht auf die Angehörigen neutraler und befreundeter Staaten, aber keineswegs durch einen Satz des Völkerrechts dictirt sind. Noch weniger ist durch Gesetz oder Gewohnheit die Verpflichtung begründet, den Belagerten von den einzelnen militärischen Operationen, zu denen die Belagerung fortschreitet, vorher Anzeige zu machen, wie ich schon mit Bezug auf das Bombardement in meinem an Herrn J. Favre gerichteten Schreiben vom 26. September v. J. zu constatiren die Ehre gehabt habe. Daß bei fortgesetztem Widerstande eine Beschießung der Stadt erfolgen werde, darauf mußte man gefaßt sein. Obwohl er kein Beispiel einer befestigten Stadt mit so großen Heeren und Kriegsmitteln wie Paris vor Augen hatte, bezeugte Vattel: Détruire une ville par les bombes et les boulets rouges est une extrémité à laquelle on ne se porte pas sans de grandes raisons. Mais elle est autorisée cependant par les lois de la guerre, lorsqu'on n'est pas en état de réduire autrement une place importante de laquelle peut dépendre le succès de la guerre ou qui sert à nous porter des coups dangereux. Gegen die Beschießung von Paris ist ein rechtsbegründeter Einwand um so weniger zu erheben, als es nicht unsere

Absicht ist, die Stadt, wie Vattel es für zulässig hält, zu zerstören, sondern nur die feste centrale Stelle unhaltbar zu machen, in welcher die französischen Armeen ihre Angriffe auf die deutschen Truppen vorbereiten und nach deren Ausführung Deckung finden. Ich erlaube mir endlich, Ew. 2c. und die übrigen Herren Unterzeichner des geehrten Schreibens vom 13. d. Mts. daran zu erinnern, daß nach den oben erwähnten diesseitigen Ankündigungen und Warnungen Monate lang alle Neutrale, die es wünschten, ohne weitere Bedingung als die Feststellung ihrer Identität und Nationalität durch unsere Linien gelassen wurden, und daß bis zum heutigen Tage nicht allein den Mitgliedern des diplomatischen Corps, sondern auch anderen Neutralen, wenn sie von ihren Regierungen, resp. Gesandten, reclamirt wurden, Passirscheine bei unseren Vorposten zur Verfügung gestellt worden sind. Viele der Herren Unterzeichner des Schreibens vom 13. sind seit Monaten von uns benachrichtigt, daß sie unsere Linien passiren können, und sie sind seit lange im Besitze der Erlaubniß ihrer Regierungen, Paris zu verlassen. In analoger Lage befinden sich Hunderte von Angehörigen neutraler Staaten, deren Herauslassung durch ihre Gesandten bei uns beantragt wurde. Weshalb dieselben von der Ermächtigung, die sie seit so langer Zeit besitzen, keinen Gebrauch machten, darüber fehlen amtliche Nachrichten. Aus glaubwürdigen Privatmittheilungen darf ich aber schließen, daß die französischen Behörden seit längerer Zeit den Angehörigen neutraler Staaten, auch den Diplomaten derselben, nicht gestatten, Paris zu verlassen. Wenn dies der Fall ist, so würde es sich empfehlen, daß die zum Verbleiben in Paris Gezwungenen ihre Proteste bei den dortigen Machthabern anbringen. In jedem Falle bin ich nach dem Vorstehenden berechtigt, die Annahme in dem Schreiben vom 13. d. M., daß die Neutralen ont été empêchés de se soustraire au

danger par les difficultés opposées à leur départ pour les belligérants, rücksichtlich der deutschen Heerführung zurückzuweisen. Die den Mitgliedern des diplomatischen Corps ertheilte Ermächtigung werden wir als eine Sache internationaler Courtoisie aufrecht erhalten, so schwierig und störend auch die Ausführung in dem gegenwärtigen Stadium der Belagerung werden muß. Ihre zahlreichen Landsleute den von der Belagerung einer Festung unzertrennlichen Gefahren zu entziehen, habe ich gegenwärtig zu meinem Bedauern kein anderes Mittel mehr, als die Uebergabe von Paris. Wir befinden uns in der traurigen Nothwendigkeit, die militärische Action nicht unserem Mitgefühl für die Leiden der Civilbevölkerung von Paris unterordnen zu können; unser Verfahren ist uns streng vorgezeichnet durch das Gebot des Krieges und die Pflicht, die deutschen Heere gegen neue Angriffe der Pariser Armee zu sichern. Daß die deutsche Artillerie nicht absichtlich auf Gebäude schießt, welche zum Aufenthalt von Frauen, Kindern und Kranken bestimmt sind, braucht kaum versichert zu werden, bei der Gewissenhaftigkeit, mit welcher unsererseits die Genfer Convention auch unter den schwierigsten Verhältnissen beobachtet worden ist. Wegen der Bauart der Festung und der Entfernung, aus der die Batterien jetzt noch feuern, ist eine zufällige Beschädigung solcher Gebäude schwer zu verhüten, gleichwie die Verwundung und Tödtung nicht militärischer Personen, welche bei jeder Belagerung zu beklagen sind. Daß die peinlichen und von uns lebhaft beklagten Vorfälle in einer Stadt wie Paris in größerem Maßstabe als in anderen Festungen mit einer Belagerung verbunden sein müssen, hätte von der Befestigung oder von hartnäckiger Vertheidigung derselben abhalten sollen. Aber keiner Nation kann gestattet werden, ihre Nachbarn mit Krieg zu überziehen und im Laufe desselben ihre Hauptfestung durch Bezugnahme auf

die dort wohnenden unbewaffneten und neutralen Einwohner und auf die vorhandenen Hospitäler schützen zu wollen, in deren Mitte die bewaffneten Heere nach jedem Angriffe ihre Deckung suchen und sich zu neuen Angriffen rüsten können.

An den Fürsten Bismarck.

Rheingau, 18. April 1871.

Wir Bewohner des Rheingaus sind von jeher mehr als andere deutsche Stämme von feindlicher Invasion bedroht gewesen, und wir hätten, wäre Frankreich aus seinem letzten Kriege siegreich hervorgegangen, die Schmach und das Unglück zu erdulden gehabt, an unserem Rhein, vor unseren Augen die französischen Grenzzeichen errichtet zu sehen. Aber dieser in Frankreich lange und leidenschaftlich genährte Gedanke blieb nur ein Traum frevelhafter Selbstüberschätzung, politischer und moralischer Verirrung. Wir Rheinländer befinden uns heute weit von Deutschlands gesicherten Grenzen, im Herzen eines heiß ersehnten und ruhmgekrönten Vaterlands. Die Befürchtung, von deutschen Brüdern durch den deutschen Strom getrennt, nicht mit ihnen durch ihn verbunden zu sein, ist — so Gott will — für ewig aus unserer Seele verbannt. Daß diese Gefahren von uns abgewandt wurden, und daß die höchsten Güter eines Volks — Einigkeit, Kraft und Ehre — uns zugefallen sind, daß in der großen Stunde der Entscheidung der Kampf ein ehrlicher war — des einen Frankreichs gegen das eine einheitliche Deutschland — verdanken wir vor Allem Demjenigen, welcher — von der Vorsehung dazu bestimmt, von dem verehrtesten und geliebtesten Monarchen erkannt und mit der höchsten Macht bekleidet, von

einem heldenmüthigen und aufopfernden Volke getragen — Deutschlands guter Genius wurde.

Unsere Winzer können fortan voll Vertrauen und mit neuer Liebe zur deutschen Erde auf den unentweihten Hügeln, die schon Karl des Großen Freude gewesen, weiter bauen. Möge es unserem Rebensaft vergönnt sein, unter dem Segen eines langen Friedens im ganzen Deutschen Reiche überall, wohin er dringt — seine herrliche Mission erfüllend — Lust und Freude zu verbreiten, den Müden zu erquicken und Alle, die ihn lieben, für das Gute und Schöne zu begeistern. Unser Wein, der edelste auf Erden, ist das Beste, was wir bieten können. Darum haben die unterzeichneten Gutsbesitzer des Rheingaus von ihren vorzüglichsten Weinbergen und Jahrgängen einige Gewächse gesammelt, und bitten Ew. Durchlaucht, diese kleine Sammlung als einen bescheidenen, aber wahrhaftigen Ausdruck ihrer Verehrung und Bewunderung entgegenzunehmen. Wir knüpfen an diese Sendung den Wunsch, daß es Ew. Durchlaucht nicht verschmähen möge, durch einen Besuch der Geburtsstätten unserer Sendlinge die Gefühle und Gesinnungen der Rheingauer besser kennen zu lernen, als wir diese hier zu verdolmetschen im Stande sind! Mit frohem und dankbarem Herzen Ew. Durchlaucht ehrfurchtsvoll ergebene. (Folgen die Unterschriften.)

Darauf wurde den Gebern von Frankfurt aus unter dem 6. Mai folgende Antwort des Reichskanzlers zu Theil:

Freudig überrascht durch die reiche Sendung, spreche ich den Gutsbesitzern des Rheingaues meinen herzlichen Dank für die köstliche Gabe und die schönen Worte aus, welche sie begleiteten, und welche ich, wie den Wein selbst, herzerfreuend nennen darf. Die Rheinländer sind mit Recht stolz auf ihren deutschen Wein und dürfen es nicht minder auf ihre deutsche Gesinnung sein. Ich habe beide

längst zu schätzen gewußt und weiß, wie beide sich bewähren. Die Rheinlande haben tapfer dazu mitgeholfen, daß ihr Strom und seine Weine deutsch geblieben sind, und die Erinnerung daran verleiht jedem Tropfen des köstlichen Tranks einen neuen Werth. Ich werde mich sehr freuen, wenn der Wunsch, den Sie mir am Schluß aussprechen, in Erfüllung geht, und ich an der Geburtsstätte Ihrer Sendlinge mit Ihnen selbst auf das Wohl der Rheinlande und des Rheingaus trinken kann.



An den Geschäftsträger Grafen v. Tauffkirchen.

Berlin, 17. April 1871.

Erwähnen Sie, ohne Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, daß die wenig tactvolle Art, in der die ungeschickt constituirte katholische Reichstagsfraction ihr aggressives Vorgehen gegen das neue Reich, seine Regierung in Scene gesetzt hat, der antipäpstlichen Bewegung die Sympathien auch solcher Kreise zuführt, denen solche früher fremd waren.

gez. v. Bismarck.



An den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck, Durchlaucht.

Rom, 21. April 1871.

Cardinal Antonelli erklärte mir, daß er die Haltung der katholischen sogenannten Centrumsfraction im Reichstage als tactlos und unzeitgemäß mißbillige und beklage.

gez. v. Tauffkirchen.

An denselben.

Rom, 10. Mai 1871.

Zur Ergänzung meiner am 21. v. M. telegraphisch berichteten Unterredung mit Cardinal Antonelli dient, daß mir Graf Kalnoky heute mitgetheilt hat, der Papst habe ihm gegenüber das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstage als inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt. Diese Mittheilung Kalnokys erfolgte, ohne daß ich ihm von meiner Unterredung mit Antonelli gesprochen, und es folgt hieraus, daß das „trop de zèle" der deutschen Ultramontanen hier nachträglich mißbilligt wird.

gez. Graf Tauffkirchen.

Graf Frankenberg, Berlin.

Berlin, 19. Juni 1871.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich, auf die von Ihnen unter dem 12. d. M. an mich gerichtete gefällige Zuschrift zu erwidern, daß die von Ihnen angeführte Thatsache einer Unterredung des Grafen Tauffkirchen mit dem Cardinal-Staatssecretär und einer von Letzterem dabei ausgesprochenen Mißbilligung des Vorgehens der sogen. Fraction des Centrums begründet ist. Diese Mißbilligung ist mir nicht unerwartet gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Majestät dem Kaiser nach Herstellung des Deutschen Reiches von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugthuung und des Vertrauens enthalten hatten. Ich hatte deshalb gehofft, daß die Fraction, welche sich im Reichstage unter dem Namen des Centrums bildete, in gleichem Sinne zunächst die Befestigung der

neuen Institutionen und die Pflege des inneren Friedens, auf dem sie beruht, sich zur Aufgabe stellen werde. Diese Voraussetzung traf nicht zu, der parlamentarische Einfluß der Fraction des Centrums fiel, welches auch die Ansichten der Führer der letzteren sein mögen, thatsächlich in derselben Richtung ins Gewicht, wie die parlamentarische Thätigkeit der Elemente, welche die von Sr. Heiligkeit dem Papste mit Sympathie begrüßte Herstellung des Deutschen Reiches principiell anfechten und negiren. Ich habe von dieser Wahrnehmung die Gesandtschaft des Deutschen Reiches in Rom unterrichtet, damit sie Gelegenheit habe, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei, welche sich selbst als den speciellen Vertheidiger des römischen Stuhles bezeichnet, den Intentionen Sr. Heiligkeit des Papstes entspreche. Der Cardinal-Staatssecretär hat dem Grafen Taufffirchen darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der Partei an der höchsten geistlichen Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde. — Den Wortlaut der Aeußerungen Sr. Eminenz bin ich nicht berechtigt, ohne specielle Erlaubniß des Herrn Cardinals wiederzugeben, ich darf aber hinzufügen, daß Aeußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom mir die Bestätigung geben, daß der Cardinal Antonelli in seiner gegen den Grafen Taufffirchen ausgesprochenen Mißbilligung der Haltung der Centrumspartei auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe.



An den Fürsten Bismarck.

Rom, 21. Juni 1871.

Der Papst äußerte sich heute wieder gegen mich sehr empfindlich in der Frage des Umzugs der Gesandtschaften, beifügend, daß die Mächte hierdurch möglicher-

weise bewirken könnten, was Italien nicht gelungen, nämlich ihn zur Abreise zu bewegen.

gez. Taufkirchen.

Fürst Bismarck an den Grafen Taufkirchen.

Berlin, 22. Juni 1871.

Lassen Sie gegen die Quelle Ihrer Mittheilung durchblicken, daß auch wir sehr empfindlich in der Frage der clericalen Partei in Deutschland sind, welche durch ihre Bestrebungen, die Autorität der Regierung mit den Mitteln und dem Beistande der Revolutionsparteien zu untergraben, die deutsche Reichsregierung zu Vertheidigungsmaßregeln bewegen kann, die den diesseitigen Sympathien für die Person des Papstes zuwiderlaufen.

gez. v. Bismarck.

Der Geschäftsträger an Fürst Bismarck.

Rom, den 23. Juni 1871.

Ich habe Telegramm Nr. 6 erhalten und mich heute entsprechend gegen Cardinal Antonelli geäußert, welcher jede Beziehung zu den betreffenden Bestrebungen leugnet und mit der Taktik der klerikalen Heißsporne nichts weniger als einverstanden scheint. Ich habe übrigens die Pflicht, den Ausdruck „empfindlich" im Telegramm Nr. 14 dahin zu erläutern, daß die Stimmung des Papstes bei beiden Audienzen keine gereizte, herausfordernde, sondern eine gedrückte, besorgnißvolle war.

gez. Taufkirchen.

An denselben.

Rom, den 23. Juni 1871.

Ich sprach heute Mittags mit dem Cardinal-Staats-secretär und äußerte, der Eindruck, welchen die clericalen Agitationen und Machinationen in Deutschland an maßgebender Stelle hervorrufen, fange an, mich bezüglich der Entschlüsse des Kaisers in der römischen Frage und namentlich in der Frage des Umzuges der Gesandtschaften von Florenz nach Rom bedenklich zu machen. — Der Cardinal, sei es, daß die öffentliche Polemik, welche nun wiederholt über bei ähnlichen Anlässen, nämlich zur Zeit der Abstimmung über die Versailler Verträge in München, und zur Zeit der letzten Adreßdebatte in Berlin, mir gegenüber gemachte Aeußerungen des Cardinals entstanden ist, denselben stutzig gemacht hat, sei es, daß ihm bereits der telegraphische Auszug aus der Kreuz-Zeitung vom 22. Juni, den die heutigen hiesigen Abendblätter, wie die Beilage zeigt, enthalten, bekannt war, genug der Cardinal war heute zurückhaltender mit seinem Urtheil über das Verfahren der clericalen Partei. Er antwortete mir, daß der Heilige Stuhl sich niemals in die politische Haltung der katholischen Unterthanen anderer Staaten gemischt habe, wozu ihm auch durchaus keine Befugniß zustehe. Er, Antonelli, habe daher auch, so oft solche Aufforderungen an ihn gelangten, wie von England (durch Bulwer) wegen Irland, von Rußland wegen Polen, von Oesterreich wegen Ungarn, dieselben jedesmal abgelehnt. Es existire keine Zeile, welche irgend eine solche Einmischung von seiner Seite nachweisen könnte. So auch jetzt in Deutschland. Er habe weder das Recht noch die Absicht, den dortigen Katholiken bezüglich ihrer politischen Haltung Weisungen zu ertheilen.

Ich entgegnete, daß dies auch keineswegs der Zweck

meiner Eröffnungen gewesen sei. Da ich sehe, daß die Sache des Heiligen Vaters durch Ungeschick und Uebereifer seiner Anhänger in Deutschland Schaden zu leiden drohe, hätte ich es für einen Dienst gehalten, Seine Eminenz hierauf aufmerksam zu machen, ihr überlassend, welche Folgen sie diesem Winke geben wolle. Im Verlaufe dieses Gesprächs brachte ich die von Euer Durchlaucht im Telegramm Nr. 6 gebrauchten Worte vollständig zur Anwendung. Der Cardinal gab mir nun wiederholt die bestimmte Versicherung, daß er an dem Gebahren dieser Partei weder direct noch indirect Antheil habe, und ich halte diese Versicherung auch für glaubwürdig. Antonelli hat zuviel Geist, er ist — gerade durch mich — zu oft auf die Gefahr hingewiesen worden, um einen so unrichtigen Weg zu gehen. Jene Vereinigung der äußersten Rechten mit der äußersten Linken, der Schwärzesten mit den Rothesten, die auch hier bemerkbar ist und von mir in früheren Berichten signalisirt wurde, hat keinen entschiedeneren Gegner als Antonelli, und ich glaube deshalb, daß er es auch in Deutschland an Rathschlägen und Mahnungen zu größerer Mäßigung nicht fehlen läßt, daß aber dort die aus dem Generalordenshause den Jesuiten kommenden Weisungen oft schwerer wiegen mögen als die des Vaticans. J. V.

gez. Taufffirchen.

An denselben.

Rom, den 27. Juni 1871.

Der Brief Euerer Durchlaucht an den Grafen Frankenberg hat hier in clericalen wie in diplomatischen Kreisen großes Aufsehen erregt und in ersteren nicht eben angenehm berührt. Man faßt denselben hier vielfach als eine

Entgegnung auf einen Brief auf, den Antonelli an Bischof Ketteler geschrieben haben soll. Ich vermied es so lange, den Gegenstand zu besprechen, bis mir der Text des Briefes selbst vorlag. Dann begab ich mich gestern (26.) zum Cardinal und brachte selbst das Gespräch auf diesen Gegenstand. Der Cardinal sagte, daß, als er die Aeußerungen, welche dem Briefe Euerer Durchlaucht zu Grunde liegen, gemacht, er nähere Berichte von den Vorgängen im Reichstag nicht gehabt habe. Jetzt schiene ihm, daß es sich weniger um einen directen Antrag auf Intervention, als um Beseitigung eines das Princip der Nichtintervention proclamirenden Passus der Adresse gehandelt habe. Ich suchte ihm darauf zu beweisen, daß, abgesehen von der sonstigen Haltung der sogenannten Centrumspartei, nach der Art der Begründung des Antrages beides ziemlich identisch gewesen sei und der Unterschied auf einen Wortstreit hiauskomme. Er entgegnete hierauf nichts und erklärte insbesondere nicht, daß er das damals mir gegenüber ausgesprochene Urtheil zurücknehme. Mit Bezug auf unsere letzte Besprechung über das Gebahren dieser Fraction erwähnte er nur noch, daß er inzwischen von einem Mitglied derselben (angeblich Advokat Lingens) die Versicherung erhalten habe, daß diese Partei mit der revolutionären in keiner Beziehung stehe, wenn auch diese zuweilen mit ihnen gestimmt habe.

Der Cardinal hat mich um den Wortlaut meines Berichtes über die im Briefe Euerer Durchlaucht angezogene Unterredung nicht gefragt, auch den Wunsch der Veröffentlichung desselben nicht ausgesprochen. Nur wiederholte er, daß die Curie nicht die Absicht habe, directen Einfluß auf die politische Haltung der Katholiken in Deutschland auszuüben.

Wenn in einer mir erst heute in der „Augsburger Postzeitung“ zu Gesicht gekommenen, aus den „Breslauer

Hausblättern" entnommenen Erklärung behauptet ist, Cardinal Antonelli habe mir gegenüber erklärt, er „bewundere" die Centrumsfraction, oder er „billige" deren Haltung, so muß ich beides als grundlos bezeichnen. Ich würde solche Vorgänge zu berichten selbstverständlich nicht verfehlt haben.

(gez.) Tauffkirchen."

Graf Tauffkirchen, Rom.

Berlin, 30. Juni 1871.

Euer Hochgeboren erwähnen in dem gefälligen Bericht vom 11. Juni über Ihre Audienz bei Seiner Heiligkeit die Bemerkungen, welche der Papst Ihnen über die aus dem Communismus der Gesellschaft drohenden Gefahren gemacht hat. Wir sind nicht blind gegen diese Gefahren und erkennen die Aufgabe der Regierungen, ihnen entgegenzutreten; um so mehr aber müssen wir bedauern, daß wir darin nicht nur nicht unterstützt werden von der katholischen Kirche und ihren Organen, sondern daß gerade diejenige Partei, welche sich vorzugsweise als die kirchliche und päpstliche bezeichnet und deren Abgeordnete durchgehends unter der entscheidenden Mitwirkung der Geistlichen gewählt worden sind, nur dazu beiträgt, diese Gefahren zu steigern und den Regierungen ihre Aufgabe zu erschweren.

Wenn die Regierungen früher hoffen mochten, wenigstens an den besseren Elementen dieser Partei, welche sich conservativ nannten und sich als Vertheidiger der socialen Ordnung gerirten, eine Unterstützung zu finden, so hat das Auftreten derselben in der letzten Zeit in den einzelnen Ländern sowohl wie im Reichstage, in der ganz von der Geistlichkeit beherrschten Fraction des Centrums ihnen die

Augen darüber öffnen müssen, daß sie innerhalb derselben keine aufrichtigen Freunde und keine Bundesgenossen suchen dürfen. Ich will über die Motive und Gesinnungen der Einzelnen nicht urtheilen, als Ganzes aber hat das Verhalten der Fraction nur dazu beigetragen, die subversiven, aller Autorität der Regierung feindlichen Tendenzen zu stärken und zu fördern. Ich muß es leider für vollkommen bedeutungslos erklären, wenn Eure Hochgeboren in Ihrem anderweiten Bericht vom 23. Juni sagen, daß der Cardinal Antonelli persönlich dem Bündniß der sogenannten Schwarzen mit den Rothen sich zuwider erkläre; denn ich fürchte, daß er nicht überall dieselbe Sprache spricht, sondern es mit keiner Partei verderben möchte; und wenn, wie Euer Hochgeboren eben dort bemerken, ein anderer Einfluß mächtiger ist, als der seine, so sind wir durch alle seine Erklärungen oder persönlichen Ansichten um nichts gebessert.

Dieser Einfluß wirkt überall dahin, die Autorität der Regierung zu untergraben. Wir begegnen diesem Einflusse überall als einem Gegner der Regierungen und namentlich in Preußen, wo nach dem oft wiederholten Zeugnisse des Papstes selbst die katholische Kirche eine freiere und bessere Stellung hat, als in irgend einem Lande der Welt, und nach eben diesem Zeugniß gerade die Dynastie nicht aufgehört hat, der Kirche und dem Papst selbst das freundlichste Wohlwollen zu beweisen. Ungeachtet dieses Anerkenntnisses geht die Tendenz jenes geistlichen Einflusses auf die unteren Volksschichten dahin, der Dynastie und der Regierung die Sympathien der katholischen Bevölkerung, welche durch die wohlthätige Fürsorge derselben in allen ihren kirchlichen und religiösen Interessen empfindet, zu entfremden. Es ist nicht anders in den übrigen deutschen Staaten, in denen der Clerus zum Theil in offene Opposition gegen die wohlwollenden Regierungen tritt, und

Hand in Hand geht damit eine nicht minder tendenziöse Opposition gegen die nationale Sache, welche sich bald mit den particularistischen, bald mit den demokratischen, aller nationalen Politik feindlichen Elementen und Tendenzen verbindet.

Wenn dieser Einfluß mächtiger ist, als die persönlichen Gesinnungen des Cardinals und des Papstes selbst, welcher Letztere wiederholt Sympathien für die nationale Sache des Deutschen Reiches kundgegeben hat, wird er doch im Namen des Papstes geübt, und so ist es dieser Einfluß, mit dem wir zu rechnen und nach welchem wir unsere Stellung zu der Kirche und ihren Organen, welche unter ihm stehen, zu richten haben. Wenn die Partei die Kirche beherrscht, so ist es eben nicht anders möglich, als daß die Kirche darunter leidet.

Wir sehen in dem Gebahren dieser Partei die Gefahr für die Kirche und den Papst selbst; das Bündniß der schwarzen mit der rothen Partei, welches der Cardinal Antonelli mißbilligt, hat sich an diesen Punkten als eine vollendete Thatsache gezeigt; ist es doch selbst im Reichstage durch den Versuch der Einführung der Grundrechte offen zu Tage getreten. Daß gerade in diesem Bündniß für die Kirche selbst eine Gefahr liegt und was sie von solchen Bundesgenossen zu erwarten hat, darüber hätten ihr die neuesten Ereignisse in Paris die Augen öffnen können. Aber man scheint sich in Rom darüber zu täuschen, sonst hätte man wohl kaum Anstand genommen, die Mißbilligung, welche der Cardinal Ihnen gegenüber ausgesprochen hat, auch öffentlich kund werden zu lassen. Daß die Einwirkungen der fanatischen Partei in Rom nicht auf einen unfruchtbaren Boden fallen, zeigt dasjenige, was Euer Hochgeboren selbst über die reservirtere Haltung des Cardinals Antonelli Ihnen gegenüber sagen; ich kann dieselbe, wie ich Ihnen bereits telegraphisch an-

gedeutet habe, nur der Einwirkung der Partei zuschreiben, welche den Fürsten von Löwenstein-Heubach nach Rom gesandt hat, um dort sich selbst zu rechtfertigen und vermuthlich dem Vatican mit den Folgen einer Desavouirung geradezu zu drohen.

Diese aggressive Tendenz der die Kirche beherrschenden Partei nöthigt uns zur Abwehr, in welcher wir nur unsere eigene Vertheidigung suchen, die wir aber mit allem Ernst mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln durchführen müssen. Kann man sich im Vatican entschließen, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein, kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab.

(gez.) von Bismarck.

Der Geschäftsträger an Herrn von Thile.

Rom, den 22. Juli 1871.

Den Erlaß Nr. 8 vom 30. Juni habe ich durch Feldjäger erhalten.

Auf meine Aufforderung im Sinne des letzten Satzes antwortete Cardinal Antonelli entschieden ablehnend und wiederholte die bestimmte Versicherung, daß die Curie Einfluß auf die politische Haltung der clericalen Partei in Deutschland niemals geübt habe und niemals üben werde.

gez. von Tauffkirchen.

An den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, Durchlaucht.

Rom, den 22. Juli 1871.

Wie Eurer Durchlaucht bereits durch Telegramm Nr. 18 vom 22. Juli angezeigt, ist mir der hohe Erlaß Nr. 8 vom 30. Juni erst am 18. Juli Abends eingehändigt worden. Ich versuchte, dem Cardinal die ganze Sachlage nochmals darzulegen und denselben zu bestimmter Antwort bezüglich der Stellung der Curie zur Centrumspartei zu drängen.

Ich benutzte als Ausgangspunkt den Bericht der Germania aus Rom über meine beiden Unterredungen mit dem Cardinal; ein Bericht, der dadurch Bedeutung gewinnt, daß er die Worte, welche der Cardinal über die Sendung Bulwers bezüglich der irischen Wahlen mir gegenüber gebraucht hat, genau wiedergiebt.

In diesem Berichte, dessen Haltlosigkeit übrigens sehr einfach durch Bekanntgabe des wirklichen Datums beider Unterredungen dargelegt werden könnte, ist gesagt: „Antonelli habe offen ausgesprochen, das ganze „Manöver" des deutschen Diplomaten (d. i. meine Wenigkeit) scheine ihm darauf angelegt zu sein, einen Streitfall zwischen der römischen Curie und dem deutschen Cabinet zu schaffen, damit letzteres Veranlassung habe, bei Uebersiedelung des Königs Victor Emanuel nach Rom dem Grafen Brassier sans gène den Auftrag geben zu können, dem König nach Rom zu folgen."

Hieran hatte ich anzuknüpfen um so mehr Anlaß, als der Cardinal bei unserer Unterredung vom 28. Juni denselben Gedanken, wenn nicht ausgesprochen, doch angedeutet hat.

Es liegt mir, sagte ich gestern zu Antonelli, sowohl der Sache als meiner Person wegen daran, recht klar zu stellen, daß das Verhalten der „päpstlichen" Partei in

Deutschland kein prétexte, sondern daß dasselbe die wahre und entscheidende Ursache der Haltung der Kaiserlichen Regierung in der römischen Frage sei. Ausgehend von dem Auftreten der patriotisch-clericalen Partei in Baiern in den Jahren 1866 – 1870 und von dem Einfluß, den dieses Auftreten auf die kriegerischen Entschlüsse Frankreichs gehabt hat, — übergehend auf die parlamentaren Kämpfe in Baiern während des Krieges, besprach ich die Theilnahme der katholischen Geistlichkeit an den Reichstagswahlen, zeigte, wie die verschiedenen Zweige der Partei einen mehr und mehr confessionellen Charakter annahmen und sich zu dem Zwecke vereinigten, die „protestantische Spitze" in Deutschland zu bekämpfen.

Die Erlasse Euerer Durchlaucht vom 22. Juni Nr. 6 und vom 30. Juni Nr. 8 boten mir Material, um die Mittel, welche man sich nicht scheut zur Erreichung dieses Zweckes zu ergreifen, sowie den untrennbaren Zusammenhang darzulegen, der zwischen dieser Partei und den den Papst und das Papstthum berührenden Fragen besteht.

Zum Schluß legte ich dem Cardinal jenen Artikel der Germania vor, welcher die sehr unverblümte Drohung des Landesverraths enthält.

Ich glaube, daß es mir gelungen ist, den Cardinal zu überzeugen, daß diese Parteiumtriebe allerdings nicht den Vorwand, sondern die wahre und wesentliche Ursache der Entschließungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der römischen sowohl, als in der inneren religiösen Frage sei. Hierauf jedoch beschränkt sich mein Erfolg.

Der Cardinal bestritt mit Betheuerungen, die sonst nicht in seiner Gewohnheit liegen, daß irgend durch den Papst auf die Entschlüsse der Partei gewirkt worden sei.

gez. von Tauffkirchen.

Graf Arnim, Paris.

Berlin, 7. December 1871.

(Der Reichskanzler richtet in Folge der muthwilligen Tödtung deutscher Soldaten und der Freisprechung der Mörder durch französische Schwurgerichte als Verwarnung für Frankreich eine sehr energische Depesche an den Grafen Arnim, den Vertreter des Deutschen Reiches bei der französischen Regierung, zur Mittheilung an diese, und zwar in deutscher Sprache:)

. . . Wenn Verbrechen, wie vorbedachter Mord, ungesühnt bleiben, so liegt es dem verletzten öffentlichen Gefühle nahe, weil Gerechtigkeit nicht zu erlangen ist, nach Repressalien zu verlangen. Wäre es für uns möglich, uns auf den Standpunkt der Rechtspflege von Paris und Melun zu stellen, so würde das Jus talionis dahin führen, daß auch unsererseits die Tödtung von Franzosen, wenn sie im Bereiche unserer Gerichtsbarkeit vorkommt, eine Strafe nicht mehr nach sich zöge. Der Grad der sittlichen Bildung und das ehrliebende Rechtsgefühl, welche dem deutschen Volk eigen sind, schließen eine solche Möglichkeit aus. Wohl aber wird es nach jenen Vorkommnissen schwierig sein, die öffentliche Meinung in Deutschland, wenn ähnliche Verbrechen wieder verübt werden sollten, mit dem Hinweise auf die französische Rechtspflege zu befriedigen. Als Maßregel unmittelbarer Abwehr haben deshalb unsere Truppen-Befehlshaber im Bezirke der Occupation durch Erklärung des Belagerungszustandes die Militärgerichtsbarkeit für Verbrechen gegen die Truppen sichern müssen. Die Fälle, in welchen die sofortige Verhaftung des Thäters thunlich ist, werden deshalb zu internationalen Schwierigkeiten keinen Anlaß mehr geben. Aber jedes Verlangen nach Auslieferung, welches wir zu stellen genöthigt sein könnten, wird die öffentliche Meinung in Frankreich erregen und verstimmen. Wir

haben deshalb, nachdem die durch uns verlangte Auslieferung Tonnelets und Bertins abgelehnt worden war, im Vertrauen auf die Rechtspflege Frankreichs damals nicht auf unserer Forderung bestanden. In Zukunft aber würden wir der Entrüstung der deutschen Bevölkerung gegenüber eine ähnliche Zurückhaltung nicht beobachten können, sondern wir würden bei Verweigerung einer derartigen Auslieferung genöthigt sein, durch Ergreifung und Wegführung französischer Geißeln, äußersten Falls auch durch weitergehende Maßregeln auf Erfüllung unseres Verlangens hinzuwirken — eine Eventualität, der überhoben zu sein wir auf das lebhafteste wünschen. Abgesehen von den Gefahren für unsere gegenseitigen Beziehungen, welche wir in dieser Richtung besorgen müssen, geben die Vorgänge von Melun und Paris uns ein Zeugniß von der Stimmung auch der gebildeteren und wohlhabenderen Volksklassen gegen Deutschland, welches auf unser künftiges Verhalten im Interesse unserer eigenen Sicherheit nicht ohne Einfluß bleiben kann. Wir müssen uns sagen, daß, obschon wir im vorigen Jahre von Frankreich ohne jede Provocation angegriffen wurden, doch die Erbitterung darüber, daß wir uns siegreich vertheidigt haben, bis in die Kreise hinauf, denen die Geschworenen, die Beamten der Staatsanwaltschaft, die Advocaten und die Richter entstammen, eine so leidenschaftliche ist, daß wir in den Verhandlungen, welche uns mit Frankreich noch bevorstehen, nicht blos die Sicherstellung der Ausführung der Friedensbedingungen, sondern auch die defensive Stärke unserer Stellung innerhalb der von uns noch besetzten Departements werden in Erwägung ziehen müssen.

Euer Hochgeboren erinnern sich, daß die letzten Verhandlungen mit Herrn Pouyer-Quertier in dem Vertrauen geführt wurden, daß auch die Beseitigung des letzten Restes unserer Occupation in einer kürzeren als der im

frieden vorgesehenen Frist durch gegenseitiges Uebereinkommen werde herbeigeführt werden können. Das Licht, welches die Vorgänge in Melun und Paris auf die Stimmung und die Absichten auch der gebildeteren Franzosen gegen uns werfen, hat dies Vertrauen verscheuchen müssen, um so mehr als die Freunde des Rechtes und der Ordnung in der Presse Frankreichs sich nicht stark genug gefühlt haben, das Verhalten der Geschworenen, der rechtskundigen Personen und des Beifall spendenden Publicums öffentlich zu verurtheilen. Die wenigen Stimmen, welche sich zu einer schüchternen Mißbilligung ermuthigt haben, begründen dieselbe nur mit der Nützlichkeitsrücksicht, daß die Deutschen durch ihre Occupation jetzt noch im Stande seien, Frankreich Schaden zu thun, keineswegs aber mit der Erklärung, daß die Art der Rechtsprechung, wie sie stattgefunden, mit den ewigen Grundsätzen der Gerechtigkeit, der staatlichen Ordnung, und mit dem Stande der heutigen Civilisation unverträglich sei. Es scheint also, daß auch diese schwachen Zeugnisse für das Recht verstummen würden, sobald unsere Occupation beseitigt wäre. Euer Hochgeboren wollen gefälligst diese Betrachtungen Herrn v. Remusat vortragen, ohne, wie ich wiederhole, denselben irgendwie eine Wendung zu geben, welche eine diesseitige Verstimmung gegen die Regierung der Republik vermuthen lassen könnte. Euer Hochgeboren wollen vielmehr vorzugsweise Gewicht auf das Bedauern und die Enttäuschung legen, welche wir darüber empfinden, daß unmittelbar, nachdem wir in den letzten Verhandlungen die unzweideutigsten Beweise von Entgegenkommen gegeben hatten, Erscheinungen zu Tage treten konnten, angesichts deren ich unsere Hoffnungen auf Wiederbelebung des gegenseitigen Vertrauens leider als verfrüht bezeichnen muß.

An denselben.

13. Februar 1872.

Ew. p. p. bemerken in Ihrem gefälligen Berichte vom 6. d. M., daß Sie vergeblich nach einer Aeußerung gesucht hätten, welche die Befürchtung rechtfertigte, daß Sie über die Verhältnisse der heimischen Presse nicht hinreichend orientirt seien. Wenn Ew. p. p. sich den ganzen Inhalt Ihres Berichtes vom 24. v. Mts. vergegenwärtigen und den Eindruck erwägen, welchen die Art der Erwähnung der Kreuzzeitung hervorbringen mußte, so werden Sie diese Befürchtung begreiflich finden, und ich muß hinzufügen, daß auch Ihr eingangs angezogener Bericht dieselbe noch nicht hat verschwinden machen. Die Kreuzzeitung ist nicht allein ein privilegirtes Blatt, sondern sie hat schon seit längerer Zeit sich in eine Oppositions-Stellung gegen die Regierung begeben und ist den Einwirkungen der letzteren gar nicht mehr zugänglich. Wäre dies Ew. p. p. so vollständig bekannt gewesen, wie ein aufmerksames Verfolgen der heimischen Presse es ermöglichen konnte, so hätte ich in Ihrem Berichte eine Erwähnung erwarten dürfen, daß Sie den Präsidenten oder die Kreise, welche Verstimmung und Aerger über die Artikel des Blattes zeigten, sofort auf die wahre Bedeutung desselben aufmerksam gemacht hätten. Der Mangel einer Andeutung darüber, und das Gewicht, welches Sie selbst der Haltung der Kreuzzeitung beilegten, zeigte mir, daß Ew. p. p. über die wahre Bedeutung derselben nicht vollständig orientirt waren, und ließ mir eine Aufklärung nicht überflüssig erscheinen, welche, wie ich glaube, Ihnen selbst willkommen sein würde, ohne Ihnen Anlaß zu weiterer Erörterung zu bieten. Ich bitte Ew. p. p., freundliche Rücksicht auf die Geschäfts-Ueberhäufung zu nehmen, welche in der That hier größer ist, als es in

Paris erscheinen mag, und welche mir zur Aufnahme solcher Erörterungen wenig Muße läßt.

Ich kann daher auch nur meine Bitte wiederholen, daß Ew. p. p. meine Warnung wegen des Correspondenten der Kreuzzeitung berücksichtigen wollen. Ein Urtheil über die Bedeutung dieser Person ist bei der Pariser Polizei nicht vorauszusetzen; die Thatsache seiner Beziehungen zur Kreuzzeitung ist ihr dagegen bekannt; und da nicht daran zu zweifeln ist, daß jeder Besuch, den er auf der Botschaft macht, bemerkt und notirt wird, so bitte ich ausdrücklich, daß Ew. p. p. denselben nicht mehr empfangen.

Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit Ew. p. p. wiederholt auf die unzweifelhafte polizeiliche Beaufsichtigung Ihres Hauses aufmerksam zu machen, an den bei dem Grafen Goltz vorgekommenen Diebstahl einer Kassette mit Briefschaften zu erinnern und um Vorsicht in Betreff der Dienerschaft zu bitten, von welcher wenigstens Einer regelmäßig im Solde der französischen Polizei zu stehen pflegt.

An denselben.

28. April 1872.

Ew p. p. benachrichtige ich vertraulich, daß Se. Maj. der Kaiser und König beschlossen hat, den Cardinal Fürsten Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst zum Botschafter des Deutschen Reiches am Päpstlichen Stuhle zu ernennen.

Diese Wahl wird einen neuen Beweis liefern, daß die Regierung Sr. Majestät, so viel an ihr liegt, den Frieden mit der Römischen Kirche zu pflegen bemüht ist, da jedem Unbefangenen einleuchten wird, daß ein Cardinal kein brauchbares Werkzeug zur Vertretung feindlicher Tendenzen gegen den Papst sein würde.

Ihre defensive Stellung gegen staatsfeindliche Uebergriffe einzelner Personen oder Parteien innerhalb der katholischen Kirche wird die Regierung um so sicherer zu wahren in der Lage sein.

Die Persönlichkeit des Cardinals Fürsten Hohenlohe macht ihn im besonderen Grade geeignet, diesen Beweis des Allerhöchsten Vertrauens zu empfangen.

Es ist bekannt, daß er in seiner Stellung als deutscher und katholischer Kirchenfürst sich immer treu geblieben ist und den Strömungen, die eine so bedauerliche Richtung genommen haben, sich niemals hingegeben hat. Er hatte seinen Wohnsitz in Rom aufgegeben und lebte seit dem Concil in Deutschland. Bei seiner durch Familienverhältnisse herbeigeführten Anwesenheit in Berlin hat er sich bereit erklärt, der an ihn ergangenen Aufforderung zu entsprechen, und habe ich den Cardinal Antonelli durch die in Rom noch bestehende Gesandtschaft des Norddeutschen Bundes von der Wahl, die Se. Majestät der Kaiser zur Vertretung des Deutschen Reiches am Päpstlichen Stuhle getroffen hat, amtlich benachrichtigt.

Der Cardinal Fürst Hohenlohe tritt seine Reise nach Rom behufs Uebergabe seines Creditivs in diesen Tagen an und hat sich mit Rücksicht auf seine priesterliche Stellung vorbehalten, eine Erklärung des Papstes über die Frage, ob seine Person als Botschafter Seiner Heiligkeit genehm sei, selbst zu erbitten.

Bis dies geschehen, bitte ich Ew. p. p., diese Mittheilung nur als eine vertrauliche anzusehen, die Sie in den Stand setzen soll, irrigen Auffassungen über die Absichten der Regierung Sr. Majestät entgegenzutreten und unsere Stellung im rechten Lichte darzustellen.

An den Kaiser.

Varzin, 5. December 1872.

Indem ich Ew. Majestät die Anlage ehrfurchtsvoll überreiche und um huldreiche Erlaubniß bitte, dieselbe durch mündlichen Vortrag in spätestens 14 Tagen vervollständigen zu dürfen, erlaube ich mir nur eine Bemerkung allerunterthänigst hinzuzufügen, die ich nicht durch fremde Handschrift gehen lasse. Ew. Majestät wollen Sich allergnädigst erinnern, daß die Leichtigkeit, mit welcher Graf Arnim seinen persönlichen Eindrücken die Herrschaft über sein politisches Urtheil einräumt, ein wesentliches Bedenken gegen seine Ernennung zum Botschafter in Paris bei Ew. Majestät hervorrief. Ich habe allerdings nicht darauf gerechnet, daß auch in Paris sein politisches Urtheil in dem Maße der Befangenheit unterliegen würde, wie seine durchweg tendenziösen und sachlich widerspruchsvollen Darstellungen es ergeben. Ich hatte gehofft, daß die Wichtigkeit der Stellung und der Ernst der Lage ihm schwerer ins Gewicht fallen würden. Ich wage einstweilen nur Ew. Majestät auf Grund des bisher meinem Urtheil in diesen Angelegenheiten seit so langen Jahren huldreich gewährten Vertrauens ehrfurchtsvoll zu bitten, den Berichten des Grafen Arnim nicht das Gewicht beilegen zu wollen, welches objective und gewissenhafte Darstellungen zu beanspruchen haben würden.

von Bismarck.

An

Se. Majestät den Kaiser und König.

An den Grafen Arnim in Paris.

Berlin, 20. December 1872.

Die Lage der Dinge in Frankreich ist ohne Zweifel eine solche, daß es für jeden, auch den gewiegtesten Diplomaten eine schwierige, vielleicht eine unmögliche Aufgabe ist, sich ein sicheres Ziel über den Zustand des Landes, über das Gewicht der einzelnen politischen Parteien und Personen und namentlich über die Wahrscheinlichkeit der nächsten Zukunft zu bilden. Diese Schwierigkeit wird erhöht durch die unberechenbare Leidenschaftlichkeit, welche dem französischen Charakter eigenthümlich ist, und von welcher auch die gereifteren französischen Staatsmänner weniger frei sind, als die Mehrzahl der deutschen und englischen. Ebenso groß, wie die Schwierigkeit der Beurtheilung, ist aber zugleich die Wichtigkeit, welche es für die deutsche Reichsregierung hat, nicht zu einer unrichtigen Beurtheilung der Sachlage in Frankreich und ihren Consequenzen zu gelangen, nicht falsche Prämissen als richtige und als sichere Lehre der eigenen Politik anzunehmen. In einer solchen Situation ist es meines Erachtens für den amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches die Aufgabe, die Eindrücke, welche er empfängt, bevor er sie meldet, einer sorgfältigen Prüfung und Sichtung zu unterwerfen. Denn bei der verhängnißvollen Bedeutung, welche jede Entschließung Sr. Majestät in der auswärtigen Politik für die Zukunft des Deutschen Reiches und Europas haben kann, wäre es eine große Gefahr für beide, wenn wesentliche Voraussetzungen der Allerh. Entschließungen sich als irrthümlich ergeben, nachdem sie von der Kaiserlichen Botschaft als zweifellos angesehen und gemeldet wären.

Wenn Ew. Excellenz die Güte haben wollen, Ihre Berichte seit Ihrer ersten Rückkehr nach Paris bis jetzt, die Meinungen, welche Sie darin über die Lage und die

nächste Zukunft, über die Stellung und die Behandlung der einzelnen Staatsmänner und über die Aufgaben unserer Politik ausgesprochen haben, einer vergleichenden Prüfung zu unterziehen, so glaube ich, werden Sie selbst die Größe der Schwierigkeiten würdigen, die es hat, in einem solchen Lande und in einer solchen Lage sich ein Urtheil zu bilden, welches man mit derjenigen Sicherheit aussprechen kann, auf die Se. Majestät der König in so folgenschweren Fragen bei Actenstücken den Anspruch hat. Meine dienstliche Stellung legt mir die Verpflichtung auf, die Vertreter Sr. Majestät, wenn ich den Eindruck habe, daß ihre Berichterstattung auf irrthümlichen Voraussetzungen beruht, darauf aufmerksam zu machen nnd die Wahrheit entweder durch gemeinsame Erörterung zur Feststellung zu bringen, oder in Fällen, wo es sich um Wahrscheinlichkeitsberechnungen für die Zukunft handelt und ein Einverständniß in Bezug auf dieselben nicht zu erreichen ist, die Ansicht festzustellen, welche der Politik, zu der ich Sr. Majestät rathe, zu Grunde liegt, und gegen welche ein Gesandter daher seine abweichende Ansicht so lange zurücktreten lassen muß, als Se. Majestät der Kaiser und König mir die Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands anvertraut. Kein Ressort verträgt weniger, als das der auswärtigen Politik, eine zwiespaltige Behandlung, eine solche würde für mich in derselben Kategorie der Gefährlichkeit stehen, wie etwa im Kriege das Verfahren eines Brigadiers und seines Divisionärs nach einander widersprechenden Operationsplänen.

Die Erkenntniß dieser Gefahr legt mir die Verpflichtung auf, Ew. Excellenz zu sagen, daß ich die von Ihnen mit Zuversicht ausgesprochene Ueberzeugung, als wären unsere rückständigen Forderungen unter jeder Regierung Frankreichs unbedingt gesichert, für eine irrthümliche, und jede Versicherung, die Ew. Excellenz darüber

geben, für eine sehr gewagte halte. Sie nehmen dadurch eine Bürgschaft auf sich, die niemand übernehmen kann, und die deshalb in einem amtlichen Berichte, auf Grund dessen Se. Majestät Entschließungen fassen können, nicht gegeben werden sollte. Ich halte für wahrscheinlich, daß die Zahlungen erfolgen, wenn Thiers am Ruder bleibt oder die gouvernementalen Verhältnisse in einer regelmäßigen, legalen Entwickelung bleiben; ich befürchte dagegen, daß wir zur Befriedigung unserer Forderungen von neuem das Schwert würden ziehen müssen, wenn durch gewaltsame Umwälzung eine Republik mit einer anderen Gattung von Führern ans Ruder käme. Schon wegen dieser Möglichkeit liegt es in unserem Interesse, das jetzige Gouvernement mindestens unsererseits nicht zu schwächen, oder zu seinem Sturze beizutragen. Anders, aber auch nicht in einer für uns erwünschten Weise würde sich, wie ich glaube, die Sache entwickeln, wenn vor der Zahlung und der Räumung einer der monarchischen Prätendenten sich der Gewalt bemächtigte. Wir würden dann in freundschaftlicher Weise gebeten werden, das Gedeihen des jungen monarchischen Keimes dadurch zu fördern, daß wir der Monarchie in Bezug auf Zahlung und Räumung Concessionen machten, die wir der Republik versagt hätten. Wir könnten das allerdings abschlagen, aber ich fürchte, daß dies nicht thunlich sein würde, ohne daß andere Cabinette, und namentlich nur mehr befreundete, auch ihrerseits eine Berücksichtigung des monarchischen Elements in Frankreich uns mehr oder weniger dringend empfehlen würden. Wenn man auch in London, Petersburg und Wien zu klug ist, um zu glauben, daß ein monarchisches Frankreich uns weniger gefährlich sei, als die gelegentliche Herrschaft der republikanischen Fractionen in Frankreich, so ist doch die Behauptung, eine solche Ansicht zu haben, ein zu brauchbarer Deckmantel zur Er-

strebung anderer Zwecke, als daß man nicht die Verstimmung über unsere Stellung und wegen der allerdings für alle außer für uns unbequemen Uebertragung der Milliarden aus Frankreich nach Deutschland unter dieser Marke zur Geltung bringen sollte. Es würde auf diese Weise sich eine für uns recht unbequeme europäische Gruppirung in kurzer Zeit herausbilden können, welche einen zunächst freundschaftlichen Druck auf uns üben würde, um uns zum Verzicht auf einen Theil der errungenen Vortheile zu bestimmen. Analoge Erscheinungen werden ohnehin vielleicht später nicht ausbleiben, aber unsere Aufgabe ist es gewiß nicht, Frankreich durch Consolidirung seiner inneren Verhältnisse und durch Herstellung einer geordneten Monarchie mächtig und bündnißfähig für unsere bisherigen Freunde zu machen. Frankreichs Feindschaft zwingt uns, zu wünschen, daß es schwach sei, und wir handeln sehr uneigennützig, wenn wir uns der Herstellung consolidirter monarchischer Institutionen, so lange der Frankfurter Friede nicht vollständig ausgeführt ist, nicht mit Entschlossenheit und Gewalt widersetzen. Aber wenn unsere auswärtige Politik bewußter Weise dazu beiträgt, den Feind, mit welchem wir den nächsten Krieg zu befürchten haben, durch seine innige Einigung zu stärken und durch eine monarchische Spitze bündnißfähig zu machen, so würde man solchen Vorgang nicht sorgfältig genug verheimlichen können, wenn man nicht eine berechtigte und zornige Unzufriedenheit in Deutschland erregen, ja möglicherweise den verantwortlichen Minister, der eine so landesfeindliche Politik getrieben, einem strafrechtlichen Verfahren ausgesetzt sehen will.

Diese Erörterungen stehen in Verbindung mit einem anderen schon angedeuteten Irrthum, welcher Excellenz zu unrichtigen politischen Schlußfolgerungen verleitet. Ew. Excellenz glauben und haben dies auch mündlich

Sr. Majestät dem Kaiser ausgesprochen, daß die einstweilige Fortdauer republikanischer Institutionen in Deutschland gefährlich sei. Ich vermuthe, daß Ew. Excellenz auf diese Befürchtungen nicht gekommen sein würden, wenn nicht ausländische Verhältnisse in den letzten Jahren nothwendig Ihre Aufmerksamkeit vorwiegend in Anspruch genommen hätten, und wenn ein längerer Aufenthalt in Deutschland und im Centrum der deutschen Geschäfte Sie in die Lage versetzt hätte, sich ein sachkundiges Urtheil zu bilden. Ew. Excellenz führen in Ihrem jüngsten Berichte an, daß Verbindungen der französischen Demokratie mit Süddeutschland stattfänden. Diese Wahrnehmung kann für Ew. Excellenz so wenig neu sein, wie für uns hier; seit vierzig Jahren enthalten die Archive der inneren und auswärtigen Behörden, namentlich, wie ich annehmen darf, das Ew. Excellenz zur Hand befindliche der Pariser Botschaft, voluminöse und gründliche Aufschlüsse darüber. Die Verbindungen der französischen Demokratie bestehen seit der Julirevolution und länger, nicht nur mit Süddeutschland, sondern sehr viel lebhafter und entwickelter mit der Schweiz und Belgien, mit England und Italien, Spanien, Dänemark und Ungarn und namentlich Polen. Die Intensität derselben hat im Ganzen ziemlich genau Schritt gehalten mit dem Ansehen Frankreichs in Europa, denn keine monarchische Regierung in Frankreich verschmäht es, auch wenn sie mit dem größten Nachdruck die französische Demokratie verfolgt, dieses Uebel den übrigen Staaten, und namentlich Deutschland gegenüber wirksam zu erhalten. Es wird sich hierin aber immer dasselbe Spiel wiederholen, wie bei der Unterdrückung der Protestanten in Frankreich und ihrer Unterstützung in Deutschland, und wie bei der türkenfreundlichen Politik des allerheiligsten Königs Ludwig XIV. Ich bin überzeugt, daß kein Franzose jemals auf den Gedanken kommen würde,

uns wieder zu den Wohlthaten einer Monarchie zu verhelfen, wenn Gott über uns das Elend einer republikanischen Monarchie verhängt hätte. Die Bethätigung derartiger wohlwollender Theilnahme für die Geschicke feindlicher Nachbarländer ist eine wesentliche deutsche Eigenthümlichkeit. Die Regierung Sr. Majestät des Kaisers hat aber um so weniger Anlaß, dieser unpraktischen Neigung Rechnung zu tragen, als es keinem aufmerksamen Beobachter hat entgehen können, wie stark und massenhaft in Deutschland die Bekehrung gewesen ist und noch ist, von rothen zu gemäßigt liberalen, von gemäßigt liberalen zu conservativen Gesinnungen, von doctrinärer Opposition zu dem Gefühle des Interesses am Staate und der Verantwortlichkeit für denselben, seit dem experimentum in corpore vili, welches mit der Commune vor den Augen Europas gemacht wurde. Frankreich dient mit Nutzen als abschreckendes Beispiel. Wenn Frankreich noch einen Act des unterbrochenen Dramas der Commune vor Europa aufführte, was ich aus menschlichem Interesse nicht wünschen will, so würde es nur um so stärker zur Klarmachung der Wohlthaten monarchischer Verfassung und zur Anhänglichkeit an monarchische Institutionen in Deutschland beitragen.

Unser Bedürfniß ist, von Frankreich in Ruhe gelassen zu werden und zu verhüten, daß Frankreich, wenn es uns den Frieden nicht halten will, Bundesgenossen finde. So lange es solche nicht hat, ist uns Frankreich nicht gefährlich. Dagegen wird eine französische Republik aber sehr schwer einen monarchischen Bundesgenossen gegen uns finden. Diese meine Ueberzeugung macht es mir unmöglich, Sr. Majestät dem Kaiser zu einer Aufmunterung der monarchistischen Rechte in Frankreich zu rathen, welche zugleich eine Kräftigung des uns feindlichen ultramontanen Elementes involviren würde.

Indem ich die Meinungsverschiedenheit, in der ich mich über fundamentale Grundsätze unserer Politik mit Ew. Excellenz befinde, lebhaft bedaure, habe ich mich der Pflicht nicht entziehen können, dieselbe unumwunden zu Ihrer Kenntniß zu bringen. Ich bin überzeugt, daß die Meinungsverschiedenheiten sich wesentlich zwischen uns vermindern werden, wenn Ew. Excellenz auf meine eingangs ausgesprochene Bitte eingehen wollen, die Zuverlässigkeit Ihrer Eindrücke von französischen und deutschen Verhältnissen einer sorgfältigen und längeren Prüfung zu unterwerfen, bevor Sie dieselben einem amtlichen Berichte einverleiben wollen, den ich Sr. Majestät dem Kaiser vorzulegen habe und der als pièce justificative unserer Politik auch parlamentarisch oder anderen Cabinetten gegenüber unter Umständen benutzt werden muß. Es wird sich auf diese Weise auch eine gesicherte Uebereinstimmung des Inhalts Ihrer Berichterstattung in sich selbst insoweit herbeiführen lassen, wie es für mich erforderlich ist, um selbst einen festen und dauernden Eindruck des Gesammtinhalts der Berichterstattung und der Anträge Ew. Excellenz behufs meiner Vorträge bei Sr. Majestät dem Kaiser zu erhalten. Mehr aus formalen Rücksichten erlaube ich mir noch die nachstehende Bemerkung. Sie erwähnen in Ihrem Berichte vom 18. d. Mts., daß „man" an indirecte Beziehungen zwischen der deutschen Regierung und Gambetta glaube. Wenn Ew. Excellenz sich vergegenwärtigen, daß die deutsche Regierung durch Se. Majestät den Kaiser in erster Linie geführt wird, so kennen Ew. Excellenz die Denkungsweise unseres Allergnädigsten Herrn, um darüber nicht im Zweifel zu sein, daß eine solche Behauptung eine Sr. Majestät dem Kaiser persönlich empfindliche Kränkung enthält. Wenn Sie aber eine solche im dienstlichen Interesse Ihrem amtlichen Berichte glauben einverleiben zu müssen, so wäre es dabei meines Erachtens indicirt, die

Quelle einer solchen Meinung etwas genauer als durch das unbestimmte Pronomen „man" zu substantiiren und die geschäftliche Nützlichkeit einer solchen Insinuation näher zu begründen, als hier geschehen. Ew. Excellenz selbst würden es gewiß und mit Recht nicht für angemessen halten, wenn ich Ihnen in einem amtlichen Erlasse ohne ein nachweisliches Motiv und unter der anonymen Bezeichnung des Pronomen „man" Mittheilung von Gerüchten machen wollte, die etwa über die Verbindungen der Kaiserlichen Botschaft in Paris in analoger Weise existiren könnten, wie das von Ihnen angeführte Gerücht einer Verbindung der Kaiserlichen Regierung mit Gambetta. Es müßten gewiß sehr glaubwürdige Autoritäten und ein dienstlicher Zweck vorhanden sein, ehe ich dergleichen Andeutungen in einem amtlichen Erlasse machte.



An denselben.

2. Februar 1873.

Ew. p. p. haben in dem gefälligen Berichte vom 22. v. M. die socialen Verhältnisse in Paris geschildert, insofern die dort lebenden Deutschen und die Mitglieder der Botschaft davon betroffen werden, und sind von der Voraussetzung ausgegangen, daß diese Verhältnisse und die Schwierigkeiten, welche für Ew. p. p. daraus sowohl in Bezug auf den Schutz unserer Landsleute als auf die eigene gesellige Stellung hervorgehen, hier nicht die volle Würdigung finden. Diese Voraussetzung ist unbegründet, Ew. p. p. wollen vielmehr überzeugt sein, daß die peinliche Lage der Deutschen in Frankreich vollständig bekannt ist, und Se. Majestät der Kaiser nicht daran zweifelt, daß Ew. p. p. sich nicht in der Lage befinden, denselben einen bis in das Privatleben wirksamen Schutz gegen den fran-

zösischen Haß zu gewähren, noch auch in Bezug auf Ihre gesellige Stellung eine Besserung herbeizuführen, die nur von der Zeit — und vielleicht nicht einmal von dieser — erwartet werden kann. Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß die gesellige Ausschließung, welche den Mitgliedern der Botschaft gegenüber in Anwendung gebracht wird, für dieselben manche Entbehrungen mit sich führt, die ihnen in allen anderen Ländern erspart bleiben würden, so hat andererseits der so wenig verhüllte Haß der Franzosen zur Folge, daß die Aufgaben Ihrer Stellung in mancher Hinsicht wesentlich vereinfacht und erleichtert werden. Während jeder Vertreter Sr. Majestät im Auslande es sich zur Pflicht zu machen hat, in amtlicher und geselliger Hinsicht vielfache Verbindungen anzuknüpfen, über die Stimmung des Landes fortdauernd informirt zu sein, auf diese Stimmung Einfluß zu gewinnen, gutes Einvernehmen zu fördern, dessen Störung sogleich zu verhüten, so haben die Verhältnisse sich seit dem Kriege in Frankreich so gestaltet, daß der Vertreter Sr. Majestät des Kaisers auf die Lösung dieser Aufgabe verzichten muß, weil sie vollständig nicht möglich ist und partiell oder sporadisch ohne Nutzen sein würde. Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamirt wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bedürfnisse so weit zu reorganisiren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wieder aufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären. Wir sind darauf vollständig gefaßt und unsere Vertretung in Paris

trifft kein Vorwurf, wenn sie die gallische Kampflust nicht zu zügeln vermag. Wenn es richtig ist, daß Ihre Majestät die Kaiserin den Rath des Herrn Guizot darüber erbeten hat, wie der Haß der Franzosen gegen uns zu mildern sei, so würde solchem Schritte ein für weibliche Empfindungsweise natürliches Gefühl zu Grunde liegen. Die Besänftigung des ungerechten Zornes unserer Nachbarn liegt aber nicht in den Aufgaben Ew. Excellenz, so lange jedes Streben nach dieser Richtung hin ebenso erfolglos als mit unserer nationalen Würde unverträglich sein würde. Wir haben den Krieg nicht gewollt, sind aber stets bereit, ihn nochmals zu führen, sobald neue Ueberhebungen Frankreichs uns dazu nöthigen werden. Oderint dum metuant. Die klare Erkenntniß dieser Sachlage überhebt den diesseitigen Vertreter in Frankreich des größten Theils der schweren Aufgabe, die ihm unter normalen Verhältnissen zufallen würde. Es kann uns wenig Interesse bieten, über die Aeußerungen dieses oder jenes französischen Staatsmannes oder Deputirten informirt zu sein, da Alle im Wesentlichen denselben uns feindlichen Zweck verfolgen. Es erscheint deshalb auch als ein vergebliches Bemühen, gesellige Beziehungen aufzusuchen, die sich nicht von selbst darbieten, oder in einzelnen Dingen eine Einwirkung ausüben zu wollen, welche die Gesammtentwickelung der Dinge weder aufhalten noch modificiren kann. In geselliger Hinsicht kann ich daher Ew. p. p. Auffassung nur vollständig theilen, daß es nicht Ihre Aufgabe ist, Leuten nachzulaufen, die Ihnen nicht auf halbem Wege entgegenkommen, oder die es in irgend einer Beziehung an der Ihrer Stellung schuldigen Höflichkeit fehlen lassen. Im Allgemeinen wird es den Verhältnissen am meisten entsprechen, wenn Ew. p. p. wie bisher in ruhiger Würde und Zurückhaltung die geselligen Beziehungen abwarten, die sich in Folge besonderer Veranlassungen darbieten.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß Ew. p. p. die einer solchen Haltung zum Grunde liegende Absicht den Franzosen um so deutlicher machen und damit auch den Intentionen Sr. Majestät entsprechen werden, wenn Sie in den Fällen, wo ein Entgegenkommen von Seiten einzelner Franzosen sich ausnahmsweise zeigt, diesen Ausnahmen gegenüber die unverkürzte Erwiderung der Artigkeit eintreten lassen, wie sie unter gewöhnlichen Verhältnissen üblich ist. In Bezug auf die Uebelstände, unter welchen die in Paris lebenden Deutschen in ihrer geschäftlichen Existenz durch den Haß der Franzosen zu leiden haben, sind wir, wie Ew. p. p. mit Recht hervorheben, nicht in der Lage, eine Abwehr zu schaffen, so lange nicht in den einzelnen Fällen eine Ungesetzlichkeit nachgewiesen werden kann. Den Deutschen, welche nach dem Krieg nach Frankreich gegangen sind, um dort ihren Lebensunterhalt zu suchen, waren die Gefühle der Bevölkerung bekannt, sie mußten auf Verfolgungen und Demüthigung gefaßt sein und sich persönlich eine erhebliche Befähigung zutrauen, solche Erlebnisse für Geld zu ertragen. Sie würden, wenn sie auf achtungsvolle Behandlung in erster Linie Werth legten, besser gethan haben, ihre Talente oder ihre Arbeitskraft dem eigenen Lande zur Verfügung zu stellen, wo beides jederzeit die gebührende Anerkennung und eine befriedigende Verwerthung gefunden hätte. Wenn ich es auch bei jeder Gelegenheit als Pflicht der Regierung Sr. Majestät des Kaisers betrachte, deren Erfüllung ich mich niemals entziehe, den nachbarlichen Verkehrsinteressen unserer Landsleute vollen Schutz zu gewähren, so kann ich doch mit dem Pariser deutschen Ursprungs, der nur insoweit deutsch bleibt, als er Schutz und Unterstützung beansprucht, nicht sympathisiren.

An den Kaiser.

Varzin, den 14. April 1873.

Ew. Majestät zeige ich ehrfurchtsvoll an, daß ich das Schreiben des Grafen Arnim vom 8. nach Maßgabe der Acten zu beleuchten mir vorbehalte, sobald mir letztere wieder zugänglich sind.

Einstweilen bemerke ich nur ehrfurchtsvoll, daß Graf Arnim unvollständig referirt hat, indem er meine entscheidenden Telegramme bei Beginn der Verhandlung, vor dem 5., verschweigt, und dann seine Mittheilung vom 5. an Thiers für eine diesen Telegrammen entsprechende vollständige Mittheilung unseres Conventionsentwurfes Ew. Majestät gegenüber ausgiebt. In der Alternative, die Graf Arnim stellt, daß Thiers oder er die Unwahrheit gesagt haben müsse, liegt, wie ich fürchte, das größere Maß von Glaubwürdigkeit auf der Seite von Thiers und des Ew. Majestät bekannten amtlichen Telegramms des Präsidenten an Graf St. Vallier. Ew. Majestät wollen Sich huldreichst erinnern, wie ich bei Ernennung des Grafen Arnim zu seinem jetzigen Posten in einem von hier aus an Ew. Majestät gerichteten ehrfurchtsvollen Schreiben mich dahin äußerte, daß nur die volle Zuversicht auf Ew. Majestät Vertrauen zu mir mich ermuthigen könne, mit einem Botschafter von so unsicherem und wenig glaubwürdigen Charakter einen Versuch zu gemeinsamem politischen Wirken zu machen und vielleicht die Kämpfe zu erneuern, die ich Jahre lang mit dem Grafen Goltz zu bestehen hatte. Diese Kämpfe begannen schon im Herbst vorigen Jahres, wo Graf Arnim bei Ew. Majestät bezüglich des Herrn Thiers eine der meinen entgegengesetzte Politik befürwortete, die ich in Immediatberichten und eigenhändigen Schreiben von hier aus be-

kämpfte; und der Erfolg hat mir, wie ich glaube, Recht gegeben. Es ist aber in der Politik niemals möglich, mathematische Beweise zu geben. Das Vertrauen auf das Urtheil des einen oder des anderen unter den Rathgebern und Berichterstattern Ew. Majestät entscheidet schließlich. Es ist leicht, einem Bericht, wie dem des Grafen Arnim vom 8. cr., der drei Wochen voll sich täglich verschiebender Situationen umfaßt, eine Färbung zu geben, welche wahr scheint, ohne es zu sein.

Die Acten, deren Vorlage ich dem Auswärtigen Amte heute aufgebe, gewähren ein abweichendes Bild. Bis zur erneuten Zusammenstellung des Inhalts derselben erlaube ich mir, nur über das formale Verfahren des Botschafters eine ehrfurchtsvolle Bemerkung. Die Disciplin ist im diplomatischen Dienste gewiß ebenso unentbehrlich, aber viel schwerer zu halten, als im militärischen, und sie geht verloren, sobald die Formen derselben fallen. Aus diesem Grunde bitte ich Ew. Majestät allerunterthänigst um die Gnade, den Kaiserlichen Botschafter zunächst anweisen zu wollen, daß er seine amtliche Beschwerde über seinen Vorgesetzten durch diesen an Ew. Majestät einreicht, damit ich sie Allerhöchstderselben dienstlich vortrage. Geschieht dies nicht, so stehe ich mit meinen Untergebenen auf der gleichen Linie zweier streitenden Parteien. Es würde für mich nach dem Stande meiner Kräfte nicht möglich sein, neben den Kämpfen im Landtage und im Reichstage, im Ministerium und mit fremden Cabinetten, gegen sociale Einflüsse und diejenigen der Presse auch noch die dienstliche Autorität, deren ich zur Führung der Geschäfte bedarf, im Wege der schriftlichen Discussion mir zu erkämpfen. So gern ich Ew. Majestät Dienst auch den Rest meiner Kräfte noch widme, so kann ich mir doch nicht verhehlen, daß derselbe sehr schnell verbraucht sein wird, wenn ich unter dem schmerzlichen Gefühle leide,

mit einem Manne, wie Graf Arnim, um Ew. Majestät Vertrauen ringen zu sollen, nachdem ich dasselbe so lange Jahre ungeschmälert besessen, und meines Wissens niemals getäuscht habe. Ich habe Ew. Majestät meine unvorgreifliche Meinung über die Persönlichkeit des Grafen Arnim seit Jahren niemals verhehlt. Ich hatte gehofft, daß diese hohe und für das Vaterland so bedeutsame Stellung in Paris ihn über kleinliche Intriguen vielleicht erheben würde, sonst hätte ich Ew. Majestät, in Anknüpfung an die römischen Erfahrungen, dringender bitten müssen, ihm trotz aller Befähigung den Posten nicht anzuvertrauen. Ich habe, und nicht ich allein, den Verdacht, daß er seine geschäftliche Thätigkeit gelegentlich seinen persönlichen Interessen unterordnet, und es ist schwer, mit einem solchen Verdacht im Herzen für die Art verantwortlich zu bleiben, wie dieser hohe Beamte seine Instructionen ausführt. Ich habe mir erlaubt, Ew. Majestät meinen Verdacht mitzutheilen, und Allerhöchstdieselben wissen, wie gering mein Vertrauen auf die Objectivität seiner Berichte ist; um Ew. Majestät nicht Verdruß zu machen, habe ich es vermieden, meinen amtlichen Gewissensbedenken amtlichen Ausdruck zu geben. Der Schritt des Grafen Arnim, zu dem er von Berlin aus ermuthigt worden, und der dort schon in der vorigen Woche erwartet wurde, läßt mir keine Wahl mehr. Ew. Majestät wollen Sich huldreichst erinnern, daß ich von dem Versuche sprach, die Gefahren, die Arnims Charakter in Paris bedingt, durch seine Versetzung nach London abzuschwächen, daß aber von dort aus bei der ersten Anfühlung der heftigste Protest wegen der Neigung Arnims zur Intrigue und zur Unwahrheit eingelegt wurde; „man würde kein Wort glauben, was er sagen könnte.“ Gegen die Anklagen eines Mannes von diesem Rufe geht meine ehrfurchtsvolle Bitte zunächst

nur dahin, daß Ew. Majestät ihn Allergnädigst anweisen wollen, seine dienstliche Beschwerde auch auf dienstlichem Wege einzureichen.

E. V. Regnier an Fürst Bismarck.

London, 22. September 1873.

Mein Fürst!

Als ich das letzte Mal die Ehre hatte, mit Sr. Excellenz dem Grafen Bismarck zusammen zu kommen, sprach ich infolge eines bei einer früheren Gelegenheit stattgegefundenen Mißverständnisses folgende Worte zu ihm: „Ich habe Ihnen, wie Sie leicht begreifen werden, Vieles verbergen müssen, aber ich bitte Sie, mir zu sagen, ob ich je Etwas gesprochen, was Sie als falsch erkannt haben, oder in „Quel est Votre nom, N ou M?" eine Zeile geschrieben habe, welche nicht die vollkommene Wahrheit ausgedrückt hat." Excellenz erwiderten mir darauf: „M. Regnier, ich bezeuge gern, daß Sie immer mit der größten Freimüthigkeit gesprochen und geschrieben haben, nur erlaube ich mir, Ihnen hinsichtlich der Broschüren, welche Sie veröffentlicht haben, zu sagen, daß Sie zu viel schreiben." Zu Anfang und am Ende der Zusammenkunft erwies Excellenz mir die Ehre, mir die Hand zu reichen. Mein Fürst! Ein französisches Kriegsgericht will mich als deutschen Spion zum Tode verurtheilen. Wenn irgend ein Mensch in der Welt von meiner Unschuld überzeugt wäre, so würde der Graf Bismarck es sein: er würde seine Hand keinem Spion gereicht haben; ein Wort aus seiner Feder würde bei allen Leuten, die mir irgend einen Zufluchtsort bieten könnten, jeden schlechten Eindruck, den ein solcher Urtheilsspruch gegen mich hervor-

zubringen im Stande ist, verwischen. Schon das natürliche Gefühl bewirkt, daß außerhalb von der Politik jede erhabene Seele eine ungerechte Unterdrückung des Schwachen nicht sehen kann, ohne ihm zu Hülfe zu kommen; er würde gewiß das versöhnende Wort gesprochen haben, welches jeden Anschein einer Ehrenrührigkeit beseitigt hätte. Mein Fürst! Sie, der Sie die ruhmreiche Erbschaft des Grafen angetreten haben, verweigern Sie mir das nicht, was er mir bewilligt hat. Er wußte so gut, wie ich und meine Familie es wissen, daß das Interesse meines Landes das einzige Motiv meines Handelns gewesen ist, sein Zeugniß würde bei Allen den Eindruck, den dies Urtheil, welches ich nicht nennen will, hervorgebracht, verwischen. Ich zweifle nicht, mein Fürst, daß Sie ebenso, wie er es gethan hat, das Gefühl verstehen, welches mich so kühn macht, anstatt an die so blinde Parteilichkeit meiner Landsleute, die ich mit meiner Person und meiner Habe vertheidigte, an den Edelmuth eines Feindes zu appelliren, den ich ehrlich bekämpft habe.

C. V. Regnier.

Hierauf antwortete Fürst Bismarck:

Varzin, 2. October 1873.

Mein Herr!

Angesichts des Urtheils, welches ein französisches Kriegsgericht über Sie aussprechen will, haben Sie sich mit der Bitte an mich gewandt, das zu wiederholen, was ich bei unserer letzten Zusammenkunft hinsichtlich meiner Meinung über Ihr Verhalten gesagt habe. Ich glaube nicht, daß mein Zeugniß Ihnen den Nutzen bringen wird, welchen Sie sich davon versprechen; die Erregung der Gemüther ist noch zu heftig und die große Zahl derjenigen Ihrer Landsleute, welche mich verunglimpfen und mich

mit Unrecht als Feind Frankreichs betrachten, wird Ihnen aus dem, was ich zu Ihren Gunsten sagen könnte, einen Vorwurf machen. Nichtsdestoweniger zögere ich nicht, Ihnen zu wiederholen, daß Ihr Benehmen mir nie durch ein anderes Motiv veranlaßt erschienen ist, als durch muthige Aufopferung für die Interessen Ihres Vaterlandes, die nach Ihrer Meinung mit denjenigen der kaiserlichen Dynastie identisch waren. Ich habe die Ausführung Ihrer Projecte begünstigt in dem Glauben, daß dieselben im Falle der Verwirklichung den Friedensschluß beschleunigen würden, dadurch, daß die kaiserliche Regierung, die einzige, welche wir damals noch anerkannten, mit der Armee in Metz, die derselben noch treu geblieben zu sein schien, in Beziehung gesetzt wurde. Wären diese Beziehungen hergestellt und befestigt, so würden wir uns einer genügend starken Regierung gegenüber befunden haben, mit welcher wir hätten verhandeln und im Namen Frankreichs Frieden schließen können. Ich kann auf Ehre versichern, daß Sie von unserer Seite einen Vortheil weder empfangen, noch verlangt haben, und daß ich dadurch, daß ich Sie nach Metz hineinließ, Ihnen eine patriotische und zugleich den Friedensschluß herbeiführende That zu erleichtern gesucht habe. Empfangen Sie, mein Herr, die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

Herrn Regnier, London, 45 Carey Street W.-C.



Graf Arnim, Paris.

23. December 1873.

Von den, in Ew. p. p. gef. Berichte vom 18. d. M. näher erwähnten Absichten, die französischen Vertreter in München oder Dresden zu Gesandten zu befördern, ist

mir anderweitig noch nichts bekannt geworden. Auffällig ist mir in Ihrem Berichte vorzugsweise die Annahme gewesen, daß ein ehrgeiziger und befähigter Diplomat, wie Herr Lefebre, die bedeutende Gesandtschaft in Washington abgelehnt haben könnte, um in München zu bleiben, es würde dies ein redender Beweis für die Bedeutung sein, welche die französische Diplomatie noch immer diesem Posten beilegt. Ob Herr Lefebre dabei die Compensation durch eine höhere Stufe in der Hierarchie in's Auge gefaßt, mag dahingestellt bleiben; vielleicht besitzt derselbe ausreichende Hingebung für den Dienst seines Landes, um mehr an die Sache, als an die Form oder seine eigene Person gedacht zu haben.

Daß diese Form uns nicht gleichgültig sein, vielmehr die in der Beglaubigung französischer Gesandten an den deutschen Höfen liegende Demonstration uns ein untrügliches Maß für den Werth gewähren würde, welchen die französische Regierung auf gute Beziehungen zu Deutschland setzt: das liegt so klar zu Tage, daß kein Franzose darüber zweifelhaft und eine besondere Betonung unserer Empfindung kaum nöthig sein wird. Letztere ist in der Verfassung und in dem Wesen des Reichs begründet, und wenn diese Verfassung oder die Verhandlungen des Reichstages über Conservirung des Gesandtschaftsrechts in Paris unbekannt sein sollten, so wird doch die deutsche Presse es nicht sein, welche seit fast drei Jahren, wie ich glaube, Niemand einen Zweifel darüber gelassen hat, welcher Auffassung in der deutschen Nation und in der Politik ihrer Regierung solche Velleïtäten begegnen würden. Eben darum können wir aber auch darauf vertrauen, daß der Anstoß zu einer solchen Erweiterung der diplomatischen Beziehungen zwischen deutschen Einzelstaaten und Frankreich nicht leicht von Ersteren ausgehen werde; und wenn es sich nur um Formen handelte, würde die Wir-

kung kaum den Interessen der betreffenden Höfe nützlich sein. Ew. p. p. sind mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Gesandtschaftsrecht, sowie namentlich mit den Bayern im Schlußprotokoll vom 23. November 1870 gewahrten Rechten vollständig bekannt.

Durch diese Bestimmungen motivirt sich, daß wir unsere Auffassung den Franzosen gegenüber nur mit Vorsicht hervortreten lassen; dieselben würden im entgegengesetzten Falle schwerlich unterlassen, in München und anderen Residenzen zu insinuiren, daß wir etwa eine Verkürzung der in der Reichsverfassung gewahrten Rechte der Einzelstaaten erstrebten. Sollte jedoch der Duc Decazes Ew. ꝛc. eine Frage nach unseren, ihm schwerlich zweifelhaften Wünschen auf diesem Gebiete, wie Sie solche zu meiner Ueberraschung als möglich andeuten, wirklich stellen, so würde Ihnen nicht schwer fallen, zu verstehen zu geben, daß die Eindrücke, die jeder Agent Frankreichs in Deutschland und jeder Zeitungsleser von dem Gewicht haben muß, welches die deutsche Nation auf ihre einheitliche Erscheinung dem Auslande gegenüber legt, der französischen Regierung bekannt sein würden, und daß Ew. p. p. nicht den Beruf haben, dieselben durch eine diplomatische Erläuterung abzuschwächen. Ew. p. p. würden dabei beiläufig erwähnen können, daß von den befreundeten Mächten sich England auf Geschäftsträger beschränkt, einige andere theils aus Familienbeziehungen, theils in Continuität früherer Verhältnisse Gesandte an einzelnen Höfen haben, meistens aber die Vertretung mit der beim Deutschen Reich vereinigt worden ist.

Was Frankreich speciell angeht, so wird man sich in Paris schwerlich verhehlen, daß Frankreich mehr als andere Staaten ein berechtigtes Mißtrauen Deutschlands zu schonen hat, und daß schon die, wie es neuerdings den Anschein hat, systematische Ernennung von jüngeren declassirten Diplomaten zu Consuln in Deutschland, nament-

lich am Rhein, von uns nicht unbemerkt geblieben sein könne. Ew. p. p. wollen dem Duc Decazes gelegentlich bemerken, daß wir darauf zu achten berechtigt seien, ob diese Consuln sich ausschließlich konsularischen Geschäften widmen, oder, wie solches z. B. bei dem französischen Consul in Stuttgart der Fall, den Hof und das Ministerium durch Arrogiren einer politischen Stellung und Thätigkeit in Verlegenheit zu bringen die Dreistigkeit haben.

Wenn Ew. p. p. in Ihrem Bericht schließlich bemerken, daß „die Stellung" der Kaiserlichen Botschaft „sehr leiden" würde, wenn die deutschen Königreiche sich durch wirkliche Gesandte in Paris vertreten lassen sollten, so ist mir diese Betrachtung nicht ganz verständlich. Das Deutsche Reich ist ein zu gewichtiger Körper, als daß die Stellung seiner Botschaft in Paris, soweit Deutschland der letzteren bedarf, unter dem Erscheinen einiger diplomatischer Figuranten in partibus wirklich leiden könnte, vorausgesetzt, daß die „Stellung" von der Botschaft selbst richtig genommen wird. Für die Botschaft des Deutschen Reiches handelt es sich nur um Erfüllung Ihrer dienstlichen Aufträge und Aufgaben, und ich vermag nicht abzusehen, was ein kleinstaatlicher Diplomat Ew. p. p. bei denselben wirksam in den Weg legen könnte. In dieser Hinsicht wollen Ew. p. p. sich übrigens gegenwärtig halten, daß derselbe Artikel der Reichsverfassung, welcher den Bundesstaaten das active und passive Gesandtschaftsrecht nicht entzieht, die völkerrechtliche Vertretung des Reiches ausschließlich in die Hände Sr. Majestät des Kaisers gelegt hat. In Anlaß der Nachschrift zu Ew. p. p. mehrerwähnten Bericht erfordere ich heute vom Grafen Wesdehlen noch eine nähere Erläuterung.

An Carlyle, England.

Berlin, 2. December 1875.

Hochgeehrter Herr!

Die Feier Ihres achtzigsten Geburtstages geht auch Deutschland an, und Ihnen darf ich das ja in meiner Muttersprache sagen. Wie Sie bei Ihren Landsleuten Schiller eingeführt, so haben Sie den Deutschen unsern großen Preußenkönig in seiner vollen Gestalt, wie eine lebende Bildsäule, hingestellt. Was Sie vor langen Jahren von dem „heldenhaften" Schriftsteller gesagt, er stehe unter dem edeln Zwange, wahr sein zu müssen, hat sich an Ihnen selbst erfüllt; aber glücklicher als diejenigen, über welche Sie damals sprachen, freuen Sie sich des Geschaffenen und schaffen weiter in reicher Kraft, die Ihnen Gott noch lange erhalten wolle. Empfangen Sie mit meinem herzlichsten Glückwunsch die Versicherung meiner aufrichtigen Hochachtung.

Carlyles Antwort lautet in deutscher Uebersetzung:

Sir!

Samstag morgens, an meinem achtzigsten und höchstwahrscheinlich meinem letzten Geburtstage (Carlyle lebte aber noch bis zum Februar 1881), wurde ich durch einen Brief geehrt, der bei weitem der merkwürdigste, am wenigsten erwartete und der erfreulichste war von allen, die mich bei der Gelegenheit erreichten. Es ist dies der edle, weise, aufrichtige und großherzige Brief, den Sie die Güte hatten, mir zu schreiben, und den ich mit großer Ueberraschung und großer und bleibender Freude gelesen habe. Erlauben Sie mir, zu sagen, daß mir keine Ehre hätte widerfahren können, die ich höher geschätzt, oder die länger und freundlicher in meiner Erinnerung gelebt haben würde, so lange mir in dieser Welt noch zu leben ver-

gönnt ist. Was Sie von meiner bescheidenen Geschichte Ihres großen Königs Friedrich zu sagen belieben, scheint mir die schmeichelhafteste Aeußerung zu sein, die ich noch irgendwo über diesen Gegenstand vernommen, und sie macht mich aus dem Munde eines solchen Mannes wahrhaft stolz. Ich danke Ihnen auf's Herzlichste und Aufrichtigste für Ihre Freundlichkeit, und ich werde fortfahren, Ihnen, wie seit lange, alles Glück und Gedeihen auf Ihrem großen und edeln Lebenswege zu wünschen. Möge Gott Ihnen Jahre und Kraft verleihen, das großartige und gedeihliche Unternehmen, in welchem Sie vor den Augen der ganzen Welt bereits so Großes erreicht haben, zu vollenden und wider alle Stürme sicher zu befestigen! Euer Durchlaucht unterthänigster und gehorsamer Diener

Th. Carlyle.

Herrn Staatsminister von Bülow.

Varzin, 15. December 1877.

Neben der Steuerreform und der Fertigstellung der im militärischen Interesse erforderlichen Eisenbahnen, gehört die Verwirklichung der Reichsverfassung bezüglich des Eisenbahnwesens zu denjenigen Fragen, von deren Lösung ich meinen dauernden Wiedereintritt in die Geschäfte abhängig machen muß. Wenn die Ausführung des auf diesen Gebieten für nothwendig Erkannten nicht durch ausreichende und spontane Mitwirkung aller in Preußen dazu competenten Organe sichergestellt werden kann, so werde ich zwar, wenn meine Gesundheit es irgend gestattet, zum nächsten Reichstage erscheinen, aber nur um die Gründe meines definitiven Rücktritts öffentlich darlegen zu können. Ich werde nicht verschweigen können, daß ich

keine Aussicht zu haben glaube, für die Behandlung der oben erwähnten Fragen in Preußen das Maß freiwilliger Mitwirkung zu finden, ohne welches ihre Lösung nicht möglich ist, und daß ich deshalb bei geschwächten Kräften die fernere Mitarbeit an den Geschäften ablehne, weil ich mich unvermögend fühle, sie bezüglich wichtigerer Fragen in die Wege zu leiten, auf denen ich die Verantwortlichkeit für die Gesammtleitung zu tragen bereit wäre. Euer Excellenz ersuche ich ganz ergebenst, von vorstehenden Andeutungen auch mit Sr. Majestät gelegentlich sprechen zu wollen, namentlich um die von der Kreuzzeitung gebrachte Lüge zu widerlegen, als ob ich die Entlassung von Hofbeamten Sr. Majestät je zugemuthet hätte. Ich habe Feinde am Hofe, aber deshalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Collegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches nothwendig sind, energisch und freiwillig fördern. Diese Förderung durch Bitten und Ueberreden zu gewinnen, dazu reichen meine Kräfte nicht aus, und wenn ich Beschlüsse in dem erstrebten Sinne erreiche, so unterbleibt die Ausführung. Mit meinem Namen aber für das Gegentheil meiner Bestrebungen öffentlich einzustehen, kann von mir nicht verlangt werden.

An demselben Tage schreibt der Reichskanzler in einem zweiten Briefe:

Ich gebe Ihnen das beigehende Material der Auffassung meiner Zukunft hin, indem ich von Ihrer freundlichen Gesinnung hoffe, daß Sie es mit Vorsicht verwerthen werden. Unter Vorsicht meine ich, daß es mir nicht lieb sein würde, die Sache zu einer Krisis, etwa mit Camphausens Abschiedsgesuch, zu treiben, ich würde es über-

haupt lieber sehen, wenn die Verwirklichung der gewünschten Reformen von den jetzigen Collegen in Angriff genommen werden würde; mir liegt nicht am Personenwechsel, sondern an der Sache, — wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen.

An denselben.

Varzin, 21. December 1877.

Mit verbindlichem Danke habe ich Ihre Mittheilungen vom 18. und 19. d. M. erhalten und Sie werden den Fluch der guten That daran erkennen, daß sie fortdauernd Bitten und Zumuthungen gebiert. Camphausen klagt über Last des Vice ohne das Beneficium des Einflusses; hat denn nicht ein preußischer Finanzminister an sich mehr Einfluß, als ein Ministerpräsident? Letzterer hat die Last der Geschäfte und in keinem Ressort etwas zu sagen, nur zu bitten, — kein Anstellungsrecht — kaum für Kanzleidiener. — Einfluß habe ich höchstens im Auslande, wo Camphausen ihn nicht erstrebt; wenn letzterer zugiebt, daß er sich durch sieben Jahre meines Vertrauens erfreut habe, so ist das richtig; ich habe das seinige nicht immer besessen. In Bezug auf Falk bin ich ganz derselben Ansicht wie Camphausen, aber es bleibt immer eine Calamität, wenn Falk nervös gemacht wird. Ein neuer Handelsminister wird kaum nöthig sein, wenn man das Ressort theilt und zunächst ein selbstständiges preußisches Eisenbahnministerium schafft.

Der kritische Punkt der Gegenwart ist die Frage des Finanzprogramms. Da ist es eine vollständige Umkehr der Begriffe, wenn der Finanzminister von dem Präsidenten ein Programm für das Finanzressort erwartet, nach dessen

Prüfung er sich die Kritik vorbehalten will; umgekehrt liegt die positive Leistung, die Herstellung eines discutirbaren Programms, dem Ressortminister ob. Ich bin als Präsident nicht berufen, Finanzprogramme zu erfinden oder zu vertreten, sondern nur dafür verantwortlich, daß der Posten des Finanzministers in einer der Gesammtpolitik des Ministeriums entsprechenden Weise besetzt sei und versehen werde. Der Beruf, Finanzprogramme selbst zu entwerfen und auf ihre Ausführung zu verzichten oder zurückzutreten, wenn der Finanzminister ihnen nicht zustimmt, liegt mir nicht ob. Die preußischen Minister fühlen sich zu gut, um selbst im Bundesrathe mitzuarbeiten; die Präsenzlisten geben ein betrübendes Zeugniß dafür; sie lassen lieber die Reichseinrichtung in Verfall gerathen und ziehen die „schöne und unabhängige Stellung" eines preußischen Ressortministers so ausschließlich in Betracht, daß die nationale deutsche Sache daneben nicht zur Erwägung kommt. Warum geht es mit der Doppelstellung des preußischen Kriegsministers so gut und so glatt? Sachlich erscheint sie mir schwieriger noch, als die anderen Ressorts, und Roon war auch kein leicht zu lenkender Charakter. Sollte die nationale Gesinnung unserer Generale schärfer ausgeprägt sein, als die unserer altconstitutionellen Minister? Ich glaube, wenn Camphausen zugiebt, daß wir 50 Millionen Mark mehr brauchen, wie ich glaube auch wohl 100, was indessen nur er sachlich und amtlich beurtheilen kann — so kann er darüber nicht zweifelhaft sein, daß es seine Aufgabe und nicht meine ist, ein Finanzreformprogramm vorzulegen und dasselbe verantwortlich zu vertreten; daß ich ihm dabei, wenn ich gesund bin, nach Kräften assistiren werde, ist selbstverständlich, und um so mehr, wenn ich ihn bei etwa collegialischer Verhandlung über seine Absichten zu Modificationen seiner Vorschläge bewogen hätte. Sobald ich seine Reformpläne kenne,

wird mein Votum über dieselben von dem Entgegenkommen geleitet sein, welches seine Sachkunde und mein collegialisches Gefühl bedingen. Wenn aber ein solches Programm gar nicht oder nicht rechtzeitig zur Vorlage kommen sollte, so werde ich entweder den Ablauf meines Urlaubs ohne Betheiligung am Reichstage abwarten oder mich vor dem Reichstage unter Darlegung meiner vorstehenden Auffassungen auf die Rolle beschränken, die Artikel 70 dem Reichskanzler zuweist.

(Einem Schreiben des Ministers von Bülow an den Reichskanzler vom 26. December 1877 entnehmen wir noch das Folgende:

Ew. ꝛc. verfehle ich nicht, den Empfang der geneigten Zuschrift vom 24. d. Mts. dankend zu bestätigen. In Gemäßheit derselben habe ich vorgestern eine zweite Unterredung mit dem Finanzminister gehabt. Derselbe nahm meine Auseinandersetzungen mit Interesse — und ich sollte meinen, auch mit Befriedigung — auf und sagte zu, seinerseits ein Finanzprogramm zur Vorlage und zur Discussion zu bringen. Verständigung darüber und namentlich Durchbringen beim Reichstag würden immerhin schwierig sein; er wolle aber das Beste hoffen und nehme Eurer Durchlaucht Zusage: wenn eine Verständigung erreicht sei, collegialisch dafür eintreten zu wollen, dankbar an.)



An Fürst Bismarck.

Berlin, 19. October 1878.

In dem freien wirthschaftlichen Vereine des Reichstages ist der Gedanke angeregt worden, durch eine Interpellation eine officielle Kundgebung der Reichsregierung

über das von ihr beabsichtigte Vorgehen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung zu veranlassen.

Es wurde jedoch erkannt, daß eine solche Interpellation der parlamentarischen Geschäftslage nicht entsprechen würde. Da aber der Wunsch, über die Absichten der Reichsregierung einigermaßen aufgeklärt zu werden, ein allgemeiner und in den wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands begründeter ist, so wollen Ew. Durchlaucht es mir gestatten, Hochdenselben auf diesem Wege die Frage zu unterbreiten, ob es die Absicht ist, dem Reichstage bei seiner nächsten Session den Entwurf eines revidirten Zolltarifs vorzulegen, und ob die Reichsregierung, bevor dies geschehen, einen neuen Handelsvertrag mit Conventionaltarif nicht abschließen werde?

Ich benutze diesen Anlaß zu dem Ausdrucke meiner ausgezeichneten Hochachtung und verehrungsvollen Gesinnung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euer Durchlaucht
ganz ergebener
Freiherr von Varnbüler.

Fürst Bismarck antwortete hierauf unter dem 25. October:

Die Fragen, welche Eure Excellenz mir in dem Schreiben vom 19. d. gestellt haben, würde ich amtlich nur dann beantworten können, wenn die verbündeten Regierungen über unsere zukünftige Zollpolitik bereits Beschlüsse gefaßt hätten.

In Ermangelung solcher vermag ich Eurer Excellenz nur meine persönlichen Ansichten mitzutheilen. So weit es mir gelingen wird, letztere zur Geltung zu bringen, liegt es allerdings in meiner Absicht, eine umfassende Revision unseres Zolltarifs herbeizuführen und die dazu erforderlichen Anträge zunächst der Prüfung der verbün-

deten Regierungen zu unterbreiten. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits in Angriff genommen.

Den Abschluß neuer Handelsverträge mit Conventionaltarifen vermag ich so lange nicht zu befürworten, als die Frage der Revision unseres Tarifs nicht ihre Erledigung gefunden hat.

An den Bundesrath, Berlin.

Friedrichsruh, 15. December 1878.

Nachdem der Bundesrath auf Grund der Vorlage vom 12. November 1878 die Einsetzung einer Commission zur Revision des Zolltarifs beschlossen hat, beehre ich mich, nachstehend die Gesichtspunkte darzulegen und zur geneigten Erwägung zu stellen, welche mir bei dieser Revision als leitende vorschweben, und in deren Richtung ich amtlich zu wirken bestrebt bin.

In erster Linie steht für mich das Interesse der financiellen Reform: Verminderung der directen Steuerlast durch Vermehrung der auf indirecten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs.

Wie weit Deutschland in der financiellen Entwickelung seines Zollwesens hinter anderen Staaten zurückgeblieben ist, zeigt die unter 1 anliegende Ueberſicht. Das hier dargestellte Verhältniß würde sich noch ungünstiger für Deutschland gestalten, wenn zu den für Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien aufgeführten Beträgen der Einnahme an Grenzzöllen die Summen hinzugefügt würden, welche diese Staaten an Stelle des Zolls von ausländischem Tabacк in der Form des Monopolertrags beziehen und welche zu Gunsten der Gemeinden als Octroi erhoben werden.

Es beruht nicht auf Zufall, daß andere Großstaaten, zumal solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirth-

schaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Ausgaben vorzugsweise in dem Ertrag der Zölle und indirecten Steuern suchen.

Die directe Steuer, welche in einem für jeden einzelnen Steuerpflichtigen im Voraus festgestellten Betrage dem einzelnen Besteuerten abgefordert und nöthigen Falls durch Zwang von ihm beigefordert wird, wirkt ihrer Natur nach drückender als jede indirecte Abgabe, die in ihrem Betrage sowohl der Gesammtheit, als dem Einzelnen gegenüber an den Umfang des Verbrauchs besteuerter Gegenstände sich anschließt und, soweit sie den einzelnen Consumenten trifft, von diesem in der Regel nicht besonders, sondern in und mit dem Preise der Waaren entrichtet wird. In dem größten Theile Deutschlands haben die directen Steuern einschließlich der Communalabgaben eine Höhe erreicht, welche drückend ist und wirthschaftlich nicht gerechtfertigt erscheint. Am meisten leiden unter derselben gegenwärtig diejenigen Mittelclassen, deren Einkommen sich etwa in der Grenze bis zu 6000 Mark bewegt und welche durch executorisch beigetriebene oder über ihre Kräfte gezahlte directe Steuern noch häufiger als die Angehörigen der untersten Steuerklassen in ihrem wirthschaftlichen Bestande untergraben werden. Soll die Steuerreform, wie ich es für erforderlich halte, in ihren Erleichterungen bis zu diesen Grenzen reichen, so muß sie bei der Revision des Zolltarifs auf einer möglichst breiten Grundlage beginnen. Je ergiebiger man das Zollsystem in financieller Hinsicht gestaltet, um so größer werden die Erleichterungen auf dem Gebiete der directen Steuern sein können und sein müssen.

Denn es versteht sich von selbst, daß mit der Vermehrung der indirecten Einnahmen des Reichs nicht eine Erhöhung der Gesammtsteuerlast bezweckt werden kann. Das Maß der Gesammtsteuerlast ist nicht durch die Höhe

der Einnahmen, sondern durch die Höhe des Bedarfs bedingt, durch die Höhe der Ausgaben, welche im Einverständniß zwischen Regierung und Volksvertretung als dem Bedürfniß des Reichs oder Staats entsprechend festgestellt wird. Höhere Einnahmen zu erzielen, als zur Bestreitung dieses Bedürfnisses unbedingt erforderlich sind, kann niemals in der Absicht der Regierungen liegen. Dieselben haben nur dahin zu streben, daß das Erforderliche auf die relativ leichteste und erfahrungsmäßig minder drückende Weise aufgebracht werde. Jede Steigerung der indirecten Einnahmen des Reichs muß deshalb die nothwendige Folge haben, daß von den directen Steuern oder von solchen indirecten Steuern, deren Erhebung von Staatswegen etwa aus besonderen Gründen nicht mehr wünschenswerth erscheint, soviel erlassen oder an Communalverbände überwiesen wird, als für die Deckung der im Einverständniß mit der Volksvertretung festgesetzten Staatsausgaben entbehrlich wird.

Nicht in Vermehrung der für die Zwecke des Reichs und der Staaten nothwendigen Lasten, sondern in der Uebertragung eines größeren Theils der unvermeidlichen Lasten auf die weniger drückenden indirecten Steuern besteht das Wesen der Finanzreform, zu deren Verwirklichung auch die Zolltarif-Revision dienen soll.

Um eine dieser Rücksicht entsprechende Grundlage für die Revision zu gewinnen, empfiehlt es sich meines Erachtens, nicht bloß einzelne Artikel, welche sich dazu besonders eignen, mit höheren Zöllen zu belegen, sondern zu dem Prinzip der Zollpflichtigkeit aller über die Grenze eingehenden Gegenstände, welche in der preußischen Zoll-Gesetzgebung vom Jahre 1818 an als Regel aufgestellt war und später in der allgemeinen Eingangsabgabe des Vereins-Zolltarifs bis zum Jahre 1865 seinen Ausdruck fand, zurückzukehren.

Von dieser allgemeinen Zollpflicht würden diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen sein, welche in Deutschland gar nicht (wie z. B. Baumwolle), und nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Quantität oder Qualität erzeugt werden können.

Alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollten mit einer Eingangsabgabe belegt sein, die nach dem Werthe der Waaren, und zwar unter Zugrundelegung verschiedener Procentsätze, je nach dem Bedarf der einheimischen Production, abzustufen wäre. Die hiernach zu bemessenden Zollsätze würden auf Gewichtseinheiten, wie dies in dem bestehenden Zolltarif die Regel ist, zurückzuführen und danach zu erheben sein, soweit nicht nach der Natur des Gegenstandes eine Erhebung des Zolls per Stück (wie bei dem Vieh) oder unmittelbar nach dem Werth (wie bei Eisenbahnfahrzeugen, eisernen Flußschiffen) sich mehr empfiehlt.

Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amts (Statistik des Deutschen Reichs, Band XXXII. S. II. 93) betrug im Jahre 1877 der geschätzte Werth der Waareneinfuhr (Eingang in den freien Verkehr) rund 3877 Millionen Mark. Hiervon fallen laut Anlage 2 auf bisher zollfreie Artikel rund 2853 Millionen Mark.

In dieser Summe ist der Werth einer Reihe von Artikeln enthalten, welche auch in Zukunft zollfrei zu lassen sein werden, weil sie unter die oben bezeichnete Kategorie der für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe fremder Herkunft fallen, oder weil sie, wie gemünztes Metall, sich ihrer Natur nach nicht zu einem Gegenstande der Verzollung eignen. Außerdem würden die Positionen in Abzug zu bringen sein, für welche etwa auch in Zukunft die Freiheit der Durchfuhr andern Ländern vertragsmäßig gewährleistet oder im Interesse des inländischen Verkehrs

gesetzlich zugelassen werden soll. Es kommt ferner in Betracht, daß die Belegung jetzt zollfreier Artikel, auch mit einer mäßigen Eingangsabgabe, doch Einfluß auf den Verbrauch dieser Artikel üben kann.

Welcher Betrag hiernach an der obigen Summe von 2853 Millionen Mark abzusetzen wäre, um den Gesammtwerth der jetzt zollfreien, nach meinem Vorschlag künftig der Zollpflicht unterliegenden Gegenstände zu ermitteln, — dies läßt sich mit irgend welcher Zuverlässigkeit nicht berechnen. Wollte man indessen auch annehmen, daß selbst die Hälfte der obengenannten Summe — was ohne Zweifel zu hoch gegriffen ist — als Werth auch künftig zollfreier Ein- und Durchfuhr in Abzug kommen müßte, so bliebe immerhin noch eine, jetzt zollfreie, künftig und nach den ursprünglichen bis 1865 gültigen Grundsätzen Preußens und des Zollvereins zollpflichtige Einfuhr im Werthe von etwa 1400 Millionen Mark. Wird ferner angenommen, daß die hiervon künftig zu erhebenden Eingangsabgaben auch nur durchschnittlich 5 pCt. des Werths betrugen, so würde sich die Vermehrung der jährlichen Zolleinnahmen auf 70 Millionen Mark belaufen.

Dieser Vermehrung der Zolleinnahme würde eine wesentliche Erhöhung der Zollerhebungs- und Verwaltungskosten nicht gegenüberstehen, da eine wenn auch nur summarische Revision der die Zollgrenze passirenden zollfreien Güter jetzt ebenfalls stattfindet. Die bestehenden Einrichtungen an der Zollgrenze und im Innern würden voraussichtlich auch zur Verzollung aller jetzt zollfreien, künftig zollpflichtigen Gegenstände ausreichen oder doch nicht in sehr erheblichem Maße zu erweitern sein, sie würden durch Vermehrung der zollpflichtigen Artikel vielfach nur noch besser ausgenützt und einträglicher gemacht werden, als es jetzt der Fall ist.

Wenn hiernach vom finanziellen Gesichtspunkte aus,

auf welchen ich das Hauptgewicht lege, die von mir befürwortete Wiederherstellung der Regel allgemeiner Zollpflicht sich empfiehlt, so läßt ein solches System sich meines Erachtens auch in volkswirthschaftlicher Beziehung nicht anfechten.

Ich lasse dahingestellt, ob ein Zustand vollkommener, gegenseitiger Freiheit des internationalen Verkehrs, wie ihn die Theorie des Freihandels als Ziel vor Augen hat, dem Interesse Deutschlands entsprechen würde. So lange aber die meisten der Länder, auf welche wir mit unserm Verkehr angewiesen sind, sich mit Zollschranken umgeben und die Tendenz zur Erhöhung derselben noch im Steigen begriffen ist, erscheint es mir gerechtfertigt und im wirthschaftlichen Interesse der Nation geboten, uns in der Befriedigung unserer finanziellen Bedürfnisse nicht durch die Besorgniß einschränken zu lassen, daß durch dieselben deutsche Producte eine geringe Bevorzugung vor ausländischen erfahren.

Der jetzt bestehende Vereinszolltarif enthält neben den reinen Finanzzöllen eine Reihe von mäßigen Schutzzöllen für bestimmte Industriezweige. Eine Beseitigung der Verminderung dieser Zölle wird, zumal bei der gegenwärtigen Lage der Industrie, nicht rathsam erscheinen; vielleicht wird sogar bei manchen Artikeln im Interesse einzelner besonders leidender Zweige der heimischen Industrie, je nach dem Ergebniß der im Gange befindlichen Enqueten, eine Wiederherstellung höherer oder Erhöhung der gegenwärtigen Zollsätze sich empfehlen.

Schutzzölle für einzelne Industriezweige aber wirken, zumal wenn sie das durch die Rücksicht auf den financiellen Ertrag gebotene Maß überschreiten, wie ein Privilegium und begegnen auf Seiten der Vertreter der nicht geschützten Zweige der Erwerbsthätigkeit der Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist. Dieser Abneigung wird

ein Zollsystem nicht begegnen können, welches innerhalb der durch das financielle Interesse gezogenen Schranken der gesammten inländischen Production einen Vorzug vor der ausländischen Production auf dem einheimischen Markt gewährt. Ein solches System wird nach keiner Seite hin drückend erscheinen können, weil seine Wirkungen sich über alle producirenden Kreise der Nation gleichmäßiger vertheilen, als es bei einem System von Schutzzöllen für einzelne Industriezweige der Fall ist. Die Minderheit der Bevölkerung, welche überhaupt nicht producirt, sondern ausschließlich consumirt, wird durch ein die gesammte nationale Production begünstigendes Zollsystem scheinbar benachtheiligt. Wenn indessen durch ein solches System die Gesammtsumme der im Inlande erzeugten Werthe vermehrt und dadurch der Volkswohlstand im Ganzen gehoben wird, so wird dies schließlich auch für die nicht producirenden Theile der Bevölkerung und namentlich für die auf festes Geldeinkommen angewiesenen Staats- und Gemeindebeamten von Nutzen sein; denn es werden der Gesammtheit dann die Mittel zur Ausgleichung von Härten zu Gebote stehen, falls sich in der That eine Erhöhung der Preise der Lebensbedürfnisse aus der Ausdehnung der Zollpflichtigkeit auf die Gesammteinfuhr ergeben sollte. Eine solche Erhöhung wird jedoch in dem Maße, in welchem sie von den Consumenten befürchtet zu werden pflegt, bei geringen Zöllen voraussichtlich nicht eintreten, wie ja auch umgekehrt nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer die Brot- und Fleischpreise in den früher davon betroffenen Gemeinden nicht in einer bemerkbaren Weise zurückgegangen sind.

Eigentliche Finanzzölle, welche auf Gegenstände gelegt sind, die im Inlande nicht vorkommen und deren Einfuhr unentbehrlich ist, werden zum Theil den Inländer allein treffen. Bei Artikeln dagegen, welche das Inland

in einer für den einheimischen Verbrauch ausreichenden Menge und Beschaffenheit zu erzeugen im Stande ist, wird der ausländische Producent den Zoll allein zu tragen haben, um auf dem deutschen Markte noch concurriren zu können. In solchen Fällen endlich, in denen ein Theil des inländischen Bedarfs durch auswärtige Zufuhr gedeckt werden muß, wird der ausländische Concurrent meist genöthigt sein, wenigstens einen Theil und oft das Ganze des Zolls zu übernehmen, um seinen bisherigen Gewinn um diesen Betrag zu vermindern. Daß Grenzzölle auf solche Gegenstände, welche auch im Inlande erzeugt werden, den ausländischen Producenten für das financielle Ergebniß mit heranziehen, geht aus dem Interesse hervor, welches überall das Ausland gegen Einführung und Erhöhung derartiger Grenzzölle in irgend einem Gebiet an den Tag legt. Wenn im praktischen Leben wirklich der inländische Consument es wäre, dem der erhöhte Zoll zur Last fällt, so würde die Erhöhung dem ausländischen Producenten gleichgültiger sein.

Soweit hiernach der Zoll dem inländischen Consumenten überhaupt zur Last fällt, tritt er hinter den sonstigen Verhältnissen, welche auf die Höhe der Waarenpreise von Einfluß sind, in der Regel weit zurück. Gegenüber den Preisschwankungen, welche bei bestimmten Waarengattungen durch den Wechsel im Verhältniß von Angebot und Nachfrage oft binnen kurzer Zeit und bei geringer örtlicher Entfernung der Marktplätze von einander bedingt werden, kann ein Zoll, der etwa 5 bis 10 Procent vom Werth der Waare beträgt, nur einen verhältnißmäßig geringen Einfluß auf den Kaufpreis üben. Andere Momente, wie die Ungleichheiten der Frachtsätze bei den Differentialtarifen der Eisenbahnen, wirken in dieser Beziehung viel einschneidender vermöge der Einfuhrprämie, die sie dem Auslande, oft zum vielfachen Betrage jedes vom Reich aufzulegenden Zolls, auf Kosten der deutschen Pro-

duction gewähren. Ich bin deshalb auch der Ueberzeugung, daß mit der Revision der Grenzzölle eine Revision der Eisenbahntarife nothwendig Hand in Hand gehen muß. Es kann auf die Dauer den einzelnen Staats- und Privat-Eisenbahnverwaltungen nicht die Berechtigung verbleiben, der wirthschaftlichen Gesetzgebung des Reichs nach eigenem Ermessen Concurrenz zu machen, die Handelspolitik der verbündeten Regierungen und des Reichstags nach Willkür zu neutralisiren und das wirthschaftliche Leben der Nation den Schwankungen auszusetzen, welche im Gefolge hoher und wechselnder Einfuhrprämien für einzelne Gegenstände nothwendig eintreten.

Die Rückkehr zu dem Princip der allgemeinen Zollpflicht entspricht der jetzigen Lage unserer handelspolitischen Verhältnisse. Nachdem der Versuch, mit Oesterreich-Ungarn einen neuen Tarifvertrag zu vereinbaren, respective den bisherigen zu prolongiren, gescheitert ist, sind wir (abgesehen von den in den Verträgen mit Belgien und der Schweiz enthaltenen Tarifbestimmungen) in das Recht selbständiger Gestaltung unseres Zolltarifs wieder eingetreten. Bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs kann nur unser eigenes Interesse maßgebend sein. Dieses Interesse wird vielleicht demnächst zu neuen Verhandlungen über Tarifverträge mit dem Ausland führen. Sollen aber solche Verhandlungen mit der Aussicht auf einen für Deutschland glücklichen Erfolg begonnen werden, so ist es nöthig, vorher auf dem autonomen Wege ein Zollsystem zu schaffen, welches die gesammte inländische Production der ausländischen gegenüber in die möglichst günstige Lage bringt.

Dem Bundesrath stelle ich ergebenst anheim, die vorstehenden Bemerkungen der Commission, welche behufs Revision des Zolltarifs, zufolge des Beschlusses vom 12. d. M., eingesetzt wird, zur Erwägung gefälligst überweisen zu wollen.

An den Geheimen Commissionsrath Günther, Berlin.

Friedrichsruh, 19. Dezember 1878.

Mit der im Schreiben vom 16. d. M. ausgesprochenen Ansicht, daß die deutsche Industrie auf den deutschen Markt das erste und natürlichste Anrecht besitze, und daß sie des Schutzes bedürfe gegen die Concurrenz solcher Länder, welche in Folge günstiger Vorbedingungen unsere bestehende Production überflügeln und schließlich unterdrücken können, bin ich einverstanden. Ich bin deshalb auch bereit, soweit mein persönlicher Einfluß reicht, die Wünsche des Centralverbandes der deutschen Lederindustriellen zu befürworten. Einstweilen wird schon die Commission, welche demnächst zur Revision des Zolltarifs zusammentritt, in der Lage sein, sich auch mit den von Ihnen angeregten Fragen, sei es direct, sei es durch einen Antrag auf eine besondere Enquete über die Lage der Lederbereitung, zu beschäftigen. Um Ihre speciellen Wünsche und Anträge der Commission als Material für ihre Arbeiten überweisen zu können, bitte ich um schriftliche Formulirung derselben. Ein mündlicher Vortrag würde den Eindruck der Thatsachen und der schriftlichen Vorstellung nicht steigern können; für mich aber würde eine Abweichung von der durch meinen Gesundheitszustand gebotenen einstweiligen Enthaltung von geschäftlichem Verkehr von weitgehenden Folgen sein. Ich bitte deshalb auch ohne Besprechung mir das Vertrauen zu schenken, daß ich die nationalen Interessen auch auf dem Gebiete der Handelspolitik nach Kräften zu vertreten bemüht bin.

Herrn v. Pfretzschner, München.

Friedrichsruh, 2. Januar 1879.

Ich beabsichtige beim Reiche die Frage anzuregen, ob nicht das Tarifwesen der Eisenbahnen unabhängig von dem intendirten Reichseisenbahngesetz der reichsgesetzlichen Regelung durch ein Tarifgesetz bedarf. Wenn es in Preußen unmöglich ist, ohne Allerhöchste Ermächtigung eine Aenderung in geringem Wegegeld oder Brückenzoll-Erhebungen herbeizuführen, so steht damit die Rechtlosigkeit, in welcher die Bevölkerung sich gegenüber den sehr viel wichtigeren Eisenbahntarifen befindet, in einem auffälligen Widerspruch. Wenn strenge darauf gehalten wird, daß die Post ihre Tarife nur auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen regeln kann, wenn es für ein unabweisliches öffentliches Bedürfniß erkannt wurde, daß der letzte Rest von Privat-Posteinrichtungen in Gestalt der Taxis'schen Privilegien durch Expropriation beseitigt wurde, so ist es schwer erklärlich, wie der sehr viel größere und wichtigere Interessenkreis im Vergleich mit der Post, welcher von den Eisenbahntarifen abhängig ist, der Ausbeutung im Privatinteresse durch lokale Behörden ohne gesetzliche Controle für die Dauer überlassen werden konnte. Dabei hat der Postverkehr seine Concurrenz und Controle durch jede Privatspedition, während die Eisenbahnen in bestimmten Bezirken den Verkehr monopolistisch beherrschen, jede Concurrenz vermöge des staatlichen Privilegiums, auf dem sie beruhen, unmöglich ist und da, wo zwei und mehrere Eisenbahnen concurriren könnten, eine Verständigung zwischen ihnen in der Regel gefunden wird. Der Umstand, daß so große öffentliche Interessen, wie das Eisenbahn-Transportwesen, Privatgesellschaften und einzelnen Verwaltungen ohne gesetzliche Controle zur Aus-

beutung für Privatinteressen überlassen sind, findet in der Geschichte des wirthschaftlichen Lebens der modernen Staaten seine Analogie wohl nur in den früheren Generalpächtern finanzieller Abgaben. Wenn nach denselben Modalitäten, wie die Eisenbahnen ein Verkehrsregal ausüben, man die Erhebung der Classen- und Einkommensteuer einer Provinz oder die Erhebung der Grenzzölle auf bestimmten Abschnitten unserer Grenze Privat-Actiengesellschaften zur Ausbeutung überlassen würde, so wären dieselben doch immer durch die Schranken gesetzlich feststehender Abgabensätze gebunden, während heute bei uns für die Eisenbahntarife die Bürgschaft gesetzlicher Regelung unserem Verkehrsleben fehlt. Diesen Erwägungen gegenüber glaube ich nicht umhin zu können, im Wege der Reichsgesetzgebung eine vorbereitende Prüfung der Frage zu veranlassen, ob und auf welchem Wege es thunlich sein wird, in Anknüpfung an die Bestimmung der Reichsverfassung eine gesetzliche und, soweit es möglich ist, einheitliche Regelung des deutschen Tarifwesens herbeizuführen. Wenn es gelingt, dies Ziel zu erreichen, so werden dann auch die Ausnahmetarife nur auf Grund der Gesetzgebung eingeführt oder beibehalten werden.



Herrn Jaacks in Pöls.

Friedrichsruh, 5. Januar 1879.

Ihr Schreiben vom 3. d. M. habe ich sowohl als Ihr Kreisgenosse, wie auch seines Inhalts wegen mit Interesse gelesen und halte Ihre Klagen über die Lage unserer Landwirthschaft in wesentlichen Theilen für begründet. Für meine Bemühungen, denselben im Wege der Gesetzgebung abzuhelfen, hoffe ich auf Erfolg, soweit die

Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften ihnen zu Theil werden wird.

In der Hand der Landwirthe selbst liegt es, bei den Wahlen zum Landtag wie zum Reichstag für Vertreter zu stimmen, welche Interesse und Verständniß für die Landwirthschaft und ihre heutige Lage in Deutschland haben und bethätigen. An solchen kann es in der hiesigen Gegend, mit einer vorwiegend landwirthschaftlichen Bevölkerung sicher nicht fehlen.

An das Stadtverordneten-Collegium, Barmen.

Friedrichsruh, 20. Januar 1879.

Das gefällige Schreiben vom 21. d. M. habe ich mit Dank erhalten und bin mit Ihnen der Ansicht, daß unsere Industrie mit Rücksicht auf die Halbfabrikate, deren sie bedarf, auf Schonung ihres Besitzstandes Anspruch hat, sobald ihr mit entsprechendem erhöhten Schutze des vollen Fabrikats nicht geholfen werden kann. Der Landwirthschaft aber schuldet der Staat die gleiche Beachtung, wie der Industrie, und wenn beide nicht Hand in Hand gehen, wird keine ohne die andere stark genug sein, sich zu helfen.

An die Aeltesten der Magdeburger Kaufmannschaft.

Berlin, April 1879.

Das Schreiben der Aeltesten der Kaufmannschaft vom 8. d. M. habe ich nebst deren Denkschrift erhalten. Ich bedauere, daß die Herren der beantragten Zollreform nicht beistimmen, indem ich von derselben auch für Ihre

Interessen Nachtheile nicht befürchte. Aber selbst wenn einzelne Erwerbszweige durch die Ausführung der Reform leiden sollten, was ich nicht glaube, so würden die verbündeten Regierungen bei auseinandergehenden Interessen doch diejenigen der Mehrheit der Bevölkerung im Auge behalten müssen.

Freiherrn von Thüngen, Roßbach.

Berlin, 16. April 1879.

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, den Unterzeichnern der Zustimmungsadresse zu unserem Zollprogramm vom 15. December v. J., welche Sie mir mit Ihrem Schreiben vom 12. d. M. zu übersenden die Güte hatten, meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln. Ihr Schreiben habe ich mit großem Interesse gelesen, ich theile Ihre darin ausgesprochene Ansicht, daß die Getreidezölle als Schutz der Landwirthschaft nach Verhältniß zu den directen Lasten, welche sie trägt, ungenügend sind; sie werden vielleicht nur die gute Folge haben, daß Ordnung und Uebersicht in die Korneinfuhr kommt und daß namentlich die Ueberfüllung Deutschlands mit unverkauftem Korn sich vermindert. Ich habe aber in den Verhandlungen mit den Regierungen und der Tarifcommission mehr nicht erreichen und namentlich den Ministerien der größeren Bundesstaaten gegenüber das Erreichte nur mit großer Anstrengung festhalten können.

Der Widerstand der meisten süd- und mitteldeutschen Ministerien und der Antrag der württembergischen Regierung, die 50 Pf. durchweg auf 30 herunterzusetzen, wird Ihnen bekannt sein.

Ein noch größeres Gewicht indessen, als auf den Zoll,

lege ich auf die Eisenbahntarife, durch welche Einfuhrprämien gegeben werden, welche nicht selten das Vier- und Fünffache des 50-Pfennigzolles erreichen. Wenn es gelingt, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, so verspreche ich mir davon eine größere Wirkung, als von der Verdoppelung oder selbst Vervierfachung der jetzt beantragten Zölle; doch in dieser Beziehung habe ich bisher kaum Hoffnung, die Eisenbahnminister der größeren Bundesstaaten für den Zweck zu gewinnen und zu übereinstimmendem Verfahren zu bewegen. Die bayerischen Bahntarife und deren Wirkung werden Ihnen und allen bayerischen Landwirthen aus eigener Erfahrung fühlbar sein. Mir fehlt darauf jeder Einfluß.

Wenn in dem Zolltarif-Entwurfe eine Verbesserung noch gewonnen werden soll, so werden vor Allem die Vertreter der Landwirthschaft im Reichstag sich rühren, sich vereinigen und Anträge stellen müssen. Auch der Inhalt Ihres Briefes wäre mir lieber in der Oeffentlichkeit, als in meinen Akten; denn was mich betrifft, so kann ich nur sagen: „vous prêchez à un couverti“ und ich thue ohnehin, was ich kann. Ich habe auf die Tarifkommission, so viel ich konnte, eingewirkt, um die Landwirthschaft pari passu mit der Industrie zu halten, in dieser Beziehung aber eher noch Anklang bei den Industriellen gefunden, als bei den Ministerien, nach deren Instruktion die Commissionsmitglieder abstimmten. Ich verharre in diesem Streben, bedarf aber auf dem amtlichen und publicistischen Gebiet einer stärkeren, aber praktischeren Unterstützung, als ich sie bisher erfahren habe. Von Ihrer Seite darf ich darauf rechnen und werde für jedes Maß davon sehr dankbar sein.

Herrn Oberbürgermeister Becker, Cöln.

Berlin, 17. April 1879.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre gütige Anzeige von der Enthüllung meines Denkmals. Es ist mir ein erhebendes Bewußtsein, in der altberühmten Stadt, der ich schon durch die Ehre des Bürgerrechts angehöre, wenigstens im Bilde eine feste Stellung gewonnen zu haben, und ich betrachte es als ein günstiges Wahrzeichen, daß dies bei heiterem Wetter geschehen ist.

Herrn Oberbürgermeister Hache in Essen.

Kissingen, 1. August 1879.

Die Anerkennung, welche meine Reformbestrebungen auf wirthschaftlichem Gebiete von einer für letzteres so bedeutsamen Gemeinde, wie Essen, erfahren, befestigt mich in der Ueberzeugung, daß die von mir vertretene Politik der verbündeten Regierungen in dem deutschen Bürgerstande auch der größeren Städte dieselbe Zustimmung, wie bei der Mehrzahl der Gesammtbevölkerung des Reichs findet. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Gesetzgebung, welche sich den Schutz deutscher Arbeit und die Verminderung der directen Steuern zur Aufgabe gestellt hat, in den weiteren parlamentarischen Kämpfen gegen die ohne Zweifel bevorstehenden Angriffe von Seiten der Mehrheit der Volksvertretung wirksam vertheidigt werden wird.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Reichskanzler 2c., Berlin.

Berlin, 29. Februar 1880.

Ew. Durchlaucht

wollen anliegenden, wenn auch politisch vielleicht verfehlten, aber menschlich gut gemeinten Antrag nicht mit Mißfallen aufnehmen. Auf dem Schlachtfelde von Gravelotte, wo ich in der Nähe Euer Durchlaucht mitten unter Leichen stand, schwur ich, was an mir ist, beizutragen, um das Elend des Krieges zu verhindern. Möchten Euer Durchlaucht damals ähnliche Eindrücke empfangen und hochherzige Entschlüsse zum Wohle der Menschheit gefaßt haben. In tiefster Ehrfurcht

Euer Durchlaucht

gehorsamster

v. Bühler (Oehringen).

Hierauf antwortete Fürst Bismarck unter dem 2. März:

Ew. Hochwohlgeboren danke ich ergebenst für die Mittheilung Ihres Abrüstungsantrages. Ich bin leider durch die praktischen und dringlichen Geschäfte der Gegenwart so in Anspruch genommen, daß ich mich mit der Möglichkeit einer Zukunft nicht befassen kann, die, wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es Ew. Hochwohlgeboren gelungen sein wird, unsere Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein anderer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Controle der Völker über den Rüstungszustand der

Nachbarn schwierig und unsicher bleiben, und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird.

Herr von Bühler schrieb darauf unter dem 5. März:

Durchlauchtigster Fürst!
Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Das hohe Schreiben, mit welchem Eure Durchlaucht mich würdigten, ist für die von mir verfochtene Sache von unschätzbarem Werthe. Indem Ew. Durchlaucht in demselben dem Gedanken der Möglichkeit einer allgemeinen Entwaffnung in der Zukunft Raum geben, ist schon für die Gegenwart ein fester Boden gewonnen. Die Abrüstung soll die immense auf Ihren Schultern ruhende Last nicht vermehren, sondern erleichtern. Dieselbe würde nicht nur die an Ihren Fersen hängende Finanznoth sofort beseitigen, sondern alsbald auch einen sehr erheblichen Theil der politischen und sozialen Verwickelungen lösen. Die Vornahme der Entwaffnung würde der beunruhigten Welt die tröstliche Gewißheit geben, daß in Europa noch ein fester vernünftiger Wille und nicht der Zufall herrschen soll.

Der Weisung Ew. Durchlaucht, mich mit meinen Plänen zunächst an andere Mächte zu wenden, möchte ich um so eher nachzukommen mich getrauen, weil sie nicht nur eine Art Vollmacht für mich, sondern selbst eine gewisse Garantie in sich schließt, daß Ew. Durchlaucht für den Fall des Einverständnisses anderer Mächte analoge Anregungen auch für Deutschland zu übernehmen gewillt sind; ferner, weil die Königin von England auf die im Jahre 1873 gestellte Bitte des Hauses der Gemeinen, „ihren ersten Staatssecretair des Auswärtigen zu beauftragen, mit auswärtigen Mächten zur Verhinderung von

Kriegen wegen Begründung eines permanenten internationalen Schiedsgerichtssystems in Verbindung zu treten", eine zustimmende Antwort ertheilte; endlich weil die K. K. österreichisch-ungarische Regierung in der Begründung zur jüngsten Wehrgesetzvorlage officiell erklärte:

„Daß sie es für eine patriotische Pflicht ansehen würde, eine Herabsetzung der Kriegsstärke des Heeres und der Kriegsmarine, sowie auch die Einschränkung des Wehrsystems überhaupt vorzunehmen, wenn unter den Mächten eine von der Regierung gewiß ebenso wie vom Reichstage ersehnte Verständigung über eine Verminderung der Wehrkräfte erzielt werden sollte."

An solche reale Kundgebungen anzuknüpfen, däucht mich nicht gänzlich unpraktisch und aussichtslos, und ich übernehme daraufhin unbedenklich die Gefahr der Lächerlichkeit und Zurückweisung.

Die von Euer Durchlaucht hervorgehobenen Schwierigkeiten sind groß, ja unüberwindlich, wofern es am ernstlichen Willen der Mächte fehlt; klein, wenn solcher vorhanden ist. Es wird deshalb vor Allem darauf ankommen, diesen Willen zu erkunden.

Möge es, wie ich im Reichstage auszusprechen mir erlaubte, Euer Durchlaucht gefallen, das höchste politische Gut der Gegenwart und Zukunft, den Frieden auf Erden, zum letzten hehren Ziele Ihres ruhmreichen Lebens zu machen.

In Ehrfurcht verharre ich
Euer Durchlaucht
gehorsamster
v. Bühler,
Mitglied des Reichstages.

Herrn v. Bausznern, Pest.

(Der ungarische Reichstagsabgeordnete Guido von Bausznern hatte wegen Herstellung einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich sich an den Fürsten Bismarck gewendet.)

Berlin, 5. März 1880.

Ew. Hochwohlgeboren haben mir mit gefälligem Schreiben vom 2. d. M. eine Denkschrift übersandt, in welcher Sie sich über Vorzüge eines Zollvereins zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn aussprechen. Ich habe von dem Inhalt dieser darin niedergelegten Anschauungen, insofern als ich eine die beiden Reiche umfassende Zolleinigung als ideales Ziel betrachte, welches unseren handelspolitischen Transactionen ihre Richtung anweist, gern Kenntniß genommen. Ich weiß nicht, ob wir dasselbe erreichen, aber je näher wir ihm kommen, um so mehr werden unsere wirthschaftlichen Beziehungen zum dauernden Ausdruck der Uebereinstimmung unserer politischen Interessen werden. Zur Zeit bestehen jedoch in der wirthschaftlichen Lage eines jeden der beiden Reiche noch Gegensätze, deren Ausgleichung sich nur allmälig herbeiführen läßt; auch haben beide Reiche ihre Zolltarif-Gesetzgebung erst in jüngster Zeit revidirt, und die hierdurch neuangebahnte Entwickelung ihrer wirtschaftlichen Interessen wird einstweilen vor solchen Schwankungen zu bewahren sein, welche das Vertrauen zur Thätigkeit derselben im eigenen Lande erschüttern könnten. Unsere Zollverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn haben sich deshalb für jetzt auf die Wahrung der zwischen uns bestehenden Beziehungen beschränken müssen.

Ein Schreiben des Papstes Leo XIII. an den abgesetzten Erzbischof von Köln vom 24. Februar 1880 schien dem seit 1872 entbrannten kirchlichen Conflict (Culturkampf) seine Spitze abzubrechen. Darin erklärte er, daß er, um das gute Einvernehmen zwischen Curie und Regierung zu beschleunigen, zulassen werde, daß der preußischen Staatsregierung vor der canonischen Institution die Namen der zu ernennenden Priester angezeigt würden. Das preußische Ministerium begrüßte das päpstliche Schreiben als ein Zeichen friedlicher Gesinnung, wenn es auch die förmliche Anordnung der Anzeigepflicht noch vermißte und jener Erklärung nur einen theoretischen Werth beimessen konnte und zunächst abwarten wollte, ob der Erklärung auch praktische Folgen gegeben würden. Das Ministerium beschloß daher am 17. März, sobald diese Folgen an den Tag treten würden, wolle es sich vom Landtag bezüglich der Durchführung der Kirchengesetze discretionäre Vollmachten übertragen lassen, um die von der katholischen Kirche als Härten empfundenen Vorschriften und Anordnungen zu mildern und zu beseitigen. Von diesem Beschluß wurde dem Pronuntius Jacobini durch die deutsche Botschaft in Wien Mittheilung gemacht. Statt der erwarteten praktischen Folgen lief in Berlin die Meldung von Ninas Depesche vom 23. März ein, worauf der Papst die Landtagsvorlage, welche nur ein facultatives Vorgehen bezweckte, mißbilligte und die in seinem Schreiben vom 24. Februar gemachte Concession zurückzog.

Dem Kaiserlichen Botschafter Prinzen Heinrich VII. Reuß, Wien.

Berlin, den 20. April 1880.

Daß in unseren Unterhandlungen Rückschläge, wie der in den Berichten Eurer Durchlaucht vom 15. und 16. d. M. gemeldete, früher oder später eintreten würden, darauf war ich durch die Haltung des Centrums vorbereitet. Wir müssen auch ferner darauf gefaßt sein, daß

man von römischer Seite jedes Mittel der Diplomatie erschöpfen wird, bevor wir zu einem erträglichen modus vivendi gelangen, und wir werden noch mehr Phasen, wie die gegenwärtige, durchzumachen haben, da die römischen Prälaten durch ihre mangelhafte Einsicht in die preußischen Verhältnisse stets verleitet werden, übertriebene Erwartungen zu hegen und ihre Ziele zu hoch stecken. Wenn man geglaubt hat, daß wir nicht bloß abrüsten, sondern unsere Waffen im Wege der Gesetzgebung vernichten wollten, so hat man uns eine große Thorheit zugetraut, wozu ich durch keine meiner Aeußerungen Anlaß gegeben habe. Auf der anderen Seite ist der Pronuntius im Unrecht, wenn er der preußischen Regierung einen Vorwurf daraus machen will, daß der Staatsministerial-Beschluß vom 17. v. M. die Wiener Besprechungen mit Schweigen übergeht und dieses Schweigen so deutet, daß man es nicht der Mühe werth halte, sich über seine und seiner Techniker Erklärungen auszusprechen. Dieser Beschluß nimmt in der That eine sehr wesentliche Modification der Maigesetze in Aussicht, wenn er für die Regierung die Befugniß erstrebt, die Ausführung derselben im Interesse des Friedens zu unterlassen. Bis jetzt ist die Regierung verpflichtet, sie streng durchzuführen; wird sie von dieser Verpflichtung entbunden, so kommt sie in die Lage, die Gesammtheit der betreffenden Gesetze friedlich, freundlich und entgegenkommend handhaben zu können, so bald und so lange eine ähnliche Politik von der Curie beobachtet wird. Sich mit den einzelnen Ergebnissen der Wiener Besprechungen eingehend zu befassen, wird für uns an der Zeit sein, sobald wir die entsprechenden Facultäten von dem Landtage erhalten haben und das Maß ihrer Ausübung erwägen werden. Die Befürchtung Jacobini's, was dann werden solle, wenn etwa die Regierung wechselte, ist eine gegenseitige. Was kann uns nicht bedrohen, wenn

die Regierung im Vatikan wechselt und wieder ein kämpfender Papst wie Pius IX. den Stuhl besteigt? Wir müssen also auf beiden Seiten in der Lage sein, daß ein Schwert das andere in der Scheide hält. Daß wir das unserige zerbrechen sollen, während die Curie ihre Politik friedlich aber feindlich einrichten kann nach dem Willen des jeweiligen Papstes und seiner Rathgeber, ist von uns nicht zu verlangen. Wenn der Pronuntius Klarheit in dem Staatsministerialbeschlusse vermißt, so muß er sich fragen, was denn auf römischer Seite bisher klar ist. Wir haben erhebliche praktische Concessionen, soweit wir das nach der bisherigen Gesetzgebung konnten, seit dem Amtsantritt des Ministers von Puttkamer gemacht; von dem Papste haben wir weiter nichts als eine unbestimmte theoretische Andeutung ohne rechtsverbindliche Verpflichtung, daß er ein unvollkommen definirtes Anzeigesystem werde dulden können, aber wie der Pronuntius sich ausdrückt, es ist uns eine entgegenkommende Action „in Aussicht gestellt“, während eine solche unsererseits bereits erfolgt ist. Diese „Aussicht“ wird uns bis zum Gefühl des Mißtrauens getrübt durch die Haltung der Centrumspartei im preußischen Landtage und im Reichstage, in der wir eine praktische Erläuterung, eine Interpretation der päpstlichen Instructionen erblicken. Was hilft uns die theoretische Parteinahme des römischen Stuhles gegen die Socialisten, wenn die katholische Fraction im Lande, unter lauter Bekennung ihrer Ergebung in den Willen des Papstes, in allen ihren Abstimmungen den Socialisten wie jeder anderen subversiven Tendenz öffentlich Beistand leistet? Unter Betheuerung guter Absichten, welche niemals zur Ausführung gelangen, und unter dem Vorwande, daß man gerade so, wie die Regierung es betreibe, die Socialisten nicht bekämpfen wolle, im Uebrigen aber sie verurtheile, stimmt das Centrum stets mit den Socialisten; und wählte die Regierung andere Wege, so

würden auch gerade diese wieder für das Centrum nicht die annehmbaren sein. Als vor einem Jahre die katholische Partei in der Zollfrage uns ihre Unterstützung lieh, glaubte ich an den Ernst des päpstlichen Entgegenkommens und fand in diesem Glauben die Ermuthigung zu den stattgehabten Unterhandlungen. Seitdem hat die katholische Partei, die sich speciell zum Dienste des Papstes öffentlich bekennt, im Landtage die Regierung auf allen Gebieten, der Eisenbahnfrage, bei dem Schanksteuergesetz, bei dem Feldpolizeigesetz, in der polnischen Frage, angegriffen. Ebenso in der Reichspolitik und gerade in Existenzfragen, wie der Militäretat, das Socialistengesetz und die Steuervorlagen, steht die katholische Partei wie ein Mann geschlossen uns gegenüber und nimmt jede reichsfeindliche Bestrebung unter ihren Schutz. Mag eine solche von den Socialisten, von den Polen oder von der welfischen Fronde ausgehen, das System bleibt constant dasselbe, die Regierung des Kaisers nachdrücklich zu bekämpfen. Wenn man nun sagt, daß diese Fraction irregeleitet werde durch einige Führer, welche vom Kampfe leben und bei dem Frieden fürchten überflüssig zu werden, so ist mir das nicht glaublich angesichts der Thatsache, daß so viel Geistliche, hohe und niedere, unmittelbare Mitglieder dieser regierungsfeindlichen Fraction sind, und daß deren Politik, den Socialisten Beistand zu leisten, von den Mitgliedern des reichsten und vornehmsten Adels unterstützt wird, bei dem kein anderes Motiv denkbar ist, als die Einwirkung der Beichtväter auf Männer und noch mehr auf Frauen. Ein Wort von dem Papst oder von den Bischöfen, auch nur der discretesten Abmahnung, würde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit den Socialisten ein Ende machen. So lange statt dessen die Regierung in den Basen ihrer Existenz durch die römisch-katholische Fraction bekämpft wird, ist eine Nachgiebigkeit für die

erstere ganz unmöglich. Die Regierung kann friedlichen Bestrebungen friedlich entgegenkommen; läßt sie sich aber durch Kampf und Drohungen die Hand zwingen, so hat sie als Regierung abdicirt. Wenn nun dazu kommt, daß auch der Papst, oder wenigstens der Pronuntius Ew. Durchlaucht gegenüber von einer drohenden Sprache Nutzen für die Verhandlungen zu erwarten scheint, so sehe ich daraus mit Bedauern, wie fern man dort jedem hier annehmbaren Gedanken an einen modus vivendi steht. Die Andeutung von definitiven oder sonstigen Beschlüssen, wie Abbruch der Verhandlungen und jede andere Drohung macht uns keinen Eindruck. Die katholische Partei hat in Bezug auf Agitation im Lande ihr Pulver zu früh verschossen; die Wühlereien der Geistlichen und ihre wohlfeilen Blätter haben in den ersten Jahren des Conflicts Alles versucht, was möglich war, um die Regierung des Königs in den Augen seiner Unterthanen herabzusetzen und ihre Thätigkeit zu hemmen; die klerikale Presse hat darin mehr geleistet, als die socialistische und ist in der Wahl der Mittel ebensowenig scrupulös gewesen wie diese. Was auf diesem Wege uns Unangenehmes und Gefährliches bereitet werden konnte, haben wir bereits erduldet und müssen das Fernere erdulden, wenn die Geistlichkeit diese Rolle fortsetzt, welche sie dem Staate und der Bevölkerung mehr und mehr entfremdet. Die Verminderung der Geistlichen, das Verschwinden der Bischöfe, der Verfall der Seelsorge flößen uns die lebhafteste Sympathie mit unseren katholischen Mitbürgern ein, die auf diese Weise von ihren Geistlichen verlassen werden, weil die Priester aus politischen, dem Laien schwer verständlichen Motiven die Seelsorge verweigern. Es ist Sache der Kirche und des Papstes, dies zu verantworten. Zu anderen Zeiten und in anderen Ländern haben wir gesehen, daß die katholische Geistlichkeit unter sehr härteren Bedingungen, ja unter

großen Gefahren und Demüthigungen, dennoch die Gläubigen, die ihrer bedurften, nicht unbefriedigt ließ, sondern das tolerari posse sehr viel weiter trieb, als es nöthig sein würde, um in Preußen Seelsorge zu üben, ohne mit den Maigesetzen in Conflict zu kommen. Wenn die heutige Hierarchie ihr Ziel und ihre Ansprüche sehr viel höher schraubt und lieber den Gläubigen die Wohlthaten der Kirche versagt, als daß sie den weltlichen Gesetzen sich fügt, so werden Kirche und Staat die Folgen tragen müssen, welche Gott und die Geschichte über sie verhängen. Bis jetzt sind wir es, die praktisch entgegengekommen sind; die polizeilichen, die gerichtlichen Verfolgungen sind sistirt, soweit das Gesetz es uns erlaubt; wir haben den Staatsanwälten und der Polizei, soweit wir können, Schweigen und Enthaltung auferlegt und beabsichtigen, Gesetze vorzulegen, die uns das in größerem Maßstabe noch gestatten sollen. Die Kirche aber läßt ihre Anwälte im Reichstag und Landtag und in der Presse den großen und kleinen Krieg in etwas milderen Formen, aber mit derselben sachlichen Entschiedenheit fortsetzen wie früher. In Bezug auf die Gleichheit der Concessionen, das Vorgehen pari passu in denselben, ist unser staatliches non possumus ebenso zwingend wie das kirchliche. Ich habe weder zu Masella noch zu Jacobini jemals eine Silbe gesagt, die dahin hätte gedeutet werden können, daß wir in eine Revision, beziehungsweise Abschaffung der Maigesetze nach Maßgabe der klerikalen Forderungen willigen würden. Eine friedliche Praxis, ein erträglicher modus vivendi auf der Basis beiderseitiger Verträglichkeit ist alles, was mir jemals erreichbar schien. Ich habe die Rückkehr zu der Gesetzgebung von vor 1840 im Princip für annehmbar erklärt, die Rückkehr zu dem von 1840 bis 1870 erwachsenen Zustande aber stets mit großer Bestimmtheit abgelehnt bei den drei oder vier Gelegenheiten, wo die-

selbe von uns verlangt wurde. Diese Ablehnung war nicht ein Mangel von Gefälligkeit, der durch die Wahrnehmung „peinlicher Eindrücke“ beseitigt werden könnte, sondern sie war unabweisbare politische Nothwendigkeit. Wenn die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen für Rom keinen Vortheil bildet, für den ein Preis gezahlt werden würde, so werden wir darauf verzichten, dieselbe nochmals anzubieten und darauf nicht wieder zurückkommen.

An den Herausgeber der Kyffhäuser-Zeitung.

(Der Herausgeber der Kyffhäuser-Zeitung der Deutschen Studenten, Dr. Richard Hamel (Rostock) hatte dem Fürsten Bismarck die beiden ersten (im Verlage von Wilh. Werther, Rostock) erschienenen Nummern überreicht mit einem Schreiben, worin er Deutschlands größten Sohn der Dankbarkeit und Treue der deutschen Jugend versicherte. Sie empfände lebhaft die Schmach, die von den ärgsten Feinden unseres deutschen Volkslebens dem großen Kanzler angethan sei und täglich noch angethan werde, würde aber nach ihrem bisherigen Wahlspruche leben und handeln: Für Kaiser, Kanzler und Reich. Hierauf ging dem Dr. Hamel folgendes Schreiben des Fürsten zu:)

Varzin, 17. September 1881.

Ich danke Ihnen verbindlichst für die Uebersendung der von Ihnen herausgegebenen Blätter und für die freundlichen Zeilen, mit welchen Sie dieselben begleitet haben.

Ich habe mich gefreut, auch in dieser Kundgebung den patriotischen Geist wiederzufinden, dessen Pflege sich die deutsche Jugend unter Ihrem Wahlspruche „für Kaiser und Reich“ angelegen sein läßt, welcher der schönste Aus-

druck unserer gemeinschaftlichen Bestrebungen ist. Dieser Ausdruck wird meines Erachtens durch Hinzufügung des Kanzlers, so schmeichelhaft dieselbe auch für mich ist, abgeschwächt, da der Kanzler nur der Diener des Kaisers und in dessen Namen einbegriffen ist; ich möchte daher empfehlen, den Wahlspruch in seiner alten Einfachheit aufrecht zu erhalten.

Herrn Hugo Oberhummer, Kaufmann, München.

Berlin, den 3. Januar 1882.

Es hat mir zur besonderen Freude gereicht, aus Ihrem Telegramm vom 31. v. M. zu ersehen, daß auch dort Anzeichen einer Wiederbelebung der wirthschaftlichen Thätigkeit wahrnehmbar sind. Die Befestigung dieser Erfolge unserer Zollpolitik und die fortgesetzte öffentliche Discussion derselben werden mit der Zeit dahin führen, die Absichten, welche die verbündeten Regierungen bei ihren wirthschaftlichen Reformen leiten, in das richtige Licht zu stellen. Auf diesem Wege hoffe ich, daß vielleicht langsam, aber sicher die Wahrheit sich durch ihr eigenes Gewicht soweit Bahn brechen wird, daß Verleumdungen und Lügen, wie sie bezüglich der Reformbestrebungen der verbündeten Regierungen bei den Wahlen in vielen Kreisen verbreitet worden sind, künftig keinen Glauben mehr finden werden.

Eurer Wohlgeboren und allen an dem Telegramm vom 31. v. M. betheiligten Herren danke ich verbindlichst.

An Leopold v. Ranke.

Berlin, 13. Februar 1882.

Wenn der heutige Tag einen Anlaß zu Glückwünschen giebt, so sind dieselben nicht so sehr an Ew. Excellenz, als an Ihre Leser und Freunde zu richten, welche den Vorzug gehabt haben, einen berühmten und verehrten Zeitgenossen bis heute nicht allein zu besitzen, sondern fort und fort in jugendlicher Rüstigkeit schaffen zu sehen.

Mir persönlich gereicht es zur besonderen Freude, mit Ew. Excellenz seit vierzig Jahren in freundschaftlichem Verkehr zu stehen, und ich hoffe, daß es uns vergönnt sein möge, unseren größten Geschichtsforscher noch lange unter uns, und in der Vollendung Ihrer Weltgeschichte ein weiteres unvergängliches Monument deutscher Geschichte erstehen zu stehen.

Zu der heute Ew. Excellenz zu Theil gewordenen Allerhöchsten Anerkennung wollen Sie meinen herzlichen Glückwunsch entgegennehmen.

An den Vorsitzenden des Samstag-Abend-Kränzchens in Oberstedten bei Bad Homburg.

Berlin, 13. April 1882.

Die von dem konservativen Verein in Oberstedten an mich gerichtete Adresse habe ich empfangen und freue mich des in derselben ausgesprochenen Einverständnisses mit der Wirthschaftspolitik des Reichs. Mit Ihnen kann ich bei einem Rückblick auf die Entwickelung unserer Gesetzgebung mich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Grundbesitz eine ungünstigere Behandlung erfahren hat, als der bewegliche Besitz. Der

Grundbesitz ist nicht nur prägravirt durch die auf ihm neben der Einkommensteuer lastende Grund- und Häusersteuer, sondern auch durch indirecte, insbesondere durch übertriebene Stempelabgaben.

Hierzu kommt, daß die Preise der landwirthschaftlichen Producte während der letzten 30 Jahre zurückgegangen sind oder doch günstigen Falls sich auf der früheren Höhe erhalten haben, während die Preise aller übrigen Erzeugnisse während eben jenes Zeitraumes auf das Doppelte und Dreifache gestiegen sind. Auf diese Weise hat sich seit 1848 allmälig eine Verschiebung der Gleichheit vor dem Gesetz zum Nachtheil der grundbesitzenden und insbesondere der landwirthschaftlichen Bevölkerung vollzogen. Eine gleiche Verschiebung hat in den letzten 20 Jahren zu Ungunsten der Industrie und der Gewerbe stattgefunden. Auch diesen gegenüber hat sich der vorwiegende Einfluß des materiell unproductiven Theils unserer Mitbürger auf die Gesetzgebung schädlich erwiesen. Die Erkenntniß der angedeuteten Mißstände hat der Regierung die Pflicht nahe gelegt, Abhilfe zu erstreben. Mit Rücksicht darauf, daß die ländliche Bevölkerung 28, die städtische nur 17 Millionen beträgt, und daß das numerische Verhältniß der producirenden und unproductiven Bevölkerung sich für die erstere noch bedeutend günstiger stellt, wenn man denen, die von der Landwirthschaft leben, die Zahl der Industriellen und Gewerbetreibenden zuzählt, glaubte die Regierung hoffen zu dürfen, daß sie bei der Durchführung ihrer Reformpläne die Unterstützung der Mehrheit der Nation finden werde, welche durch den bisherigen Gang der Gesetzgebung benachtheiligt wurde. Bei den letzten Wahlen (1881) hat es sich indeß gezeigt, daß die Erkenntniß der Nützlichkeit dieser Reformen nicht weit genug verbreitet ist, um den politischen Agitationen der Oppositionspar-

teien das Gleichgewicht halten zu können. Nachdem bei den Wahlen ein großer Theil der landwirthschaftlichen wie der industriellen Bevölkerung Mißtrauen gegen die Einsicht und gegen die Aufrichtigkeit der Regierung kundgegeben hat, bleibt der Regierung nichts übrig, als sich ihren guten Willen zu bewahren und abzuwarten, ob sie in Zukunft eine ausreichende Unterstützung seitens der parlamentarischen Körperschaften finden wird.

An den Altenburgischen Bauernverein.

Berlin, April 1882.

Es hat mich gefreut, aus Ihrem Telegramm zu ersehen, daß die Altenburger Bauern und Handwerker ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, um sich von der Vormundschaft unberufener Fürsprecher zu befreien, deren Bedürfnisse, Leiden und Freuden wesentlich andere als die der arbeitenden Productivstände sind.

An den Vorsitzenden des Westfälischen Handwerkervereins, Bäckermeister Scheffer, Münster.

Varzin, 22. Juli 1882.

Euer Wohlgeboren und allen Mitunterzeichnern der Adresse vom 1. d. M. danke ich verbindlichst für die in derselben ausgesprochene Zustimmung. Ich begrüße in Ihrer Ansprache eine neue und erfreuliche Kundgebung des Geistes, welcher den deutschen Handwerkerstand mehr

und mehr zu der Ueberzeugung einigen wird, daß seine Glieder nur mit vereinten Kräften im Stande sein werden, ihre berechtigten Ansprüche im Kampf der Interessen und Parteien zur Geltung zu bringen. Die Botschaft Seiner Majestät des Kaisers vom 17. November v. J. knüpft die Hoffnung einer gedeihlichen Entwickelung der wirthschaftlichen Politik Deutschlands an das Zusammenfassen der realen Kräfte des christlichen Volkslebens in der Form corporativer Genossenschaften. Unter solchen Genossenschaften haben die Innungen der Handwerker einen historischen Ehrenplatz im deutschen Vaterlande, und die Neubelebung derselben liegt im Sinne der kaiserlichen Botschaft. Ich werde an den Bestrebungen zur Verwirklichung der in derselben entwickelten kaiserlichen Politik festhalten, wenn ich auch kaum hoffen darf, daß noch während meiner Amtsführung ein Abschluß dieser Politik erreicht werden wird, da zur Durchführung des kaiserlichen Programms die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist, und ich eine solche bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages und bei den sich kreuzenden Parteibestrebungen nicht erwarten darf. Für mich genügt die Zuversicht, daß die von Sr. Majestät dem Kaiser in Aussicht genommenen Reformen, weil sie auf richtigen Gedanken beruhen, auch ohne mich ihren Zielen im Laufe der Zeit näher kommen werden. In dieser Ueberzeugung sehe ich es als meine Pflicht an, meine Arbeit im Dienste des Kaisers fortzusetzen, so lange meine Kräfte dazu ausreichen, und den Erfolg Gott anheimzustellen.

An den conservativen Provinzialverein Neumünster.

(Ein Telegramm, welches der conservative Provinzialverein für Schleswig-Holstein nach seiner Constituirung von Neumünster aus an den Reichskanzler richtete, beantwortete dieser durch folgendes Schreiben:)

Varzin, 12. September 1882.

Das durch Euer Wohlgeboren mir übermittelte Telegramm des conservativen Provinzialvereins für Schleswig-Holstein habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich freue mich, daß in dieser Mittheilung gerade die Treue zu Sr. Majestät dem Kaiser und Könige und zur kaiserlichen Botschaft in den Vordergrund gestellt wird; denn für die Zukunft des Reiches und der deutschen Staaten ist die Wahrung und Handhabung der monarchischen Regierungsrechte nach Maßgabe der preußischen und deutschen Verfassung wichtiger als die Definitionen der Parteiunterschiede, durch welche die in verschiedenen Fractionen vertheilten Anhänger der Monarchie ihre Trennung documentiren und verschärfen.

An Gebrüder Carl und Adolf Müller, Cassel.

Varzin, 4. October 1882.

Ew. 2c. danke ich verbindlichst für die freundliche Uebersendung Ihres Werkes. Die fesselnde Schilderung und die naturgetreuen Abbildungen haben die Abneigung überwunden, welche mich sonst abhält, deutsche Bücher mit lateinischen Lettern zu lesen, weil ich mit der Zeit, welche Geschäfte und Gesundheit zu meiner Verfügung lassen, haushälterisch umgehen muß. Ich brauche erfahrungsmäßig 80 Minuten, um die Seitenzahl in lateinischer

Schrift zu lesen, die, more vernaculo gedruckt, eine Stunde erfordert. Französisch oder Englisch mit deutschen Lettern gedruckt, oder Deutsch mit griechischen, wird auf jeden Leser, auch den mit allen Alphabeten gleichmäßig vertrauten, die gleiche Schwierigkeit machen. Der gebildete Leser liest nicht Buchstabenzeichen, sondern Wortzeichen. Ein deutsches Wort in lateinischen Buchstaben ist ihm eine ebenso fremde Erscheinung, als Ihnen ein griechisches Wort in deutschen Buchstaben sein würde, und nöthigt zu langsamerem Lesen, gerade so, wie die neuerdings eingeführte willkürliche Entstellung unserer hergebrachten Orthographie. Verzeihen Sie diesen Ausbruch verhaltenen Unbehagens eines einsamen Lesers und sehen Sie in demselben kein Symptom von Undankbarkeit für Ihre freundliche Gabe, bei deren ansprechender Lectüre ich die Nationalität der Typen gern vergesse.



An die Osnabrücker Handelskammer.

(Die Osnabrücker Handelskammer hatte dem Fürsten Bismarck Vorschläge zur Reorganisation der Handelskammer im Sinne gemeinsamer Vertretungen von Handel, Industrie, Kleingewerbe und Landwirthschaft übersandt, darauf ging folgende Antwort ein.)

Berlin, 18. December 1882.

Es ist mir erfreulich gewesen, in Ihren, in dem Bericht vom 10. d. M. enthaltenen Vorschlägen zur Neubildung von Handels- und Gewerbekammern für die gemeinsamen Angelegenheiten des Handels, der Industrie, der Kleingewerbe und der Landwirthschaft in den einzelnen Bezirken des Landes meiner eigenen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer einheitlichen Organisation der

wirthschaftlichen Interessen-Vertretung für sämmtliche Zweige der gewerblichen Thätigkeit Ausdruck gegeben zu sehen. Es liegt in meiner Absicht, nach dieser Richtung hin die Erweiterung der vorhandenen, lediglich eine Vertretung vereinzelter Erwerbsgruppen darstellenden Institutionen auf dem Wege der Gesetzgebung herbeizuführen, und ich habe die hierzu erforderlichen Vorarbeiten bereits eingeleitet. Bis es gelingt, die Angelegenheit auf diesem Wege zum Abschluß zu bringen, werde ich darauf Bedacht nehmen, soweit es nach den Gesetzen thunlich ist, auf dem Verwaltungswege in den Regierungsbezirken Einrichtungen ins Leben zu rufen, welche eine Vereinigung von Vertretern aller Zweige der wirthschaftlichen Thätigkeit zur Wahrnehmung der ihnen gemeinsamen Interessen ermöglichen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
(gez.) v. Bismarck.

An den Bauer Harroß in Oberlind.

Friedrichsruh, 11. März 1884.

Ew. Wohlgeboren freundliche Begrüßung habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Die Ausbreitung der bäuerlichen Kreise in allen Theilen des Reiches bildet eines der wirksamsten Mittel zur Abwehr der Schädigung und Ausbeutung, welcher die productive Arbeit im Vaterlande durch die unproductiven politischen Parteien und deren gegenseitige Bekämpfung ausgesetzt ist. Die wirthschaftliche Wohlfahrt der Nation ist bei dem Kampfe der politischen Parteien um die Herrschaft im Reichstage nicht betheiligt, die Pflege dieser Wohlfahrt der Nation aber die vorwiegende Sorge der verbündeten Regierungen,

welche in Kaiserlichen Botschaften ihren Ausdruck gefunden hat. Die Wohlfahrt der großen Mehrheit der Bevölkerung des Deutschen Reiches hängt aber unmittelbar von dem Gedeihen unserer Landwirthschaft ab; es kommt nur darauf an, diese Gleichheit der Interessen der Majorität des deutschen Volkes zum Bewußtsein und diese Mehrheit bei den Wahlen zum legalen Ausdruck zu bringen, um unsere Gesetzgebung nach den Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes und den Bestrebungen Sr. Majestät des Kaisers einzurichten. In dieser Ueberzeugung begrüße ich mit Freuden die wachsende Ausdehnung des Netzes der bäuerlichen Vereine über das Reich, und jede Aeußerung des Selbstbewußtseins, mit dem sie die Vertretung ihrer Interessen in eigene Hand nehmen.



An Graf Münster, London.

10. Juni 1884.

Nachdem vermehrte Anfragen deutscher Unterthanen, namentlich hanseatischer, ob sie bei ihren afrikanischen Unternehmungen auf den Schutz des Reiches rechnen könnten, zu Anfang des vorigen Jahres an mich herangetreten waren, ist es zunächst mein Bestreben gewesen, zu verhüten, daß wir bei pflichtmäßiger Leistung dieses Schutzes mit bestehenden oder auch nur behaupteten Rechten anderer Nationen in Collision geriethen. Es lag mir daran, dies sicher zu stellen, ohne unnöthiger Weise Befürchtungen über unsere Intentionen oder die Neigung, letzteren zuvorzukommen, hervorzurufen. Ich habe deshalb die erste Anfrage, welche durch die Kaiserliche Botschaft an die englische Regierung gerichtet wurde, in die Form gekleidet: ob England in der Lage sei, deutschen

Ansiedlungen in Südafrika Schutz zu gewähren. Ich war mir dabei bewußt, daß England, ohne neue, bisher noch nicht vorhandene Einrichtungen zu treffen, in dieser Lage nicht sei. Es war mir aber erwünscht, die eigene Erklärung Englands darüber bei den Acten zu haben. Diese fiel, wie Eurer Excellenz bekannt, verneinend aus (Bericht vom 26. Februar 1883). Durch Krankheit verhindert, dieses Geschäft im Auge zu behalten, bin ich erst im Herbst vorigen Jahres durch erneute Mahnungen der betheiligten Deutschen veranlaßt worden, auf der Basis jener ersten von England erhaltenen Auskunft die Sondirungen darüber, ob wir bei Berücksichtigung der bremischen Wünsche auf englischen Widerstand stoßen würden, in der schonenden Form fortzusetzen, daß wir die englische Regierung fragten, ob sie glaube, an den Küstenstrichen zwischen dem Orangefluß und den portugiesischen Besitzungen, mit Ausnahme der Walfischbai, rechtliche Ansprüche zu haben, worauf sich dieselben gründeten und welche Mittel event. in jenen Landstrichen vorhanden wären, um deutschen Ansiedlern Schutz daselbst zu gewähren. Es war uns dabei nicht unbekannt, daß England über solche Mittel auf jenen Küstenstrichen auch gegenwärtig nicht verfügt, sogar nicht einmal in der Walfischbai, wo meines Wissens nur drei Engländer im Auftrage der Regierung vorhanden sind.

Meine Absicht bei diesen Sondirungen war dahin gerichtet, das amtliche Anerkenntniß, daß jene Küstenstriche in europäischem Sinne res nullius seien, von England zu erlangen, ohne daß irgend ein Schatten von Mißtrauen oder Verletzung auf einer der beiden Seiten entstände. Meine Absicht war, Gewißheit und Anerkenntniß von England darüber zu erhalten, daß England bisher keine nachweislichen Rechtsansprüche oder Besitztitel in jenen Küstenstrichen hinter sich habe. Diese von uns

gestellte Frage konnte von England in acht Tagen und ohne Rückfrage am Cap erschöpfend beantwortet werden; es handelt sich nur um eine Erklärung über den dermaligen rechtlich nachweisbaren Besitzstand Englands. Diese einfache Frage ist von England dadurch complicirt worden, daß Lord Granville und insbesondere Lord Derby sie so aufgefaßt haben, als hätten wir gefragt, ob es England vielleicht convenire, jetzt und in Zukunft noch etwas anderes als die Walfischbai auf jenen Küstenstrichen sich anzueignen. Eine Rückfrage bei der Cap-Regierung und ein Abwarten der dortigen Ministerkrise wurde für die britische Regierung nur ein Bedürfniß, wenn sie sich darüber vergewissern wollte, ob England oder dessen Provinz, die Capcolonie, vielleicht noch Lust hätte, sich neue Küstenstriche in jener Gegend anzueignen.

Zur Beantwortung unserer Frage hätte eine einfache Durchsicht der Register der früheren englischen Besitzergreifungen genügt; diese Register aber schließen nördlich vom Orangefluß die ganze Küste, nach Abzug der Walfischbai, aus.

Dies ist der Punkt, auf welchem wir, meinem Gefühl nach, von England nicht auf dem Fuße der Gleichheit behandelt worden sind. Dieses Gefühl wird verstärkt durch die Erklärungen, welche verschiedene englische Staatsmänner in dem Sinne abgegeben haben, daß einmal die Nähe der englischen Besitzungen England ein legitimes Recht gebe, Ansiedlungen anderer Nationen zu hindern, daß also England gegen die Nachbarschaft anderer Nationen die Monroe-Doctrin in Afrika geltend macht, und daß ferner die englische Regierung immer in der Voraussetzung, daß jene Landstriche res nullius seien, zwar der von England abhängigen Capcolonie das Recht der Besitzergreifung dieser herrenlosen Länder einräumt, jeder anderen Nation, und in specie uns, das Recht dazu bestreitet.

Ich habe gestern die gleiche Frage mit Lord Ampthill besprochen und ihm dabei gesagt, daß das Deutsche Reich seinen Angehörigen den Schutz ihrer Unternehmungen und Erwerbungen auch in Afrika nicht versagen könne, daß ich die Unternehmer, welche den Schutz des Reiches in überseeischen Ländern anrufen, auch nicht auf englischen Schutz anweisen könne, da, wo bisher englische Herrschaft nicht Platz gegriffen hat, und wo deutsche Kaufleute, in der Ueberzeugung, unter die Botmäßigkeit keiner anderen europäischen Macht zu treten, sich angesiedelt haben, ihnen nicht zumuthen könne, sich in Betreff ihrer Erwerbungen aus deutschen Unterthanen in englische zu verwandeln.

Meine Ansicht geht nach wie vor dahin, daß ein Colonialsystem nach Analogie des heutigen englischen mit Garnisonen, Gouverneurs und Beamten des Mutterlandes, für uns nicht angezeigt sei, aus Gründen, welche in unseren inneren Einrichtungen und Verhältnissen liegen, daß das Reich aber nicht umhin könne, seinen Schutz, soweit seine Kräfte reichen, auch auf solche Handlungsunternehmungen deutscher Unterthanen zu erstrecken, welche mit Landerwerb verbunden sind. Ich habe mich auf die Analogie der englisch-ostindischen Compagnie in ihren ersten Anfängen berufen. Die darauf von Lord Ampthill an mich gerichtete Frage, ob wir so weit gehen würden, den Betheiligten ein Royal Charter zu bewilligen, habe ich bejaht.

Ew. Excellenz wollen aus dem Vorstehenden die Richtung für Ihre Haltung in Besprechungen mit Lord Granville entnehmen. Unser Verhalten muß darauf gerichtet sein, in Deutschland den Eindruck zu verhüten, als ob wir dem in der That aufrichtig vorhandenen Wunsche des guten Einvernehmens mit England vitale Interessen Deutschlands opfern können.

An den französischen Botschafter in Berlin, Baron de Courcel.

Berlin, den 13. September 1884.

Nachdem ich Seiner Majestät dem Kaiser und König über unsere Unterredung in Varzin Bericht erstattet, fasse ich deren Inhalt in dieser Note zusammen, welche ich Eure Excellenz bitte, der Regierung der Republik mittheilen zu wollen.

Nachdem die jüngst erfolgten Besitzergreifungen an der Westküste von Afrika uns daselbst in nachbarliche Beziehungen zu den französischen Colonien und Niederlassungen gebracht haben, wünschen wir im Einvernehmen mit der französischen Regierung das Verhältniß zu regeln, welches sich aus den durch deutsche Commissare vorgenommenen Besitzergreifungen ergiebt. Sollten sich unter den letzteren solche befinden, die nicht mit den Rechten und der Politik Frankreichs in Einklang zu bringen wären, so haben wir nicht die Absicht, sie aufrecht zu erhalten. Die Ausdehnung unserer colonialen Besitzungen ist nicht Gegenstand unserer Politik; wir haben nur im Auge, dem deutschen Handel den Eingang nach Afrika an Punkten zu sichern, welche bis jetzt von der Herrschaft anderer europäischer Mächte unabhängig sind. Die amtlichen Berichte des Herrn Nachtigal und der französischen Colonialbehörden werden bald diejenigen Punkte aufklären, hinsichtlich deren der Mangel genauer Informationen über die jüngsten Veränderungen der Sachlage zu einer außerhalb unserer Absichten liegenden Concurrenz den Anlaß hat geben können.

Inzwischen bitte ich Eure Excellenz, bei der französischen Regierung der Befriedigung Ausdruck geben zu wollen, mit der wir das Einvernehmen der beiden Regierungen über die wichtigsten Grundsätze constatiren, welche

im beiderseitigen Interesse auf den afrikanischen Handel anzuwenden und bei den anderen interessirten Nationen zu befürworten sein möchten.

Ebenso wie Frankreich wird die deutsche Regierung eine wohlwollende Haltung bezüglich der belgischen Unternehmungen am Congo in Folge des Wunsches der beiden Regierungen beobachten, ihren Angehörigen die Handelsfreiheit in dem ganzen Gebiete des zukünftigen Congostaates sowie in den Stellungen zu sichern, welche Frankreich an diesem Strome einnimmt und dem liberalen System, welches man von dem zu gründenden Staate erwartet, zu unterwerfen beabsichtigt. Diese Vortheile würden den deutschen Angehörigen für den Fall verbleiben und ihnen gewährleistet werden, daß Frankreich in die Lage kommen sollte, das ihm seitens des Königs der Belgier eingeräumte Vorzugsrecht im Falle einer Veräußerung der durch die Congogesellschaft gemachten Erwerbungen auszuüben.

Der Meinungsaustausch, welchen ich mit Eurer Excellenz zu pflegen die Ehre hatte, beweist, daß die beiden Regierungen in gleichem Maße wünschen, für die Schifffahrt auf dem Congo und dem Niger die Grundsätze zur Anwendung zu bringen, welche der Wiener Congreß angenommen hatte, um die Freiheit der Schifffahrt auf einigen internationalen Flüssen zu sichern, und welche später auf die Donau angewandt worden sind.

Um die naturgemäße Entwicklung des europäischen Handels in Afrika zu sichern, würde es zugleich nützlich sein, sich über die Formalitäten zu verständigen, deren Beobachtung erforderlich wäre, damit neue Besitzergreifungen an den Küsten Afrikas als effective betrachtet werden.

Ich bitte Eure Excellenz, der Regierung der Republik vorschlagen zu wollen, daß die Identität unserer Ansichten über diese Punkte durch einen Notenaustausch festgestellt und eine Einladung an die anderen bei dem afrikanischen

Handel interessirten Cabinette, sich auf einer zu diesem Ende einzuberufenden Conferenz über die zwischen den beiden Mächten getroffenen Abreden zu äußern, gerichtet werde.

An denselben.

Friedrichsruh, den 30. September 1884.

Herr Botschafter!

Euer Excellenz gefällige Note vom 29. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und constatire mit Genugthuung die Uebereinstimmung der Ansichten zwischen unseren Regierungen über die verschiedenen in meiner Note vom 13. d. M. entwickelten Punkte. Nachdem auch die Regierung der französischen Republik dem Gedanken, eine Conferenz von Vertretern der an dem Handel mit Afrika interessirten Cabinette nach Berlin einzuberufen, beigetreten ist, so erscheint es zweckmäßig, unverzüglich die Einladung an die letzteren ergehen zu lassen, damit die Eröffnung der Conferenz im Laufe des Monats October erfolgen kann. Als die zunächst am Handel mit Afrika interessirten Mächte erlaube ich mir Großbritannien, die Niederlande, Belgien, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten von Amerika zu bezeichnen. Sollte die Regierung der Republik es für angezeigt halten, die Einladung auch an andere Seemächte zu richten, deren Mitwirkung ihr wünschenswerth erschiene, so erkläre ich mich Namens des Deutschen Reichs im Voraus hiermit einverstanden. Um den Beschlüssen der Conferenz die allgemeine Zustimmung zu sichern, würde es sich vielleicht empfehlen, später alle Großmächte und die skandinavischen Staaten zur Theilnahme an den Berathungen einzuladen;

zum Zweck der Beschleunigung des Zusammentritts der Conferenz wird es indeß zweckmäßig sein, für den Augenblick die Einladung auf die zumeist betheiligten Mächte zu beschränken.

Ich würde Ihnen zu Dank verpflichtet sein, Herr Botschafter, wenn Sie Vorstehendes zur Kenntniß Ihrer Regierung bringen wollten, deren Antwort ich abwarten werde, um unverzüglich zur Einladung der Mächte zu schreiten.

An den evangelischen Arbeiterverein zu Herne.

Berlin, 4. November 1884.

Ihre freundliche Begrüßung und die Motive derselben sind mir ein erfreuliches Zeichen von dem Erfolge der Einwirkung unseres Kaisers und Königs auf die Versöhnung der verschiedenen Interessen, deren Widerstreit unsere wirthschaftliche und politische Entwickelung hemmt. Unsere vaterländische Geschichte liefert den Beweis, daß unsere Könige an dieser Aufgabe seit mehr als hundert Jahren erfolgreich arbeiten, indem sie, gegenüber dem System der Interessen des Staates das System der Pflichten verfochten haben. Ich hoffe, daß sich in immer weiteren Kreisen unserer Bevölkerung die Erkenntniß Bahn brechen wird, daß auch die von den Regierungen in Angriff genommene Socialreform, welche den Arbeiter gegen Wechselfälle des Schicksals zu sichern sucht, von diesem Geiste der Versöhnung und Ausgleichung der Klassen-Interessen geleitet wird. So weit meine Kräfte reichen, werde ich nicht ablassen, an der Durchführung dieser Reform mitzuarbeiten.

An die Fischereicompagnie Neuharlingersiel.

Berlin, 20. November 1884.

Der Fischercompagnie danke ich verbindlichst für die Sendung vom 15. d. M. Der Geschmack des mir unbekannten Fisches erinnert an die Goldbutte, nur ist er saftiger und nie habe ich die Goldbutte von der Größe gesehen. Es würde mich lebhaft interessiren, zu erfahren, unter welchem Namen der Fisch dort gefangen wird und welche Bezeichnung ihm die Wissenschaft giebt. Indem ich meinen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit wiederhole, spreche ich meine Freude aus über das Gedeihen des Gewerbes der Uebersender und hoffe, nicht nur im Interesse der vaterländischen Fischerei, sondern auch in dem unserer Marine, daß dasselbe stets weiteren Aufschwung nehmen möge.

An das Lehrercollegium des Berliner Gymnasiums zum Grauen Kloster.

Berlin, 25. December 1884.

Euer Hochwohlgeboren und Ihrer Herren Collegen Schreiben vom 18. d. M. habe ich erhalten. Wenn ich ungeachtet der Unmöglichkeit, die mir zugegangenen wohlwollenden und ehrenvollen Kundgebungen einzeln zu beantworten, dennoch das Bedürfniß empfinde, der Ihrigen gegenüber eine Ausnahme zu machen, so werde ich dabei von der Erinnerung geleitet, welche mich mit dem Gymnasium zum Grauen Kloster verbindet, aus einer Zeit, die mit Ostern 1832 abschloß und während welcher der Vater meines ebenfalls schon zu den Vätern versammelten Commilitonen, Ernst Köpke, Director, und der ältere Professor,

Bellermann, Ordinarius von Prima war. An das Gefühl meiner Dankbarkeit für die den Herren Unterzeichnern Ihres Schreibens vorangegangenen Lehrer-Generation knüpfe ich heute gern den Ausdruck meines Dankes für die sympathische Begrüßung, mit der die Nachfolger meiner Lehrer mich beehrt haben.

An die Lehrer des Stuttgarter Polytechnikums.

Berlin, 7. Februar 1885.

Die Adresse, mit welcher Euer Hochwohlgeboren und Ihre Herren Collegen mich beehrt haben, gereicht mir zu besonderer Freude. Von der Unterstützung unserer Wirthschaftspolitik seitens der technischen Hochschule verspreche ich mir besonderen Erfolg, weil ich weiß, wie bestimmend der Einfluß derselben auf die Anschauungen und Bestrebungen der industriellen Kreise ist. Euer Hochwohlgeboren bitte ich ergebenst, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes Ihren Herren Collegen übermitteln zu wollen.

Dankschreiben für die Glückwünsche zum siebzigsten Geburtstage.

Berlin, 3. April 1885.

Anläßlich meines siebzigsten Geburtstages und bevorstehenden fünfzigjährigen Amtsjubiläums gingen mir so zahlreiche Kundgebungen des Wohlwollens in Gestalt von Glückwünschen und Festgaben zu, daß es mir leider nicht möglich ist, einzeln darauf zu erwidern. Ich bitte Alle, welche am 1. April meiner freundlich gedacht haben,

meinen herzlichen Dank entgegenzunehmen und versichert zu sein, daß der freudige und tiefe Eindruck so vieler reichen Beweise der Liebe meiner Mitbürger in meinem Leben nicht erlöschen wird.

An Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha.

(Von Nizza aus hatte Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha dem Reichskanzler zu dessen 70. Geburtstag folgendes Glückwunschschreiben gesendet.)

Durchlauchtigster Fürst!

Es ist mir ein Bedürfniß, den Glückwünschen, die Minister von Seebach in meinem Namen Ihnen überbringt, auch noch ein eigenes Wort warmer Verehrung und dankbarer Huldigung hinzuzufügen.

Von Jugend auf hat kein höheres Ideal mich beseelt, als die Einheit und Macht und Größe unseres Vaterlandes. Darum sei mir vergönnt, an dem Jubeltage, den Millionen begeistert feiern, auch meinerseits Ew. Durchlaucht von ganzem Herzen Dank zu sagen. Ihre Weisheit hat, unter dem Schirm unseres kaiserlichen Herrn, weit über alles Hoffen hinaus meinem Leben, wie dem aller Deutschen, den tief und heiß ersehnten Inhalt gegeben! Erhalte Gott Sie noch lange für Kaiser und Reich. Ew. Durchlaucht treu ergebener Ernst.

Darauf richtete der Reichskanzler folgendes Dankschreiben an den Herzog:

Berlin, 4. April 1885.

Durchlauchtigster Herzog, Gnädigster Herr!

Euer Hoheit danke ich unterthänigst für den gnädigen Glückwunsch zum 1. April und für die huldreichen Worte der Anerkennung, mit denen Höchstdieselben ihn

begleitet haben, und deren Werth für mich dadurch erhöht wird, daß ihr durchlauchtigster Urheber selbst der nationalen Sache Deutschlands von ihren ersten Anfängen an zur Seite gestanden hat.

In tiefster Ehrerbietung verharre ich Eurer Hoheit unterthänigster Diener

v. Bismarck.

An den Verein der Christlich-Socialen in Bochum.

(Der Verein der Christlich-Socialen zu Bochum hatte gelegentlich seines Stiftungsfestes an den Reichskanzler ein Begrüßungstelegramm gerichtet, in welchem zugleich Wünsche in Bezug auf volle gesetzliche Statuirung der Sonntagsruhe ausgesprochen waren. Die Antwort des Fürsten Bismarck lautete:)

Kissingen, 16. Juni 1885.

Ew. Wohlgeboren danke ich verbindlich für Ihr Telegramm von vorgestern, die Herren Absender können nicht lebhafter wie ich selbst wünschen, daß die Sonntagsruhe jedem Arbeiter zu Theil werde, der sie dem Lohnerwerb vorzieht. Bevor ich aber bei den gesetzgebenden Körpern den Antrag stelle, das Arbeiten an Sonntagen bei Strafe zu verbieten und den Arbeiter auch gegen seinen Willen zum Verzicht auf Sonntagslohn zu zwingen, glaube ich die Auffassungen der Betheiligten und die muthmaßlichen Folgen eines derartigen Eingriffes genauer, als bisher geschehen ist, ermitteln zu sollen. Zu diesem Behufe habe ich bei den verbündeten Regierungen die erforderlichen Anträge gestellt, und zunächst um Ermittelung derjenigen Betriebe gebeten, in welchen gegenwärtig Sonntagsarbeit statt-

findet, und um Entgegennahme der Ansichten der betheiligten Arbeiter und Unternehmer.

❦

(In dem Streite mit Spanien wegen der Souveränetät über die Inselgruppe der Karolinen hatte Fürst Bismarck den Papst als Schiedsrichter vorgeschlagen. Spanien ging darauf ein, verlangte aber, daß der Papst nicht als Schiedsrichter, sondern nur als Vermittler angenommen werde. Am 17. December 1885 wurde im Vatikan das auf Grund der Vermittelungsakte des Papstes vereinbarte Protokoll, das sich für Spanien entschied, von dem preußischen und spanischen Gesandten, Herrn von Schlözer und Marquis von Molins unterzeichnet. Leo XIII. verlieh dem Fürsten Bismarck den Christusorden in Brillanten, welchen noch kein Protestant erhalten hatte, und fügte das folgende Begleitschreiben bei:)

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto v. Bismarck, dem Großkanzler des Deutschen Reichs, Gruß.

Nachdem man über die von Uns in Bezug auf die Karolinen-Angelegenheit vorgeschlagenen Bestimmungen glücklicherweise zu einem Einverständniß gelangt war, haben Wir die Befriedigung, welche Wir in Folge dessen empfanden, dem Durchlauchtigsten Kaiser von Deutschland aussprechen lassen.

Dieselben Gefühle möchten Wir aber auch Dir, erhabener Fürst, kundgeben, weil es Deiner Weisheit und Deiner Anregung zuzuschreiben ist, daß Uns jener Streitfall zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Wir wollen ferner der Wahrheit gemäß offen erklären, daß, wenn es im Laufe der Verhandlungen darauf ankam, verschiedene Schwierigkeiten zu beseitigen, dies zum großen Theile dem Eifer und der Beharrlichkeit zu-

zuschreiben ist, mit der Du von Anfang bis zum Ende Unseren Bemühungen entgegenzukommen gesucht hast.

Wir bezeugen Dir deshalb Unsere Anerkennung dafür, daß besonders auf Deinen Rath Uns die erwünschte Gelegenheit geboten worden ist, im Interesse des Friedens ein so ehrenvolles Amt zu übernehmen; in der Geschichte der Thaten des Apostolischen Stuhls ist dasselbe zwar nicht neu, seit langem ist dieser aber nicht mehr um die Uebernahme eines solchen Amtes angegangen worden, und doch giebt es wohl nichts, was so sehr dem Geiste und der Natur des römischen Pontificats entspräche. Du bist dabei in Unabhängigkeit Deinem Urtheil gefolgt, hast die ganze Angelegenheit mehr nach ihrem eigentlichen Wesen, als nach den Anschauungen anderer und nach dem herkömmlichen Brauche erwogen, und hast kein Bedenken getragen, Dich Unserem Gerechtigkeitsgefühle anzuvertrauen. Wir glauben, daß Du in dieser Hinsicht sowohl die offene als auch stillschweigende Billigung vorurtheilsfreier Männer für Dich hast; und vornehmlich freuen sich darüber die Katholiken der ganzen Welt, welche die ihrem Vater und Hirten erwiesene Ehre besonders befriedigen mußte.

Deiner Staatskunst ist es vor allem gelungen, das Deutsche Reich zu derjenigen Größe zu erheben, welche heute Jedermann anerkennt und einräumt. Jetzt richtest Du, was natürlich ist, Dein Augenmerk darauf, daß das Reich Bestand habe, daß es täglich mehr zur Blüthe gelange, daß es durch Macht und reiche Hülfsmittel für die Dauer gefestigt werde. Es entgeht aber Deiner Weisheit nicht, welch kräftiger Beitrag zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und des ganzen Staatswesens auf derjenigen Gewalt beruht, welche sich in Unseren Händen befindet, sobald dieselbe, aller Hindernisse entledigt, in voller Freiheit wirken kann. Möge es Uns also gestattet

sein, im Geiste die Zukunft ins Auge zu fassen, und das, was nun vollbracht ist, als einen günstigen Vorboten für das Kommende zu betrachten.

Damit Du von Uns selbst ein Erinnerungszeichen an diesen Vorgang und einen Beweis Unserer Gesinnung empfangest, ernennen Wir Dich hierdurch zum Ritter des Christus-Ordens, dessen Insignien Wir befohlen haben, Dir zugleich mit diesem Schreiben zu übersenden.

Schließlich erbitten Wir von Herzen alles Glück für Dich.

Gegeben zu St. Peter am 31. December 1885 im achten Jahre Unseres Pontificats.

(gez.) Papst Leo XIII.

Antwort des Fürsten Bismarck.

Berlin, 13. Januar 1886.

Sire!

Das huldvolle Schreiben, mit dem Eure Heiligkeit mich beehrt haben, und der hohe Orden, der es begleitete, haben mir große Freude bereitet, und bitte ich Eure Heiligkeit, den Ausdruck meiner tiefen Dankbarkeit annehmen zu wollen.

Jedes Beifallszeichen, das sich an ein Friedenswerk knüpft, an dem ich mitwirken konnte, ist für mich um so werthvoller wegen der Genugthuung, die es Sr. Majestät dem Kaiser, meinem hohen Herrn, gewährt.

Eure Heiligkeit sagen in Ihrem Brief, daß nichts mehr dem Geiste und der Natur des römischen Pontificats entspricht, als die Ausübung von Friedenswerken.

Dieser selbe Gedanke hat mich geleitet, Eure Heiligkeit zu bitten, das hohe Amt eines Schiedsrichters in dem

Streit Deutschlands und Spaniens anzunehmen, und der spanischen Regierung vorzuschlagen, unser beiderseits an das Urtheil Eurer Heiligkeit zu appelliren.

Das Bedenken, daß die beiden Nationen sich nicht in analoger Lage befinden in Rücksicht auf die Kirche, die in Eurer Heiligkeit ihr Oberhaupt verehrt, hat niemals mein festes Vertrauen in den weitblickenden Standpunkt Eurer Heiligkeit erschüttert, der mir die gerechte Unparteilichkeit Ihrer Entscheidung gewährleistete.

Die Beziehungen Deutschlands zu Spanien sind derart, daß der Frieden zwischen diesen Ländern nicht bedroht ist durch eine dauernde Divergenz ihrer Interessen, noch durch Streitigkeiten, die aus ihrer Vergangenheit resultiren, noch durch Eifersucht auf Grund der geographischen Lage. Ihre gewohnten guten Beziehungen können nur durch Zufälligkeiten oder Mißverhältnisse gestört werden.

Es ist deshalb Grund, zu hoffen, daß die Friedensstiftung Eurer Heiligkeit dauernde Wirkung haben werde. Zu diesen rechne ich in erster Linie die dankbare Erinnerung, welche beide Parteien gegen den erhabenen Vermittler bewahren werden.

Was mich betrifft, so werde ich immer und mit Eifer jede Gelegenheit, die mir die Erfüllung der mir obliegenden Pflichten gegen meinen Kaiser und Herrn und gegen mein Vaterland bietet, ergreifen, um Eurer Heiligkeit meinen lebhaften Dank und meine tiefe Ergebenheit zu beweisen.

Ich verbleibe mit der tiefsten Hochachtung, Sire, Eurer Heiligkeit ganz gehorsamster Diener

v. Bismarck.

An Pfarrer von Ranke.

Friedrichsruh, 27. Mai 1886.

Euer Hochehrwürden und Ihren Herrn Bruder bitte ich, den herzlichen Ausdruck meiner aufrichtigen Theilnahme an dem schweren Verluste entgegen zu nehmen, welcher Sie und mit Ihnen das ganze Vaterland betroffen hat. Ich bin mit Ihrem Herrn Vater aufs Innigste verbunden gewesen durch die Uebereinstimmung der politischen Gesinnungen und durch mehr als vierzigjährige, von stets gleichem Wohlwollen für mich und gleicher Liebenswürdigkeit des Verewigten getragene persönliche Beziehungen. Ich empfinde daher besonders schmerzlich die Lücke, welche sein Ausscheiden nicht nur in meinem politischen, sondern auch in meinem engeren persönlichen Gesichtskreise hinterläßt. Durch meine Abwesenheit an unmittelbarer Bethätigung meiner Theilnahme verhindert, bitte ich Sie, inmitten der Kundgebungen der Trauer, mit denen die ganze gebildete Welt Ihnen in diesen Tagen nahe tritt, den Ausdruck der dankbaren Erinnerung freundlich entgegen zu nehmen, welche für mich, so lange ich lebe, mit dem Andenken an Ihren Herrn Vater verbunden ist.

An den Bürgermeister Herrn Blüthgen, Hochwohlgeboren, Schöneberck.

Kissingen, 25. Juli 1886.

Den mir übersandten Ehrenbürgerbrief habe ich empfangen und bitte Sie, den städtischen Behörden meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Die Urkunde hat mich nicht nur durch ihren Inhalt erfreut, sondern auch

durch den Kunstwerth ihrer Ausstattung. Die auf ihr dargestellten Bilder rufen in mir die Erinnerung an die heimischen Elbufer wach, an denen ich geboren bin und noch wohne. Es wäre mir sehr erfreulich gewesen, Ihnen und der beabsichtigten Deputation meinen Dank mündlich aussprechen zu können. Meine Gesundheit verbietet mir aber leider, Präcedenzfälle zu schaffen, welche mir Verpflichtungen auferlegen würden, deren Erfüllung meine Kräfte übersteigt. Ich habe mir deshalb die Freude versagen müssen, die Vertreter der städtischen Behörden persönlich zu begrüßen.

An Crispi, Rom.

6. März 1888.

Das gestrige Votum der italienischen Kammer in Betreff der Wiederherstellung der Gesundheit Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen und die bei dieser Gelegenheit gesprochenen Worte Ew. Excellenz werden überall in Deutschland einen tiefen, sympathischen Eindruck hervorrufen. Diese edle Kundgebung, die in unseren gegenwärtig von schmerzlichen Besorgnissen erfüllten Herzen ein Echo findet, beweist zugleich, daß die Freundschaft beider Länder, wenn sie auch aus der Gemeinsamkeit der Interessen der Regierungen hervorgeht, doch auf der festen und dauerhaften Grundlage der Sympathie und der gegenseitigen Gesinnung beider Nationen beruht, die in demselben großen Gedanken der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens sich geeinigt haben. An Sie, den illustren Vertreter der befreundeten Richtung, richte ich den lebhaften Dank, indem ich Gott bitte, die von der Kammer ausgesprochenen Wünsche zu erhören.

An Graf Solms, Botschafter in Rom.

6. März 1888.

Graf Launay hatte die Güte, mir ein Telegramm des Ministerpräsidenten Crispi mitzutheilen, das sich mit meinen direct an Crispi gerichteten Danksagungen für die hervorragende Kundgebung der italienischen Kammer kreuzte. Haben Sie die Güte, mündlich dem Ministerpräsidenten Crispi den Ausdruck der Dankbarkeit zu wiederholen, welche Se. Majestät der Kaiser und ganz Deutschland für dieses großartige Zeugniß der internationalen Sympathie und der gegenseitigen freundschaftlichen Gesinnungen der beiden Völker empfinden.



An Heinrich von Sybel.

Berlin, 28. April 1888.

(Unter den Gratulanten zum 50jährigen Doktorjubiläum des greisen Historikers Heinrich von Sybel fehlte auch der Reichskanzler nicht. Leider traf Fürst Bismarck den Jubilar nicht zu Hause; derselbe befand sich in der Wohnung seines Sohnes, um dort im engeren Familienkreise zu speisen. Der Kanzler ließ sich die Wohnung und namentlich das Studirzimmer des Herrn von Sybel zeigen und schrieb dann auf einen Bogen Papier folgende Worte auf:)

Sie nicht zu Hause treffend, bitte ich meinen herzlichen Glückwunsch in diesen Zeilen freundlich entgegenzunehmen, zugleich mit meinem Danke für Ihre langjährige Mitarbeit an dem gemeinsamen vaterländischen Werk.

v. Bismarck, Dr.

An das Komitee für die Emin Pascha-Expedition, zu Händen des Herrn Wißmann, Berlin.

Friedrichsruh, den 15. August 1888.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die in dem gefälligen Schreiben vom 20. enthaltenen interessanten Mittheilungen über die beabsichtigte Ausrüstung einer deutschen Expedition zum Entsatz von Emin Bei und wünsche, daß es den patriotischen Bemühungen des Komitees gelingen möge, dieses schwierige Unternehmen durchzuführen.

Eine Beihülfe aus Reichsmitteln für die geplante Expedition vermag ich zu meinem Bedauern nicht in Aussicht zu stellen, da über die Mittel, welche im laufenden Etatsjahre zur Förderung afrikanischer Unternehmungen überhaupt verwendet werden können, bereits im Interesse der Erschließung unserer Schutzgebiete verfügt worden, und die Verwendung oder Beantragung der Bewilligung von Reichsmitteln für einen hochherzigen, aber unseren Colonialinteressen fremden Zweck dem Reichstage gegenüber sich mit Erfolg nicht wird vertreten lassen. Die Kundgebung der Geneigtheit für derartige Verwendung von Reichsmitteln wird vielmehr die Wirkung haben, die Bereitwilligkeit zu Bewilligungen für Colonialzwecke abzuschwächen.

An den Grafen v. Hatzfeld, Botschafter in London.

Friedrichsruh, 21. October 1888.

Die von den Sclavenhändlern unterstützte Bewegung des mohamedanischen Araberthums, wie sie zuerst in dem Mahdiaufstande im egyptischen Sudan zum Ausdruck kam, hat seitdem an Ausdehnung gewonnen, und

auch an anderen Punkten des afrikanischen Continents zu einem Zusammenstoß mit europäischen Unternehmungen geführt. Der Ueberfall einer italienischen Expedition durch den Emir von Harar im Jahre 1886, die Bedrohung der Stationen an der Ostgrenze des Congostaates durch die Araber, das Verhalten Tippo-Tips gegenüber dem Zuge Stanleys und seiner Begleiter, die Angriffe auf die englischen Missionsstationen in Uganda und auf die Handelsniederlassungen am Njassa-See, die Unruhen an den unter deutscher und englischer Verwaltung stehenden Küstengebieten des Sultanats von Sansibar — alle diese Ereignisse machen den Eindruck, daß sie unter sich in einem Zusammenhange stehen, welcher Zeugniß giebt von einer langsam fortschreitenden, aber tief gehenden Bewegung innerhalb der mohamedanischen Bevölkerung, in der Richtung einer Reaction gegen christliche und civilisatorische Bestrebungen, namentlich auf dem Gebiete des Sclavenhandels. Alle an der Förderung christlicher Gesittung betheiligten Nationen haben ein gleiches Interesse daran, den Gefahren einer solchen Bewegung entgegenzutreten. Die steigende Bedeutung und Ausbreitung, welche während der letzten Jahre die mohamedanische Agitation in Afrika gewonnen hat, steht im Zusammenhange mit der steigenden Waffen- und Pulverausfuhr von Europa nach dem äquatorialen Afrika.

Die reichliche Ausrüstung mit Waffen und Munition erleichtert mehr und mehr die Raubzüge der Sclavenhändler und die Versuche der Araber, die europäischen Gegner des Sclavenhandels mit Gewalt von weiterem Vordringen abzuhalten und aus ihren bisherigen Positionen zu vertreiben.

Es erscheint daher als gemeinsame Pflicht der an einer friedlichen Erschließung Afrikas arbeitenden Nationen Europas, einerseits den Waffenhandel und andererseits

die Sclavenausfuhr in jenen Gegenden mit größerem Nachdruck zu hindern, als dies bisher geschehen ist. Ein solches Ziel scheint nur erreichbar durch eine Blokade der ganzen ostafrikanischen Küste, welche stark und streng genug ist, die Ausfuhr von Sclaven und die Einfuhr von Waffen und Munition wirksamer als bisher zu verhindern. Falls die königlich großbritannische Regierung einem derartigen Vorgehen zustimmt, sind wir bereit, mit allen anderen betheiligten Mächten behufs Erlangung ihres Einverständnisses in Verhandlung zu treten. Insbesondere würde ich es für angezeigt halten, die Zustimmung Frankreichs dahin zu gewinnen, daß die Dhaus arabischer Sclavenhändler sich für den Betrieb ihres Gewerbes der französischen Flagge nicht mehr bedienen dürfen.

Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, zu diesem Zweck nach Maßgabe der vorstehenden Bemerkungen mit Lord Salisbury Rücksprache zu nehmen und dessen Antwort mitzutheilen.

An denselben.

Friedrichsruh, den 22. October 1888.

Es ist zu wünschen, daß unsere Abmachung mit England über die Bekämpfung der Sclavenausfuhr und Waffeneinfuhr in Afrika die Gestalt eines internationalen Abkommens annehme. Ein solches würde einmal der fortschreitenden Ausdehnung der mohamedanischen und sclavenhändlerischen Bewegung durch den moralischen Eindruck des Einverständnisses der beiden dort bisher einwirkenden europäischen Mächte Schranken setzen, dann aber auch die Mitwirkung der übrigen europäischen betheiligten Staaten mit mehr Wahrscheinlichkeit herbeiführen. Ich möchte daher einen Notenaustausch zwischen uns und England

vorschlagen mit der Tragweite, daß wir uns verpflichten, unter Voraussetzung der gleichen Betheiligung Englands zu demselben Zweck, die auf dem Continent von Afrika in den letzten Jahren entstandene antichristliche und anti-civilisatorische Bewegung, welche besonders von arabischen Sclavenhändlern gefördert wird, zu bekämpfen, und als das wirksamste Mittel zu diesem Zweck die Verhinderung der Ausfuhr von Sclaven und der Einfuhr von Waffen und Munition anzuerkennen, indem nur der Besitz von Waffen und Munition überlegener Art die arabische und mohamedanische Minorität im Innern des Landes in den Stand setzt, die zur Gewinnung von Sclavenmaterial zur Ausfuhr nöthigen Sclavenjagden und Kriege zu unter-nehmen und die Ueberlegenheit der eigenen Rasse im Innern Afrikas zu unterhalten.

Der Sclavenhandel und die Initiative, welche gerade England zur Verhinderung desselben ergriffen hat, sind die Ursache und der Anstoß gewesen, welche eine Einigung aller bei diesem Gewerbe interessirten Elemente herbeige-führt und ermöglicht haben, den mohamedanischen Fana-tismus im Interesse der mehr als tausendjährigen Ge-wohnheit des afrikanischen Sclavenhandels ins Leben und in den Kampf zu rufen. Die Wirkungen dieser Bewe-gung lassen sich im Großen sowie im Kleinen in der Stellung des Mahdi, in der Stellung von Tippo-Tip und in den sich mehrenden Ermordungen der Europäer im Innern Afrikas erkennen. Das Christenthum und die europäische Civilisation mit bewaffneter Hand auf das Innere Afrikas zu übertragen, hindern die Ausdehnung des Landes und sein Klima. Die Natur der eingeborenen Bevölkerung würde empfänglich für die europäischen Be-strebungen sein, wenn sie nicht durch die Waffengewalt, die höhere Intelligenz und das Zusammenhalten der ara-bischen Mohamedaner unterdrückt würde. Wir können

den letzteren nur beikommen, wenn wir die Quelle ihrer Ueberlegenheit, die bessere Bewaffnung und die Realisirung ihrer Gewinne durch Unterdrückung der Waffeneinfuhr und der Sclaveneinfuhr hindern.

Ich betrachte es deshalb als eine Aufgabe, von welcher sich keine der christlichen civilisirten Nationen zurückhalten sollte, die Zufuhr von Waffen und Munition nach dem Innern Afrikas und die Ausfuhr von Sclaven nach Möglichkeit zu unterdrücken. Diese Aufgabe stellt sich in erster Linie den beiden im Sultanat von Sansibar vorzugsweise betheiligten Nationen von Deutschland und England; aber zu ihrer vollständigen Lösung wird es sich empfehlen, die demnächstige Mitwirkung der mit ihren Colonien benachbarten portugiesischen Regierung und die Seiner Majestät des Königs von Belgien für den Congostaat zu gewinnen. Ebenso wird es sich empfehlen, die französische Regierung in freundlicher Weise um ihre Mitwirkung zu ersuchen, damit sowohl die Waffeneinfuhr in das Congogebiet, als namentlich der Mißbrauch der französischen Flagge durch arabische Schiffe im Osten Afrikas verhütet werden.

Eure Excellenz wollen an Lord Salisbury das Ersuchen stellen, sein Einverständniß mit diesen Auffassungen durch eine Mittheilung an Sir Edward Malet zu bestätigen, um die englische Marine zur Herstellung der gemeinsamen Blokade an der Küste von Sansibar zu veranlassen und in gleicher Art wie wir, wenn auch ohne identisches Vorgehen, die vorbenannten mitinteressirten Regierungen um Anordnung entsprechender Maßregeln zu bitten.

An den Oberbürgermeister Georgi in Leipzig.

Friedrichsruh, 2. November 1888.

Euer Hochwohlgeboren freundliches Telegramm erneuert in mir das lebhafte Bedauern darüber, daß es mir nicht möglich gewesen ist, der Grundsteinlegung des Reichsgerichts beizuwohnen. Leipzig und seine Universität sind länger als ein Jahrhundert hindurch die Heimath meiner mütterlichen Vorfahren gewesen, und nicht nur als Reichskanzler, sondern auch als Ehrenbürger der Stadt habe ich der nationalen Feier in Leipzig mein volles Interesse entgegengebracht. Um so mehr erfreut es mich, daß Euer Hochwohlgeboren meiner in so liebenswürdiger Weise gedacht haben und bitte ich, dafür meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu dürfen. v. Bismarck.

An den Oberstaatsanwalt Hamm, Köln.

Friedrichsruh, 6. November 1888.

Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die mit dem gefälligen Schreiben vom 27. v. Mts. erfolgte Mittheilung der Beschlüsse, welche die unter Ihrem Vorsitz abgehaltene Versammlung in Köln im Sinne der Unterdrückung des Sklavenhandels und des Schutzes der deutschen Culturarbeit in Afrika gefaßt hat. Die Kaiserliche Regierung ist schon länger bemüht, eine Verständigung der betheiligten Mächte zum Zweck der Ergreifung wirksamer Maßregeln gegen den Negerhandel vorzubereiten und führt in diesem Sinne zunächst Verhandlungen mit der Königlich großbritannischen Regierung. Ich darf hoffen, daß dieselben in Kurzem die Grundlage bieten werden, um demnächst mit den auf der Ostküste von Afrika betheiligten Regierungen von Italien und

Portugal und mit den an der Kongo-Acte betheiligten Mächten in Unterhandlung zu treten.

An den Decan der theologischen Facultät zu Gießen.

Friedrichsruh, 22. November 1888.

Die mir Seitens der Universität Gießen erwiesene hohe Ehre hat mich herzlich erfreut und bitte ich Euer Hochwohlgeboren den Ausdruck meines Dankes für diesen Beweis wohlwollender Anerkennung dem Herrn Rector, dem Senat und insbesondere auch den Herren Mitgliedern der theologischen Facultät übermitteln zu wollen.

Eingedenk des Geistes, in welchem die Universität Gießen von dem Landgrafen Ludwig gegründet wurde, ist sie stets eine Vertreterin der Duldsamkeit auf theologischem Gebiete gewesen, und einem Eintreten für duldsames und praktisches Christenthum verdanke ich die Auszeichnung, die mir zu Theil geworden ist.

Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntniß der Menschen und der Dinge erweitern, duldsam für die Meinung Anderer.

An Raja Sir T. Madava Rau.

Berlin, 16. März 1889.

Geehrter Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Briefes vom 9. v. M. nebst einem Exemplar der „Madras Times" zu bestätigen. Mit großem Interesse habe ich die von Ihnen für den Verkehr mit uncivilisirten Völkern nieder-

gelegten Regeln gelesen und bin überzeugt, daß, falls diese Regeln von meinen Landsleuten befolgt und angewandt werden, sie ihre Beziehungen zu den afrikanischen Volksstämmen, deren verschiedenartigen Charakter und Sitten man in Deutschland noch nicht völlig versteht, bedeutend bessern. Indem ich Ihnen aufrichtig danke für das Interesse, welches Sie an dem Erfolge unserer Colonisation in Afrika nehmen, habe ich die Ehre ꝛc.

Dr. Hans Stiegel in Krems.

Berlin, 2. April 1889.

Ihre Begrüßung zu meinem Geburtstage erfreute mich umsomehr, als auch ich der Meinung bin, daß Sie Ihre deutschen Gesinnungen nicht wirksamer bethätigen können, als durch festen Anschluß an Ihr dem Deutschen Reiche und seinen Fürsten eng verbündetes und stammverwandtes Kaiserhaus.

(Eine ähnliche Antwort erhielt der Wiener Antisemitenführer Abgeordneter Fiegl.)



An Dr. Fabri.

Berlin, 5. Juni 1889.

Euer Wohlgeboren danke ich verbindlichst für die mit dem gefälligen Schreiben vom 27. v. M. erfolgte Zusendung Ihrer neuen Schrift über die deutsche Colonialpolitik und hoffe, auf dem Lande bald Muße zu finden, um mich mit dem Inhalt näher bekannt zu machen. Was die coloniale Frage im Allgemeinen betrifft, so ist zu be-

dauern, daß dieselbe in Deutschland von Hause aus als Parteisache aufgefaßt wurde, und daß im Reichstage Geldbewilligungen für coloniale Zwecke immer noch widerstrebend und mehr aus Gefälligkeit für die Regierung oder unter Bedingungen eine Mehrheit finden. Die kaiserliche Regierung kann über ihr ursprüngliches Programm bei Unterstützung überseeischer Unternehmungen nicht aus eigenem Antriebe hinausgehen und kann nicht die Verantwortung für Einrichtung und Bezahlung eigener Verwaltung mit einem größeren Beamtenpersonal und einer Militärtruppe übernehmen, so lange die Stimmung im Reichstage ihr nicht helfend und treibend zur Seite steht und so lange nicht die nationale Bedeutung überseeischer Colonien allseitig ausreichend gewürdigt wird und durch Capital und kaufmännischen Unternehmungsgeist die Förderung findet, welche zur Ergänzung der staatlichen Mitwirkung unentbehrlich bleibt.



Nachtrag.

An Freiherrn v. Beust.

Berlin, 10. October 1862.

Hochwohlgeborener Freiherr!

Die Erinnerung an unsere vertraulichen Unterhaltungen in Paris hatte gleich bei der Uebernahme meiner jetzigen Stellung in mir das Bedürfniß geweckt, die persönlichen Beziehungen zu Eurer Excellenz durch Anknüpfung eines von amtlichen Formen nicht beengten schriftlichen Verkehrs lebendig zu erhalten. Der Drang ungewohnter Geschäfte hat mich bisher an der Ausführung des Vorhabens gehindert. Die amtlichen Stellungen, welche wir in zwei Nachbarländern einnehmen, die Erfolge, mit welchen Sie der Ihrigen eine erweiterte Bedeutung für die Gesammtverhältnisse Deutschlands geschaffen haben, bringen es mit sich, daß ich gleichzeitig eine dienstliche Pflicht erfülle, wenn ich dem eigenen Verlangen nach directen und vertrauensvollen Beziehungen zu Eurer Excellenz Folge gebe. Ich würde die Zusicherung, daß Ihre Wünsche in dieser Richtung den meinigen entgegenkommen, mit dem lebhaftesten Danke empfangen.

Ich brauche Ihrer Kenntniß der Dinge und der Menschen gegenüber nicht zu versichern, daß ich allen abenteuerlichen Plänen fernstehe, welche mir von politischen Kindern und Gegnern in der Presse zugeschrieben werden. Die unwahren, entstellten und des Zusammenhanges entkleideten Veröffentlichungen angeblicher Aeußerungen von mir, durch welche man meine Urtheilskraft zu verdächtigen gesucht hat, werden von Ihnen mit allem Verständniß des

wahren Sachverhalts gewürdigt worden sein. Ich fühle nicht den Beruf, Preußen in die Bahnen sardinischer Politik zu drängen, und wenn ihn Jemand in meiner Lage fühlte, so würden ihm alle Unterlagen fehlen, um die Theorie zur Praxis zu machen.

Im Hinblick auf die Pariser Bestrebungen glaube ich mich in Betreff der für deutsche Reformbestrebungen erreichbaren Ziele in einem principiellen Gegensatz mit Eurer Excellenz zu befinden; nur so lange, als die thatsächlich bestehenden deutschen Particularinteressen sich nicht zu allseitig anerkannten Gesammtinteressen in der Art verschmelzen, daß ihre Solidarität auf jede Gefahr hin verbürgt erscheint, nehme ich für die auswärtigen Beziehungen Preußens dieselbe Freiheit der Bewegung in Anspruch, deren das Wiener Cabinet sich notorisch bedient. In Benützung derselben habe ich keine vorgefaßte Meinung nach irgend einer Richtung hin, wohl aber das Bedürfniß, dem Vorurtheile entgegenzuwirken, als ob Preußen auswärtigen Angriffen mehr ausgesetzt und deshalb fremden oder landsmannschaftlichen Beistandes bedürftiger sei, als irgend ein anderer Staat.

In Betreff unserer inneren Angelegenheiten ist es meine nächste Absicht, gegen das wachsende Uebergewicht das Hauses der Abgeordneten und des parlamentarischen Beamtenthums die Schwerkraft der Krone zu wahren und zu stärken. Ich halte diese Aufgabe für lösbar, ohne mit positiven Bestimmungen der Verfassung zu brechen, und werde dabei bemüht sein, konstitutionelle Empfindlichkeiten soweit wie möglich zu schonen und die unbestrittene Heerstraße des Verfassungslebens, sobald es geht, wieder zu gewinnen, immer aber eingedenk sein, daß unser Verfassungseid die „Treue dem König" voranstellt. In der Gewißheit Ihres Einverständnisses mit dieser Auffassung würde ich jede Mittheilung über die Eindrücke, welche

Ihnen die Vorgänge bei uns machen, und jeden guten Rath, den Ihre Erfahrung in ähnlichen Erlebnissen Ihnen eingiebt, mit verbindlichstem Dank entgegennehmen.

In Sachen des Handelsvertrages sind die Münchener Ergebnisse günstiger, als ich erwartet hatte; ich freue mich dessen als Anhänger des Zollvereins um so mehr, als es für mich unzweifelhaft ist, daß wir keine andere Politik einschlagen können, als die des Festhaltens an dem Vertrage.

Gegen Ende der Woche denke ich nach Paris zu reisen, um meine Abberufung zu übergeben und meinen Umzug zu bewirken; bisher lebe ich für mich im Gasthause. Der König reist vielleicht gleichzeitig zur Ausstellung nach London.

Ich bitte Sie, die Versicherung zu genehmigen, mit der ich bin

Euer Excellenz

aufrichtig ergebener

v. Bismarck.

An John Lothrop Motley, London.

(Motley, amerikanischer Geschichtsschreiber, eine Zeit lang Gesandter in London, war von der Studienzeit her ein vertrauter Freund des jetzigen Reichskanzlers. Vgl. S. 124.)

Varzin, 19. September 1869.

„Lieber Motley! Ich höre aus Paris, daß man uns Bancroft nehmen will, weil er angeblich Amerika nicht mit Würde vertrete. Die Behauptung wird in Berlin Niemand theilen; Bancroft steht dort bei der ganzen intelligenten Bevölkerung, insbesondere bei der wissenschaftlichen Welt, in der höchsten Achtung, ist am Hof und

in den Kreisen der Regierung geehrt und hat das volle Vertrauen. Man weiß, daß er unser Freund ist, er hat das niemals verschwiegen und sich deshalb die Feindschaft aller in- und ausländischer Gegner des jetzigen Zustandes Deutschlands zugezogen. Man hat für das Geld des früheren Königs von Hannover, des Kurfürsten von Hessen, und für Rechnungen fremder Regierungen gegen ihn intriguirt in der Presse und voraussichtlich auch in Amerika. Aber ich glaube kaum, daß irgend ein Freund Amerikas und Deutschlands, irgend einer von allen denen, welche die brüderlichen Beziehungen zweier freien Culturvölker mit Vergnügen sehen, an diesen Intriguen betheiligt sein kann. Bancroft ist eine der populärsten Erscheinungen in Berlin, und wenn Du noch das alte Wohlwollen für die Stadt hast, die Du aus dem Fenster des Logier'schen Hauses kennst, so thue, was Du kannst, damit wir ihn behalten. Nach den culturgeschichtlichen Auffassungen, die Du in der Lecture, die Du mir vor einigen Monaten übersandtest, bekundet hast, gehen Deine politischen Bestrebungen mit denen, die Bancroft bei uns vertritt, vollständig parallel, und man würde bei uns glauben, daß die Staatenregierung sich von diesen Auffassungen lossagte durch die Rückberufung eines Ministers, der als ihr Vertreter gilt, und mit Recht gilt. Er vertritt praktisch denselben großen Entwickelungsproceß, in welchem Moses, die christliche Offenbarung, die Reformation als Etappen erscheinen, und dem gegenüber die cäsarische Gewalt der alten und der modernen Zeit, die klerikale und dynastische Ausbeutung der Völker, jeden Hemmschuh anlegt, auch den, einen ehrlichen und idealen Gesandten wie Bancroft zu verleumden. Verhindere, wenn Du kannst, daß man ihn opfert, er ist besser als die meisten Europäer, die sein, Dein und mein Gewerbe betreiben, wenn auch die glatten Lügner des Gewerbes ebenso über ihn reden mögen, wie früher meine

intimen Feinde mich den Diplomaten in Holzschuhen nannten. Mir geht es sonst hier gut, ich schlafe allmählich besser, aber noch zu spät am Tage, um arbeitsfähig zu sein. Daß Du uns nicht besuchen kannst, thut mir über alles leid; meine Frau hatte sicher darauf gerechnet, im Winter aber in Berlin rechne auch ich darauf ... Für uns hausbackene Deutsche bist Du nun schon zu vornehm geworden; behaglicher würdest Du bei uns leben als dort am Ocean vis-à-vis von zu Haus. Meine herzlichsten Empfehlungen an Deine Frau Gemahlin, und dieselben von meinen Damen.

Dein 2c.

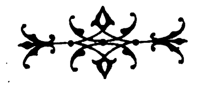
An denselben.

(Dieser Brief ist in seinem ersten Theile englisch abgefaßt.)

Varzin, 10. October 1869.

Ich bin sehr stolz darauf, daß Deine Damen mich photographirt sehen wollen, und beeile mich, Dir zwei melancholische Civilisten und einen dicken, schwarzgalligen Herrn zu senden, der sich um den Verdruß, dem die Minister und das Parlamentsleben ausgesetzt sind, nicht im geringsten zu bekümmern scheint. Mit der Ehre, zu den Albums der Damen zugelassen zu werden, dürfte ich wohl vollständig zufrieden sein; aber wenn Du die Güte haben wolltest, auf meine Sendung mit männlichen und weiblichen Bildnissen zu erwidern, so würde ein derartiger Beweis des Wohlwollens meine häusliche Autorität ungemein vergrößern und verstärken. Ich bin Dir sehr verbunden für Dein unverzügliches Verfahren in der Bancroft-Angelegenheit. Man schreibt mir aus Berlin, daß er seine Stellung für

ungefährdet halte; es ist jedoch Thatsache, daß französischer Einfluß gegen ihn im Werke war und daß man in Paris ihn gestürzt zu haben glaubte. (Von nun an ist der Brief deutsch.) Ich verliere so sehr die Gewohnheit, englisch zu sprechen, da Loftus in Berlin der einzige Mensch ist, der mir Gelegenheit dazu giebt, und schreiben könnte ich es nie ohne Wörterbuch, da ich es nach dem Schall und aus der Uebung erlernt hatte. Entschuldige obigen Versuch, den ich als Schülerexercitium für mich ansehe. Ich weiß nicht, ob ich bald nach Berlin gehe; vor dem 1. December schwerlich. Ich möchte gern abwarten, ob mir der Landtag nicht den Gefallen thut, einige meiner Collegen zu erschlagen; wenn ich unter ihnen bin, so kommt die Schonung, die man mir gewährt, den anderen auch zu gut. Unsere Verhältnisse sind so sonderbar, daß ich zu wunderlichen Mitteln greifen muß, um Anbindungen zu lösen, die gewaltsam zu zerreißen mir manche Rücksichten verbieten. Jedenfalls hoffe ich, so bald ich wieder in der Stadt bin, Näheres über Deinen Urlaub zu hören und Gewißheit über die Zeit Deines Besuches zu bekommen; dann wollen wir uns einander einmal wieder im Logier'schen Hause an eine Schachpartie setzen und darüber streiten, ob Byron und Goethe in Vergleich zu stellen sind. Wir waren damals, glaube ich, bessere Menschen in besseren Zeiten, d. h. jünger.



Papier von Sieler & Vogel.
Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.

